

DIE FRANZÖSISCHEN
ARBEITERPRIESTER

IHR WIRKEN FÜR SOZIALPOLITIK
UND SOZIALREFORM
IM URTEIL VON KIRCHE,
STAAT UND GEWERKSCHAFTEN

Gerhard Dingler

Mann 1966

Die französischen Arbeiterpriester

Ihr Wirken für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil von
Kirche, Staat und Gewerkschaften

Dissertation,

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität

in Mainz,

zur Erlangung des Grades eines Doktors

der Staatswissenschaften

(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt Gerhard Dingler

1 9 6 6



Erster Berichterstatter: Professor Dr. Antonio Montaner
Zweiter Berichterstatter: Professor Dr. Hubert Armbruster

Tag der mündlichen Prüfung: 29.7.1966

Disposition

	Seite
I. Einleitung	1
A) Die Arbeiterpriesterbewegung	1
B) Problemstellung	3
C) Begriffsklärungen	6
1. Der Begriff des Arbeiterpriesters	6
2. Die Begriffe Sozialpolitik und Sozialreform	7
II. Hauptteil	11
Die französischen Arbeiterpriester. Ihr Wirken für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil von Kirche, Staat und Gewerkschaften	
A) Die Arbeiterpriester und die soziale Frage	11
1. Das Ineingreifen von Sozialpolitik und Sozialreform im Wirken der Arbeiter- priester	11
2. Geschichtlicher Überblick über die sozialpolitischen Initiativen der Arbeiterpriester	12
3. Die soziale Frage Frankreichs	41
a) Die Arbeiterschaft Frankreichs im geschichtlichen Rückblick	41
b) Die soziale Lage der französischen Arbeiter in der Erfahrung der Arbeiterpriester	55
4. Ursachen der sozialen Frage	60
5. Soziale Zwecke des Wirkens der Arbeiter- priester	71

6. Das Wirken der Arbeiterpriester als Mittel zur Realisierung ihrer sozialen Ziele	79
B) Das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil der Kirche	93
1. Die Stellungnahme der Kirche zur sozialen Frage Frankreichs	93
2. Das Wirken der Arbeiterpriester und die von der Kirche für den Priester vorgesehene Form der Mitarbeit an der Lösung sozialer Fragen	100
3. Die Soziallehre der Kirche als Grundlage des sozialen Katholizismus	104
4. Ziele und Wirken der Arbeiterpriester im Licht der Soziallehre und des sozialen Katholizismus	114
C) Das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil des Staates	123
1. Der französische Staat und die Arbeiterschaft	123
a) Die staatlichen Aufgaben in der französischen Wirtschafts- und Sozialpolitik nach der Libération	123
b) Die staatliche Aktivität auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der innenpolitischen Entwicklung	130
2. Der französische Staat und die gewerkschaftspolitische Rolle der Arbeiterpriester	143

a) Die Zusammenarbeit der Arbeiter- priester mit kommunistischen Or- ganisationen	143
b) Die Teilnahme der Arbeiterpriester an Arbeitskämpfen	147
D) Das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil der Gewerkschaften	154
1. Zur Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung	154
2. Das Wirken der Arbeiterpriester aus der Sicht der Gewerkschaften	179
III. Zusammenfassung	185
Anhang	190
Literaturverzeichnis	215

I. Einleitung

A) Die Arbeiterpriesterbewegung

Im Jahr 1943 wurde die "Mission de Paris" gegründet, eine Arbeitsgruppe von Priestern, die vom Pfarrdienst befreit wurden, um sich der Evangelisierung von Arbeitern und Angestellten der breitesten Schichten von Paris widmen zu können. Der Evangelisierung war das Ziel gesetzt, die genannten Volksschichten zum Christentum zu bekehren oder wiederzubekehren und sie zur Kirche zurückzuführen.

Am 17. Januar 1944 begannen in Paris die ersten sieben Priester ihre Arbeit. Im Herbst des gleichen Jahres bildeten sich außerhalb von Paris in Bordeaux, Toulouse, St. Etienne, im Département Nord, in Lothringen, Le Havre und Nizza kleine Gruppen von Arbeiterpriestern ¹⁾. Im Hinblick auf ihren Missionsauftrag erachteten sie es als notwendig, zunächst Arbeiter unter Arbeitern zu werden, wie Christus Mensch unter Menschen war ²⁾.

Am 20. Juni 1951, als die Kongregation des Heiligen Officiums es untersagte, die Zahl der Arbeiterpriester zu erhöhen, gab es knapp einhundert. Ende August 1953 waren etwa achtzig Weltpriester, davon annähernd die Hälfte in Groß-Paris, und 20 Ordenspriester, die Mehrzahl davon in Paris, als Arbeiterpriester tätig ³⁾. Im gleichen Jahr noch wurde der Entschluß der Kurie verkündet, "das Experiment der Arbeiterpriester" ⁴⁾ abzubrechen.

-
- 1) Siefer, Gregor, Die Mission der Arbeiterpriester, Ereignisse und Konsequenzen, ein Beitrag zum Thema: Kirche und Industriegesellschaft, phil. Diss. Hamburg 1959, Essen 1960, S. 295.
 - 2) Die Arbeiterpriester - Dokumente, Heilbronn 1957, S. 9 (im folgenden zitiert: "Die Arbeiterpriester").
 - 3) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 299.
 - 4) Derselbe, S. 300.

Wenn auch die "Wiederentdeckung" ¹⁾ des Arbeiters durch französische Priester der katholischen Kirche während des Zweiten Weltkrieges und der darauffolgenden Jahre besonders deutlich zu erkennen ist, so läßt sich die Arbeiterpriesterbewegung in Frankreich nur dann verstehen und würdigen, wenn man in der französischen Kirchengeschichte etwas zurückgreift.

Mit der Kündigung des Konkordates im Jahr 1905 begann eine neue Phase der französischen Kirchengeschichte, und wahrscheinlich ist die Lebendigkeit des französischen Katholizismus heute der Unabhängigkeit vom Staat zu danken ²⁾. Die Freiheit vom finanziellen Unterhalt durch den Staat war aber insofern problematisch, als die Hierarchie sich nunmehr auf die wohlhabenden Bürger stützen mußte. "Im Blickfeld der Armen war die Kirche nun von einer Kirche in der Hand des Staates ... zu einer Kirche in der Hand der Reichen geworden" ³⁾.

Da andererseits viele Priester, die ihre Pfarrhäuser an den Staat verloren hatten und nun auf der Etage eines Mietshauses wohnten, die Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten gegenüber Kirche und Christentum erkannten, wurde von ihnen bereits zu jener Zeit das "Missionsland" Paris entdeckt ⁴⁾. Gerade diese Entdeckung trug viel zur Begründung der Arbeiterpriesterbewegung bei. Auch gab es schon eine "Vereinigung der handarbeitenden Priester", die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen wollten ⁵⁾, sowie Ansätze zur Begründung eines kooperativen Verhältnisses zwischen Kirche und industrieller Arbeitswelt ⁶⁾.

1) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 55.

2) Vgl. Siefer, Gregor, a.a.O., S. 39.

3) Derselbe, S. 40.

4) Derselbe, S. 41.

5) Derselbe, S. 42.

6) Derselbe, S. 52. (Vgl. die auf S. 25 erwähnte "Gemeinschaft der Arbeit".)

Trotz dieser Erkenntnisse und Bemühungen vieler Priester gewann aber die breite Volksmasse keine innere Beziehung zur Kirche. Immer häufiger sprach man von einer Entfremdung zwischen Kirche und Volk ¹⁾. Entscheidend aber für den Beginn und die Entwicklung der Arbeiterpriesterbewegung in Frankreich nach 1949 waren die Erfahrungen der als einfache Arbeiter "getarnten" französischen Priester, die während des Zweiten Weltkrieges an den Arbeitsplätzen und in den Wohnlagern der französischen Zivilarbeiter in Deutschland wirkten. Die völlige Teilnahme am Arbeiterleben führte zu der "Wiederentdeckung" ²⁾ des Arbeiters, aber auch zu Einsichten, die jede Überschwengliche Apostolatsbegeisterung zunächst desillusionieren mußten ³⁾.

B) Problemstellung

In der folgenden Untersuchung stellen wir zunächst die Fakten dar, welche die soziale Lage der französischen Arbeiterschaft zur Zeit der Arbeiterpriester charakterisieren. Wir werden dabei besonders auf die Erfahrungen der Arbeiterpriester unter den Arbeitern eingehen und die Auffassungen einzelner Arbeiterpriester über die Mängel der zu jener Zeit bestehenden sozialen Ordnung darlegen. Teils werden auf diese Weise die sozialen Zielsetzungen und Aktionen verschiedener Arbeiterpriester erklärlich, teils ergibt sich daraus die Möglichkeit, kritisch zu dem "weltlichen Wirken" ("engagement temporel") der Arbeiterpriester Stellung zu nehmen. Dieses Wirken der Arbeiterpriester wurde unseres Wissens bisher immer primär unter dem Aspekt der

1) Vgl. das Werk von Godin, Henri und Daniel, Yvan, La France - Pays de Mission ? Paris 1943.

2) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 55.

3) Vgl. Siefert, Gregor, a.a.O., S. 56 ff.

ursprünglichen, apostolischen Aufgaben der Arbeiterpriester gesehen. So ist D a n s e t t e der Auffassung, daß der soziologische Irrtum, der das Experiment der Arbeiterpriester verfälscht habe, ihm den Charakter einer Kinderkrankheit des Apostolats von heute gebe ¹⁾. A n d r e u ²⁾ und S i e f e r kommen zu dem Schluß, daß die Kirche gegen die Arbeiterpriester vorgehen mußte, um "das Bewußtsein von der Einheit der Kirche unmittelbar und sichtbar wiederzugewinnen" ³⁾. S i e f e r führt dazu weiter aus: "Das heißt praktisch: Verzicht auf allzu weitgehende Anpassungstechniken der missionarischen Spitze, solange die Masse der Gläubigen sich in ihrem Bewußtsein nicht soweit geändert hat, daß sie den "Heimkehrten" oder den Fremden (das heißt auch die fremde, neue Gemeinde) neben sich erträgt" ⁴⁾. Ebenso urteilt A n d r e u, wenn er feststellt, daß es kein "fruchtbares Apostolat" ("apostolat fécond") geben könne, wenn nicht die ganze Kirche, Kleriker und Laien, sich reformierten ⁵⁾. Auch W i c k e r behandelt das Wirken der Arbeiterpriester in erster Linie als eine neuartige Methode

-
- 1) Dansette, Adrien, Experiment und Tragödie der Arbeiterpriester, Graz - Wien - Köln 1959, S. 275 (im folgenden zitiert: "Dansette, Adrien, Experiment ..."). Unter diesem Titel wurden die Kapitel 3 bis 6 aus dem Werk von Adrien Dansette "Destin du Catholicisme Français, 1926 - 1956", Paris 1956, als ausführliche Darstellung der Mission der Arbeiterpriester ins Deutsche übertragen.
 - 2) Andreu, Pierre, Grandeurs et Erreurs des Prêtres Ouvriers, Paris 1955, S. 237.
 - 3) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 20.
 - 4) Ebenda.
 - 5) Andreu, Pierre, a.a.O., S. 235.

der Seelsorge ¹⁾ und versucht zu zeigen, wie die seelsorgerischen Methoden von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen abhängen.

Wir gehen in dieser Arbeit von der Überzeugung aus, daß ein Urteil über das sozialpolitische Wirken der Arbeiterpriester nur dann abgegeben werden kann, wenn man auch die Haltung der Kirche, des Staates und der Gewerkschaften zu den sozialen Mißständen näher untersucht. Da sowohl der Kirche als auch dem Staat und den Gewerkschaften bei der Abschwächung und Überwindung der Klassegegensätze eine wichtige Rolle zufällt, ist ihr Verhalten ein wesentliches Datum für die Arbeiterpriester in ihrem Wirken für Sozialpolitik und Sozialreform. Wir wollen damit andeuten, daß die Arbeiterpriester in ihrem Bemühen, die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern, mehr oder weniger große Hoffnungen auf die Mitwirkung der Kirche, des Staates und der Gewerkschaften setzen mußten. Hier stellt sich uns die Frage, welche Erfahrungen einzelne Arbeiterpriester dabei sammelten. Wir werden daher auch aufzuzeigen haben, welche Beziehungen zwischen dem Wirken der Arbeiterpriester einerseits und dem kirchlichen, staatlichen und gewerkschaftlichen Verhalten andererseits bestanden.

1) Wicker, Dietlinde, Die Arbeiterpriester in Frankreich, Diss. Mannheim 1962, S. 142.

C) Begriffsklärungen

1. Der Begriff des Arbeiterpriesters

Über den Ursprung des Begriffes "Arbeiterpriester" führt W i c k e r aus : "Zur Zeit der Trennung von Kirche und Staat waren mehrere Priester gezwungen, manuell zu arbeiten, um ihr Leben zu fristen. Es wurde damals eine 'alliance des Prêtres-Ouvriers' gegründet. Allgemein gebräuchlich wurde der Ausdruck 1945 durch P e r r i n s 'Journal d'un prêtre-ouvrier en Allemagne'" ¹⁾.

Es gilt als typisch für die Arbeiterpriester, daß sie nur von ihrem Arbeitslohn im Betrieb lebten und ihre Entscheidung, Arbeiter zu sein, im Grunde als unwiderruflich betrachteten. Im Betrieb versuchten sie, ihr Inkognito möglichst lange zu wahren, und offenbarten sich auch ihrer näheren Umgebung erst auf deren Fragen hin als Priester ²⁾.

Das Charakteristische der Mission der Arbeiterpriester war weder die Freistellung vom regulären Pfarrdienst, noch das private Wohnen und die spezifische Arbeiterseelsorge. Das Besondere war nach S i e f e r ³⁾ eher der Ort des Wohnens, meist jene "möblierten Wohnungen" ("Hôtels meublés") der Pariser Vororte, von denen noch die Rede sein wird ⁴⁾.

Auch war es nicht immer die "Mystik" ⁵⁾ der Arbeit und der Solidarität des gemeinsamen Arbeitens, die den Arbeiterpriester in die Fabrik drängte, sondern die Notwendigkeit eines sichtbaren Nachweises, daß er seinen Lebensunterhalt selbst verdiente ⁶⁾.

1) Wicker, Dietlinde, a.a.O., S. 57.

2) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 15.

3) Derselbe, S. 69.

4) Vgl. die Ausführungen auf S. 58.

5) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 70.

6) Ebenda.

Untersucht man das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform, so sind zwei Verhaltensmuster zu unterscheiden, die S i e f e r folgendermaßen umschreibt :

"Die einen wollten und wollen bewußt zu den Ärmsten der Armen gehen (das sind zunehmend gar nicht mehr 'die Arbeiter') und bei ihnen bleiben als lebendiges Zeugnis für die Anwesenheit der Kirche. Die anderen wollen aktiv mithelfen, daß nicht nur die Ärmsten der Armen, sondern auch die Armen von ihrer Armut befreit würden ...

Die Unterschiede lagen natürlich auch in der Person des einzelnen Arbeiterpriesters begründet - sie sind jedoch auch in den zeitlichen Entwicklungsphasen der Arbeitermission erkennbar geworden.

Einer ersten Phase der Losschälung von der erlernten und anerzogenen Lebensart folgte danach eine Übergangszeit der Orientierung in der 'neuen Welt' und die Rückbesinnung auf die verdrängten eigenen Fähigkeiten, die sich jetzt - da man den Armen gleich geworden war - auch in ihren Dienst stellen ließen, während sie zuvor immer das 'Gleichwerden' verhindert hatten" ¹⁾.

2. Die Begriffe Sozialpolitik und Sozialreform

Die katholische Soziallehre sieht in Sozialpolitik und Sozialreform die beiden Verfahrensweisen zur Lösung der "sozialen Frage"²⁾. Maßnahmen, die im Rahmen der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gewisse Erkrankungssymptome zu beheben oder zu mildern suchen, ohne ihre institutionellen Ursachen zu beseitigen, werden unter dem Begriff "Sozialpolitik" ³⁾ zusammengefaßt. Zum Unterschied dazu soll die "Sozialreform" rechtlich und organisatorisch die Grundlagen des bestehenden Industriesystems ändern und darauf eine neue Ordnung aufbauen ⁴⁾.

1) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 227 f.

2) Höffner, Josef, Art. Sozialreform, in : Staatslexikon, Freiburg 1962, Sp. 387.

3) Ebenda.

4) Jostock, Paul, Grundzüge der Soziallehre und der Sozialreform, Freiburg 1946, S. 147.

Auch B ö e t t c h e r versteht unter "Sozialreform (im engeren Umkreis der Sozialpolitik) alle Maßnahmen ..., die darauf zielen, über den gruppenspezifischen Zweck hinaus einen auf die Gesamtheit des Gemeinwesens bezogenen Erfolg zu erreichen. Sozialreform in diesem Sinne bedeutet immer Umformung der Sozialstruktur nach einem bestimmten Leitbild; es wird also sozialreformemisch in das Gefüge der Gesamtgesellschaft eingegriffen, auf daß sich für die sozialen Gruppen insgesamt ein ökonomisches und gesellschaftliches Gleichgewicht ergibt" ¹⁾. Das gesellschaftliche Leitbild der "Sozialpolitik" wird als "konservativ" charakterisiert ²⁾.

Geht man dagegen wie P r e l l e r davon aus, daß in der erkennbaren gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung unserer Gesellschaft und Wirtschaft der Blick der Sozialpolitik notwendig vom "Notstand" in einer Gesellschaft auf den "Zustand" dieser Gesellschaft selbst wandert ³⁾, so verliert die Unterscheidung zwischen Sozialpolitik und Sozialreform an Bedeutung. So umfaßt der Begriff "Sozialpolitik" bei M o n t a n e r "alle Maßnahmen, die auf die allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse einwirken mit dem Ziel, das Gesamtwohl der zu dem betreffenden Gemeinwesen gehörenden Bevölkerung zu fördern" ⁴⁾.

Dabei verlangt die Förderung des Gemeinwohls von der Sozialpolitik, sich in der Wahl ihrer Mittel den Erfordernissen des Tages anzupassen ⁵⁾. Ihr

-
- 1) Boettcher, Erik, Sozialpolitik und Sozialreform, Tübingen 1957, S. 18 f.
 - 2) Derselbe, S. 19.
 - 3) Preller, Ludwig, Sozialpolitik, Tübingen - Zürich 1962, S. 146 (im folgenden zitiert: "Preller, Ludwig, Sozialpolitik ...").
 - 4) Montaner, Antonio, Sozialpolitik, Braunschweig 1957, S. 1.
 - 5) Derselbe, S. 47 f.

letztes Ziel ist stets die bestmögliche Ordnung des Sozialgefüges in Bezug auf Güterproduktion, Einkommensverteilung und Lebenshaltung. Daher kann sie auch nicht ausschließlich als staatliche Fürsorge für bestimmte notleidende Bevölkerungsteile aufgefaßt werden ¹⁾.

P r e l l e r kommt zu dem Ergebnis : "Die sozialpolitische Aufgabe besteht sonach darin, festzustellen, was ist, und festzustellen, was sein sollte oder soll. Und das heißt, Aufgabe der Sozialpolitik ist es, sowohl eine Analyse der gegebenen Verhältnisse vorzunehmen als auch Ziele zu setzen, sei es auf Grund der Analyse, sei es aber - und dies vor allem - auf Grund eines Ordnungsbildes, das Gesellschaft wie Individuum erfäßt und sie zueinander in eine Ordnung zu bringen sucht" ²⁾.

Kommt es bei den Unterschieden in der gesellschaftlichen Schichtung und Verteilung einer Volkswirtschaft zu bewußten Klassengegensätzen ("soziale Frage"), so ist es nach M o n t a n e r Aufgabe der Sozialpolitik, "die soziale Differenzierung in eine harmonische Eingliederung der Gruppen umzugestalten" ³⁾.

Als Träger der Sozialpolitik kommen, wie M o n t a n e r darlegt, auch Einzelpersonen in Frage. "In ihrer Mehrzahl werden sich diese zwar lediglich als ausführende Organe der Sozialpolitik betätigen. Wie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, so sind aber auch hier die entscheidenden Anstöße zuerst immer von Einzelpersonen ausgegangen" ⁴⁾.

1) Montaner, a.a.O., S. 48.

2) Preller, Ludwig, Sozialpolitik, a.a.O., S. 292.

3) Montaner, Antonio, a.a.O., S. 3 f.

4) Derselbe, S. 8.

"Sozialpolitik erfüllt nur dann ihren Sinn, wenn sie sich auf die aktive Mitwirkung aller von ihr Betroffenen stützt, wenn sie aus Objekten obrigkeitlicher Hilfe Subjekte einer sozialen Selbstverwaltung macht. Eigenkraft muß an die Stelle einer Hilfe von oben treten, alle soziale Initiative, alle Hilfe zur Selbsthilfe ist zu fördern. Die Stoßkraft der Sozialpolitik muß aus den Beteiligten selbst erwachsen" ¹⁾.

Schließlich wird man immer wieder das Bemühen der Arbeiterpriester erkennen, die sozialen Zustände bis zur Erreichung des Zieles einer neuen Sozialstruktur erträglicher zu gestalten. Sie versuchten, über die bereits vorhandenen "Institutionen und Apparaturen des Rechts und der Verwaltung, die durch eine gemeinsame Einwirkungstendenz zum Schutze der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen verbunden sind" ²⁾, von Fall zu Fall die Arbeitsbedingungen zu verbessern oder eine Gehaltserhöhung zu erwirken ³⁾.

1) Freller, Ludwig, Sozialpolitik-Kernfrage des Aufbaues, Stuttgart 1946, S. 91.

2) Achinger, Hans, Soziologie und Sozialreform, in: Soziologie und moderne Gesellschaft, Verhandlungen des Vierzehnten Deutschen Sociologentages, Stuttgart 1959, Hrsg. v. Deutsche Gesellschaft für Soziologie, S. 39.

3) Vgl. die Ausführungen auf S. 22 und S. 28.

II. Hauptteil

Die französischen Arbeiterpriester.

Ihr Wirken für Sozialpolitik und Sozialreform
im Urteil von Kirche, Staat und Gewerkschaften.

A) Die Arbeiterpriester und die soziale Frage

1. Das Ineinandergreifen von Sozialpolitik und Sozialreform im Wirken der Arbeiterpriester

Bei der Unterscheidung zweier Verhaltensmuster der Arbeiterpriester, auf die S i e f e r h i n -
weist ¹⁾, können wir insofern weiter differen-
zieren, als diejenigen unter den Arbeiterprie-
stern, die aktiv an der Lösung der sozialen Fra-
ge mithelfen wollten, zunächst im Zeitablauf
ihres Wirkens ("engagement temporel") bestrebt wa-
ren, auf der Grundlage der bestehenden Gesell-
schaftsordnung die Arbeitsbedingungen in ihrer
Umgebung zu verbessern. Nach einiger Zeit erkann-
ten sie aber, daß eben diese Gesellschaftsordnung
nicht befriedigend war und eine Veränderung der
gesellschaftlichen Struktur Ziel ihrer Bemühun-
gen sein mußte ²⁾.

Wenn wir in unserer Untersuchung das Wirken der
Arbeiterpriester für Sozialpolitik einerseits
und Sozialreform andererseits nicht isoliert von-
einander betrachten werden, so geschieht das aus
der Erkenntnis, daß beide in der Praxis sehr eng
ineinandergreifen.

1) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 227 f.

2) Collonge, André, Die Kirche und das Proletariat,
Darmstadt 1958, S. 49 f. und Die Arbeiterpriester,
a.a.O., S. 7.

2. Geschichtlicher Überblick über die sozialpolitischen Initiativen der Arbeiterpriester

Es ist nicht möglich, die sozialen Stellungnahmen der Arbeiterpriester getrennt von den wirtschaftlichen und politischen Ereignissen in Frankreich zu betrachten. Diese Einführung soll daher zunächst nur zeigen, was wir unter dem Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform verstehen, und wie es zu den sozialpolitischen Initiativen der Arbeiterpriester kam.

In der Schrift "Die Arbeiterpriester-Dokumente", die von Arbeiterpriestern, die nach dem Verbot ihrer Tätigkeit weiterarbeiteten, herausgegeben wurde, wird ein Überblick über den Zeitraum von März 1943 bis März 1954 gegeben. Bei S i e f e r findet sich eine Zeittafel zur Geschichte der Arbeitermission in den Jahren 1941 - 1959 ¹⁾.

Nachfolgend soll daher nur auf die für unser Thema unmittelbar relevanten Daten eingegangen werden.

a) Ende des Jahres 1941 wurde Fater L o e w , ein französischer Dominikaner, Hafenarbeiter in Marseille ²⁾. Am Anfang seiner Tätigkeit stand die gemeinsame Arbeit mit den Dockarbeitern im Vordergrund. Später erhielt L o e w die Erlaubnis, unter Hafenarbeitern, Lumpensammlern und Zigeunern zu wohnen.

L o e w war Mitbegründer des im Jahre 1941 entstandenen Studienzentrums "Economie et Humanisme". Diese Bewegung wollte "die konkrete Not durch konkrete Maßnahmen ... bekämpfen" ³⁾. Es wurde beispielsweise eine Bestandsaufnahme der Wohnungsverhältnisse in Marseille vorgenommen, um der

1) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 294 ff.

2) Dansette, Adrien, a.a.O., S. 84.

3) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 37 f.

dringendsten Notlage abzuhelpen, um Gesetze vorzubereiten und Neubauten zu planen ¹⁾.

Nach L o e w ist der Arbeiter aufgeschlossen für religiöse Probleme, wenn ihm der Priester als Gefährte im gemeinsamen Kampf in der Notlage des Lebens begegnet ²⁾.

Während D a n s e t t e in L o e w den ersten Arbeiterpriester unserer Zeit sieht ³⁾, stritten ihm später die Arbeiterpriester, die den Band "Die Arbeiterpriester - Dokumente" herausgaben, diese Eigenschaft ab, Sie warfen ihm vor, er habe sich im Hafen anheuern lassen, um unter den Hafenarbeitern wirtschaftliche und soziale Erhebungen anstellen zu können ⁴⁾. Auch L o e w selbst hat sich später von den Arbeiterpriestern distanziert. Er lehnte für den Priester die aktive Mitarbeit in Arbeiterorganisationen ab ⁵⁾. Trotzdem sind seine wirtschaftlichen und sozialen Beobachtungen für unser Thema von großer Bedeutung ⁶⁾.

b) Am 5. März 1943 unterbreiteten die beiden Seelsorger G o d i n und D a n i e l dem Kardinalerzbischof S u h a r d eine "Denkschrift über die Gewinnung proletarischer Kreise für das Christentum", die am 12. September 1943 unter dem Titel "Frankreich - Missionsland?" veröffentlicht wurde. Sie schlugen die Bildung kleiner christlicher Gruppen im "Proletariat" vor, die von den Pfarreien unabhängig sein sollten ⁷⁾. G o d i n und D a n i e l hatten

1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 37 f.

2) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 38.

3) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 84.

4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 9.

5) Loew, Jacques, Journal d'une Mission Ouvrière 1941-1959, Paris 1959, S. 326 (im folgenden zitiert: "Loew, Jacques, Journal ...").

6) Vgl. die Ausführungen auf S.55 f.

7) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 5.

den Mut, klar darauf hinzuweisen, daß die französischen Arbeitermassen dem Christentum fast ganz entfremdet waren ¹⁾. Ein prominenter Geistlicher schrieb an G o d i n : "Die Rechristianisierung Frankreichs und besonders seiner breiten Volksmassen erfordert notwendig eine radikale Reform unserer Gesellschaft. Man muß zunächst jene Form der Sklaverei, die Proletariat heißt, abschaffen ... Die Kirche Frankreichs wird die Kosten dieser Revolution mitbezahlen müssen. Ihr Anteil wird sogar beträchtlich sein, ebenso beträchtlich, wie es ihr Anteil an der Verantwortung für die sozialen Mißstände gewesen ist, die zur Entfremdung vom Christentum in unserem Land geführt haben" ²⁾.

c) Am 1. Juli 1943 beschloß Kardinal S u h a r d mit G o d i n und D a n i e l die Gründung der "Mission de Paris" ³⁾.

In den folgenden Jahren bemühte man sich, in Arbeitervierteln christliche Gemeinden aufzubauen.

Nachdem die deutschen Besatzungsbehörden die Einrichtung eines Seelsorgeamtes für die rund 80.000 französischen Arbeiter in Deutschland verweigert hatten, beschloß im Jahr 1943 die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs, fünfundzwanzig Priester als Arbeiter getarnt zum Arbeitsdienst in Deutschland verpflichten zu lassen ⁴⁾.

Die Erfahrung dieser Seelsorger übte auf die "Mission de Paris" einen großen Einfluß aus ⁵⁾.

Pater Henri P e r r i n , der 1945 das "Tagebuch eines Arbeiterpriesters in Deutschland"

-
- 1) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 25 f.
 - 2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 7.
 - 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 5.
 - 4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 5 f.
 - 5) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 88.

("Journal d'un prêtre-ouvrier en Allemagne") veröffentlichte, zählte später zu den aktivsten Arbeiterpriestern in Frankreich. Bereits in diesem Tagebuch führte er aus : "Wenn wir eingreifen ..., dann nicht, um uns Einfluß zu verschaffen, uns Anhänger zu sichern, sondern einfach, um dieses Leben so weit wie möglich besser zu machen, um es nach christlichen Maßstäben aufzubauen" ¹⁾.

Am 11. Juli 1945 trafen sich die zwanzig Priester der "Mission de Paris" bei Kardinal S u h a r d ²⁾. Die Aufgaben der "Mission de Paris" wurden stichwortartig von den Arbeiterpriestern formuliert : "Die Kirche im Herzen der proletarischen Massen erstehen zu lassen, und zwar eine Kirche, die dem Denken und dem Wesen der Arbeiter gemäß ist" ³⁾.

d) Im Jahr 1946 gab es in Paris sechs Arbeiterpriester, die alle zur "Mission de Paris" gehörten. Zur gleichen Zeit arbeiteten mehrere Arbeiterpriester in der Provinz, insbesondere in der Gegend von Lyon ⁴⁾.

In das Jahr 1946 fiel auch die Gründung der "Gemeinschaft von Montreuil" ("Communauté de Montreuil") durch D e p i e r r e von der "Mission de Paris" ⁵⁾.

D e p i e r r e hatte in Montreuil, einem Vorort von Paris mit rund 80.000 Einwohnern, als Arbeiterpriester gelebt. Nach seinen Angaben hatten kommunistische Arbeiter ihn veranlaßt, nicht mehr in der Fabrik zu arbeiten, sondern sich ganz um ihre privaten Nöte zu kümmern ⁶⁾.

- 1) Perrin, Henri, Tagebuch eines Arbeiterpriesters, München 1956, S. 112 (im folgenden zitiert: "Perrin, Henri, Tagebuch ...").
- 2) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 295.
- 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 12.
- 4) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 102.
- 5) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 295.
- 6) Zimmerer, Ludwig, Bei Abbé Depierre in Montreuil, in: Dokumente, 6. Jhg., München 1950, S. 257.

Sie selbst wollten für seinen Lebensunterhalt sorgen. D e p i e r r e bildete so eine christliche Gemeinde um sich. Z i m m e r e r , der D e p i e r r e in Montreuil besucht hatte, gab folgende Schilderung über die Arbeit D e - p i e r r e s : "Er drängt keinen, zu kommen, er läßt jedem Zeit; viele kommen von selbst. Jene, die kommen, verstehen sehr bald, daß Christwerden eine Menge von Forderungen für das tägliche Leben mit sich bringt ... 200 Familien in Montreuil, die keineswegs alle zum Christentum bekehrt sind, haben Obdachlose aufgenommen. Viele geben von ihrem Lohn den Ärmern etwas ab" ¹⁾.

Am 7. Oktober 1946 erklärten zwei Arbeiterpriester ihrem Erzbischof, warum sie in die unter kommunistischem Einfluß stehende Gewerkschaft ²⁾ eingetreten sind : "Wir sind eine Gruppe katholischer Priester, deren Sendung es ist, mit allen Kräften an der menschlichen und geistigen Befreiung des Proletariats mitzuwirken. Der Geist des Evangeliums und des Christentums gibt unserer Arbeit ihr Ziel : die Einigung aller Menschen durch Nächstenliebe und Gerechtigkeit. Es wurde uns bewußt, daß wir diesem Ziel nur dann näher kommen, wenn wir das Schicksal der Arbeiterklasse teilen. Deshalb nehmen wir zur Bestreitung unserer Existenz keine anderen Mittel an als unseren Arbeitslohn, und aus denselben Erwägungen erklären wir uns ohne jeden Hintergedanken mit allen repräsentativen Kräften der Arbeiterklasse solidarisch - es sei denn, daß ihre Methoden eines Tages zu unserem christlichen Gewissen oder zur

1) Zimmerer, Ludwig, a.a.O., S. 258.

2) CGT = Confédération Général du Travail.
Vgl. die Ausführungen auf S. 156 ff.

echten Solidarität aller Besoldeten in Widerspruch stehen sollten" 1).

In einem Kommentar zu dieser Erklärung schrieben die Herausgeber der "Arbeiterpriester-Dokumente" 2): "Dieser Text zeigt, welche wachsende Bedeutung das Leben in der Fabrik für die Arbeiterpriester gewinnt. Einmal in den Arbeitsprozeß eingetreten, machen fast alle die gleiche Entwicklung durch : zunächst brauchen sie etwas Zeit, bis sie die Notwendigkeit erkennen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und sie brauchen noch mehr Zeit, bis sie in der CGT die einzige Organisation entdecken, die sowohl den Arbeitgebern wie der Regierung gegenüber die Arbeiterinteressen in voller Unabhängigkeit vertritt" 3).

e) Die Preis- und Lohnpolitik der französischen Regierung führte im Jahr 1947 zu einer großen Streikbewegung, an der auch die Arbeiterpriester teilnahmen. In der Dokumentensammlung der Arbeiterpriester wird das Verhältnis dieser Priester zu den Arbeitgebern wie folgt beschrieben : "Arbeitgeberkreise hatten in den Priestern, die sich als Fabrikarbeiter einstellen ließen, zunächst natürliche Verbündete gesehen, man erwartete von ihnen, daß sie auf die Arbeiter 'einen guten Einfluß ausüben' und sie auf den 'rechten Weg zurückbringen' würden. Die Arbeiterpriester aber, die unter denselben Bedingungen leben wie die Arbeiter, nehmen an ihren Kämpfen teil und werden immer klassenbewußter" 4).

D e p i e r r e von der "Mission de Paris" 5) erörterte die Streiklage in einem Gespräch mit

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 12.

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 12.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 13.

4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 15.

5) Vgl. die Ausführungen auf S. 15.

einer Reihe katholischer Arbeiter. Er selbst fühlte sich mitverantwortlich für die Lage jener Menschen, unter denen er lebte. Als Forderungen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art, die der Christ für die Arbeiterschaft stellen muß, nennt er :

"a) Es ist notwendig, die sozialen Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen, Kasten und Nationen neu zu durchdenken, ihre sich ergänzenden Funktionen zur Einheit zusammenzufassen, wobei es das Ziel sein muß, freie und brüderliche Beziehungen zwischen ihnen herzustellen. Also eine Gesellschaft mit verschiedenen Funktionsgruppen, aber ohne Klassen ... ohne die Ausbeutung des Menschen durch die Menschen :

- mit Unterschieden in der Lebensform, doch ohne Parias;
- mit Unterschieden der Kulturen, doch ohne Imperialismen und Rassenvorrang.

Es ist furchtbar für die Christen, daß die sozialistischen Strömungen kommen mußten, um diese zum Heil so notwendigen menschlichen Ziele erst wieder zu entdecken.

b) Nach dem Naturrecht und den Vorschriften der Offenbarung bildet nur die von jedem in der Gemeinschaft übernommene Rolle, seine soziale Funktion (und sei es die des Greises, des Kranken, des Irren) die allgemein menschliche Grundlage des Lebensrechtes und des Rechtes auf Selbsterfüllung (plénitude).

Eine Gesellschaft, in der die Kaufkraft und die Möglichkeiten, frei zu sein (Familie, Kultur, Erholung, Religion, Freiheit der Berufswahl), nicht in erster Linie von der von jedem einzelnen geleisteten Arbeit abhängt, ist eine Gesellschaft im Zustand der Zersetzung, der Sünde ...

c) Das Recht des Menschen, Mensch zu bleiben ... Wir glauben, daß die mechanisierte, insbesondere die parzellierte Arbeit vom Menschen einen Tätigkeitsrhythmus verlangt, der selber wieder mechanisch wird und keine Initiative gestattet. Er braucht daher, um seine Persönlichkeit wiederzugewinnen, viel mehr Freizeit, Stille, Entspannung. Diese notwendige Zeitbeschränkung ist bei mechanischer Arbeit nur dann möglich, wenn die Verschwen-

dung der Kriege, der Bürokratie, der Großindustrie und der kapitalistischen Gewinne abgeschafft wird. Dann wird der Mensch in seiner industriellen Aufgabe seine Berufskenntnisse, seine Kenntnis der Maschinen voll verwirklichen können und ein freier Mensch bleiben, der sich seiner Rolle in der Gesellschaft bewußt ist. Also Mechanisierung zur Befreiung der Menschheit, nicht zu deren Untergang" ¹⁾).

f) Seit 1948 wurde der politische Aspekt des Wirkens der Arbeiterpriester deutlich, als sie sich an den Aktionen der "Bewegung für Frieden und Freiheit" beteiligten ²⁾. Nach D a n s e t t e wurde diese Bewegung von den Kommunisten beherrscht ³⁾, die auf diese Art Kreise ansprachen, welche für die kommunistische Partei sonst unerreichbar geblieben wären ⁴⁾. Das erste Manifest der "Kämpfer für die Freiheit" (später "für Frieden und Freiheit") erklärte: "Kämpfer aus der Résistance sind der Auffassung, daß die ungewöhnlich ernsten Verhältnisse, in denen sich Frankreich befindet, ihnen, wie vor vier Jahren, die Verpflichtung auferlegen, sich über das ganze Land hin mit ihren Kameraden, aus der Kampfzeit zu verbinden" ⁵⁾.

Am 27. und 28. November 1948 fand in Paris die erste nationale Tagung "Für Frieden und Freiheit" statt. In dem Dokumentenband der Arbeiterpriester finden wir dazu die folgenden Ausführungen: "Frankreich begibt sich mit rapiden Schritten auf den Weg zu einer Koalitionspolitik, deren Rückwirkungen auf ihr Lebensniveau die Arbeiter bald zu spüren beginnen. Die 'Friedensbewegung' war ursprünglich eine weitumspannende oppositionelle Sammelbewegung der Massen gewesen, in der Kommunisten und ehemalige Widerstandskämpfer eine starke

1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 511.

2) Andreu, Pierre, a.a.O., S. 83.

3) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 125.

4) Fauvet, Jacques, Von Thorez bis de Gaulle, Frankfurt 1953, S. 52 (im folgenden zitiert: "Fauvet, Jacques, Von Thorez ...").

5) Fauvet, Jacques, Von Thorez, a.a.O., S. 51.

Aktivität entfalteteten. Ihrer unermüdlichen Tätigkeit gelang es, eine umfassende und wirksame Diskussion zwischen den verschiedenen Richtungen der französischen öffentlichen Meinung in Gang zu bringen, und zwar um so lebhafter, je deutlicher die Gefahr eines neuen Krieges erkennbar wurde. Von Anfang an, und schließlich immer zahlreicher, nehmen Christen und auch Priester an den Bestrebungen der Bewegung teil" ¹⁾.

Als am 19. März 1950 die Friedensbewegung den "Stockholmer Friedensappell für ein Verbot der Atombombe" ergehen ließ, führten die Arbeiterpriester eine Kampagne zur Sammlung von Unterschriften ²⁾. In Limoges kam es bei einer Demonstration zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Als der zuständige Bischof die Teilnahme der Arbeiterpriester an der Veranstaltung verurteilte, erklärten diese ihre "Solidarität mit der Arbeiterklasse und deren Kampfmethoden" ³⁾. In der Woche vom 8. bis 14. Mai 1950 erschien ein von Arbeiterpriestern und anderen katholischen Persönlichkeiten unterzeichneter Maueranschlag ⁴⁾ in Paris und in der Provinz mit der Überschrift "Christen gegen die Atombombe", welcher der Verbreitung des Aufrufs von Stockholm diente. Nach D a n s e t t e fanden sich darunter Namen solcher "hochstehender Katholiken, die, ohne sich über die wahren Motive dieser Propaganda einer Täuschung hinzugeben, meinen, daß es unzulässig sei, das Monopol des Friedensgedankens ganz den Kommunisten zu überlassen" ⁵⁾.

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 16.

2) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 125.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 21.

4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 20.

5) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 125f.

Zum Verständnis des Vorgehens der Arbeiterpriester sei bereits hier erwähnt, daß für viele Franzosen die Begriffe kommunistische Partei, Frieden, Freiheit, Vaterland, soziale Gerechtigkeit zu einer untrennbaren Einheit geworden waren ¹⁾. Fauvet wies auch darauf hin, daß dem Arbeiter in der Fabrik und auf dem Feld der Charakter der kommunistischen Partei gleichgültig sei, wenn er das Gefühl habe, daß die Interessen der Sowjetunion und die seines eigenen Landes zusammenfielen ²⁾. Hinzu kommt, daß die Kommunisten bei zahlreichen Wählern einfach als die eigentliche Partei der Linken galten ³⁾. Depierre, der zu den Unterzeichnern des Maueranschlages gehörte, war der Meinung, daß die Christen durch ihren Einsatz für den Frieden und durch ihre Zusammenarbeit mit den Kommunisten eine bessere Welt vorbereiteten ⁴⁾.

g) Einer der drei Arbeiterpriester, die 1949 im Stammwerk Billancourt der Régie Renault tätig waren, gab im gleichen Jahr seinen Arbeitsplatz dort auf, um eine Baugenossenschaft für die Arbeiter des Bezirkes zu gründen ⁵⁾. In den "kommunitären Baugenossenschaften" (im Französischen "castors" = "Biber" genannt), deren Mehrzahl sich auf nationaler Ebene zusammenschloß, schritten die Arbeiter zur Selbsthilfe, indem sie an Wochenenden und im Urlaub Wohnhäuser bauten ⁶⁾.

Im Frühjahr des Jahres 1949 eröffnete die Missionsgruppe, die sich um Perrin ⁷⁾ gebildet hatte,

1) Fauvet, Jacques, Von Thorez, a.a.O., S. 29.

Vgl. unsere Ausführungen auf S. 144.

2) Fauvet, Jacques, Von Thorez, a.a.O., S. 19.

3) Fauvet, Jacques, Von Thorez, a.a.O., S. 43.

4) Andreu, Pierre, a.a.O., S. 97 f.

5) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 181.

6) o.V., Les "Castors", issue provisoire, in: Esprit, 21. Jhg., Paris 1953, S. 524.

7) Vgl. die Ausführungen auf S. 14.

ihr gemeinsames Quartier im 13. Bezirk von Paris, 151, Boulevard de la Gare ¹⁾. P e r r i n hatte von Ende 1947 bis Juni 1948 in einer Kunststoff-fabrik, dann drei Wochen als Handlanger in einer kleinen Stanzerei und schließlich als Hilfsarbeiter in der Blechschmiede einer Automobilfabrik gearbeitet ²⁾. Seine Gruppe wollte "auf rein menschlicher Ebene gutes Einvernehmen, Einigkeit, gegenseitige Hilfe fördern" ³⁾. Sie führte dazu aus : "Soweit als möglich wollen wir auf die sozialen Strukturen und Sozialeinrichtungen einwirken ... Durch unser Handeln müssen wir zeigen, daß unsere Liebe zu den anderen und unser Gerechtigkeitswille nicht nur leere Worte sind" ⁴⁾.

Am 19. November 1949 wurde ein Arbeiterpriester von seinem Arbeitgeber, der keine Priester in seinem Betrieb haben wollte, entlassen. Den Prozeß, den er gegen seinen Arbeitgeber wegen Vertragsbruchs anstrebte, gewann er ⁵⁾. Die Herausgeber der "Arbeiterpriester - Dokumente" bemerkten zu diesem Fall : "Er ist nicht der erste, der entlassen wird, und auch anderen ergeht es in der Folgezeit nicht besser. Manche machen diese Erfahrung mehrmals, aus den gleichen Gründen wie ihre Arbeitskameraden; und zwar desto öfter, je mehr Betriebe zum Kampf gegen die gewerkschaftliche Tätigkeit übergehen. Die Betriebe verletzen damit die den Arbeitern gesetzlich zuerkannten Rechte. Als weitere Folge lernen mehrere Arbei-

-
- 1) Itinéraire d'Henri Perrin, Prêtre-Ouvrier 1914-1954, Paris 1958, S. 184 ff. (im folgenden zitiert : "Itinéraire ...").
 - 2) Itinéraire, a.a.O., S. 159.
 - 3) Itinéraire, a.a.O., S. 186.
 - 4) Ebenda.
 - 5) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 19.

terpriester längere Perioden der Arbeitslosigkeit kennen, einige werden sogar verhaftet" ¹⁾. Auf welche "gesetzlich zuerkannten Rechte" hier hingewiesen wird, soll an anderer Stelle ²⁾ erörtert werden.

h) Im Februar und März 1950 kam es in Frankreich wieder zu einer großen Streikbewegung, die vor allem von den Metallarbeitern ausging und die Verbesserung ihrer Löhne zum Ziel hatte. Auch Arbeiterpriester beteiligten sich an den Streiks. Ihre Haltung geht aus folgender Schilderung in dem Dokumentenband der Arbeiterpriester hervor : "Diese Bewegung findet ein starkes Echo im gesamten Frankreich. Kardinal Liénart erklärt : 'Die Gerechtigkeit gebietet, daß die Arbeiterforderungen bis zu einem die Existenz garantierenden Minimum befriedigt werden.' Und der Bischof von Bayonne, Mgr. Terrier, scheut sich nicht, auszusprechen : 'Man muß heraus aus dem verrotteten kapitalistischen System !' Viele Bischöfe ermutigen an den Kirchentüren zu Sammlungen für die Streikenden. Die Arbeiterpriester nehmen zum ersten Mal in ihrer Gesamtheit an einer Streikbewegung teil" ³⁾.

Im 13. Bezirk von Paris setzte sich P e r r i n für die tatkräftige Unterstützung von Hilfskomitees für die Streikenden ein ⁴⁾. Er sandte am 2. März 1950 an den MRP ⁵⁾-Abgeordneten seines Bezirks einen Brief ⁶⁾, in dem er ausführt, daß er sich aktiv an dem Streik beteiligt und mit maßgeblichen Stellen Kontakt aufgenommen habe. Er

-
- 1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 19.
 - 2) Vgl. die Ausführungen auf S. 32 f.
 - 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O. S. 20.
 - 4) Perrin, Henri, Briefe und Dokumente aus dem Nachlaß, München 1960, S. 210 (im folgenden zitiert: "Perrin, Henri, Briefe ...").
 - 5) MRP - Mouvement Républicain Populaire = Volksrepublikaner. Vgl. S. 130 f.
 - 6) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 211 ff.
Vgl. ausführliches Zitat unter 1) im Anhang.

halte den Streik für notwendig und gerecht. Schuld an dem Arbeitskampf seien die Unternehmer, die von der Regierung noch unterstützt würden.

In Paris erschien ein Anschlag ¹⁾ an den Mauern mit der Überschrift "Gerechtigkeit". Er war auch von Priestern unterzeichnet und warf den Unternehmern und der Regierung Gleichgültigkeit gegenüber der Notlage der Arbeiter vor.

Für die Missionsgruppe um Perrin konnte für das Jahr 1950 von seinen Freunden zusammenfassend festgestellt werden, daß sie sich bemüht hatte, den schlimmsten Notständen in ihrer Umgebung abzuhelpen. Die Form der politischen Betätigung sei jedem einzelnen freigestellt worden ²⁾.

Die Gruppe erkannte aber auch, daß sie sich zu stark in ihrer politischen Orientierung von den "Fortschrittlichen Christen" beeinflussen ließ ³⁾. Die "Union Fortschrittlicher Christen" ("Union des Chrétiens Progressistes") bezeichnete sich als "Meinungsbewegung von Christen, die sich ihrer Zusammengehörigkeit mit den Arbeitern bewußt sind" ⁴⁾. In ihrer Monatszeitschrift "Les Chrétiens prennent Position") stimmten sie in sozialen und wirtschaftlichen Fragen mit den Kommunisten überein ⁵⁾.

Fauvet unterschied zwischen fortschrittlichen Christen, die in erster Linie durch die Entchristlichung der Welt der Arbeiter beunruhigt waren, und anderen, die primär für eine politische Aktion eintraten ⁶⁾. Kardinal Suhard hatte bereits im Januar 1949 vor den fortschrittlichen Christen ge-

-
- 1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 211.
Vgl. ausführliches Zitat unter 2) im Anhang.
 - 2) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 213 f.
Vgl. ausführliches Zitat unter 3) im Anhang.
 - 3) Itinéraire, a.a.O., S. 201.
 - 4) Fauvet, Jacques, Von Thorez, a.a.O., S. 49 f.
 - 5) Fauvet, Jacques, Von Thorez, a.a.O., S. 50.
 - 6) Ebenda.

warnt ¹⁾. Außerdem war am 1. Juli 1949 das Dekret gegen den Kommunismus erschienen, und am 23. September 1950 hatte der Papst den Klerus vor der Zusammenarbeit mit den Kommunisten gewarnt ²⁾.

Zu Anfang des Jahres 1950 berichtete François Rendu, ein Arbeiterpriester der "Mission de France" ³⁾, über seinen dreimonatigen Aufenthalt in der "Gemeinschaft der Arbeit" Boimondau in Valence ⁴⁾. Dieser Bericht zeigt, wie vereinzelt versucht wurde, bei Verurteilung des kapitalistischen Wirtschaftssystems einer marxistischen Lösung der sozialen Frage ⁵⁾ zu entgegen. Bei der genannten Gemeinschaft handelte es sich um den Versuch, die kapitalistische "Unternehmung" durch eine auf der Basis der Sozialisierung von Gewinn und Risiko gründenden Lebens- und Arbeitsgemeinschaft zu ersetzen ⁶⁾. Nach Rendu wur-

1) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 280.

2) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 298.

3) Diese "erste missionarische Bewegung, die Frankreich wieder mit dem Evangelium bekanntmachen sollte", erstrebte zunächst eine gleichmäßige Versorgung des Landes mit Priestern. Vgl. Wicker, Dietlinde, a.a.O., S. 51.

4) Rendu, François, Gedanken zur kommunitären Bewegung, in: Dokumente, 6. Jhg., München 1950, S. 31b ff.

5) Vgl. die Ausführungen auf S. 75 ff.

6) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 52. Das "Regime von morgen" charakterisierte Rendu folgendermaßen: "Zusammenschlüsse, die der Unverantwortlichkeit und der Unsicherheit des Arbeiters ein Ende machen; Strukturen, die zwischen allen Beteiligten gemeinschaftliche Aktivität und Interesse herstellen; Statuten, die in fortschreitendem Maße die Produzierenden in das Leben des Unternehmers einbeziehen und sie am Gewinn wie am Risiko beteiligen; Wege, die zum Gemeinbesitz führen. - Um dieses Ziel zu erreichen, müssen in der Industrie zuerst Produktionsgruppen gebildet werden, die den Menschen gemäß sind, in denen jeder seine Rolle bei der Fortentwicklung der Gruppe spielen kann und die ihm zustehende Verantwortlichkeit auf sich nimmt. Dies wird dazu führen, daß sich in den großen Betrieben organisch-autonome Werkstätten bilden, die geeignet sind, sich im allgemeinen Geschäftsleben ihr Teil Eigenleben zu bewahren" (Rendu, François, a.a.O., S. 326 f.).

de hier die Schicksalsgemeinschaft in einem Unternehmen am besten gelöst. Das Ziel der "Kommunität" im wirtschaftlichen Bereich seien Arbeitsgenossenschaften, die auf Schicksalsgemeinschaft und gemeinsamem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhen ¹⁾. Für die Unternehmer eröffneten sich hier fruchtbare Perspektiven, denn einen christlichen Unternehmer müsse alles angehen, was die Arbeit vermenschlicht. R e n d u bedauerte, daß die meisten Unternehmer die Bewegung als utopisch ablehnten und die marxistischen Gewerkschaften sie ablehnten, "weil sie das Reizmittel des Klassenkampfes nicht aus der Hand geben möchten" ²⁾.

i) Seit dem Jahr 1951 standen fast alle Arbeiterpriester unter Polizeiaufsicht ³⁾. Am 4. Februar 1951 wurde Henri B a r r e a u, ein Arbeiterpriester, der seit fünf Jahren in einer Fabrik arbeitete, zum Sekretär der Pariser Metallarbeiter-Gewerkschaft (CGT) gewählt, nachdem er vorher den Erzbischof von Paris davon unterrichtet hatte ⁴⁾. In den folgenden Monaten hatten mehrere Arbeiterpriester bedeutende Gewerkschaftsposten inne ⁵⁾. Auf die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterpriester Anfang des Jahres 1951 weist auch die Dokumentensammlung der Arbeiterpriester hin :
 "Eine seit Monaten in Gang gesetzte Bewegung, die

1) Rendu, François, a.a.O., S. 326. In wöchentlichen Versammlungen legte jede Abteilung des Unternehmens ihre Probleme dar. Die Fabrikation berichtete über die Wochenleistung, der Vertrieb über Neubestellungen, Termine, Kundenwünsche und dergleichen. Daneben gab es "Quartiergruppen", die die Haushaltungen zusammenführten.

2) Ebenda.

3) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 244.

4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 21 f. und Andreu, Pierre, a.a.O., S. 100.

5) Andreu, Pierre, a.a.O., S. 101.

bessere Löhne fordert, entwickelt sich erfolgreich; in ihrem Verlauf werden mehrere Arbeiterpriester in Paris und in der Provinz von den Gewerkschaften hinzugezogen" ¹⁾.

Am 7. April 1951 wurde der Arbeiterpriester Michel F a v r e a u bei einem Arbeitsunfall im Hafen von Bordeaux getötet ²⁾. Der Unfall zeigte, welchen Gefahren die Dockarbeiter ausgesetzt waren ³⁾.

Im Dezember 1951 kam P e r r i n, der im gleichen Jahr aus dem Jesuitenorden ausgetreten war, um weiterhin in der Arbeitermission tätig sein zu können ⁴⁾, zu der sogenannten "Stauwerk-Gruppe" der Arbeiterpriester in Savoyen, wo bereits fünf Priester an den verschiedenen Schleusen der Gegend arbeiteten ⁵⁾. Er ließ sich in Notre-Dame-de-Briançon als Mechaniker auf der Baustelle der Firma Borie am Stauwehr "Isère-Arc" anstellen. Das Stauwehr war ein Projekt der staatlichen Elektrizitätswerke (Electricité de France) ⁶⁾. Neben Arbeitern aus Frankreich wurden dort besonders Nordafrikaner, Spanier und Italiener beschäftigt. Sie waren zumeist von ihren Familien getrennt und wohnten in Holzbaracken ⁷⁾.

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 22.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 23.

3) Nach Angaben der Arbeiterpriester hatte der hinzugezogene Sachverständige dem vernehmenden Untersuchungsrichter gegenüber die Frage, ob das Versagen des Krans auf das Zusammentreffen unglücklicher Umstände zurückzuführen sei, verneint. Bei dem Kran fehlte eine wasserdichte Kabine, so daß er in Regenzeiten eine ständige Gefahr darstellte. Vgl. Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 23.

4) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 23.

5) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 286.

6) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 290.

7) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 140.

j) Vom 14. Januar bis 26. Februar 1952 war P e r r i n maßgeblich an der Führung des Streiks auf der Baustelle Isère-Arc beteiligt. Die Streikenden forderten bessere Arbeitsbedingungen (Arbeitsmaterial, Entlohnung), bessere Sicherheitsvorkehrungen und hygienische Einrichtungen sowie eine bessere Unterbringung ¹⁾.

P e r r i n wurde Schriftführer des Streikkomitees und gab fast täglich Streikberichte über den Verlauf des Streiks und die Entscheidungen des Streikkomitees heraus ²⁾. Durch diese Berichte gelang es ihm, die Arbeiter laufend über alle Verhandlungen mit der Unternehmensleitung zu unterrichten und dadurch die Selbstdisziplin von etwa 1.000 Arbeitern aufrechtzuerhalten ³⁾. In einem offenen Brief an die Direktion legte er den Standpunkt der Arbeiter dar. Ferner wies er in einem Communiqué an die Presse auf die fragwürdige Bedeutung des Gesetzes vom Februar 1950 hin, das nach langer Zeit staatlicher Reglementierung die freie Lohnbildung wieder eingeführt hatte ⁴⁾. In Savoyen gab es zu jener Zeit für die Arbeiter der Stauwerke noch nicht den vom Gesetzgeber vorgesehenen Kollektivvertrag, da die Arbeitgeber es zunächst als Sache der Regierung erachteten, das Mindestlohngesetz, das dafür als Grundlage zu dienen hatte, im Parlament zu verabschieden.

1) Itinéraire, a.a.O., S. 299.

2) Itinéraire, a.a.O., S. 277.

3) Itinéraire, a.a.O., S. 281.

4) Itinéraire, a.a.O., S. 287. Das Tarifvertrags- und Schlichtungsgesetz vom 11. Februar 1950 stellte die völlige Freiheit zum Abschluß von Tarifverträgen wieder her. Da aber die Mindestlöhne weiterhin staatlich festgesetzt wurden, hatte die tarifliche Lohnfestsetzung nicht die erhoffte Bedeutung. Vgl. Hueck-Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 6. Aufl., 2. Bd., Berlin 1957, S. 935 f.

Das Streikergebnis bestand in einer Revision verschiedener Prämien und einer Verbesserung der Unterbringung.

Neben diesen materiellen Verbesserungen war nach P e r r i n der größte Erfolg des Streiks die Einigkeit unter den Arbeitern und die Hilfe, die diesen von Leuten "verschiedenster Herkunft und Überzeugung" ¹⁾ zuteilgeworden war. Es waren für den Streik drei Millionen Franken gesammelt worden ²⁾.

Am 11. Juli 1952 nahm P e r r i n als Vertreter der Gewerkschaft (CGT) mit beratender Stimme an der Sitzung des "Zentralen Unternehmens-Komitees" ("Comité central de l'entreprise") teil ³⁾. Die Aufgaben des Unternehmens-Komitees betreffen die Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung im Hinblick auf die Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen des Personals sowie die Leitung und Kontrolle der sozialen Einrichtungen des Betriebes für die Arbeitnehmer oder deren Familien ⁴⁾. Andererseits soll das Unternehmens-Komitee dem Unternehmer Wünsche und Vorschläge unterbreiten, die die Erhöhung der Produktion, Verbesserung der Leistung und Probleme der finanziellen Führung des Unternehmens betreffen ⁵⁾. In diesen Fragen hat das Unternehmens-Komitee allerdings nur beratende

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 312.

2) Ebenda.

3) Itinéraire, a.a.O., S. 314 f. In Frankreich sind die Gewerkschaften insofern unmittelbar an der innerbetrieblichen Mitbestimmung beteiligt, als sie für die Sitzungen des Unternehmens-Komitees einen Vertreter mit beratender Stimme benennen können. Vgl. Bureau International du Travail, La participation des organisations professionnelles à la vie économique et sociale en France, Genf 1948, S. 172.

4) Bureau International du Travail, a.a.O., S. 184.

5) Bureau International du Travail, a.a.O., S. 203 f.

Funktion. Die Sitzung vom 11. Juli 1952 in Paris nannte P e r r i n ¹⁾ eine "finstere Angelegenheit". Diskussionen über Fragen von Mitgliedern des Unternehmens-Komitees gab es offenbar nicht. Der finanzielle Rechenschaftsbericht wurde in drei Minuten erledigt.

Im Jahr 1952 wurde P e r r i n auch "Vertreter der Belegschaft" ("délégué du personnel") ²⁾. Die "Vertreter der Belegschaft" eines Betriebes haben die Aufgabe, den Arbeitgebern Beschwerden der Belegschaft vorzutragen. Diese Beschwerden können die Anwendung von Bestimmungen des Arbeitsrechts betreffen, insbesondere von Gesetzen und Regelungen, die sich auf den Arbeiterschutz ("protection ouvrière") und die soziale Sicherheit ("sécurité sociale") beziehen. Die Vertreter der Belegschaft können sich mit Beschwerden an die Gewerbeaufsichtsbehörde ("inspection du travail") wenden. Falls das Unternehmen bei mindestens fünfzig Lohn- oder Gehaltsempfängern ein "Unternehmens-Komitee" ("comité d'entreprise") hat; können sie diesem die Vorschläge und Beobachtungen des Personals übermitteln, soweit diese Fragen in die Zuständigkeit dieses Komitees fallen. Hat das Unternehmen kein "Komitee für Fragen der Gesundheit und Sicherheit" ("comité d'hygiène et de sécurité"), so haben die "Vertreter der Belegschaft" über die Anwendung der Vorschriften zu wachen, die diese Fragen betreffen, und können bei Unfällen und schweren Berufskrankheiten wirksame Maßnahmen zu deren Vermeidung vorschlagen ³⁾.

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 326.

2) Itinéraire, a.a.O., S. 320. Als reine Vertretung der Beschäftigten im Betrieb bestehen neben den paritätischen Unternehmens-Komitees noch die aufgrund eines Gesetzes vom 16. April 1946 in allen Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten zu wählenden "Vertreter der Belegschaft". Vgl. Hueck-Nipperdey, a.a.O., S. 936.

3) Bureau International du Travail, a.a.O., S. 152 f.

Anfang August 1952 trafen sich die Arbeiterpriester aus dem Baugewerbe mit dem Erzbischof von Chambéry ¹⁾. Nach diesem Treffen schrieb P e r r i n an seine Freunde : "Was vor ein paar Monaten für fragwürdig galt, z.B. unsere Betätigung in der Gewerkschaft, wird uns jetzt zugestanden" ²⁾.

Am 6. und 7. Dezember 1952 diskutierten die Arbeiterpriester auf einer Zusammenkunft in Paris die bezeichnende Frage ³⁾ : "In welcher Form geben wir unserem Klassenbewußtsein als Arbeiter Ausdruck ?"

Im gleichen Monat nahm P e r r i n wieder an einer Sitzung des "Zentralen Unternehmens-Komitees" seiner Firma teil und hatte dabei einen schweren Zusammenstoß mit einem Mitglied der Unternehmensleitung. P e r r i n schrieb darüber : "Die Brücken sind jedoch keineswegs abgebrochen, und es ist darauf hinausgelaufen, daß die Löhne nachgezahlt und erhöht werden; die Leute erhalten sie am 6. Januar ausgehändigt, was für das Unternehmen eine Summe von vier Millionen darstellt" ⁴⁾.

k) Im Jahr 1953 arbeitete P e r r i n noch als letzter der Gruppe von elf Arbeiterpriestern an einem Staudamm ⁵⁾. Ende Mai des Jahres nahm er die Bestattung eines auf der Baustelle tödlich verunglückten Arbeiters vor. Er wies selbst in seiner Ansprache auf dem Friedhof vor fast sämtlichen Arbeitern der Baustelle auf den Mangel an Sicherheitsvorkehrungen und die Verantwortlichkeit der Bauleitung für diesen Unfall hin ⁶⁾. Bei dem Un-

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 327.

2) Ebenda.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 31.

4) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 335.

5) Itinéraire, a.a.O., S. 330.

6) Ebenda.

fall hatte ein Traktor dem Arbeiter die Brust eingedrückt.

Wie intensiv sich P e r r i n für den allgemeinen Betriebsschutz einsetzte, zeigt neben diesem Beispiel auch sein Bemühen, die ärztliche Betreuung auf der Baustelle zu verbessern. Für 900 Arbeiter der Baustelle gab es nur an einem Tag der Woche eine ärztliche Betreuung ¹⁾. Am 10. Juli wollte P e r r i n im "Zentralen Unternehmens-Komitee" seines Unternehmens in Paris dieses Thema zur Sprache bringen und machte sich bereits auf ernste Auseinandersetzungen gefaßt ²⁾. Am 2. Juni wurde ihm und einer Anzahl anderer Arbeiter gekündigt ³⁾. Da P e r r i n Sekretär des "Unternehmens-Komitees" war ⁴⁾, wäre der Arbeitgeber verpflichtet gewesen, vor der Kündigung die Zustimmung dieses Komitees einzuholen und bei Meinungsverschiedenheiten eine Entscheidung der "Gewerbeaufsichtsbehörde" ("inspection du travail") herbeizuführen ⁵⁾. Die Direktion der Baustelle mißachtete jedoch diese Bestimmung und weigerte sich, ihre Haltung zu überprüfen. Außerdem waren die von ihr ausgesprochenen Kündigungen nicht durch einen verminderten Bedarf an Arbeitskräften auf der Baustelle zu begründen, so daß die "Gewerbeaufsichtsbehörde" diese nicht billigte ⁶⁾. Die unnachgiebige Haltung der Unternehmensleitung führte am 6. Juni 1953 zum Streik ⁷⁾,

1) Itinéraire, a.a.O., S. 331.

2) Itinéraire, a.a.O., S. 330.

3) Ebenda.

4) Itinéraire, a.a.O., S. 336.

5) Ebenda.

6) Itinéraire, a.a.O., S. 338 f. Nach einer Verordnung vom 24. Mai 1945, ergänzt durch Dekret vom August 1945, mußten in Gewerbe- und Handelsbetrieben Einstellungen und Entlassungen von der "Gewerbeaufsichtsbehörde" vorher genehmigt werden.

7) Itinéraire, a.a.O., S. 333.

bei dem es um zwei sehr wesentliche Rechte der Arbeiter ging : das Verhalten des Unternehmers gefährdete die Arbeit des Unternehmens-Komitees und den Schutz der Arbeiter vor willkürlichen Kündigungen.

Als Sekretär des Streik-Komitees fuhr P e r r i n im Verlauf des Streiks nach Paris. Er sollte auf Anraten der Gewerbeaufsichtsbehörde mit der Presse und staatlichen Stellen Kontakt aufnehmen, um das Unternehmen dadurch zu zwingen, mit den Arbeitern zu verhandeln ¹⁾. In Paris setzte sich P e r r i n mit "Le Monde", "Combat", "La Croix" und anderen Zeitungen in Verbindung und konnte eine Dreiviertelstunde mit dem Arbeitsminister sprechen, der einsah, daß der Unternehmer im Unrecht war ²⁾. Nach dem Tarifvertrags- und Schlichtungsgesetz vom 11. Februar 1950 (Artikel 5) mußte jedoch vor einem Eingreifen des Arbeitsministeriums eine Schlichtungskommission einberufen werden ³⁾. Das Streikkomitee wandte sich daher an den Präfekten von Savoyen, der die Kommission, die aus dem Vertreter der Gewerbeaufsichtsbehörde, Vertretern des Unternehmens und der Arbeiter sowie Vertretern der Präfekten bestand, einberief ⁴⁾. Diese Einigung kam jedoch nicht zustande.

Schließlich mußte P e r r i n seine ganze Beredsamkeit aufwenden, die Arbeiter zu überzeugen, daß es nicht ratsam wäre, den Streik fortzusetzen, nur um die eigene Wiedereinstellung zu erreichen ⁵⁾. Außer zwei Lehrlingen und P e r r i n wurden dann die am 2. Juli entlassenen Arbeiter wieder eingestellt ⁶⁾. Die Arbeiter übergaben der Ge-

1) Itinéraire, a.a.O., S. 342.

2) Itinéraire, a.a.O., S. 343 f.

3) Hueck-Nipperdey, a.a.O., S. 936.

4) Itinéraire, a.a.O., S. 345.

5) Itinéraire, a.a.O., S. 347.

6) Ebenda.

schäftsleitung jedoch folgende Resolution : "Die Arbeiter haben einstimmig beschlossen, daß Perrin, Mitglied und Sekretär des Unternehmens-Komitees, auf der Baustelle bleibt und daß er unter allen Umständen das Amt ausübt, das wir ihm anvertraut haben und welches das Gesetz ihm garantiert" ¹⁾.

Die Arbeiter sammelten für P e r r i n , und bereits am ersten Tag wurden achtzigtausend Francs in Notre-Dame-de-Briançon aufgebracht ²⁾. Die CGT veranlaßte, daß er bei der Kasse der Sozialversicherung in Chambéry angestellt wurde, die für die Arbeiter der Baustelle zuständig war ³⁾.

Im August 1953 kam es in Frankreich zu den schwersten Streiks seit 1947. Sie richteten sich gegen den Plan der Regierung Laniel, alle öffentlichen Dienste zu reorganisieren und umfangreiche Personaleinsparungen vorzunehmen. Die Gewerkschaften waren insbesondere gegen die geplante Heraufsetzung der Altersgrenze für staatliche Beamte und Angestellte. Im Verlaufe der Streikbewegung ging es aber letztlich um einen Umschwung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ⁴⁾. Am 14. August hatte die Zahl der Streikenden die 4-Millionen-Grenze erreicht. Die Streikenden forderten Vollbeschäftigung, Reform der Staatsfinanzen, Einschränkung des Zwischenhandels, Senkung der Rüstungsausgaben und Erhöhung "produktiver Investitionen" ⁵⁾. Nach einer Darstellung in "The Economist" waren die Streiks ein Versuch der oppositionellen Linksparteien, "das parlamentarische Gleichgewicht zu än-

1) Itinéraire, a.a.O., S. 350.

2) Ebenda.

3) Ebenda. (Die Verwaltung dieser Kassen war nach dem 2. Weltkrieg den führenden Gewerkschaften unterstellt worden.)

4) Perrot, J., Die Streikbewegung in Frankreich, in : Dokumente, 9. Jhg., 1953, S. 384. Vgl. auch unsere Ausführungen auf S. 149.

5) Perrot, J., a.a.O., S. 384.

dern" 1). Aus diesem Grund forderten auch die Arbeiterpriester die Einberufung des Parlaments 2), das zu jener Zeit in Ferien war. Während die christliche und die sozialistische Gewerkschaft, erschrocken über den Umfang des Streiks, die Arbeiter aufforderten, die Arbeit wieder aufzunehmen, kritisierten fünf Arbeiterpriester von Limoges die lokale Tätigkeit der christlichen Gewerkschaft (CFTC) während des Streiks. Sie stellten fest: "Als streitbare Arbeiter erklären wir ausdrücklich, daß die CFTC von Limoges die Belange der Arbeiter und Christen verraten hat, und brandmarken die Untreue dieser gewerkschaftlichen und politischen Zentrale" 3).

Die Arbeiterpriester in Paris unterzeichneten eine ähnliche Erklärung 4). Zuvor war die CFTC in einem Rundschreiben des Episkopats-Sekretariates gelobt worden, weil sie sich im Laufe des Konflikts "als eine fähige Macht erwiesen habe, um im kritischen Augenblick das Schlimmste zu verhüten" 5).

Ein Arbeiterpriester in der Automobilfabrik Renault, Bernard Chauveau, schrieb am 15. September 1953: "Unser christlicher Glaube gibt uns keineswegs eine systematische Orientierung für unser zeitliches Leben. Er schreibt uns auch nicht vor, Bewahrer, Reformatoren oder Revolutionäre zu sein, denn er verlangt von uns, daß wir uns ganz sachlich und rechtmäßig an die Probleme halten, die sich uns stellen (Lohn, Arbeit,

-
- 1) o.V., Conflict of powers in France, in: The Economist, 168. Jhg., Nr. 5738, 15. August 1953, S. 436. Vgl. dazu unsere Ausführungen auf S. 153.
 - 2) Itinéraire, a.a.O., S. 355.
 - 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 37. (CFTC = Confédération Française des Travailleurs Chrétiens.)
 - 4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 37.
 - 5) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 36 f.

Wohnung, Friede etc.) und daß wir mutig die Lösungen durchsetzen sollen, die uns die besten zu sein scheinen" ¹⁾.

Nachdem am 23. September 1953 der Entschluß der Kurie feststand, das "Experiment" der Arbeiterpriester abubrechen, faßten die Arbeiterpriester des Pariser Bezirks ihre Argumente in dem sogenannten "Grünen Dokument" zusammen, das sie am 5. Oktober an Kardinal F e l t i n adressierten ²⁾. Darin nahmen sie unter anderem Stellung zu dem Vorwurf, sie seien "nichts als Arbeiter" ³⁾. Sie stellten fest, daß sie nach und nach zu Arbeitern geworden seien und nicht umhin könnten, sich aktiv für die "Befreiung der Arbeiterklasse" ⁴⁾ einzusetzen, denn die "organisierte und bewußte Aktion der Arbeiterklasse" ⁵⁾ sei notwendig, um mehr Freiheit zu erreichen. Die Politik habe für den Bürger nicht den gleichen Sinn wie für einen Arbeiter: "Für einen Arbeiter ist sie geradezu die Verteidigung seines Brotes und seiner Zukunft, und deshalb müssen wir konsequent die Politik der Arbeiterklasse mitmachen. Wenn wir uns ausschließen, sind wir keine treuen und ehrlichen Glieder dieser Klasse" ⁶⁾.

Sie verwiesen auf die Streiks im August 1953, in deren Verlauf sich gezeigt habe, daß die sozialen Lehren der Kirche oft "zum Verrat an der Arbeiterklasse und ihren Rechten führten" ⁷⁾. In den sozialen Lehren der Kirche werde beständig auf die Zusammenarbeit der Klassen hingewiesen. Sich über den Kampf zu stellen, habe aber keinen Sinn ⁸⁾.

-
- 1) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 84 f. (Fußnote 227).
 - 2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 174.
 - 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 176.
 - 4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 178.
 - 5) Ebenda.
 - 6) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 179.
 - 7) Ebenda.
 - 8) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 180.

Man stehe entweder auf der einen oder auf der anderen Seite. Die kirchliche Verurteilung des Kapitalismus bestehe nur theoretisch ¹⁾. Die Kirche fürchte sich vor dem Kommunismus, der den "Aufstieg des Proletariats inspiriere" ²⁾, und befürchte die "marxistische Verseuchung" ³⁾ der Arbeiterpriester. Diese aber seien durch ihr "Treueversprechen an die Arbeiterklasse" gebunden, besonders in einem Augenblick, in dem die "Unterdrückung des Proletariats" immer "zynischer und roher" werde ⁴⁾.

Am 31. Oktober war eine Abordnung der Arbeiterpriester bei Kardinal F e l t i n , um ihm zu erklären, daß die Arbeiterpriester sich unmöglich jetzt vom "Klassenkampf" zurückziehen könnten, "da dies einem Verrat an ihren proletarischen Zielen" gleichkäme ⁵⁾. Das Verbot jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit sei gleichbedeutend mit ihrer Ausschaltung ⁶⁾.

1) Am 19. Januar 1954 erhielten die Arbeiterpriester von ihren Bischöfen ein Rundschreiben, in dem ihnen verboten wurde, mehr als drei Stunden täglich Handarbeit zu leisten und irgendwelchen Organisationen beizutreten oder ihnen gegenüber Verpflichtungen einzugehen ⁷⁾. Das Rundschreiben enthielt die Aufforderung, "nach Empfang dieses Briefes, oder spätestens bis zum 1. März, alle ... weltlichen Posten ... zurückzugeben" ⁸⁾.

Am 2. Februar 1954 veröffentlichte die Mehrzahl der Arbeiterpriester ein Communiqué ⁹⁾, das an

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 181.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 182.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 183.

4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 188.

5) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 44.

6) Ebenda.

7) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 50.

8) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 192.

9) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 195 f.

Vgl. ausführliches Zitat unter 4) im Anhang.

die französischen Arbeiter gerichtet war und in dem sie Regierung und Unternehmertum vorwarf, die Fortschritte der Arbeiterklasse zu hemmen, um ihre eigenen Vorrechte zu schützen. Die Kirche fordere von den Arbeiterpriestern, auf ihr Arbeiterleben zu verzichten. Die Arbeiterpriester aber erklärten sich mit den Arbeitern in deren Kampf solidarisch. Sie könnten daher keine Kompromisse eingehen, denn die Arbeiterklasse brauche keine Männer, die sich zu ihrem Elend herablassen, sondern solche, die an ihren Kämpfen und Hoffnungen teilnahmen.

Am 13., 14. und 15. Februar richteten die Gruppen der Arbeiterpriester von Toulouse, Limoges und Paris Briefe an ihre Bischöfe. In dem Brief der Arbeiterpriester von Toulouse vom 13. Februar an Kardinal S a l i è g e warnen die Arbeiterpriester davor, das Arbeiterleben leichtfertig abzutun: "Die Gewerkschaft - unsere Aufgabe als Arbeiter - unser Wort - die Arbeiterorganisationen - all das aufgeben", schrieben sie, "heißen wir leichtfertig handeln" ¹⁾. Sie wiesen auf die Lage der Arbeiter, deren Elend und ungenügende Löhne hin und fragten: "Können wir mitten im Kampf um mehr Gerechtigkeit und Würde in Deckung gehen, im Namen des Evangeliums und unseres Priestertums?" ²⁾. "Das Schlimmste ist für uns nicht, sich zu unterwerfen ..., sondern daß die Arbeiterklasse morgen jene Kameraden auf der Seite des Geldes und der Macht findet, denen sie nach und nach ihr Vertrauen geschenkt hatte" ³⁾.

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 200.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 201.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 204.

Aus dem Schreiben ¹⁾ geht auch hervor, wie diese Arbeiterpriester ihr Leben als Arbeiter und ihre Verantwortung, die sie übernommen hatten, sahen. Sie seien nicht zu den Arbeitern gekommen, um verantwortliche Positionen zu übernehmen. Die Arbeiter hätten ihnen Vertrauen geschenkt. Ihre Teilnahme an Arbeitskämpfen sei ihre Erwidern auf dieses Vertrauen. Regierung und Kirche aber seien verantwortlich für eine Ordnung, die sich nur Dank der Ungerechtigkeit und des Elends halten könne.

Am 14. Februar 1954 schrieben die Arbeiterpriester von Limoges an Mgr. R a s t o u i l :
 "Wir litten ... beim Anblick so vieler untätiger Arbeiter auf den öffentlichen Plätzen, die auf ihren Einsatz warteten, so vieler Arbeiter, die betrogen waren um ihre Löhne, so vieler ausgebeuteter Fremdarbeiter ... wir wollten die ungerechten Bedingungen ändern und jedem unserer Brüder 'das Brot, den Frieden und die Freiheit' sichern" ²⁾.

Sie warfen der Kirche Trägheit, Furchtsamkeit und Schlawheit vor ³⁾ : "Warum kommt sie nicht dem Ärgeris unseres Jahrhunderts zu Hilfe : den ausgehungerten, geplagten, verzweifelten Massen ? ... Ohne die geringsten materiellen Lebenssicherungen ist kein geistliches Leben möglich" ⁴⁾.

Sie wiesen auch auf die Ereignisse hin, die sie zu Arbeiterpriestern gemacht hatten : "Die Ereignisse der Jahre 1939 bis 1947 bewirkten, daß die Augen, der Verstand, die Herzen der Menschen helllechtig, hellhörig wurden für neue Entschei-

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 205.
 Vgl. ausführliches Zitat unter 5) im Anhang.
 2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 210.
 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 213.
 4) Ebenda.

dungen. Neue Hoffnungen erwachten, neue Möglichkeiten wurden gesehen auf dem Gebiet der sozialen Reform und der christlichen Politik. Und diese Ereignisse waren es auch, die aus uns Priestern Arbeiterpriester und neue Menschen gemacht haben" ¹⁾.

Außerdem bestätigten sie ausdrücklich, daß ihr Vorgehen teilweise auch als politische Betätigung aufgefaßt werden konnte : "Es ist wahr, daß die Kirche nicht außerhalb der politischen Verhältnisse leben kann. Es ist wahr, daß die Zeugnenschaft der Christen nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben wird" ²⁾.

In dem Brief der Arbeiterpriester von Paris vom 15. Februar an Kardinal F e l t i n gehen die Arbeiterpriester auf die Gründe ein, warum sie ihrer Meinung nach von der Kirche zurückgerufen wurden :

"... man will uns jetzt wieder in den umzäunten Bereich zurückführen, weil die geistliche Autorität ihre Stärkung für wichtiger hält als die Ausgießung der Kirche hinein in die Welt, hinein in die brennendsten Zeitfragen. Die Regierung und die Kreise, die sie stützen, rechtfertigen ihre Politik damit, daß sie sagen, es gäbe gegenwärtig dringendere Aufgaben als die Linderung des wachsenden Elends ... Das Elend weckt wohl ihr Mitleid, wenn es sich nicht verteidigen kann, es beunruhigt sie aber, wenn sich das Proletariat an die Organisationen hält, die zu seiner Hilfe und Verteidigung geschaffen wurden. Das Klassenbewußtsein und die Macht, die aus diesen Organisationen hervorgehen, scheinen ihnen eine gefährlichere Bedrohung der Kirche zu sein als der Zu-

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 214 f.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 216.

stand des Glaubens, um den dann soviel Lärm gemacht worden ist" ¹⁾.

Am 20. Februar 1954 trafen sich die Arbeiterpriester aus ganz Frankreich in Villejuif bei Paris. Sie hatten zwischen zwei Möglichkeiten zu entscheiden : entweder der Kirche den Gehorsam zu verweigern oder die Fabriken und Quartiere zu verlassen ²⁾.

Noch nach dem 1. März 1954, als die Frist ablief, die den Arbeiterpriestern von den Bischöfen gesetzt worden war, wurde ein Arbeiterpriester (Abbé G o u t t e b a r g e) in St. Etienne zum Mitglied des Sekretariates der CGT gewählt ³⁾.

Die Hälfte der Arbeiterpriester folgte offenbar den Weisungen der Hierarchie nicht. Im November 1954 erschien die Dokumentensammlung "Les prêtres ouvriers" (Die Arbeiterpriester), die nach D a n s e t t e eine Art Weißbuch jener Arbeiterpriester darstellt, die sich den Beschlüssen der Kirche nicht gefügt hatten ⁴⁾.

3. Die soziale Frage Frankreichs

a) Die Arbeiterschaft Frankreichs im geschichtlichen Rückblick

Die französische Revolution von 1789 war eine Revolution des Bürgertums gewesen, während die Arbeiter in ihrer Organisation und ihren Mitteln

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 222.

2) Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 262 f.

3) Derselbe, S. 265.

4) Derselbe, S. 266.

zu unbeweglich waren, als daß sie sich hätten Vorteile verschaffen können ¹⁾. Schon vor der Französischen Revolution hatte der Physiokrat T u r g o t als Minister Ludwigs XVI. Arbeitgebern und Arbeitnehmern verboten, Vereinigungen zu gründen (1776). Dieses Verbot war zwar nach dem Sturze T u r g o t s wieder aufgehoben worden. Am 17. Juni 1791 wurde es jedoch in einem Gesetz (la loi Le Chapelier) erneut ausgesprochen.

Die Bedeutung des Gesetzes Le Chapelier wird deutlich, wenn wir zwei Vorgänge ²⁾ betrachten, die der Verabschiedung des Gesetzes vorausgingen :

Den Zimmerleuten von Paris war Ende April 1791 vom Magistrat der Stadt die Genehmigung erteilt worden, eine Vereinigung zu gründen. Ziel der Zimmerleute war unter anderem ein Zusammenwirken mit den Arbeitgebern bei der Festsetzung der Löhne. Die Arbeitgeber hatten sich jedoch geweigert, mit den Arbeitern zu verhandeln. Sie hielten die Arbeitervereinigung für illegal. Die Arbeiter hatten sich daraufhin an den Bürgermeister gewandt und um seine Vermittlung gebeten. Der Bürgermeister jedoch berief sich in seiner Antwort auf die Idee der Freiheit und betonte, daß es unmöglich sei, den Unternehmern irgendeine Entscheidung aufzuzwingen. Am 22. April 1791 wurden die Arbeiter von der Polizei und dem Magistrat darauf hingewiesen, daß ihre Vereinigung eine Verletzung des Gesetzes, eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und einen Verstoß gegen das

-
- 1) Naef, Eugen, Zur Geschichte des französischen Syndikalismus, Zürich 1953, S. 12.
 - 2) Die Daten der folgenden Ausführungen entstammen: Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire du Travail en France, Bd. 1, Paris 1953, S. 129 ff. (im folgenden zitiert : "Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1 ...").

allgemeine Interesse darstelle. - Als die Zimmerleute ihre Vereinigung nicht auflösten, richtete der Bürgermeister am 26. April 1791 einen Brief an den Befehlshaber der Nationalgarde. Er drückte darin seine Beunruhigung über die Vereinigung aus und forderte, die Werkstätten der Meister zu überwachen, um zu verhindern, daß deren Arbeiter mit Gewalt von der Arbeit abgehalten würden. Am 30. April schickten die Meister eine Deputation zum Magistrat, Diese protestierte gegen die illegalen Versammlungen der Arbeiter und verlangte deren Auflösung. Ihre Bitte stützten sie auf die Prinzipien der Physiokraten: "Keine Koalition; die Konkurrenz fördert auf natürliche Weise die gegenseitigen Interessen" ¹⁾.

Am 4. Mai 1791 wurde den Arbeitern verboten, Koalitionen zu bilden.

Anfang Juni 1791 hatten die Hufschmiede in Paris ein Memorandum an den Magistrat gerichtet, in welchem sie eine Erhöhung der Löhne sowie eine Änderung der Arbeitszeit forderten und den Bürgermeister als Vermittler anriefen. Sie stellten fest, daß sie im Jahre 1791 noch den gleichen Lohn erhielten wie im Jahr 1741, obwohl die Grundnahrungsmittel teurer geworden waren. Am 4. Juni äußerten sich die Arbeitgeber zu dem Memorandum. Sie beschuldigten die Arbeiter, Kollegen gezwungen zu haben, die Arbeit einzustellen, und wandten sich am 7. Juni an die Nationalversammlung.

Am 14. Juni 1791 legte nun Le Chapelier der Nationalversammlung einen Bericht über die Arbeiterver-

1) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 130.

vereinigungen vor. Er wies auf die großen Gefahren für die öffentliche Ordnung hin, die aus einer Mißachtung der Verfassungsprinzipien, welche die Korporationen verbieten, entstehen würden.

In den Jahren nach 1791 war es den Arbeitern zunächst verboten, Zusammenschlüsse zu bilden. Auch 1830 änderte sich nichts. Die Pariser Julirevolution im Jahre 1830 brachte die bürgerliche Monarchie. Die Revolution war ausgelöst worden durch die Ordonnanzen Karls X. am 25. Juli 1830, in denen er unter anderem die Pressefreiheit aufhob und das Wahlrecht zugunsten der Großgrundbesitzer änderte. Die Rolle der Arbeiterschaft während der Revolution wird aus folgender Episode besonders deutlich ¹⁾ : In Lyon schlossen die Fabrikanten die Werkstätten und empfahlen den Arbeitern, sich zu Protesten auf den öffentlichen Plätzen zu versammeln. Wenn auch die Arbeitgeber es waren, die auf diese Weise die Initiative ergriffen, so waren es andererseits die Arbeiter, die handelten. Sowohl in Paris als auch in der Provinz, in Lyon, Limoges, Lille und in Nantes führten die Aktionen der Arbeitnehmer die Entscheidung zugunsten der Revolutionäre herbei. Obwohl die Arbeiter sich jetzt ihrer Rolle bewußt wurden, brachte die Julimonarchie für die Arbeiter keine Verbesserung ihrer Lage. Das Gesetz Le Chapelier galt weiterhin.

Nach 1830 nahmen die Arbeiter aber republikanische und sozialistische Ideen auf. Der französische Sozialismus wandte sich gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und erstrebte die "natürliche Ordnung" auf der Grundlage des genossenschaftli-

1) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 186.

chen Eigentums, so daß niemand, der nicht arbeitet, leben soll und jeder, der arbeitet, leben kann ¹⁾. Die führende Persönlichkeit war der Anarchist Jean Pierre P r o u d h o n . Wie die Chartisten in England forderten auch die französischen Arbeiter allgemeines und geheimes Wahlrecht, und in der Folgezeit verlagerte sich der Mittelpunkt der Revolten immer mehr in die Arbeiterschaft. "Zweimal war Lyon mit seiner Seidenindustrie Schauplatz der Unruhen. Dort wurde nicht mehr nach Freiheit, sondern nach menschenwürdigen Löhnen gerufen und zum erstenmal die rote Fahne gezeigt; auch machte sich eine gewisse Organisation bemerkbar" ²⁾.

Wahlrechtsdemonstrationen führten am 24. Februar 1848 zum Barrikadenkampf in Paris und zur Flucht des Königs. Es wurde eine provisorische Regierung gebildet, und die Arbeiter setzten das allgemeine Wahlrecht und das "Recht auf Arbeit" durch. Die Forderungen der Sozialisten führten zur Einrichtung von Nationalwerkstätten in Paris, in denen jedem französischen Bürger vom Staat Arbeit und Lohn geboten werden sollten. Die Nationalwerkstätten, die viele Arbeitslose nach Paris zogen, erwiesen sich aber bald als zu kostspielig und zwecklos. S i e b u r g charakterisiert die Zeit wie folgt: "Wir sind mitten in der neuen Phase des menschlichen Freiheitskampfes. Es wird noch viel Blut für die politischen Rechte, für die Fragen der Verfassungen und der Nationalitäten fließen, aber der Freiheitskampf schickt sich an, zum Klassenkampf zu werden" ³⁾.

Am 23. Juni 1848 führte die Schließung der Nationalwerkstätten zum blutigen Straßenkampf. Der Auf-

-
- 1) Schnabel, Franz, Bürgerlicher Liberalismus und nationale Bewegung, Offenburg 1952, S. 84.
 - 2) Sieburg, Friedrich, Im Licht und Schatten der Freiheit, Stuttgart 1961, S. 393.
 - 3) Sieburg, Friedrich, a.a.O., S. 395.

stand der Arbeiter wurde durch General C a v a i g n a c niedergeschlagen, der von der Nationalversammlung diktatorische Gewalt erhalten hatte.

Untersuchungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der französischen Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert zeugen von der großen Not, der täglichen Sorge ums Brot, der Furcht vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Über die materielle Lage der Arbeiter in den Dreißiger- und Vierzigjahren des 19. Jahrhunderts haben verschiedene Autoren sehr eingehend berichtet ¹⁾. Nach D o l l é a n s kommen alle Autoren im wesentlichen zu dem gleichen Ergebnis. Bigot de M o r o g u e s schildert in seiner 1832 veröffentlichten Untersuchung "Über das Elend der Arbeiter und die zur Abhilfe nötigen Maßnahmen" ("De la misère des ouvriers et de la marche à suivre pour y remédier"), sehr eindrucksvoll die wirtschaftliche Lage eines Vier-Personen-Haushalts ²⁾. Die unbedingt notwendigen Ausgaben einer aus Vater, Mutter und zwei Kindern bestehenden Familie betrugen nach dieser Untersuchung fr. 860,-- pro Jahr. Diese Summe setzte sich aus fr. 570,-- für Nahrung, fr. 130,-- für Wohnung, fr. 140,-- für Kleidung und fr. 20,-- für Verschiedenes zusammen. Nach den Feststellungen de M o r o g u e s verdienten aber ein Arbeiter und seine Familie nur fr. 740,-- . Davon erhielt der Vater fr. 450,-- bei durchschnittlich 300 Arbeitstagen pro Jahr; die Frau verdiente fr. 130,-- und die Kinder fr. 160,--.

In den Jahren nach 1848 stiegen die Preise stärker als die Löhne. In Paris kam es nach D o l l é a n s

-
- 1) Vgl. Literaturhinweise bei Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 166.
 2) Zitiert nach : Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 169.

zu einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 30 %, während die Preise mindestens um 45 % stiegen. In anderen Teilen des Landes blieb der Reallohn ziemlich konstant ¹⁾.

Da die Industriegebiete überbevölkert waren, lebte die Arbeiterschaft häufig in unwürdigen Verhältnissen ²⁾. Man konnte Fälle antreffen, in denen zwei Familien in einem schlecht erleuchteten und mangelhaft belüfteten Zimmer von 3 auf 4 Metern wohnten. Zur Zeit des Zweiten Kaiserreichs stiegen die Mieten stärker als jeder andere Posten im Familienbudget des Arbeiters. Man schätzt, daß im Jahr 1870 die Miete 30 % des Lohnes eines Arbeiters von Paris ausmachte ³⁾.

In den größeren Industriestädten machte sich zur gleichen Zeit eine immer schärfer werdende Trennung zwischen den bürgerlichen Wohnvierteln und den Arbeitervierteln bemerkbar ⁴⁾. Wie Dolléans wohl zu Recht argumentiert, trug dieser Zustand zu einer Verschärfung der sozialen Unterschiede und zu einer Verstärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiter bei ⁵⁾. Es war eine Zeit, in der die Arbeiter sich von der Kirche und dem Staat lösten und zu einem fast religiös leidenschaftlichen Bekenntnis zu ihrer Klasse kamen. Der utopische Sozialismus brachte den Arbeitern den Glauben an eine Gesellschaftsordnung, die eine Gemeinschaft aller Arbeitenden darstellen sollte. Die anarchistischen Strömungen in Frankreich bestärkten daneben die Arbeiter in ihrer Verachtung für die bestehende Gesellschaftsordnung ⁶⁾. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts und bis zum Ausbruch

1) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 290.

2) Vgl. Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 170.

3) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 291.

4) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 1, a.a.O., S. 292.

5) Ebenda.

6) Mef, Eugen, a.a.O., S. 14.

des Ersten Weltkrieges wurde der Arbeiterschutz verstärkt ¹⁾ und in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die Frauen- und Kinderarbeit durch die Gesetze vom 24. Januar 1925 und 7. Dezember 1926 eingeschränkt bzw. verboten. Auch wurde am 11. März 1932 der Sozial- oder Familienlohn ("allocations familiales") eingeführt.

Entscheidende Bedeutung für die französische Arbeiterschaft gewannen die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetze ²⁾ des Jahres 1936, welche die Regierung Blum unter dem Druck der Streiks im Frühjahr 1936 ³⁾ erließ und welche die Stellung des Arbeiters wesentlich verbesserten. Am 7. Juni 1936 wurde außerdem zwischen Vertretern

-
- 1) Dazu seien die folgenden gesetzlichen Regelungen erwähnt (aus : Code du Travail et de la Prévoyance Sociale, 26. Aufl., Paris (Librairie Dalloz) 1952, S. 797 ff.) : Dekret vom 3. Mai 1893, das die Kinderarbeit in Bergwerken einschränkt und zeitlich begrenzt. Gesetz vom 13. Juli 1906 über einen wöchentlichen Ruhetag. Dekret vom 28. Dezember 1909, das die Frauen- und Kinderarbeit in Industrie und Handel regelt. Gesetz vom 31. Dezember 1912 über die zum Schutz der Arbeiter zu treffenden Hygiene- und Sicherheitsvorkehrungen (Code du Travail, 2. Buch, Art. 65 ff., 69 ff., 82, 90 ff., 182).
 - 2) Insbesondere drückten sich die sozialen Reformmaßnahmen in folgenden Gesetzen aus : Gesetz über bezahlten Urlaub (vom 20. Juni 1936); Gesetz über die 40-Stunden-Woche (vom 21. Juni 1936); Gesetz über den Abschluß von Kollektivverträgen (vom 24. Juni 1936).
 - 3) Noch vor der Kabinettsneubildung durch Léon Blum hatte die lang aufgestaute soziale Unzufriedenheit der Arbeiter zu Streiks und Fabrikbesetzungen geführt: am 26. Mai besetzten 150 Arbeiter die Werke der Firma Lavalette in Issy-les-Moulineaux, während am selben Tag 200 andere Arbeiter die Büros und Werkstätten der Flugzeugwerke Nieuport besetzten. Am 27. Mai kam es zu weiteren Fabrikbesetzungen ("occupations d'usines") der Flugzeugwerke Farman in Boulogne-Billancourt und Dewoitine in Toulouse. Am 28. Mai wurden folgende Fabriken besetzt : Renault in Billancourt, Fiat und S.I.M.C.A. in Nanterre, La Licorne in Gennevilliers und Courbevoie. Diese Streikbewegung setzte sich über Wochen hin fort. (Vgl. Cristiani, Léon, La Fin d'un Régime, Paris 1946, S. 428).

der Arbeitgeber und Delegierten der Gewerkschaft CGT vereinbart ("Accord Matignon"), die außergewöhnlich niedrigen Löhne dem allgemeinen Lohnniveau anzugleichen und die anderen Löhne um 7 % - 15 % zu erhöhen ¹⁾.

Nach Burkhardt L u t z gibt es in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kaum eine Parallele für den Optimismus und das Selbstbewußtsein der französischen Arbeiterschaft in den ersten Jahren nach 1936 ²⁾. Besonders erwähnen möchten wir hier das Buch von Georges N a v e l ³⁾, in dem nach F r i e d m a n n "die Erfahrungen und Erlebnisse eines Einzelnen zu einem unvergleichlichen Dokument seiner Zeit werden" ⁴⁾. Dieses Buch ist die Autobiographie eines Arbeiters. Über die Zeit nach 1936 schrieb er: "Die Vierzigstundenwoche, die dank der Gewerkschaftseinheit erkämpft worden war, hatte das Dasein des Arbeiters erträglicher gemacht. Trotz der drohenden Kriegsgefahr und der wiederholten Mobilmachungssängste brachte Paris seit 1936 mehr Kinder zur Welt. Die Arbeiter hatten Vertrauen in die Zukunft ... Trotz der Erschöpfung bei Arbeitsschluß schien mir die Fabrik schon einer neuen, einer fröhlicheren Welt anzugehören. Eines Tages würde die Fabrik uns gehören. Wir würden nicht mehr für den Krieg arbeiten. Ich fühlte mich mit den Menschen um mich her durch gemeinsames Hoffen verbunden" ⁵⁾.

Allerdings muß auch festgehalten werden, daß das Ausmaß und der Charakter der Streiks 1936 eine Panik im Bürgertum auslösen mußten. Die Unternehmerschaft, "die ohne Widerstand die sozialpoliti-

-
- 1) Cristiani, Léon, a.a.O., S. 436.
 - 2) Vgl. Friedmann, Georges, Zukunft der Arbeit, Köln 1953, S. 51, Fußnote 5, Anmerkung des Übersetzers.
 - 3) Navel, Georges, Travaux, Paris 1945 (deutsche Übersetzung: Navel, Georges, Werkstage, Berlin 1950).
 - 4) Friedmann, Georges, a.a.O., S. 22.
 - 5) Navel, Georges, a.a.O., S. 221 f.

sche Umwälzung der Gesamtarbeitsverträge, der Vierzigstundenwoche und der bezahlten Ferien unterschrieb" ¹⁾, tat nachher alles, um sie zu sabotieren. Es war eine "wahre Bürgerkriegsstimmung, mit der Bürgertum und Mittelstand diesen 'Aufruhr der Massen' beantworteten" ²⁾. Hinzu kam, daß die Regierung alle Ausgaben, die mit ihrer Politik sozialer Reformen verbunden waren, ohne neue Steuern und ohne Geldabwertung finanzieren wollte ³⁾. Am 21. Juni 1937 führte die Finanzkrise des Staates zum Sturz des Kabinetts. Lüthy spricht mit Recht von einem "Fiasko dieser zwar längst fälligen Politik sozialer Reformen, die in einem einzigen Zug die Verspätung eines halben Jahrhunderts nachzuholen suchte, doch nicht einmal von Ansätzen einer aktiven Wirtschaftspolitik begleitet war" ⁴⁾.

Für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts liegt über den französischen Arbeiter der meist am Stadtrand gelegenen Industriebetriebe, wie er den Arbeiterpriestern unmittelbar vor Augen stand ⁵⁾, eine sehr genaue Untersuchung seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen vor. Collinet ⁶⁾ kommt darin zu dem Ergebnis, daß die Bewohner der Arbeiterviertel ("banlieue ouvrière") eine entwurzelte Bevölkerungsschicht darstellten, die weder in den Fabriken noch in ihren Wohnungen ein "natürliches" Milieu fand, in dem sie sich hätte entfalten kön-

-
- 1) Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, Zürich, Stuttgart, Wien 1954, S. 69.
 - 2) Ebenda.
 - 3) Cristiani, Léon, a.a.O., S. 433 (es kann hier nicht auf die finanzwirtschaftlichen Überzeugungen des Finanzministers Vincent Auriol eingegangen werden. Seine Politik führte bald zur Abwertung des Franc. Vgl. Cristiani, Léon, a.a.O., S. 445 f.).
 - 4) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 69; vgl. auch Lorwin, Val R., The French Labor Movement, Cambridge (Mass.) 1954, S. 79 f. (im folgenden zitiert: "Lorwin Val R., The French Labor ...").
 - 5) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 13.
 - 6) Collinet, Michel, L'Ouvrier Français, Essai sur la Condition Ouvrière (1900-1950), Paris 1951, S. 110.

nen. Nach C o l l i n e t hatte das Arbeiter-
viertel nichts mit einer wirklich menschlichen
Gemeinschaft zu tun ¹⁾.

L ü t h y ²⁾ nannte die großen Industriekonzen-
trationen Nord- und Ostfrankreichs, des Pariser
Beckens und der Loire mit ihrer Arbeiterschaft
"Fremdkörper" im sozialen und politischen Sinn.
Und Kardinal S u h a r d stellte fest : "Was
fordert die Welt der Arbeitenden ? Ganz einfach
ihren gerechten Platz in der Nation" ³⁾.

Wenn man das Bestehen einer wirklichen nationalen
Gemeinschaft davon abhängig macht, ob die Masse
der Arbeiterschaft sich als verantwortlicher Teil
der Nation fühlt oder ihr feindselig gegenübersteht,
so konnte bis in die Mitte unseres Jahrhunderts
diese Gemeinschaft nur für kurze Zeit verwirklicht
werden ⁴⁾. Dies war unmittelbar nach der Libération.

Die neue Regierung versicherte : "Die vierte Repu-
blik wird nur bestehen können, wenn sie sozial
ist" ⁵⁾. Im Rahmen der Strukturreformen ("réformes
de structure") wurden Betriebsräte eingeführt und
eine Reihe von Unternehmungen und Wirtschaftszwei-
gen verstaatlicht. Dadurch sollten die Arbeiter
an der Lenkung ("direction") der Volkswirtschaft
und an der Geschäftsführung ("gestion") der Unter-
nehmen beteiligt werden.

Die bedeutendste sozialpolitische Maßnahme zur
Verbesserung der Lage der Arbeiter war die Reform
der sozialen Sicherheit. Der französische Staat

-
- 1) "La banlieue ouvrière du XX^e siècle est la négation
absurde de cette réalité vivante qu'est la cité"
(Collinet, Michel, a.a.O., S. 110).
 - 2) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 49.
 - 3) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1948, S. 235.
 - 4) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 128.
 - 5) "La IV^e République sera sociale ou ne sera pas"
(Chambelland, Colette, Le Syndicalisme Ouvrier
Français, Paris 1956, S. 86).

bemühte sich damit um eine Regelung im Sinne der von B e v e r i d g e in England vertretenen Auffassungen, indem er eine dreigliedrige Ordnung der sozialen Sicherheit schuf : Sozialversicherung, Unfallversicherung und Familienausgleichskasse ¹⁾.

Trotzdem waren die auf die Libération folgenden Jahre charakterisiert durch den Kampf der Arbeiterschaft, bei steigenden Preisen und staatlich blockierten Löhnen einem ständigen Sinken des Reallohnes entgegenzuwirken. Eine Gegenüberstellung der Einzelhandelspreise 34 ausgewählter Artikel in Paris und des durchschnittlichen Stundenlohnes eines Pariser Metallarbeiters ergibt, wenn man die Größen für 1938 mit 100 als Basis ansetzt, folgendes Bild ²⁾ :

Jahr	Einzelhandelspreise	Lohn
1921	47	25
1929	88	51
1935	62	53
1936	68	61
1937	87	91
1938 (Basis)	100	100
1943	224	133
1946	645	375
1948	1.632	798
1950	1.945	1.005
1951	2.280	1.275
1952	2.464	1.524
1953	2.420	1.585

- 1) Länderlexikon, Hrsg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 1. Bd., 2. Aufl., Hamburg 1962, Sp. 391 f.
- 2) Bouvier-Ajam, Maurice, L'Economie Française au Milieu du XX^e Siècle, Paris 1955, S. 148 f. (Über das Problem der französischen Lohnstatistiken, vgl. Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 260).

Eine Untersuchung im "Economist" kam 1953 zu folgendem Schluß : "Die Gesamtlohnsumme ist kleiner als vor dem Krieg und in etwa gleich hoch, wenn man die Sozialleistungen hinzurechnet. Die Zahl der Arbeiter und der Arbeitsstunden ist aber gestiegen" ¹⁾. Der Erfolg des Systems der sozialen Sicherheit beschränkte sich im wesentlichen - wie Untersuchungen ergeben haben - auf eine Neuverteilung der im ganzen gleich gebliebenen Lohnsumme zugunsten der kinderreichen Familien ²⁾.

Die Betriebsräte, die eine "Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit" ³⁾ bewirken sollten, hatten nicht immer den angestrebten Erfolg, denn - so konnte man Ende 1950 lesen - "ein beträchtlicher Teil der französischen Arbeitgeber wurzelt in Anschauungen, die man fast in allen Ländern längst als unzeitgemäß erkannt und aufgegeben hat. Zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft besteht ein ungewöhnlich schlechtes Verhältnis. Arbeitgeber, die eine moderne Auffassung haben und soziale Reformen innerhalb ihres Berufes verwirklichen wollen, werden von den Industriesyndikaten derart an der Kandare gehalten, daß sie nicht 'ausbrechen' können" ⁴⁾.

Eine Studie über die verstaatlichten Industrien zeigte, daß in fast allen Fällen mit Verlust gearbeitet wurde, den der Staat und damit letztlich der Steuerzahler zu tragen hatte ⁵⁾. Die Löhne in der Privatwirtschaft stiegen außerdem schneller als jene der Staatsbetriebe, die versuchten, gegen die Inflation anzukämpfen ⁶⁾.

1) o.V., France's Economic Ills, in : The Economist, 168. Jhg., Nr. 5739, 22. August 1953, S. 516 f.

2) Collinet, Michel, a.a.O., S. 172.

3) Sensoy, Ahmet, Le Mouvement des Nationalisations en France, Genf 1952, S. 42.

4) o.V., Handlanger der Kommunisten, in : Berner Tagblatt, 63. Jhg., Nr. 312, 12. November 1950, S. 1.

5) Sensoy, Ahmet, a.a.O., S. 320.

6) Vgl. Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 260.

Die französische Gesellschaft teilte sich nach L ü t h y in Bauern, die selbständig wirtschafteten, in Lohnempfänger aller Kategorien und in Leute, die "Geschäfte machten", wobei die Politik der niederen Löhne und der hohen Preise auf Kosten der Lohnempfänger ging ¹⁾. Zwar konnten einzelne Kategorien der Arbeiterschaft in der Entwicklung des Reallohnes ihre Position halten oder auch verbessern, andere aber blieben hoffnungslos zurück ²⁾. Große Teile der französischen Arbeiterschaft, welche schon immer sehr einfach lebten, gerieten durch die ständige Senkung des Reallohnes in eine untragbare soziale Lage ³⁾.

Als Hintergrund des Wirkens der französischen Arbeiterpriester muß deshalb nach H e e r ⁴⁾ beachtet werden, daß es zu jener Zeit in Frankreich noch ein Proletariat gab, das jenem Untergrund glich, den der junge Friedrich E n g e l s in England kennenlernte und in seiner "Lage der arbeitenden Klassen in England" beschrieb. L o e w ⁵⁾, der unter Dockarbeitern in Marseille arbeitete und die Wohnverhältnisse in dieser Stadt untersuchte, verglich die Verhältnisse in Marseille mit denen Manchesters, wie sie von E n g e l s geschildert worden waren.

1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 242. Vgl. unsere Ausführungen auf S. 87 ff.

2) Derselbe, S. 260.

3) Naef, Eugen, a.a.O., S. 183.

4) Heer, Friedrich, Die Arbeiterpriester in Frankreich, Ursprung und Hintergründe, in : Hochland, 46. Jhg., 1953, S. 328 f.

5) "Der Hof, in dem wir, an die sechzig Personen, wohnen, ist 40 m lang und 10 m breit, Boden und Hütten inbegriffen. Jedes 'Zimmer' mißt 3 1/2 auf 3 m." Aus : Loew, Jaques, Berichte aus den Docks, Olten 1960, S. 20 (im folgenden zitiert : "Loew, Jacques, Berichte ...").

b) Die soziale Lage der französischen Arbeiter
in der Erfahrung der Arbeiterpriester

Wir gehen im folgenden von der These C o l l i -
 n e t s aus, daß die "Anpassung" ("adaptation")
 des Arbeiters, seine Integrierung in das Leben der
 Nation, von den "gemeinschaftsbildenden Faktoren"
 ("éléments communautaires") in der Struktur der
 Unternehmen und den materiellen Voraussetzungen
 für eine "Nachbarschaftsgemeinschaft" ("commu-
 auté de voisinage") abhängen ¹⁾.

Nach den Erfahrungen von Arbeiterpriestern war
 der Arbeiter im Betrieb, so wie er von seinem Ar-
 beitgeber behandelt wurde, mit einer Maschine zu
 vergleichen, die man gemietet hatte und die man
 bis zum äußersten ausnutzen wollte ²⁾. Der Arbei-
 ter fühlte sich seinem Arbeitgeber ausgeliefert,
 denn er schwebte ständig in Gefahr, kurzfristig
 seine Arbeit zu verlieren ³⁾. Dies galt für die
 Jahre unmittelbar nach der Befreiung Frankreichs
 ebenso wie für die Zeit, in der L o e w in Mar-
 seille wirkte, also die Zeit nach 1941. L o e w
 charakterisierte das Verhältnis zwischen Arbeit-
 gebern und Arbeitern im Hafen von Marseille wie
 folgt : "Dort jene Männer, die alle Vorteile und
 keine Unannehmlichkeiten hatten; hier jene, die
 nur das Risiko kennen, und das eben sind die Dock-
 arbeiter. Wenn es regnet, kann man die Schiffe
 nicht löschen, und wenn die Schiffe nicht ankom-
 men, gibt es ebenfalls keine Arbeit" ⁴⁾.

L o e w nannte als Beispiel für eine "unmensch-
 liche Grundstruktur der Arbeitsverpflichtung" ⁵⁾

1) Collinet, Michel, a.a.O., S. 11.

2) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 177.

3) Derselbe, S. 182.

4) Loew, Jacques, Berichte, a.a.O., S. 14.

5) Derselbe, S. 13.

die Tatsache, daß es Arbeiter gab, die für vier Stunden angeheuert wurden, die also am Morgen nicht wußten, ob sie am Nachmittag noch Arbeit hatten. Diese Leute seien nach dreißig Jahren im Hafen kaum heimischer geworden, als sie es am zweiten oder dritten Tag nach ihrer Ankunft aus Spanien oder anderswoher waren ¹⁾.

Die Unternehmer, zu denen auch der Staat zählte, waren entweder über die Lage der Arbeiter nicht richtig informiert ²⁾ oder zeigten sich unbeugsam. In den Betriebsräten (comités d'entreprise) wirkte sich dies mitunter in der Weise aus, daß die Mitglieder lediglich die Beschlüsse der Geschäftsleitung entgegnzunehmen hatten ³⁾.

Auf den großen öffentlichen Baustellen mit Tausenden von Menschen lernten die Arbeiterpriester das "Unterproletariat" ⁴⁾ kennen; es waren Menschen, die kämpfen mußten, um als Menschen behandelt zu werden. In einem Dokument ⁵⁾, das anläßlich eines Streiks, an dem einer der Arbeiterpriester (Henri Perrin) führend beteiligt war, der Presse übergeben wurde, wurden ausführlich die Ursachen dieses Streiks und die Forderung der Arbeiter dargestellt.

Die Position der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern war dadurch geschwächt, daß die Regierung einen Lohnstopp verhängt hatte, während es zur gleichen Zeit keinen Preisstopp gab.

1) Loew, Jacques, Berichte, a.a.O., S. 13.

2) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 183.

3) Derselbe, S. 326.

4) Derselbe, S. 296.

5) Derselbe, S. 300 ff. Vgl. ausführliches Zitat unter 6) im Anhang.

Die Arbeiterpriester lernten zudem Fälle kennen, in denen ihrer Meinung nach die Regierung einseitig den Unternehmern Unterstützung zukommen ließ ¹⁾. P e r r i n stand beispielsweise in Isère-Arc einer Gewerbeaufsichtsbehörde gegenüber, deren Entscheidungen zugunsten der Arbeiter von dem Unternehmen der Baustelle nicht beachtet wurden. Die Gewerbeaufsichtsbehörde, die in dieser Angelegenheit Klage hätte erheben müssen, stand jedoch nach der Überzeugung P e r r i n s unter Druck von seiten des Präfekten, des Innenministeriums und politischer Kreise, die den Unternehmer unterstützten ²⁾.

Es steht fest, daß die Mission der Arbeiterpriester auch eine hervorragende Sozialenquôte war ³⁾. Als Ergebnis seiner beinahe drei Jahre währenden Tätigkeit in den Elendsvierteln von Marseille kam L o e w zu der Erkenntnis, daß die Gesellschaft aus ihrem menschenunwürdigen Zustand nur befreit werden könne, wenn man zuerst sachlich die allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen betrachtet : "Auf Grund der Erfahrungen wird man sich dann klar werden über die erfolgversprechenden und praktisch durchführbaren Abhilfemaßnahmen, und endlich bedarf es der Hilfsmittel, die es gestatten, diese Maßnahmen zugunsten der Hilfsbedürftigen anzuwenden und sie einer möglichst großen Anzahl zugute kommen zu lassen" ⁴⁾.

Die französische Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg ist allgemein bekannt. L ü t h y führte dazu aus ⁵⁾ : "... allein in Paris gibt

1) Vgl. Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 212 und 361.

2) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 361.

3) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 10.

4) Loew, Jacques, Berichte, a.a.O., S. 76 f.

5) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 241.

es acht Jahre nach Kriegsende 90.000 junge Ehepaare, darunter 35.000 Familien von drei, vier und mehr Personen, deren Lebensraum ein einziges Zimmer ist, eine schlechte Hotelkammer oder eine untervermietete Dienstmädchenmansarde, meist ohne Wasser und ohne die primitivsten hygienischen Einrichtungen ...; und eine Untersuchung in zwölf ländlichen Départements ergab 1952, daß auch dort mehr als ein Drittel der Familien unter unbeschreiblichen hygienischen Verhältnissen in einem einzigen Raum lebt. Zwar hat der Krieg in Paris kein Haus zerstört, aber es werden in Paris wie in ganz Frankreich jährlich mehr Häuser vor Alter und Vernachlässigung unbewohnbar, als gebaut werden. Die Bevölkerung wächst und der Wohnraum nimmt ab, das seit 20 Jahren angehäuften Defizit beträgt heute über 2 Millionen Wohnungen und nimmt um jährlich mindestens 100 000 Wohnungen zu" ¹⁾.

Das Wohnen eines Priesters in einem der "möblierten Hotels" ("hôtels meublés") oder in einer Arbeiterwohnung hatte unter diesen Umständen eine mindestens ebenso starke "Zeugniskraft" ²⁾ wie die Handarbeit im Großbetrieb. Er lernte am eigenen Leib die Wohnungsnot kennen. Er sah, wie Familien in einem Zimmer wohnen mußten, in dem sie kochten, schliefen und die Wäsche trockneten ³⁾ und für das sie an den Eigentümer weit überhöhte Mieten zu zahlen hatten ⁴⁾. L o e w zeigte an folgendem Erlebnis die Wohnverhältnisse der Arbeiter in Marseille auf :

-
- 1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 241.
 - 2) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 213 f.
 - 3) Bartoli, Henri, Les chrétiens vers une civilisation du travail, in : Esprit, 20. Jhg., 2. Bd., 1952, S. 19 f.
 - 4) Derselbe, S. 19.

"Ich begleitete einen Arbeitskameraden nach Hause. Das 'Haus' ist eines dieser elenden Löcher, wo man gegen 190 fr. im Monat (in den Jahren 1939 - 1943) auf dem nackten, festgestampften Boden, ohne Keller, ohne Fenster, ohne Abort 'wohnen darf' " ¹⁾.

Auch die folgenden Beobachtungen L o e w s sind typisch : Die Leute wohnten zu fünf in einem einzigen Raum von 12 qm. Die Mieten waren teuer, und der Hausbesitzer, der eine Bar mit Restauration führte, erwartete von seinen Mietern, daß sie die Leerzeiten bei ihm einnahmen. Auf diese Weise hatten die Mieter 3/5 ihrer Einkünfte an den Hausbesitzer abzuführen ²⁾.

Eine Untersuchung ³⁾ der Wohnverhältnisse zur Zeit des Wirkens der Arbeiterpriester ergab, daß im 8. Arrondissement von Paris die Bewohner von 3.334 Wohnungen wie folgt untergebracht waren : Eine Einzimmerwohnung hatten 58 Familien von jeweils über 5 Personen, 151 Familien von über 4 Personen und 673 Familien von über 3 Personen. In Fünfstückwohnungen lebten 89 alleinstehende Personen.

Vierstückerwohnungen bewohnten 99 alleinstehende Personen, und drei Zimmer standen 373 alleinstehenden Personen zur Verfügung.

In Neuilly-sur-Seine ergab sich bei 1.203 Wohnungen, die in die Untersuchung einbezogen wurden, folgendes Bild :

In einem Zimmer wohnten 48 Familien von jeweils

1) Loew, Jacques, Berichte, a.a.O., S. 16 f.

2) Derselbe, S. 21.

3) Grecques, Yves, L'habitat existant, in : Esprit, 21. Jhg., 2. Ed., 1953, S. 453 f.

mehr als 5 Personen, 69 Familien mit 4 Personen und 432 Familien mit 3 Personen.

In Fünfstückwohnungen lebten 33 alleinstehende Personen; drei Zimmer standen 319 alleinstehenden Personen zur Verfügung.

In Marseille wurde im Rahmen der Untersuchung ermittelt, daß 3.580 Familien mit jeweils über 4 Personen, 1.402 Familien mit 5 Personen, 536 Familien zu 6 Personen und 108 Familien zu 8 Personen und darüber nur jeweils ein Zimmer und eine Küche besaßen. Dagegen wohnten 3.820 alleinstehende Personen in Dreizimmerwohnungen und 603 alleinstehende Personen in Vierzimmerwohnungen.

4. Ursachen der sozialen Frage

Eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung der Fragen, die sich in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik stellen, ist eine funktionsfähige wirtschaftliche Gesamtordnung ¹⁾.

Mit E u c k e n sind wir der Ansicht, daß die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft die entscheidende Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist ²⁾.

Sieht man wie R u e f f die beste Lenkung des Wirtschaftsprozesses in der Lenkungsmechanik des Preissystems ³⁾, so kommt der Währungspolitik entscheidende Bedeutung zu ⁴⁾. Dies sind die Ausgangspunkte der folgenden Analyse.

Im Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs läßt sich heute unschwer die Bestätigung dafür finden, daß die "fundamentale Entschei-

1) Vgl. Röpke, Wilhelm, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Stuttgart, Köln 1960, S. 28 (im folgenden zitiert: "Röpke, Wilhelm, Deutsche Wirtschaftspolitik ...").

2) Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1. Aufl., Hamburg 1959, S. 160 ff.

3) Rueff, Jacques, Die soziale Ordnung, Bremen 1958, S. 608.

4) Eucken, Walter, a.a.O., S. 194.

dung" ¹⁾ in den ersten Monaten nach der Befreiung getroffen wurde, als man den Weg der allgemeinen nominellen Lohnerhöhung beschritt. Erst nach 1958 konnte diese Entscheidung wieder mit der Franc-Abwertung, Sparsamkeit der öffentlichen Hand, Steuererhöhungen, Inflationsstop und Liberalisierung revidiert werden; mit dem Erfolg, daß man von einem französischen "Wirtschaftswunder" sprach. Allerdings können wir rückblickend auch feststellen, daß die Herstellung eines funktionsfähigen Systems zur Lenkung der arbeitsteiligen Wirtschaftsweise immer noch offen läßt, auf welche Weise die sozialen Fragen der Korrektur der Einkommensverteilung, der Sicherheit und des Schutzes der Schwachen, die politischen Fragen der Machtverteilung im Staat und die soziologisch-anthropologischen Fragen der Entproletarisierung, Entmassung und Dezentralisation am besten zu lösen sind ²⁾. "Der Marktwirtschaftler überschätzt leicht die Rolle des Preises als Regulator der Volkswirtschaft" ³⁾.

Daß Inflationen vom sozialen Standpunkt aus gesehen eines der schwersten Übel sind, darf darüber aber nicht vergessen werden. Sie nehmen dem Arbeiter die Möglichkeit, zu sparen und sich damit einen wirtschaftlichen Rückhalt zu schaffen. Außerdem ist die Versorgung der Mitglieder eines Gemeinwesens in erster Linie bedingt durch die Leistungsfähigkeit des gesamten Produktionsapparates ⁴⁾. Diese Leistungsfähigkeit hängt aber wiederum von der Ordnung der Wirtschaft ab. Da-

1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 253.

2) Vgl. Röpke, Wilhelm, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 28.

3) Montaner, Antonio, a.a.O., S. 48.

4) Eucken, Walter, a.a.O., S. 179 f.

her sieht E u c k e n in der Herstellung eines funktionsfähigen Systems zur Lenkung der arbeitsteiligen Wirtschaftsweise "die wichtigste Voraussetzung für die Lösung aller sozialen Probleme" ¹⁾. R u e f f hat in Frankreich sehr eindringlich auf die Bedeutung eines funktionierenden Preismechanismus für die soziale Ordnung hingewiesen: "Niemals gibt es Schlangen vor den Läden, niemals Warten vor den Schaltern des Arbeitsamtes, niemals unverkäufliche oder nicht erhältliche Güter, niemals also Unordnung" ²⁾. Für die Sozialpolitik muß es daher darauf ankommen, die Grundsätze wirtschaftlicher Selbststeuerung und sozialer Kontrolle miteinander zu versöhnen und zu verbinden ³⁾.

Die Folgen einer Inflation im Nachkriegsfrankreich klar erkannt zu haben, ist mit ein Verdienst von M e n d è s - F r a n c e , der als Wirtschaftsminister nach der Libération die von ihm geforderten Maßnahmen einer Währungssanierung nicht durchsetzen konnte. Seine Überlegungen sind festgehalten in dem Rücktrittsgesuch, das er damals an den Regierungschef richtete ⁴⁾.

Aus dieser Sicht ist es auch einleuchtend, wenn W i l l i a m s ⁵⁾ das entscheidende Problem der französischen Nachkriegswirtschaft nicht in der Produktion, sondern in der Einkommensverteilung sah. Es war besonders das Problem der Lebenshaltungskosten, das Aufmerksamkeit erregen mußte, wenn man hörte, daß nach Schätzungen im August

-
- 1) Eucken, Walter, a.a.O., S. 180.
 - 2) Rueff, Jacques, a.a.O., S. 644.
 - 3) Montaner, Antonio, a.a.O., S. 48.
 - 4) Fauvet, Jacques, Von de Gaulle bis de Gaulle, Tübingen 1961, S. 369 f. (im folgenden zitiert: "Fauvet, Jacques, Von de Gaulle ..."). Vgl. ausführliches Zitat unter 7) im Anhang.
 - 5) Williams, Philip, Politics in Post-War France, London, New York, Toronto 1954, S. 23.

1947 der Arbeiter in den französischen Städten durchschnittlich Dreiviertel seines Lohnes für Nahrungsmittel ausgeben mußte ¹⁾.

Für die Regierung war die Inflation ein Ausweichen in die Richtung des geringsten Widerstandes. Sie brauchte dadurch nicht zu der unpopulären Maßnahme einer Steuererhöhung bzw. Steuerreform zu greifen. Da die Abgeordneten im Parlament es im Hinblick auf ihre Wähler nicht wagten, ihre Stimme der Erhebung ausreichender Steuern zu geben, war mit einer Steuerreform für die Regierung immer die Gefahr verbunden, gestürzt zu werden.

Im Juli 1953 wies der Staatshaushalt ein Defizit von 733.000 Millionen Francs aus, und die Regierung ersuchte zur gleichen Zeit die Zentralbank um einen Kredit von 110.000 Millionen Francs, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können ²⁾.

Wir erkennen hier, wie Staatsordnung und Wirtschaftsordnung ineinandergreifen. Die französische Demokratie war bis zur entscheidenden Krise der Vierten Republik im Jahr 1958 eine Demokratie der reinen Parlamentsherrschaft. "Die Regierungen, jede Exponent einer Parlamentsmehrheit, die nur durch den unverbindlichen, widerruflichen Zusammenschluß vieler Parteien zustande kam und jederzeit durch Rückzug einer kleinen Einzelgruppe zur Minderheit werden konnte - solche Regierungen konnten nicht stabil sein und hatten dem Parlament gegenüber keine Macht" ³⁾.

1) Williams, Philip, a.a.O., S. 21.

2) o.V., L. Laniel and the Budget, in : The Economist, 168. Jhg., Nr. 5733, 11. Juli 1953, S. 164.

3) Stucki, Lorenz, Gebändigte Macht - gezügelte Freiheit, Bremen 1960, S. 109 f.

Zwischen der Strukturschwäche der Staatsordnung und der Wirtschaft bestand eine Wechselwirkung. Die Landwirtschaft beschäftigte 20 - 30 % der französischen Arbeitskräfte, war aber nicht in der Lage, durch ihre Exporte soviel zu erlösen, wie Frankreich andererseits für die Importe landwirtschaftlicher Produkte bezahlen mußte. Auch war sie nicht in der Lage, den Inlandsmarkt mit billigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Sie zahlte fast keine Steuern, sondern bekam noch ganz erhebliche Subventionen, welche die Produktion überflüssiger Erzeugnisse aufrechterhielten. Ein System staatlich festgesetzter und garantierter Preise bot den leistungsfähigeren Bauern eine Differentialrente und gleichzeitig den Grenzproduzenten ein ausreichendes Einkommen. Ihr Einkommen reichte aus, um eine Abwanderung in die Städte zu verhindern, ermöglichte ihnen aber nicht, moderne Arbeitsmethoden einzuführen.

Die Frage war jedoch nicht nur : Industrialisierung oder leistungsfähigere Landwirtschaft. Ein Abwandern in die Städte hätte das Problem des Wohnungsbaus noch verschärft. Andererseits wäre ein Anstieg der landwirtschaftlichen Produktivität keine Garantie für eine billigere Versorgung der Konsumenten gewesen : Der Anteil der Distributionskosten am Volkseinkommen war auch zu jener Zeit in Frankreich besonders hoch ¹⁾. Konzentrationsformen des Einzelhandels durften aufgrund besonderer Gesetze den Frieden der kleinen Einzelhändler nicht stören. Insbesondere handelte es sich dabei um Maßnahmen steuerlicher Diskriminierung ²⁾ der

-
- 1) Von 1950 bis 1960 ging die Zahl der Handelsbetriebe zwar zurück; die Neuorganisation des Distributionsapparates im Sinne rationeller neuzeitlicher Verfahren ist aber noch keineswegs abgeschlossen. Vgl. Hintze, Manfred, Der Binnenhandel in Frankreich, Hamburg. 1963, S. 5 und S. 80 ff.
- 2) Es gab eine Sondersteuer für Großunternehmen des Einzelhandels.

Filialbetriebe und Warenhäuser. Daneben bestanden Ausnahmeregelungen gegen die Gründung der sogenannten Einheitspreisgeschäfte und gegen die "Lastwagen-Basare", die von Stadt zu Stadt zogen und dabei vorwiegend ländliche Gemeinden belieferten ¹⁾.

Auch die industrielle Produktion ²⁾ und die Preise wurden nicht von den großen, modernen Unternehmungen bestimmt, sondern von den kleinen, die keine Steuern zahlten ³⁾. Die Steuerung der wirtschaftlichen Aktivität geschah weder durch eine zentrale Planstelle noch durch die Gewinne und Verluste in einem freien Preismechanismus. Es war ein Neben- und Gegeneinander von Gruppen, die in den Wirtschaftsprozeß eingriffen ⁴⁾. Nun aber weist E u c k e n in seiner Untersuchung der Möglich-

- 1) Vgl. Plaisant, Robert und Benaerts, Pierre, Die Entwicklung der Struktur des französischen Handels, in : Blätter für Genossenschaftswesen, Jhg. 1961, Nr. 18/19, S.323 ff.
- 2) Setzt man 1938 = 100 an, so betrug der Index der Industrieproduktion : 1929 = 133, 1946 = 84, 1950 = 123, 1951 = 138. Vgl. Müller-Ohlsen, Lotte, Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Frankreichs, Kiel 1952, S. 53.
- 3) Vgl. Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 49 f. und die folgenden Ausführungen Léons Blums am 29. März 1950 : "Während das Gesetz z.B. des amerikanischen Kapitalismus lautet : das Entstehen neuer Unternehmungen zu begünstigen, scheint das Gesetz des französischen zu sein, das Absterben vergreister Unternehmungen zu verhindern. Aber der französische Kapitalismus kann dieses widernatürliche Resultat nicht ohne die Duldung und sogar die Intervention des Staates erreichen. Das ist es, was geändert werden muß. Um die wirtschaftlich Zurückgebliebenen des Unternehmertums am Leben zu erhalten, müssen die Löhne zu tief und die Verkaufspreise zu hoch angesetzt werden ..."; zitiert nach Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 252.
- 4) Eine Untersuchung über die französische Wirtschaftsstruktur im Jahr 1952 stellte fest : "Indem es sowohl die Disziplinen der Planung wie die der Konkurrenz verweigerte, hat Frankreich eine auf den Schutz der 'angestammten Positionen' ausgerichtete Wirtschaftslenkung gewählt". Vgl. Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 251.

keiten einer Ordnung des Wirtschaftsprozesses in der industriellen Welt ¹⁾ mit Recht darauf hin, daß bei oligopolistischen Marktformen einer Verkehrswirtschaft "der Wirtschaftsprozeß zur Gleichgewichtslosigkeit tendiert" ²⁾.

Die Zahl und der Einfluß der Ein- und Zwei-Mann-Betriebe in Handel, Gewerbe und in der Landwirtschaft und ihr Anteil am Volkseinkommen nahmen absolut und relativ zu ³⁾. "Doch diese Selbstbehauptung ist mit allen Mitteln sozialen Faustrechts erreicht worden, nicht als Wachstum eines gesunden Bürgertums, sondern als krankhafte Wucherung, frei von sozialen und politischen Skrupeln, überaus 'klassenbewußt' und 'klassenkämpferisch', sehr solidarisch im Bewußtsein der Bedrohtheit ihrer durch keine Funktion gerechtfertigten Positionen, für die jeder echte Liberalismus, jeder freie Leistungswettbewerb, alle öffentliche Sauberkeit und Klarheit der Fragestellungen eine tödliche Gefahr wäre und zu deren Behauptung die Beherrschung der politischen Schlüsselstellungen des Parlaments und des Staates, dieser zentralen Verteilungsstelle von Vergünstigungen, Privilegien und Straflösungen, das wichtigste Erfordernis ist" ⁴⁾.

Die Gesamtsituation bot für die Arbeiterpriester das Bild einer kapitalistischen Weltordnung ⁵⁾ in welcher der Profit die treibende Kraft ist ⁶⁾. Anarchie ⁷⁾, Laissez-Faire ⁷⁾, Trusts ⁸⁾, Groß-

1) Eucken, Walter, a.a.O., S. 153.

2) Derselbe, S. 154.

3) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 259.

4) Ebenda.

5) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 139.

6) Derselbe, S. 207.

7) Herder-Korrespondenz, 7. Jhg. 1952/53, S. 154.

8) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 207.

finanz ¹⁾, Individualismus ²⁾, Trennung von Arbeit und Kapital ³⁾ und ein von Wirtschaftsmächten beherrschter Staat ⁴⁾ wurden als Kennzeichen dieser "Ordnung" angesehen. Wir sind hier an einem entscheidenden Punkt unserer Untersuchung angelangt : Die Arbeiterpriester betrachteten als Eigenschaften einer Wirtschaftsordnung, was in Wirklichkeit Entartungserscheinungen waren.

Bei kritischer Würdigung der von den Arbeiterpriestern festgestellten Mängel der Gesellschaftsordnung muß betont werden, daß in einer Marktwirtschaft die Gewinne die Aufgabe haben, den Investitionsprozeß der Volkswirtschaft zu steuern ⁵⁾. Dabei wird allerdings Preiskonkurrenz vorausgesetzt, die auch dahin wirkt, "den Anteil der Gesamtgewinne am Volkseinkommen auf jenes Maß herabzudrücken, das für die Funktionsfähigkeit einer von der Unternehmerinitiative getragenen Wirtschaft nicht entbehrt werden kann" ⁶⁾. Zur Erläuterung dieser Zusammenhänge möchten wir die folgenden Ausführungen R ö p k e s heranziehen : "Mit alledem klärt sich auch ein anderes weitverbreitetes Mißverständnis auf. Es handelt sich um die Vorstellung, daß unser Wirtschaftssystem eine bloße 'Profitwirtschaft' sei, in der die Rentabilität darüber entscheide, was produziert würde, während das kollektivistische Wirtschaftssystem eine wahre 'Bedarfsdeckungswirtschaft' sei, in der die Produktion an den Bedürf-

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 207.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 116.

3) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 208.

4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 157.

5) Die Stagnation im französischen Wohnungsbau beruhte sehr wesentlich darauf, daß für den privaten Unternehmer aufgrund der hohen Baukosten und der vom Staat niedrig gehaltenen Mieten kein Investitionsanreiz vorhanden war (vgl. Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 245 ff.).

6) Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft, in : Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung, Nr. 161, 31.8.1962, S. 1367.

nissen der Menschen orientiert würde. Unsere bisherigen Überlegungen lassen aber keinen Zweifel, daß, soweit durch die Konkurrenz das Leistungsprinzip gewahrt wird, gerade unsere heutige Wirtschaftsordnung nichts anderes als eine Bedarfsdeckungswirtschaft ist, da ja über die Rentabilität die feine und unbestechliche Waage des Marktes entscheidet. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Herrschaft des Leistungsprinzips gleichbedeutend mit der Herrschaft des Konsumenten ist. Kann man unser Wirtschaftssystem, in dem bei reiner Durchführung seiner Prinzipien die Verbraucherwünsche der Konsumenten die Produzenten zur höchsten Leistung anspornen, andere als eine Bedarfsdeckungswirtschaft nennen? Und haben wir dazu nicht ein um so höheres Recht, als es uns nach reiflicherer Erwägung und nach den inzwischen gemachten Erfahrungen immer zweifelhafter geworden ist, ob eine kollektivistische Wirtschaft selbst dann, wenn ihre Leiter den ernstesten Willen dazu hätten, am 'Bedarf' der Bevölkerung orientiert werden könnte?" ¹⁾

Sieht man die Eigentumsfrage im Zusammenhang mit der Wirtschaftsordnung, so ist wiederum die Konkurrenz eine Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt ²⁾. Die Preiskonkurrenz hängt aber entscheidend von der Geldwertstabilität ab. Diese ist erforderlich für die Lenkung einer Wirtschaft durch den Preismechanismus.

Eine Wirtschaftspolitik des "Laissez-Faire" muß

1) Röpke, Wilhelm, Die Lehre von der Wirtschaft, 8. Aufl., Zürich, Stuttgart 1958, S. 294 f.

2) Eucken, Walter, a.a.O., S. 169.

an dem Fehlen der Preiskonkurrenz und der Bildung privater Macht scheitern. Werden sowohl die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft als auch der Wirtschaftsprozess den einzelnen Wirtschaftssubjekten überlassen, ist damit zu rechnen, daß Monopole und Oligopole entstehen ¹⁾. Als Beispiel kann auch hier die französische Bauindustrie dienen. Die Zunftorganisation des französischen Baugewerbes war unvereinbar mit einer rationalen Organisation der Bauarbeit. Nach dem Gesetz hatte der Architekt den Bauplan zu entwerfen, die Kosten zu berechnen, die Aufträge zu vergeben, ihre Ausführung zu leiten und die Baustelle zu überprüfen. Die große Mehrheit der Architekten war aber dazu nicht in der Lage, so daß L ü t h y feststellen konnte : "Eine wirkliche Bauplanung durch Studienbüros ist mit dieser Zunftstruktur fast unvereinbar" ²⁾. Die Folge dieser Monopolstellung der Architekten wurde von L ü t h y auch anschaulich beschrieben ³⁾.

Entscheidend erscheint uns hier die Erkenntnis, daß eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung nicht einfach dadurch entsteht, daß die Wirtschaftspolitik ihre Verwirklichung der Entwicklung überläßt ⁴⁾. Eine Politik auf lange Sicht war aber in Frankreich aufgrund der Verfassung, die sich die Vierte Republik gegeben hatte, nicht möglich. Der Individualismus der Parteien, hinter dem die Gruppen der Berufs- und Wirtschaftsinteressenten in den Wahlkreisen standen, machte es erforderlich, mühsam Kompromisse über Kompromisse ad hoc zu schließen ⁵⁾.

1) Eucken, Walter, a.a.O., S. 169.

2) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 248.

3) Derselbe, S. 248 f. Vgl. ausführliches Zitat unter 8) im Anhang.

4) Eucken, Walter, a.a.O., S. 53.

5) Dombrowski, Erich, Frankreich zwischen Gestern und Heute, in : Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 199, 28. August 1963, S. 1.

Nur so kann man verstehen, "daß der französische Staat, der fast zehn Jahre lang praktisch der einzige Bauherr war und immerhin den Wiederaufbau ganzer Städte in Auftrag gab, nicht in der Lage war, seine Bedingungen zu diktieren, rationellere Baupläne, Typisierungen und genaue Kostenvoranschläge zu verlangen. Doch die Allgegenwart des Staates wird voll durch seine organische Ohnmacht aufgewogen. Die Geschichte des französischen Wiederaufbauministeriums ist größtenteils die eines langen und ergebnislosen Kampfes mit dem in seinem Bereich souveränen 'Orden' der Architekten, ohne den in Frankreich nichts projektiert und nichts gebaut werden kann" ¹⁾.

Die Kritik der Arbeiterpriester an der französischen Gesellschaftsordnung war unter diesem Blickwinkel durchaus gerechtfertigt. Ein von Interessengruppen beherrschter Staat ist zu schwach, um eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung herbeizuführen. Dazu bedarf es eines stabilen Staatsapparates, der genug Macht besitzt, um seine Ordnungsaufgaben zu erfüllen ²⁾. Andererseits sah ein großer Teil der Arbeiterpriester das soziale Geschehen und die zukünftige Entwicklung zu ausschließlich durch die Spannung zwischen "Proletariat" und Unternehmertum bestimmt. Durch die damit zusammenhängende Vorstellung von der Zwangsläufigkeit der wirtschaftspolitischen Entwicklung schenkten die Arbeiterpriester der entscheidenden Frage nach der Funktionsfähigkeit einer Wirtschaftsordnung zu geringe Beachtung.

1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 249.

2) Eucken, Walter, a.a.O., S. 187.

5. Soziale Zwecke des Wirkens der Arbeiterpriester

Unsere nachfolgende Analyse der sozialen Zielsetzungen der Arbeiterpriester basiert im wesentlichen auf den Darstellungen in der bereits genannten Dokumentensammlung der Arbeiterpriester ¹⁾. Wir sind uns dabei der Tatsache bewußt, daß es Arbeiterpriester gab, welche die im folgenden genannten Ziele nicht akzeptierten ²⁾.

Nach H o u r d i n stellten die Arbeiterpriester sehr bald, nachdem sie anfangen, in den Elendsvierteln zu wohnen und Arbeit und Lebensbedingungen der Armen zu teilen, fest, daß tätige Nächstenliebe Störungen des kollektiven Gleichgewichts keineswegs zu beheben vermochte, sondern daß es dazu gesetzgeberischer Eingriffe und einschneidender Sozialreformen bedurfte ³⁾. Sie selbst wollten soweit als möglich zum Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen auf die Sozialstruktur und die Sozialeinrichtungen einwirken ⁴⁾.

Henri de L u b a c , einer der Autoren, die als geistige Wegbereiter der Arbeiterpriester angesehen werden, schrieb 1945 : "In einer Gesellschaft wie der unseren strebt die Religion danach, Luxusartikel zu werden, den ein ganzer Teil der Bevölkerung sich nicht mehr zu leisten vermag. Die Überwindung des Proletariats wird dem Menschen Gott nicht automatisch zurückgeben : aber sie ist die Voraussetzung dazu, daß Gott ihm zurückgegeben werde" ⁵⁾. Die Arbeiterpriester kamen schließ-

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 41.

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 25 f.

3) Hourdin, Georges, Brief über die Arbeiterpriester, in : Dokumente, 11. Jhg., 1955, S. 96.

4) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 200.

5) de Lubac, Henri, Vom Erkennen Gottes, Freiburg 1949, S. 103 (französische Originalausgabe : De la Connaissance de Dieu , Paris 1945).

lich zu der Überzeugung : "Die Rechristianisierung Frankreichs und besonders seiner breiten Volksmassen erfordert notwendig eine radikale Reform unserer Gesellschaft. Man muß zunächst jene Form der Sklaverei, die Proletariat heißt, abschaffen" ¹⁾.

In einer ersten Phase des Wirkens waren höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen im Rahmen der bestehenden , bereits konkretisierten Einrichtungen die Ziele. Es war für die Arbeiterpriester eine Erfüllung des Gebots der Barmherzigkeit, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter anständige Unterkünfte bekamen, daß Abmachungen ihres Arbeitsvertrages eingehalten und ihre Interessen wirksam vertreten wurden. Dabei ging es sowohl um die Ordnung des Arbeitslebens als auch der Wohn- und Mietverhältnisse.

Nach einigen Wochen oder Monaten Arbeit in der Fabrik erkannten sie jedoch die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen. Collonge formulierte diese Erkenntnis folgendermaßen : "Die Welt liegt in unseren Händen und muß verwandelt werden, damit der Mensch immer mehr Mensch werde; und diese Verwandlung kann sich nicht außerhalb des Bereiches der Arbeit vollenden, und sie kann sich ebensowenig ohne politische Umgruppierung der profanen Gesellschaft verwirklichen" ²⁾.

Es wurde eine Voraussetzung der Arbeitermission, zugleich ein "aufrechter Mitstreiter einer Menschheit" zu sein, die sich auf dem Weg zu ihrer "Befreiung in der Zeit" befinde ³⁾. Die Arbeiterpriester fühlten sich allmählich mit einbezogen in den Kampf für die Freiheit der Arbeiterwelt und erachteten es als Pflicht des Christen, sich nicht

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 7.

2) Collonge, André, a.a.O., S. 110 f.

3) Derselbe, S. 111, vgl. auch Andreu, Pierre, a.a.O., S. 74.

"außerhalb der Welt und der Geschichte zu stellen" ¹⁾. Die Einstellung der Arbeiterpriester zur "Arbeiterbewegung" geht aus Lebensbeschreibungen hervor, die einzelne Arbeiterpriester über sich selbst verfaßten. Ein Arbeiterpriester schrieb ²⁾, die Arbeiter glaubten an eine bessere Zukunft, und er wolle an ihrem Hoffen teilnehmen. Er habe bei den Arbeitern eine neue Welt kennengelernt.

Ein anderer Arbeiterpriester bekannte ³⁾, daß sein Klassenbewußtsein eng mit religiösen Gefühlen verbunden war und daß er mit den Arbeitern hoffte, den Kapitalismus schlagen zu können.

Eine große Zahl der Arbeiterpriester sah in der Arbeiterbewegung den Motor einer mehr oder weniger zwangsläufigen geschichtlichen Entwicklung. Es war für sie die Arbeiterklasse, die für neue menschliche Beziehungen, für eine Umgestaltung der allgemeinen und persönlichen Lebensbedingungen und insgesamt für einen Fortschritt der Menschheit kämpfte ⁴⁾.

Diese Einstellung entspricht der Lehre des historischen Materialismus. Löwith ⁵⁾ nennt ihn Heilsgeschichte in der Sprache der Nationalökonomie, denn die universale Erlösungsfunktion der unterdrückten Klasse entspreche der religiösen Dialektik von Kreuz und Auferstehung. Der ganze Geschichtsprozeß, wie er im Kommunistischen Manifest dargestellt wird, spiegele das allgemeine Schema der jüdisch-christlichen Interpretation

1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 510.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 136. Vgl. ausführliches Zitat unter 9) im Anhang.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 139. Vgl. ausführliches Zitat unter 10) im Anhang.

4) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 180.

5) Löwith, Karl, Weltgeschichte und Heilsgeschehen, Stuttgart 1953, S. 48.

der Geschichte als eines providentiellen Heilsgeschehens auf ein sinnvolles Ziel hin.

Der "linke" Flügel der Dominikaner und Jesuiten, auf deren Ideen und Entwürfe sich die Lebensform der Arbeiterpriester stützte ¹⁾, entwickelte eine Konzeption der Neuen Welt, der "Arbeiterkultur" ("Civilisation du Travail") ²⁾. Die "Geldwirtschaft" ("économie de l'argent") sollte durch die "Wirtschaft der Arbeit" ("économie du travail") abgelöst werden ³⁾. Dazu wurde im einzelnen ausgeführt : "Eine bewußte Lenkung der Wirtschaft tritt an die Stelle des freien Spiels der Pseudomechanismen, die in der Vorstellung der Liberalen eine so große Rolle spielen. Damit wird auch das Geld nicht mehr König sein : Es ist nur noch ein Maßstab, der dazu dient, die Leistung eines Unternehmens zu messen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Wirtschaftszweigen zu vereinfachen, die ungleichen Werte der verschiedenen Arten von Arbeit auf einen gemeinsamen Nenner zurückzuführen. Der Preis erfüllt nicht mehr seine Lenkungenfunktionen : er wird vom Staat nach den Erfordernissen der Wirtschaft und den Finanzen festgesetzt. - Eine solche Wirtschaft ist nicht, wie Dummköpfe behaupten, ohne Gesetz und daher ohne Rationalität. Sie kennt und benutzt die Gesetze, welche die Wirtschaftswissenschaft zur Verfügung stellt. Der Plan sichert ein ausgewogenes Wachstum der Volkswirtschaft : er will die rationell angeordnete Produktion unter Kontrolle haben, die produktiven Kräfte maximal entwickeln, mittels der Technik und der Wirtschaft die Natur in den Dienst der Menschheit stellen" ⁴⁾.

1) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 185.

2) Bartoli, Henri, a.a.O., S. 1 ff.

3) Derselbe, S. 12.

4) Derselbe, S. 8 f.

M o u n i e r , Herausgeber der Zeitschrift "Esprit", forderte schon Jahre vorher "eine sozialistische Organisation der Produktion und der Konsumtion" ("une organisation socialiste de la production et de la consommation") ¹⁾.

Es soll hier nicht im einzelnen die Rolle des Geldes in der Volkswirtschaft untersucht werden. Auf zwei Dinge muß jedoch hingewiesen werden : Das sind einmal die Schwierigkeiten einer direkten Zuteilung der Güter und Dienstleistungen durch einen Planungsapparat. Zum anderen muß im Hinblick auf die soziale Lage der Arbeiter beachtet werden, daß bei einer Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses für alle Arbeitsmärkte zusammen ein "universales öffentliches Nachfragemonopol, also eine Steigerung der Abhängigkeit der Arbeiter" ²⁾ die Folge sein könnte.

F e s s a r d , der die Beziehungen zwischen christlichem Progressismus in Frankreich und dem Experiment der französischen Arbeiterpriester untersuchte, zitierte Kardinal S u h a r d , der 1949 das Vorgehen der Arbeiterpriester als einen "Akt der Naturalisation des Priesters in einem Volk, in dem er nur ein Fremder war" ³⁾ bezeichnete. Nach F e s s a r d konnte schon diese Formulierung bei den Arbeiterpriestern den Eindruck erwecken, daß "die Arbeiterklasse" eine Einheit bildete, die der einer Nation entsprach ⁴⁾. Bedeutsam ist aber auch nach F e s s a r d ⁵⁾, daß die Arbeiterpriester,

1) Mounier, Emmanuel, Qu'est-ce que le personalisme ? Paris 1946, S. 104.

2) Eucken, Walter, a.a.O., S. 89.

3) Fessard, Gaston, De l'actualité historique, II. Progressisme chrétien et apostolat ouvrier, Paris 1960, S. 77.

4) Derselbe, S. 79.

5) Derselbe, S. 82 f.

nachdem sie die ersten Schwierigkeiten der Anpassung an ihr Arbeiterleben und ihr neues Milieu überwunden hatten, die materiellen Sorgen der Arbeiter kennenlernten. Im Kampf um ihren Lebensunterhalt schienen alle Arbeiter eines Unternehmens solidarisch. Da aber das Unternehmen ein Teil der gesamten Volkswirtschaft darstellt und diese wiederum von der Innen- und Außenpolitik der Regierung beeinflusst wird, erstreckte sich die Solidarität der Arbeiter eines Unternehmens in der Vorstellung der Arbeiterpriester weit über die unmittelbar wahrnehmbaren Grenzen des Unternehmens hinaus. Der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war eine Tatsache. Der Marxismus definiert nun diesen Gegensatz als Kampf zweier Klassen. Die Arbeiterpriester, die durch ihren Beitritt zur kommunistischen Gewerkschaft einer Isolierung im Betrieb zu entgehen versuchten, lernten den Marxismus in dieser Gewerkschaft kennen. Sie konnten feststellen, daß die Gewerkschaftler eines Unternehmens Arbeiter waren, die in ihrem Lebensstil und ihren Interessen denen anderer Unternehmen ähnlich waren. Andererseits stieß "die Arbeiterklasse" in ihrem Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht nur auf einen bestimmten Fabrikdirektor, sondern ebenso auf Mächte, die über diesen hinausreichten. Diese Mächte konnten ein Familienunternehmen, eine Aktiengesellschaft, ein Konzern sein. Der Schluß lag also nahe, daß die Arbeiter "die Arbeiterklasse" und ihre Gegner "die kapitalistische Klasse" bildeten.

Aus dieser Sicht muß geurteilt werden, wenn man in dem Dokumentenband der 40 - 50 Arbeiterpriester erfährt, daß die Herausgeber die marxisti-

sche Konzeption des Klassenkampfes übernommen hatten ¹⁾.

Geht man nun wie diese Arbeiterpriester ²⁾ von dem Gesellschaftsbild einer kapitalistischen Zweiklassengesellschaft aus, in der die Klasse der Kapitalisten, also der Eigentümer an den Produktionsmitteln, der eigentumslosen Klasse des Arbeiterproletariats gegenübersteht und in der der Staat das politische Instrument der herrschenden Klasse ist, mit der auch die Kirche im Bunde steht ³⁾, so kann man zu dem Schluß kommen, daß sich die soziale Frage löst, wenn das kapitalistische Eigentum verschwindet und das gesellschaftliche Eigentum entsteht ⁴⁾. Das Schema der beiden Klassen und ihr Kampf erklärt auch, weshalb die Arbeiterpriester ihre Entscheidung, Arbeiter zu sein, als unwiderruflich betrachteten ⁵⁾. Diese Sicht ist aber nach F e s s a r d ⁶⁾ ziemlich unabhängig von dem Einfluß durch Ideen der progressistischen Intellektuellen ⁷⁾. Die Arbeiterpriester trugen im Gegenteil dazu bei, die Thesen der Progressisten durch ihre praktische Erfahrung zu erhärten. Allerdings konnten die Arbeiterpriester in diesen Thesen auch eine Rechtfertigung ihrer Haltung sehen. Auf diese Frage werden wir noch zurückkommen ⁸⁾.

Wir müssen hier aber auch prüfen, ob die Arbeiterpriester den richtigen Zugang zu der Frage der Ge-

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 1 f.

2) Vgl. Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 139.

3) Ortlieb, Heinz-Dietrich, Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft? in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrg. Heinz-Dietrich Ortlieb, 1. Jahr, Tübingen 1956, S. 58.

4) Eucken, Walter, a.a.O., S. 127.

5) Fessard, Gaston, a.a.O., S. 84.

6) Derselbe, S. 77.

7) Vgl. unsere Ausführungen auf S. 83 f.

8) Vgl. die Ausführungen auf S. 85 f.

sellschaftsordnung wählten. Nach E u c k e n ist die Notlage der Arbeiter, die M a r x eindringlich und richtig schildert, von ihm unrichtig erklärt worden : "Ebensowenig wie die Trennung zwischen Arbeit und Eigentum an den Produktionsmitteln die soziale Frage des 19. Jahrhunderts schuf, ebensowenig konnte sie durch Herstellung des Kollektiveigentums an den Produktionsmitteln überwunden werden" ¹⁾.

Wenn E u c k e n die soziale Frage mit dem Geldsystem und den Marktformen einer Volkswirtschaft in Verbindung bringt, so geschieht dies aus der Erkenntnis heraus, daß für die Ordnung der Wirtschaft einem funktionsfähigen Preismechanismus entscheidende Bedeutung zukommt ²⁾. Zu dem gleichen Ergebnis kam auch R u e f f in Frankreich ³⁾.

Das Ziel der Arbeiterpriester einer revolutionären Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft wird aber wiederum verständlich, wenn man die Erfolgsaussichten einer Sozialreform in dem Frankreich jener Jahre abwägt ⁴⁾. Die Arbeiterpriester mußten erkennen, daß die Möglichkeit, die Staatsorgane für Reformen zu gewinnen, sehr gering war.

1) Eucken, Walter, a.a.O., S. 47.

2) Eucken, Walter, a.a.O., S. 160.

3) Rueff, Jacques, a.a.O., S. 608: "Diese soziale Ordnung ... stellt unfehlbar der Preismechanismus her, allein durch das Spiel der individuellen Neigungen und Bedürfnisse, ohne selbst in Erscheinung zu treten".

4) Vgl. unsere Ausführungen auf S. 130.

6. Das Wirken der Arbeiterpriester als Mittel zur Realisierung ihrer sozialen Ziele

Nach den Äußerungen eines Arbeiterpriesters gibt es zwei Kräfte, die zur Erreichung eines Zieles eingesetzt werden können : Geduld und Gewalt. Der christliche Arbeiter werde zunächst versuchen, den Arbeitgeber zu bewegen, freiwillig die Rolle des Befreiers zu spielen. Wenn er sich nicht bereit findet, seine Schuldigkeit zu tun, so müsse man ihn durch Zwang dazu bringen ¹⁾.

Auch nach T i l l i c h ist die proletarische Situation wesensmäßig Situation des Klassenkampfes ²⁾, und gegenüber Wirklichkeiten wie den Klassenkampf seien moralische Forderungen oder Wünsche etwa dahingehend, daß man auf ihn verzichten oder ihn mindern solle, lächerlich oder selbst ein Kampfmittel im Klassenkampf ³⁾. So ist auch die folgende Äußerung eines Arbeiterpriesters zu verstehen : "Wenn es die Aufgabe der Arbeiterpriester gewesen wäre, auf die 'Zusammenarbeit aller Klassen' hinzuwirken, so haben sie diese - das geben wir zu - niemals und nirgendwo erfüllt" ⁴⁾.

Für einen Teil der Arbeiterpriester war der Klassenkampf ein "Element des Lebens und folglich der Aktion" ⁵⁾. Ein Arbeiterpriester führte dazu aus : "Einige von uns, die sich ganz in die Verhältnisse des proletarischen Lebens hineingestellt und mit den Arbeitermassen eng verbunden haben, sind dabei, sich eine neue Mentalität, ein anderes Klassenbewußtsein zu erwerben (oder wiederzufin-

-
- 1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 511.
 - 2) Tillich, Paul, Christentum und soziale Gestaltung, Stuttgart 1962, S. 184.
 - 3) Derselbe, S. 185.
 - 4) Cdlonge, André, a.a.O., S. 86.
 - 5) Derselbe, S. 87.

den). Sie teilen die Reaktionen der Arbeiter, sie wachsen ins Proletarierbewußtsein hinein. Sie gewinnen z.B. den Sinn für den Klassenkampf gegen die Unterdrückung, das nötige Solidaritätsgefühl füreinander" ¹⁾.

Dieser Kampf war nach Aussagen ²⁾ der Arbeiterpriester sowohl wirtschaftlicher als auch politischer und ideologischer Art : Die Arbeiter stiegen in ihrem täglichen Kampf gegen die Unternehmer auf die Feindschaft des Staates. Polizei, Richter und Gesetzgeber stünden auf Seiten der Unternehmer. Die Arbeiterklasse dürfe daher den politischen und ideologischen Kampf nicht vom wirtschaftlichen trennen. Sie müsse sonst mit Rückschlägen rechnen.

Die Arbeiterpriester wollten ganz zur Arbeiterklasse gehören. Als Voraussetzung einer solchen Zugehörigkeit sahen sie die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterklasse an : "Wir hatten eine solche Tätigkeit nicht von Anfang an gesucht. Aber sie ist einfach nötig für unsere Arbeits- und Lebensbedingungen; wir sind sie allen unseren Kameraden schuldig, deren ganzes Leben wir teilen, besonders den Mitgliedern der CGT, der Kommunistischen Partei und der Situation der Arbeiter überhaupt" ³⁾.

Große Teile der französischen Arbeiterschaft sahen in der kommunistischen CGT diejenige Gewerkschaftsbewegung, die gegen Staat und Unternehmertum am kompromißlosesten vorging ⁴⁾. Lohn - und

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 160.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 156 f. Vgl. ausführliches Zitat unter 11) im Anhang.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 178.

4) Vgl. Naef, Eugen, a.a.O., S. 200.

preispolitische Maßnahmen der Regierung, die die behördliche Festsetzung der Löhne über das Kriegs-ende hinaus beibehielt, bestätigten den Eindruck der Arbeiter, daß die Regierung nur auf Druck der Kommunisten und der CGT zu ihren Gunsten in das Lohn-Preis-Verhältnis eingriff ¹⁾.

Zunächst brauchten die Arbeiterpriester nach ihren eigenen Angaben etwas Zeit, bis sie erkannten, daß es notwendig sei, einer Gewerkschaft beizutreten, und sie brauchten noch mehr Zeit, bis sie zu dem Schluß kamen, die CGT sei die einzige Organisation, die sowohl den Arbeitgebern wie der Regierung gegenüber die Arbeiterinteressen in voller Unabhängigkeit vertrete ²⁾. Sie gründeten lokale Gewerkschaftsgruppen ³⁾ der CGT und bekleideten führende Posten ⁴⁾ in dieser Organisation.

Es galt für die Arbeiterpriester, was B a r b i e r - D u v a l von den "fortschrittlichen Christen" ("Chrétiens Progressistes") sagte: "Wenn auch grundlegend Unvereinbares Marxismus und Christentum zu trennen scheint, so bleibt doch dies wahr: eine historische Tatsache hat bewiesen, daß es Christen und Kommunisten gelungen ist, im Schoße einer gemeinsamen Erfahrung - der Widerstandsbewegung - ihre Kräfte zu verbinden" ⁵⁾. Für die "Chrétiens Progressistes", also Christen, die in irgendeiner Form öffentlich mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeiteten ⁶⁾,

-
- 1) Lorwin, Val R., The Struggle for Control of the French Trade Union Movement, 1945-1949, in: Modern France, Hrsg. Edward Mead Earle, Princeton 1951, S. 209 (im folgenden zitiert: "Lorwin Val R., The Struggle ...").
 - 2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 13.
 - 3) Vgl. Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 320.
 - 4) Vgl. Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire du Travail en France, Bd. 2, Paris 1955, S. 231 (im folgenden zitiert: "Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 2...").
 - 5) Barbier-Duval, Yves, Die "Chrétiens Progressistes" in Frankreich, in: Dokumente, 6. Jhg., 1950, S. 204 f.
 - 6) o.V., Recht und Unrecht der fortschrittlichen Christen, in: Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 370.

ging es um die Verwirklichung einer begonnenen "sozialen Revolution" ¹⁾.

Obwohl die Mehrzahl der Arbeiterpriester selbst keine Theoretiker waren, wurden sie von den theoretischen Auseinandersetzungen katholischer Kreise Frankreichs mit den Lehren des Marxismus zweifellos beeinflusst. Zu welch weitreichenden Ergebnissen diese Auseinandersetzungen führen konnten, zeigen die Arbeiten der beiden Dominikaner P. Desroches O.P. und P. Montclair O.P. Desroches gehörte einer Arbeitsgruppe für das Studium des Marxismus an, die von "Economie et Humanisme" ²⁾, dem 1941 von fünf Laien und drei Dominikanerpatres gegründeten "Studienzentrum für soziale Fragen", gebildet worden war ³⁾. Er schreibt in der Einleitung zu seinem Buch "Signification du Marxisme": "Diese Seiten sind ein Versuch. Sie sind von einem Christen geschrieben. Sie wollen einen Beitrag leisten zur Kenntnis des marxistischen Humanismus" ⁴⁾.

Das marxistische Schema der "Versöhnung des Menschen mit dem Menschen" ⁵⁾, das Desroches entwirft, zeigt, wie einer "Phase der Trennung" ("phase de division") eine "Phase der Einigung" ("phase d'intégration") folgt. Der Klassenkampf führe von der Klassentrennung zur klassenlosen Gesellschaft, die Enteignung der Produktionsmittelbesitzer von der Trennung zwischen Kapital und Arbeit zum Kollektiveigentum, die Planwirtschaft ("planification") von der Trennung der

1) Barbier-Duval, Yves, a.a.O., S. 205.

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 12.

3) Lutz, Burkhardt, Economie et Humanisme, in: Frankfurter Hefte, 6. Jhg., 1951, S. 202 f.

4) Desroches, Henri-Charles, Signification du Marxisme, Paris 1950, S. 15 (im folgenden zitiert: "Desroches, Henri-Charles, Signification ...").

5) Desroches, Henri-Charles, Signification, a.a.O., S. 103.

Menschen untereinander durch die Konkurrenz und den Markt zu einer geeinten Organisation der Produktion und der Konsumtion.

Nach D e s r o c h e s hat M a r x mit Recht die Auffassung kritisiert, daß die sozialen Ungerechtigkeiten im Himmel ausgeglichen werden, ohne daß man sich auf Erden darum zu bemühen brauche. Er habe die Tatsache aufgedeckt, daß hier ein wirtschaftliches Übel durch ein moralisches Heilmittel behoben werden solle ¹⁾. Wenn der Marxist heute das Problem stelle, ob der Augenblick da sei, zu kämpfen oder zu dulden, so handele es sich um die ehrliche Analyse der Situation, ob sie reif sei und man nicht länger warten dürfe. Ist sie das irgendwo, so dürfe nicht im Namen der Religion Geduld gepredigt werden. Wo der Marxismus dieses Reifsein aufzeige, da habe er recht ²⁾.

D e s r o c h e s unterstellte also, daß nur der Marxist in der Lage sei, die Realität objektiv zu analysieren. Es zeigt sich hier bereits, daß dieser Theologe die marxistische Geschichtsphilosophie übernommen hat. Das beweist auch das folgende Zitat, wonach der Klassenkampf als ein sekundäres Phänomen angesehen wird: "Er ist Folgeerscheinung und Gegenstück einer primären Erscheinung. Und diese erstere Gegebenheit ist eben gerade ein unmenschlicher Kampf ums Dasein, das Charakteristikum einer Menschheit, die noch in ein Ringen auf Leben und Tod mit der Natur verkrampft ist. Von dieser tödlich bedrohten Menschheit aus gesehen, bildet der Klassenkampf das Verbindungsstück zu einer freien und brüderlichen Menschheit ... Als Kampf gegen den 'Kampf ums Da-

1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 567 f.
 2) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 569.

sein', als Krieg gegen den 'Krieg aller gegen alle' kann er sich nicht mit einem Pazifismus der Aussöhnung der Klassen begnügen. Er verlangt die Beseitigung der Klassen - was bei keinem seiner Theoretiker je die Beseitigung der Ungleichheiten oder der Verschiedenheiten bedeutet hat ... Sein Ziel kann weder die Verbürgerlichung des Proletariats noch die Proletarisierung des Bürgertums sein, sondern nur die Herankunft eines neuen Menschen" ¹⁾.

M o n t u c l a r d , der die Zeitschrift "Jeunesse de l'Eglise" herausgab, erkannte der Geschichte eine geradezu "sakramentale" Heilsfunktion zu, nämlich für diejenigen, die ohne Schuld außerhalb der Kirche stehen : ihnen bringe "die Geschichte" einen Glauben, eine Hoffnung, einen Sinn des Lebens und der Welt ²⁾. Die Geschichte bringe Veränderungen, die nicht nur die äußere Welt, die Technik und den Lebensstandard angehen, sondern eine wirkliche Vorwärtsbewegung des menschlichen Wesens bedeuten ³⁾.

L e p p faßt die These M o n t u c l a r d s wie folgt zusammen ⁴⁾ :

Der Greuel der kapitalistischen Welt sei so groß, daß ein echt christliches Leben in ihr nur für Ausnahmemenschen möglich sei. Der gesamte vorwärtsschreitende Flügel der Menschheit - und dabei stehe das Proletariat an erster Stelle - sei sich der dringenden Notwendigkeit bewußt geworden, die alte Welt zu zerstören und an ihrer Stelle eine neue aufzurichten. Dabei sei nur der Marxismus imstande, den Menschen unserer Zeit den Weg

1) Desroches, Henri-Charles, Christliche Brüderlichkeit und Klassenkampf, in : Dokumente, 5. Jhg., 1949, S. 417 ff.

2) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 317.

3) Ebenda.

4) Vgl. Lepp, Ignace, Splitter und Balken, Graz-Wien-Köln 1957, S. 240.

zu zeigen und die ideologischen Waffen zur Verwirklichung seiner dringenden Aufgabe bereitzustellen : die Schöpfung der kommunistischen Gesellschaft. Da die Erfahrung lehre, daß unter dem christlichen Einfluß die Arbeiter selbst an Kampfkraft verlieren, liege es im Interesse der Menschheit und der Kirche, daß nichts mehr zur Verstärkung dieses Einflusses getan werde, Erst in der kommunistischen Gesellschaft werde kein Hindernis mehr bestehen, das Evangelium in seiner ganzen Reinheit zu predigen.

Das Verhältnis zwischen christlichem Progressismus, der 1944/45 entstand, und den Arbeiterpriestern haben wir bereits beleuchtet ¹⁾. F e s s a r d zeigt in seiner Untersuchung dieses Verhältnisses, wie die Arbeiterpriester durch Annahme der These der progressistischen Theologie, daß die Anerkennung der Arbeiterbewegung für die Kirche die entscheidende Frage sei, schließlich eine fast unbegrenzte Solidarität mit den Arbeitern empfanden ²⁾. Dadurch wurden sie in Aktionen hineingezogen, die nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Charakter hatten ³⁾.

Zum Verständnis des christlichen Progressismus in Frankreich trägt F e s s a r d bei, indem er zeigt, daß die Progressisten mit ihrer Vorstellung von der "historischen Mission des Proletariates" ⁴⁾ sich auf einen bekannten katholischen Geschichtsphilosophen und einen ebenfalls hervorragenden Theologen berufen konnten. Es würde hier zu weit führen, die Gedanken des Philosophen M. J. M a r i t a i n im Jahr 1936 und des Theologen P. C h e n u aus dem Jahr 1939 im einzel-

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 77.

2) Fessard, Gaston, a.a.O., S. 85.

3) Vgl. Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 179.

4) Fessard, Gaston, a.a.O., S. 182.

nen wiederzugeben. F e s s a r d zeigt insbesondere, wie diese Gelehrten durch die Verwendung von Begriffen, wie "historische Mission des Proletariates", von den Progressisten in deren Sinn interpretiert werden konnten ¹⁾. Es wird damit auch offenbar, daß einzelne Arbeiterpriester den Eindruck haben konnten, ihre Auffassung über die geschichtliche Rolle des Proletariats ruhe auf einer festen philosophischen und theologischen Grundlage.

In dem Kampf des Proletariates um seine Befreiung standen nun in ihren Augen die Kommunisten an erster Stelle. Dies zeigt folgendes Zitat: "Ob es einem gefällt oder nicht, im Kommunismus findet nun einmal die in Bewegung geratene Arbeiterklasse den ihr entsprechenden Ausdruck" ²⁾. Die Arbeiterpriester wollten daher an der Seite der Kommunisten für die "soziale, politische und geistige Emanzipation der Arbeiterklasse" ³⁾ kämpfen.

Die politische Aktion war für sie eine Aktion zur Veränderung der gesellschaftlichen Struktur ⁴⁾. Die Arbeiterpriester sahen sich nicht als Vermittler oder Schiedsrichter zwischen Unternehmern und Arbeitern ⁵⁾. Sie stellten sich eindeutig auf die Seite der Arbeiter. Dieser aktive Einsatz der Arbeiterpriester hatte - das soll hier nicht vergessen werden - auch eine apostolische Grundlage. Aktiver Einsatz für die soziale Gerechtigkeit mußte in ihren Augen eine Befolgung des Gebots der Nächstenliebe sein ⁶⁾.

1) Vgl. Fessard, Gaston, a.a.O., S. 182 ff. und S. 191 ff.; Fessard zieht deshalb eine Linie von Maritain und Chenu über Montuclard und Desroches zu den Arbeiterpriestern.

2) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 204 f.

3) Collonge, André, a.a.O., S. 69.

4) Derselbe, S. 50.

5) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 154.

6) o.V., Gerücht und Wahrheit über die Arbeiterpriester, in: Dokumente, 9. Jhg., 1953, S. 379.

In dem Streik sahen die Arbeiterpriester in der Mehrzahl der Fälle eine "Revolte der Arbeiterklasse" ¹⁾ gegen ihre Ausbeutung und für ihre Befreiung. Sie nahmen an den Streiks teil. Manche unter ihnen leiteten große Arbeitskämpfe ²⁾. Die Arbeiterpriester kämpften gegen eine Sozialordnung, die sie als ungerecht und drückend empfanden ³⁾. Dabei machten sie sich aber auch zum Sprachrohr einer Unzufriedenheit, die weit über die Kreise der CGT und der Kommunisten hinausging ⁴⁾. So folgten der Streikbewegung von 1953 auch gewerkschaftlich nichtorganisierte Arbeiter ⁵⁾.

Trotzdem mußte eine uneingeschränkte Befürwortung des Klassenkampfes die Arbeiterpriester scharfer Kritik aussetzen. Selbst wenn man die Bildung "eines proletarischen Klassenbewußtseins" ⁶⁾ in Frankreich zur Zeit der Arbeiterpriester für möglich hält, entsprach doch das marxistische Schema eines Kampfes zwischen "der Arbeiterklasse" und "der Einheitsfront der Besitzenden" ⁷⁾ nicht dem Bild, das die französische Gesellschaft in jenen Jahren bot. Wir haben bereits auf diesen Tatbestand hingewiesen ⁸⁾. Die französische Gesellschaft teilte sich nicht einfach in "Kleine" und "Große", in "Kapitalisten" und "Ausgebeutete". Mit Recht bemerkt Lüthy, daß eine Lösung der sozialen Frage relativ einfach gewesen wäre, hätte wirklich eine kleine Schicht "großer Kapitalisten" den "Arbeitsertrag unterschlagen" ⁹⁾.

1) Vgl. Itinéraire, a.a.O., S. 296 ff.

2) Collonge, André, a.a.O., S. 69, vgl. auch Andreu, Pierre, a.a.O., S. 77 und S. 120.

3) Collonge, André, a.a.O., S. 84.

4) Itinéraire, a.a.O., S. 355.

5) Vgl. die Ausführungen auf S. 149.

6) Vgl. Siefer, Gregor, a.a.O., S. 84.

7) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 179.

8) Vgl. die Ausführungen auf S. 54.

9) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 242. Nach Lüthy war der bemerkenswerteste Zug der "Klassenkämpfe in Frankreich" darin zu sehen, "daß in ihnen die Rolle des Kapitalisten unbesetzt blieb: ihr fast ausschließliches Schlachtfeld waren der Beamtensapparat, die nationalisierten Wirtschaftszweige und die staatliche Lohnpolitik". Vgl. Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 260.

S i e g f r i e d unterschied bei seiner Analyse der französischen Sozialstruktur drei Klassen : Das "Volk" (le "Peuple"), die Klasse der Bauern und die bürgerliche Klasse ¹⁾. Das "Volk" besäße keine finanziellen Reserven und empfinde dadurch ein Gefühl der Unsicherheit ²⁾. Dieses Gefühl sei verbunden mit der Vorstellung eines fehlenden Schutzes durch den Staat ³⁾. Dagegen hätte die "bürgerliche Klasse" ⁴⁾ bei Krisen in der Vergangenheit auf finanzielle Reserven zurückgreifen können. Es gäbe aber bereits eine breite Schicht des Bürgertums, die immer mehr von ihrer Arbeit und weniger von ihrem Besitz lebe. Deshalb sei die typische Haltung der bürgerlichen Klasse heute das wesentliche Unterscheidungsmerkmal ⁵⁾. Sie drücke sich in dem Willen aus, einen bestimmten Lebensstil zu bewahren ⁶⁾. Besonders im Kleinbürgertum sei diese Erscheinung festzustellen. Es handle sich hier um eine soziale Schicht zwischen dem "Volk" und der bürgerlichen Klasse im engeren Sinne ⁷⁾. Zu dieser Gruppe rechnete S i e g f r i e d auch einen Teil der bäuerlichen Bevölkerung Frankreichs ⁸⁾, deren anderer Teil - besonders infolge seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit - bürgerliche Züge besäße ⁹⁾.

Uns erscheint gerade diese soziale Schicht zwischen "Volk" und "bürgerlicher Klasse" charakteristisch für die Gesellschaftsstruktur Frankreichs zur Zeit der Arbeiterpriester. L ü t h y sprach von einem "Frankreich der kleinen Stadt, der kleinen Werkstätte und des kleinen Gütechens" ¹⁰⁾, in dem "rund

1) Siegfried, André, De la III^e à la IV^e République, Paris 1956, S. 253.

2) Derselbe, S. 254.

3) Ebenda.

4) Derselbe, S. 257 f.

5) Derselbe, S. 258.

6) Ebenda.

7) Ebenda..

8) Derselbe, S. 261.

9) Derselbe, S. 260.

10) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 231.

die Hälfte der Bauernbetriebe und drei Viertel der selbständigen Handels- und Gewerbebetriebe nach ihrem eigenen Ausweis unter dem Existenzminimum wirtschaften" ¹⁾. Auch M ü l l e r - O h l s e n wies darauf hin, daß die französische Industrie in starkem Maße von kleinen und mittleren Betrieben getragen wurde ²⁾. S i e g f r i e d nannte Frankreich "ein Land der kleinen Unternehmer und unabhängigen Produzenten, deren Zahl in die Millionen geht" ³⁾.

Statistiken über die Betriebsgrößenstruktur des Handels, der Landwirtschaft und der Industrie untermauern diese Feststellung. Die folgende Tabelle ⁴⁾ zeigt die Entwicklung der Betriebsgrößen im französischen Handel nach der Zahl der Angestellten.

Entwicklung der Betriebsgrößen von 1950 - 1960
nach der Zahl der Angestellten

<u>Anteil der Handelsbetriebe in % mit</u>		<u>1950</u>	<u>1954</u>	<u>1958</u>	<u>1960</u>
0	Angestellten	66,7	63,2	60,4	59,8
1 - 5	Angestellten	29,5	33,0	35,2	35,6
6 - 10	Angestellten	1,9	2,2	2,4	2,5
mehr als 10	Angestellten	1,9	1,6	2,0	2,1

Der Anteil der einzelnen Betriebsgrößenklassen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche Frankreichs im Jahr 1942 geht aus nachfolgender Tabelle ⁵⁾ hervor.

-
- 1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 256.
 - 2) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 50.
 - 3) Siegfried, André, a.a.O., S. 266.
 - 4) Hintze, Manfred, a.a.O., S. 12.
 - 5) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 17.

Größe der Betriebe (ha)		Landwirtschaftl.	Landwirtschaftl.
		genutzte Fläche	Betriebe
		1000 ha	1000
=====			
0 bis unter	1	107,0	220,7
1 bis unter	5	1 667,0	615,6
5 bis unter	10	3 599,0	503,6
10 bis unter	20	7 521,0	539,9
20 bis unter	50	11 199,0	380,3
50 bis unter	100	5 111,0	77,5
100 bis unter	200	2 570,0	19,5
200 bis unter	500	1.563,0	5,5
Über 500		1 112,0	1,1
Insgesamt		34 449,0	2 363,7

Die Landwirtschaft südlich der Linie Straßburg-Bordeaux zerfiel - mit Ausnahme der großen Weinbauern - "in eine Unzahl kleinster Betriebe, die meistens sich mit einer Art geschlossener Hauswirtschaft begnügen" ¹⁾.

Die für das Jahr 1954 durchgeführte Betriebszählung wies insgesamt 874 521 Industriebetriebe aus, davon 760 000 Betriebe mit weniger als 6 Arbeitskräften. Aus der folgenden Aufstellung ²⁾ ist erkennbar, in wie starkem Maße die kleinen und mittleren Betriebe in der französischen Industrie vorherrschten.

-
- 1) Guiton, Raymond-Jean, Französische Zustände, München 1953, S. 93.
 2) Piatier, André, Art. Frankreich, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1962, S. 110.

Industriebetriebe nach Größen-
klassen (nach Beschäftigten) 1954

Größenklassen (nach Beschäftigten)	Zahl der Betriebe
=====	
0 - 5	700.000
6 - 10	42.895
11 - 20	28.513
21 - 50	25.409
51 - 100	8.581
101 - 200	4.684
über 200	4.239
=====	
insgesamt	874.521
=====	

Diese Zahlen machen auch die Feststellung L ü t h y s verständlich, daß eine ganze Bevölkerung damit beschäftigt gewesen sei, "das Sozialprodukt 'abzuschöpfen'; das ganze idyllische alte Frankreich der kleinen Läden und kleinen Fabriken" ¹⁾. Mit Recht betonte L ü t h y dabei, daß diese Betriebe nicht notwendigerweise auch "eine mühelose, einträgliche und wohlhabende Existenz" ²⁾ darstellten. Eine Million der französischen Landwirtschaftsbetriebe wiesen 1951 ein jährliches Bruttoeinkommen von weniger als 300.000 Francs aus, und 75 % der kleinen Familienbetriebe im Handel erreichten 1951 einen Jahresumsatz von weniger als einer Million Francs ³⁾.

Sowohl in den Dissertationen von S i e f e r und W i c k e r als auch in den Untersuchungen von

1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 242.

2) Derselbe, S. 243.

3) Derselbe, S. 243 f.

Andreu und Dansette wird betont, daß die Arbeiterpriester irrten, als sie die Arbeiterwelt "verabsolutierten" ¹⁾. Nach Wicker wächst zwar die Bedeutung der Arbeiterklasse, ihr Aufstieg dürfe aber nicht isoliert betrachtet werden. Er stehe in engem Zusammenhang mit den verschiedenen Komponenten des politischen und sozialen Lebens ²⁾. Andreu weist darauf hin, daß der "ouvriérisme" der Arbeiterpriester, also eine Haltung, die eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft nur durch die Arbeiter selbst herbeiführen möchte, keine Lösung der sozialen Frage bedeute ³⁾. Siefert sieht die "falsche Erfahrung" der Arbeiterpriester in ihrer Überzeugung, "daß vom Zustand dieser Zweiklassengesellschaft aus der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung unter Führung der Arbeiterklasse möglich und zu erwarten sei" ⁴⁾.

Es läßt sich nicht leugnen, daß ein Teil der Arbeiterpriester in der siegreichen Beendigung des Klassenkampfes eine Lösung der sozialen Frage sah. Die Arbeiterpriester übernahmen damit die von Lüthy kritisierte Haltung der französischen Arbeiterschaft, die sich "mit einer gewissen Selbstverständlichkeit, die kaum mehr eine Prüfung duldet, oft als einziges Opfer des inflationären Prozesses" ⁵⁾ betrachtete.

-
- 1) Wicker, Dietlinde, a.a.O., S. 78.
Vgl. dazu Siefert, Gregor, a.a.O., S. 164 f.
Andreu, Pierre, a.a.O., S. 215 f.
Dansette, Adrien, Experiment, a.a.O., S. 174.
2) Wicker, Dietlinde, a.a.O., S. 78 f.
3) Andreu, Pierre, a.a.O., S. 215 f.
4) Siefert, Gregor, a.a.O., S. 165.
5) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 260.

B) Das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil der Kirche

1. Die Stellungnahme der Kirche zur sozialen Frage Frankreichs

Unter den Gruppen, die für die Sozialpolitik von Bedeutung sind, nennt P r e l l e r die Kirchen, wobei er an die "sozialpolitisch überaus mächtige Kraft der Konfession, der Kirche" ¹⁾ denkt.

Wir wollen in unserer Untersuchung unter "Kirche" das Lehramt der katholischen Kirche verstehen, greifen also nur eines der konstituierenden Elemente heraus, die nach M e n s c h i n g ²⁾ das Wesen der Kirche kennzeichnen. Für dieses Lehramt der Kirche gilt: "Wo die gesellschaftlichen Fragen für das sittliche Leben des Menschen von Bedeutung werden, ist die Kirche zu sprechen nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet" ³⁾.

Die Autorität des kirchlichen Lehramtes der Päpste, Bischöfe, Konzilien, Lehrer und Prediger bestimmt die Form der Verkündigung der katholischen Soziallehre ⁴⁾. Kraft ihres göttlichen Sendungsauftrages, ihres Lehr- und Hirtenamtes steht es nach M e s s n e r der Kirche zu, erstens über Lehren, welche das wirtschaftliche Denken und Handeln bestimmen, zweitens aber auch über Zustände und Einrichtungen zu urteilen ⁵⁾.

-
- 1) Preller, Ludwig, Sozialpolitik, a.a.O., S. 17.
 - 2) Mensching, Gustav, Art. "Gestaltungsmächte der Gesellschaft: 1. Religion", in: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, 2. Hälfte, S. 865.
 - 3) Herders Sozialkatechismus, I. Bd., Freiburg 1951, S. 7.
 - 4) Cormann, Gilbert, Katholische Soziallehre, in: Menschenwürdige Gesellschaft, Hrsg. Landesarbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung - Arbeit und Leben - Nordrhein-Westfalen und Staatsbürgerliche Bildungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1960, S. 33.
 - 5) Messner, Johannes, Die soziale Frage, Innsbruck 1956, S. 326.

In einer Erklärung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe zur allgemeinen Lage Frankreichs während der großen Streiks des Jahres 1947 können wir die Reaktionen der Kirche auf das Elend der Arbeiterwelt sehen, das die Arbeiterpriester vorfanden :

"Anlässlich des Streiks im vergangenen November haben die Bischöfe Frankreichs einmütig ihrer Sympathie für die durch die dabei entfesselten Leidenschaften verwirrten und schwer getroffenen Arbeiter Ausdruck gegeben. Sie kennen die täglichen Leiden der arbeitenden Klasse in einem aus den Fugen geratenen Wirtschaftsleben und haben darum betont, daß jede Familie ein Recht hat, für ihre Arbeit so viel Lohn zu erhalten, daß sie sich dadurch genügend Nahrung und ein anständiges Leben sichern kann. Heute stellt die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe angesichts der stets wachsenden Preise mit größter Sorge fest, daß die Existenzmittel der größten Mehrzahl der Arbeiter noch unzulänglicher sind als vor wenigen Monaten. - In einer solchen Lage ist es die Pflicht der Bischöfe, alle für die wirtschaftliche und soziale Ordnung Verantwortlichen, Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Bauern und Händler zu beschwören, diese schmerzlichen Probleme frei von aller Rivalität und selbst von jeder Prestigesorge anzugreifen. Es ist ganz offenkundig, daß wir uns in einer ausweglosen Krise abmühen, so lange diejenigen, die es könnten, nicht bereit sind, freiwillig die unerläßlichen Opfer zu bringen und so lange die Franzosen nicht einsehen wollen, daß das erste Hilfsmittel gegen unsere Leiden darin besteht, daß alle, gleichzeitig mit der zähen Arbeit, durch die die Produktion gesteigert wird, schnellstens zu den Regeln einer strengen Moral zurückkehren" 1).

Die Kirche forderte also einen freiwilligen Verzicht auf die Anwendung wirtschaftlicher Macht. Neben dieser moralischen Forderung wurde aber auch eine wirtschaftliche Forderung, nämlich die

1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 291 f.

Steigerung der Produktion als Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage, aufgestellt. Diese beiden Forderungen schließen nicht aus, daß der Staat durch Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen einzugreifen hat. Klar ausgesprochen wurde dies auf der 36. Sozialen Woche von Frankreich ¹⁾ vom 18. bis 25. Juli 1949 : "Da die wirtschaftlichen Gruppen in einem Widerstreit der Interessen liegen, kann der Staat heute nicht rein politisch bleiben und die Wirtschaft sich selber überlassen" ²⁾.

Bezeichnend erscheint uns auch in der zitierten Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe die Forderung an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, frei von aller Rivalität und Prestigesorge zu handeln. Die katholische Kirche lehrt nämlich, daß ein Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern nur scheinbar besteht : "Im wirtschaftlichen Bereich obwaltet eine Gemeinsamkeit des Handelns und der Interessen zwischen Unternehmern und Belegschaften. Nur wer auf blinde und unvernünftige Gewaltherrschaft ausgeht, kann diese gegenseitige Bindung verkennen oder auf ihre Auflösung hinwirken. Unternehmer und Belegschaften sind keine unversöhnlichen Gegner. Sie wirken zusammen an einem gemeinsamen Werk" ³⁾.

Für diese Gemeinsamkeit der Interessen und der Verantwortung in einer Volkswirtschaft prägte Pius XI. in seiner Enzyklika "Quadragesimo Anno" den Begriff der "berufsständischen Ordnung" der

-
- 1) "Es ist die Aufgabe der Sozialen Wochen von Frankreich, die jeweils dringendsten sozialen Probleme unserer Zeit zu studieren und vom Boden der christlichen Wahrheiten aus zu ihrer Lösung beizutragen". Vgl. Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 568.
 - 2) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 571.
 - 3) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 454.

verschiedenen Produktionszweige. Auf die berufsständische Ordnung werden wir an anderer Stelle ¹⁾ einzugehen haben.

Am 16. März 1950 äußerten sich die Erzbischöfe und Kardinäle Frankreichs auf ihrer Versammlung auch zu den Streiks in Frankreich. Sie warnten : "Arbeitskonflikte, die ihre Lösung erst durch die Erschöpfung der Arbeiter finden, lassen Grollgefühle zurück, die auf den Weg der Gewalt führen" ²⁾. Aus Äußerungen verschiedener Bischöfe wurde deutlich, daß das Kriterium für die Beurteilung der Streiks und der wirtschaftlichen Lage die Bezahlung eines Lohnes darstellte, der den Lebensbedürfnissen des Arbeiters und seiner Familie angemessen sei. Ausführlich behandelte der Erzbischof von Marseille diesen Gesichtspunkt. Er stellte dazu fest : "Die Unternehmerschaft versichert, die Masse der Löhne nicht um mehr als 7 oder 8 % erhöhen zu können, da sonst die ganze Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht gerate. Ich bin nicht zuständig, diese Zahlen zu bestreiten, aber ich erlaube mir, einige Bemerkungen dazu und einen vernunftmäßigen Vorschlag zu machen. Man spricht so oft von der Notwendigkeit großer Investitionen, um das Material zu erneuern, die Kriegsschäden zu beseitigen und die Zukunft vorzubereiten. Das versteht sich von selbst. Aber sollte der Christ nicht wissen, daß der Mensch den ersten Rang einnehmen muß und daß der Anteil an den Gewinnen, der für Investitionen bestimmt ist, der vorgängigen Ausschüttung von angemessenen Löhnen untergeordnet ist ? Und dasselbe gilt auch für die Aufwandsausgaben, die die

1) Vgl. die Ausführungen auf S.109 f.

2) Herder-Korrespondenz, 4. Jhg., 1949/50, S. 378.

Arbeiter so sehr entrüsten und von denen sie nicht mit Unrecht glauben, daß man sie bis später zurückstellen könnte" 1).

Andererseits ermahnte Kardinal Liénart die Arbeiterschaft, auch ihrerseits Opfer zu bringen : "Wenn es sich herausstellt, daß nach der Sicherung der Grundlöhne infolge der wirtschaftlichen Lage eine proportionale Erhöhung der höheren Lohn- und Gehaltsstufen nicht ohne ein Steigen der Preise möglich ist, so möchten wir an den Geist des Verzichts und selbst des Opfers bei den Bessergestellten appellieren, daß sie einer bestimmten Verringerung ihrer Gewinne und einer geringeren Erhöhung ihrer Einkünfte im Interesse des Ganzen zustimmen. Der so ersehnte soziale Friede ist nur um den Preis eines aufrichtigen Willens zur Solidarität zwischen allen Gliedern der erwerbstätigen Gesellschaft, selbst wenn er gewisse Verzichtse erfordert, zu gewinnen" 2).

Die zitierten Erklärungen des französischen Episkopats zeigen einmal das ernsthafte Bestreben, auf die näheren Umstände der Lohnkämpfe einzugehen. Zum anderen wird deutlich, wie die Vertreter der Kirche versuchten, die sozialen Probleme in ihrer Gesamtheit und nicht nur vom Standpunkt der Arbeiter aus zu sehen. Sie erkannten richtig, daß unter den gegebenen Verhältnissen Lohnerhöhungen, die eine Verbesserung der Lebenshaltung bedeuten sollten, von einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität abhingen.

1) Herder-Korrespondenz, 4. Jhg., 1949/50, S. 378.

2) Ebenda.

Bereits auf der Jahresversammlung der "Katholischen Vereinigung der Jugend Frankreichs" ("Association Catholique de la Jeunesse Française") im Jahr 1947 führte R é m o n d in seinem Referat über die Aufgaben der Katholiken gegenüber den sozialen Wandlungen unter anderem folgendes aus : "Andererseits hat uns die Erfahrung gezeigt, daß Lösungen nur vom Sittlichen her unzulänglich sind ... Dafür ist der Schwarze Markt ein ausgezeichnetes Beispiel. Sicher wird eine Kampagne zugunsten der Anständigkeit dazu beitragen, seine verheerenden Folgen einzuschränken. Aber wird er dadurch beseitigt werden ? Solange ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage besteht, solange wird der Schwarze Markt in seiner Existenz nicht bedroht sein. Vielleicht könnte die Unterdrückung des Schwarzen Marktes die Moral heben ..., aber das wirksamste Mittel, die Moral zu heben, ist doch wohl die Steigerung der Produktion" ¹⁾.

Im Oktober 1951 gaben die französischen Kardinäle und Erzbischöfe auch eine Erklärung ²⁾ zum Wohnungselend ab. Darin bezeichneten sie die Wohnungsnot als einen Zustand, der mit den Forderungen der Gerechtigkeit und der christlichen Brüderlichkeit unvereinbar sei. Sie baten alle Katholiken, an die praktischen Forderungen der Moral zu denken und insbesondere die öffentlichen Stellen bei der Lösung des Wohnungsproblems zu unterstützen.

Die Feststellung, daß die Kirche nicht mit technischen Lösungen aufwarten kann, finden wir in verschiedenen Erklärungen der Kirche zu den sozialen Problemen Frankreichs ³⁾. Die Kirche sieht

-
- 1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1948, S. 406.
 2) Herder-Korrespondenz, 6. Jhg., 1951/52, S. 102.
 Vgl. ausführliches Zitat unter 12) im Anhang.
 3) Vgl. Erklärung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe am 6. März 1953, in : Herder-Korrespondenz, 7. Jhg., 1952/53, S. 343.

ihre Aufgabe darin, "die Gewissen wachzurütteln" ¹⁾ und die Gläubigen anzuhalten, sich die Frage zu stellen : "Was muß ich für meinen Teil in der Wohnungsfrage tun, wenn ich wirklich Christ sein will ?" ²⁾.

Es wurde von den Bischöfen aber auch erkannt, daß die Wohnungsfrage nur ein Symptom einer Wirtschaftsordnung war, die von Grund auf der Verbesserung bedurfte. Am 6. März 1953 erklärten die französischen Kardinäle und Erzbischöfe : "Es geht darum, die Übel an der Wurzel zu packen, um einen echten wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen. Persönliche Interessenverbände bleiben angesichts der menschlichen Leiden und der Notwendigkeit einer neuen Wirtschaftsstruktur nicht frei von Schuld, wenn sie sich einem Ausgleich der menschlichen Bedürfnisse zugunsten ihres persönlichen Vorteils entziehen. Die wirtschaftliche Fortentwicklung kann in bestimmten Zeiten unerlässlich sein und sich als eine Gewissenspflicht stellen. Das bringt mit sich, daß man eine Wertskala der dringlichen und vordringlichen Aufgaben aufstellen und befolgen muß, nicht nur im Interesse des Augenblicks, sondern auch der Zukunft, und zwar des ganzen Volkes. Das Kapital hat eine soziale Funktion, und daher muß es auch von seinen Besitzern an der Stelle eingesetzt werden, wo es für das Volksganze am nützlichsten ist" ³⁾.

1) Herder-Korrespondenz, 7. Jhg., 1952/53, S. 343.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

2. Das Wirken der Arbeiterpriester und die von der Kirche für den Priester vorgesehene Form der Mitarbeit an der Lösung sozialer Fragen

Am 27. August 1954 erließ der französische Episkopat - wohl auch als eine Reaktion auf das Wirken der Arbeiterpriester - Anweisungen für die Behandlung sozialer Fragen ("Directoire pastoral en matière sociale") ¹⁾. Sie sollen die Seelsorger beraten, "in welchem Geist von Gerechtigkeit und Wahrheit sie sich für die sozialen Fragen interessieren sollen und in welchem Sinn sie an ihrer Lösung mitarbeiten können" ²⁾. Es werden darin indirekt die Verbindlichkeit und Tragweite der kirchlichen Gesellschaftslehre für die Seelsorge unterstrichen ³⁾, wobei die Bischöfe dem Klerus die Orientierung bieten wollen, die sich aus der Soziallehre der Kirche ergibt ⁴⁾.

Es wird in den Anweisungen betont, daß die gesellschaftspolitische Initiative nicht Aufgabe des kirchlichen Amtes sei : "Die Kirche leistet ihren Beitrag durch die Verkündigung und Anwendung der sozialen Grundsätze des Evangeliums und des Naturrechtes. Von diesem Standort her belehrt, berät und warnt sie" ⁵⁾.

Es wird dabei unterschieden zwischen den Kompetenzen des Priesters und den Aufgaben der Laien. Dies kommt auch in der folgenden Stellungnahme des Erzbischofs von Aix-en-Provence zum Ausdruck : "Die Kirche ermutigt alle Christen, für die allgemeine Förderung der Arbeiterklasse und für eine gerechte Weltorganisation zu arbeiten (Wohnung,

1) Eine Übersetzung erstellte 1961 der Ludgerus-Verlag Essen unter dem Titel "Der Priester und die soziale Frage".

2) P. Bigo, Le Directoire Pastoral en Matière Sociale, in : Revue de l'Action Populaire, 1954, S. 835f.

3) Derselbe, S. 835.

4) Herder-Korrespondenz, 9. Jhg., 1954/55, S. 236.

5) Ebenda.

Löhne, Bestrebung des Friedens, Aufbau eines irdischen, wahrhaft menschlichen Reiches usw.). Es ist notwendig, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und unerträglichen Verhältnissen ein Ende zu bereiten. Aber diese weltliche Aktion in Gewerkschaft und Politik ist die Aufgabe der Laien. Den Priestern ist von Christus und der Kirche eine geistige Mission anvertraut" ¹⁾.

Dem liegt die Absicht der Kirche zugrunde, sich aus der Politik herauszuhalten. Nach M a i e r hatte die in der Enzyklika "Graves de communi" (1901) entwickelte Konzeption einer "entpolitisierten, auf eine reine "beneficia in populum actio christiana" beschränkten katholischen Sozialbewegung" ²⁾ ihren Entstehungsgrund in den speziellen Verhältnissen des französischen Katholizismus und der französischen Kirchenpolitik, gewann aber darüber hinaus für den ganzen modernen Katholizismus Bedeutung. Was das konkret heißt, geht auch aus einer Erklärung ³⁾ Kardinal G e r l i e r s hervor, der 1947 zu den Lohnkämpfen in Frankreich Stellung nahm. G e r l i e r betont darin, daß er nicht die Kompetenz des Wirtschaftlers oder Finanzpolitikers besitze. Er halte es aber für notwendig, alle Mitglieder der Gesellschaft auf das Elend der Arbeiter aufmerksam zu machen. Die Arbeiter hätten ein Recht auf den zum Lebensunterhalt notwendigen Lohn.

Aus der Erklärung G e r l i e r s wird gleichzeitig deutlich, in welcher Form die Kirche versuchte,

-
- 1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 168 f.
 - 2) Maier, Hans, Politischer Katholizismus, sozialer Katholizismus, christliche Demokratie, in: Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung, 1. Bd., Mannheim 1962, S. 19.
 - 3) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 184 f. Vgl. ausführliches Zitat unter 13) im Anhang.

an der Lösung der sozialen Frage Frankreichs mitzuwirken. Gerlier wandte sich hier sehr eindringlich an die privaten und öffentlichen Arbeitgeber, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu überprüfen. Nach den Pastoralanweisungen der französischen Bischöfe soll der Priester die Laien über ihre Pflicht aufklären, "gegebenenfalls ein zeitliches Amt zu übernehmen, d.h. teilzunehmen an Tätigkeiten von allgemeinem Belang, familiärem, politischem, gewerkschaftlichem oder wirtschaftlichem" ¹⁾. Es wird hierbei davon ausgegangen, daß dem Priester gewöhnlich die Sachkunde fehle, um sich ein ausgewogenes Urteil bilden zu können ²⁾. Bedeutungsvoll erscheint uns in diesem Zusammenhang folgende Feststellung in den Pastoralanweisungen: "Es geht nicht an, das kirchliche Amt auf die Lösung der sozialen Fragen zu beschränken" ³⁾. Die Kirche verbietet dem Priester nicht, sich mit sozialen Fragen zu befassen. Dabei soll er aber nicht "regieren" und "leiten", sondern "aufklären" und "anregen" ⁴⁾. Aber auch dies setzt eine genügende Sachkunde voraus. In den Pastoralanweisungen des französischen Episkopats wird ausführlich darauf eingegangen, wobei dem Priester zur Auflage gemacht wird, niemals von der Soziallehre der Kirche abzuweichen ⁵⁾:

"Im Seminar wird der Priester die grundlegende Kenntnis von der Soziallehre der Kirche erhalten haben durch das philosophische Studium der natürlichen Ethik, durch die Aneignung gewisser wirtschaftspolitischer Begriffe, durch das Stu-

-
- 1) Der Priester und die soziale Frage, Essen 1961, S. 13 (im folgenden zitiert: "Der Priester, ...").
 - 2) Der Priester, a.a.O., S. 9.
 - 3) Der Priester, a.a.O., S. 2.
 - 4) Der Priester, a.a.O., S. 12.
 - 5) Der Priester, a.a.O., S. 8.

dium bestimmter theologischer Abhandlungen besonders auf dem Gebiet der Gerechtigkeit. Ferner wurden seine Kenntnisse vertieft durch Gespräche und Sonderlehrgänge. -

Außerdem wird den Priestern sehr daran liegen, sich gründlich mit den Enzykliken und den päpstlichen Botschaften vertraut zu machen, die diese Materie behandeln. Sie werden gern an Sitzungen, Konferenzen und Studienwochen teilnehmen, um ihr soziales Wissen zu vervollkommen. Außerdem werden sie irgendeine soziale Fachzeitschrift lesen" ¹⁾.

Der Priester darf jedoch dabei nicht "den Übernatürlichen und transzendenten Charakter seiner Mission vergessen und auch nicht seine religiöse Sendung vernachlässigen, um in erster Linie das soziale Elend zu beseitigen" ²⁾. Der Priester soll verhindern, "daß die Menschen ihr Ziel nur in einer Art von irdischem Paradies sehen, das mit bloß menschlicher Kraft errungen wird" ³⁾.

Vor allem wird der progressistischen These entgegengetreten, die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Menschen habe der Verkündigung des Evangeliums vorauszugehen. ⁴⁾.

Kardinal F e l t i n betonte im Oktober 1953, daß die Kirche nicht aufhöre, die Gläubigen zu ermahnen, alles zu tun, um die Situation des Arbeiters zu verbessern. Gleichzeitig wies er aber darauf hin, daß die "zeitliche, gewerkschaftliche, politische Aktion ... Aufgabe der von ihren Priestern im Geist der Kirche und nach ihren Direktiven gestützten Laien" ⁵⁾ sei. Diese Haltung

1) Der Priester, a.a.O., S. 10.

2) Der Priester, a.a.O., S. 6.

3) Der Priester, a.a.O., S. 6 f.

4) Der Priester, a.a.O., S. 7.

5) Herder-Korrespondenz, 8. Jhg., 1953, S. 90.

der Kirche kommt auch in einem Brief zum Ausdruck, den P e r r i n während des Streiks im März 1950 ¹⁾ von einem kirchlichen Vorgesetzten erhielt :

"7. März 1950.

Der Streik mit seinen vielen Härten findet noch kein Ende, und Sie werden mir nicht böse sein, wenn ich mir ein wenig Sorgen mache. Gerade in diesem Augenblick ist es wichtig, daß die Arbeiterpriester sich vor der Versuchung hüten, wie Arbeiterführer zu handeln. Natürlich sollen sie in der Lebenswelt der Arbeiter bleiben und mit diesen in enger Verbindung stehen, aber als Priester und ohne danach zu trachten, selbst die Unzulänglichkeiten der Vorkämpfer auszugleichen oder eine verantwortungsvolle weltliche Aufgabe zu übernehmen" ²⁾.

Die Einstellung des französischen Episkopats zu dem "weltlichen Engagement" der Arbeiterpriester ist damit folgendermaßen zu umreißen : Das sozialpolitische Wirken des Priesters in den oben aufgezeigten Grenzen hat sich an der Soziallehre der Kirche zu orientieren. Wir werden daher in dem folgenden Teil dieser Untersuchung zunächst die Grundzüge dieser Lehre darstellen.

3. Die Soziallehre der Kirche als Grundlage des sozialen Katholizismus

Nach S c h a s c h i n g ist die Soziallehre der katholischen Kirche "ein System von Aussagen über das Wesen und die Ordnung der Gesellschaft im allgemeinen und in ihren einzelnen Gliederungen" ³⁾. Da das unmittelbare Ziel der Kirche darin bestehe, "die Menschen zu Gott zu führen" ⁴⁾ (Pius XII.), habe die Kirche das Recht und die Pflicht, darüber Aussagen zu machen, "welche Gesellschaftsordnung mit diesem letzten Ziel über-

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 23.

2) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 270.

3) Schasching, Johannes, Die soziale Botschaft der Kirche, Innsbruck-Wien-München 1962, S. 11.

4) Ebenda.

einstimmt und welche ihm widerspricht" 1).

Aufgabe der katholischen Soziallehre ist die Verkündigung der Grundsätze katholischer Sozialpolitik 2). Den Anspruch, autoritativ allgemeine sozialetische Weisungen zu geben, erheben die sozialen Enzykliken der Päpste, die jeweils auf einen besonderen Notstand im gesellschaftlichen Leben hin formuliert, ihrem Zweck nach aber keine Aktionsprogramme sind 3). Die Soziallehre der katholischen Kirche nennt die Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit der Mensch nach den Geboten Gottes leben kann. Sie ruht in erster Linie auf dem Naturrecht 4) und setzt die Kenntnis der klassischen katholischen Sozialphilosophie voraus, wie sie von Augustinus bis Thomas von Aquin wissenschaftlich herausgearbeitet und festgelegt wurde 5).

Zur Arbeiterfrage nahm die katholische Kirche besonders in der päpstlichen Enzyklika "Rerum Novarum" (1891) Stellung 6). Die damalige Lage der Arbeiterschaft wurde als eine neue Form der Versklavung der Masse von Besitzlosen durch wenige übermäßig Reiche verurteilt 7). Sie sollte überwunden werden durch "Eigentum für alle" 8) auf dem Weg eines vereinten Zusammenwirkens der Kirche, des Staates, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Bevor Leo XIII. in diesem Rundschreiben auf den Weg einging, der zur Lösung der Arbei-

1) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 11.

2) Corman, Gilbert, a.a.O., S. 33.

3) Michel, Ernst, Renovatio, Stuttgart 1948, S. 61.

4) Muhler, Emil, Die Soziallehre der Päpste, München 1958, S. 54.

5) Derselbe, S. 18.

6) Papst Pius XII., Die Soziallehre der Kirche, Nürnberg 1947, S. 20.

7) von Nell-Breuning, Oswald, Wirtschaft und Gesellschaft heute, 2. Bd., Freiburg 1957, S. 358.

8) Derselbe, S. 359.

terfrage führen sollte, bezeichnete er die "Unverletzlichkeit des Rechts auf Sondereigentum" ¹⁾ als die "Grundlage aller Überlegungen" ²⁾. Der Anteil der Kirche an der Lösung der sozialen Frage wurde eingehend behandelt. Danach habe die Kirche aus dem Evangelium jene Lehren zu verkünden, "durch deren Auswirkung der soziale Kampf ³⁾ entweder beigelegt, oder doch wenigstens entgiftet und gemildert werden kann" ⁴⁾. In diesem Zusammenhang wurde in der Enzyklika die Auffassung der Kirche zum Ausdruck gebracht, daß "das Eingreifen der Gesetzgebung und der Staatsgewalt, selbstverständlich in den gegebenen Grenzen, unerläßlich ist" ⁵⁾. Ausführlich ging der Papst an anderer Stelle auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung ein ⁶⁾. Aber auch die Selbsthilfe der Arbeiter und der Unternehmer wurde als entscheidend für die Lösung der sozialen Frage angesehen. In der Enzyklika wurde dazu ausgeführt ⁷⁾, daß Arbeitgeber und Arbeiter Einrichtungen schaffen sollten, die dem einzelnen in Notfällen Hilfe bringen und die andererseits beide Gruppen einander annähern.

1) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 78.

2) Ebenda.

3) Dieser Kampf wird in Rerum Novarum wie folgt charakterisiert: "In der Tat ist der soziale Kampf entbrannt; er ist die Folge der fortschreitenden Technik, der veränderten gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Produktionsmittelbesitzer und Lohnarbeiter, der zunehmenden Zusammenballung von Vermögen in den Händen weniger und der Verarmung vieler, des Wachstums der Arbeiterschaft an Selbstvertrauen und organisierter Macht und außerdem des sittlichen Rückschritts". Vgl. Schasching, Johannes, a.a.O., S. 69.

4) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 79.

5) Ebenda.

6) Vgl. Schasching, Johannes, a.a.O., S. 97 f.

7) Derselbe, S. 102 f. Vgl. ausführliches Zitat unter 14) im Anhang.

Die Enzyklika Rerum Novarum enthält die grundlegende Lehre der katholischen Kirche über die Arbeiterfrage ¹⁾. Pius XII. sah einen wesentlichen Grundgedanken von Rerum Novarum in den folgenden Ausführungen Leos XIII. : "Wir können die Dinge dieses vergänglichen Lebens nicht der Wahrheit gemäß tief erfassen, wenn wir dabei nicht das jenseitige und unvergängliche Leben in die Betrachtung einschließen. Schließen wir nämlich das Jenseits aus, dann würde sofort jeder Begriff und Maßstab des sittlich Guten entfallen; ja sogar der gesamte Zusammenhang der Welt würde zu einem für jeden Menschen undurchdringlichen Dunkel" ²⁾. Darum irren nach den Worten Pius' XII. jene Katholiken, die als Vorkämpfer einer neuen Sozialordnung behaupten : "vor allem die soziale Reform, danach erst kann man an das religiöse und sittliche Leben der einzelnen und der Gesellschaft denken !" ³⁾

In Rerum Novarum wurde die Reform der wechselseitigen Beziehungen zwischen den in der Wirtschaft tätigen Menschen von dem transzendenten Ziel des Menschen her gesehen ⁴⁾. Die Enzyklika lehrt, daß die Kirche nicht nur eine Wiederherstellung der sozialen Ordnung, sondern noch "Höheres will : daß beide Teile ⁵⁾ sich zu enger Gemeinschaft und zu einem freundschaftlichen Verhältnis zusammenschließen" ⁶⁾. Die Grundlage dazu sei die gleiche Menschenwürde aller, "die ihrerseits einzig aus dem allen gemeinsamen Ziel entspringt" ⁷⁾.

-
- 1) Herder-Korrespondenz, 7. Jhg., 1952/53, S. 406.
 - 2) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 83.
 - 3) Herder-Korrespondenz, 7. Jhg., 1952/53, S. 410.
 - 4) Herder-Korrespondenz, 7. Jhg., 1952/53, S. 407.
 - 5) gemeint sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
 - 6) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 83.
 - 7) Herder-Korrespondenz, 7. Jhg., 1952/53, S. 407.

Die Enzyklika zeigt damit die grundsätzliche Haltung der Kirche gegenüber der Ordnung des Wirtschaftslebens : die Kirche betrachtet es nicht als ihren Auftrag, das wirtschaftliche Leben direkt zu regeln. "Die katholische Soziallehre enthält kein wirtschaftspolitisches Konzept und keine staatspolitische Patentlösung. Diese Frage der praktischen Verwirklichung oder, wie die Päpste es bezeichnen, der 'technischen Natur', gehören in die Zuständigkeit der weltlichen Instanzen" ¹⁾. Dies ist auch der Grund, warum in Rerum Novarum keine "bis in die letzten Feinheiten ausgearbeitete soziale Theorie" ²⁾ zu finden ist. Eine Präzisierung und Weiterentwicklung erfuhr die Soziallehre im Jahr 1931 durch die päpstliche Enzyklika "Quadragesimo Anno" ³⁾. Auch in "Quadragesimo Anno" wurde betont, daß die Kirche "weder über die geeigneten Mittel verfügt, noch eine Sendung erhalten hat" ⁴⁾, über die technische Seite des gesellschaftlichen Lebens zu urteilen. Pius XI. sah die Aufgabe der Kirche darin, "das Sittengesetz in seinem ganzen Umfang zu verkünden, zu erklären und - ob erwünscht, ob unerwünscht - auf seine Befolgung zu dringen" ⁵⁾.

Während Rerum Novarum die Arbeiterfrage zum Gegenstand hatte, beschäftigte sich Quadragesimo Anno mit dem umfassenderen Thema der gesellschaftlichen Ordnung. Die Grundgedanken waren : Abschaffung des Proletariats und Errichtung einer berufsständischen Ordnung ⁶⁾. Das Ziel einer "Überwin-

1) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 12.

2) Derselbe, S. 39.

3) Guittou, Henri, Le Catholicisme Social, Paris 1945, S. 29.

4) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 132.

5) Ebenda.

6) Pieper, Josef, Thesen zur sozialen Politik, Frankfurt 1947, S. 7.

derung der Proletarität" 1) soll durch den "gerechten Lohn" 2) erreicht werden, der sich nach folgenden drei Gesichtspunkten bestimmen lasse :

Erstens stehe dem Arbeiter für seinen und seiner Familie Lebensunterhalt ein ausreichender Lohn zu 3).

Zweitens sei "die Lage des Unternehmens bzw. des Unternehmers bei der Bestimmung der Lohnhöhe in Betracht zu ziehen. Ungerecht wäre die Forderung übertriebener Löhne, die zum Zusammenbruch des Unternehmens mit allen sich daraus ergebenden bösen Folgen für die Belegschaft selbst führen müßten" 4).

Drittens verbiete "die Gemeinwohlgerechtigkeit, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl nur dem eigenen Vorteil gemäß die Löhne über den zulässigen Spielraum hinaus hinabzudrücken oder hinaufzutreiben; sie gebietet, mit vereinten Kräften des Geistes und des guten Willens nach Möglichkeit eine solche Regelung der Löhne herbeizuführen, bei der möglichst viele eine Arbeitsgelegenheit finden und von ihrer Arbeit in Ehren leben können. Hierhin gehört auch das richtige Verhältnis der Löhne untereinander" 5).

Die Forderung des Ausbaus der "Berufsstände" ("ordines") wurde mit dem sozialpolitischen Ziel einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefordert 6). Pius XI. ging dabei von folgenden Überlegungen aus :

-
- 1) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 143.
 - 2) Derselbe, S. 45.
 - 3) Derselbe, S. 146.
 - 4) Derselbe, S. 147.
 - 5) Derselbe, S. 148.
 - 6) Röpke, Wilhelm, Gedanken eines "Neo-Liberalen" zur Enzyklika "Quadragesimo Anno", in : Dokumente, 3. Jhg., 1947, S. 429.

"... bei der heutigen Sachlage läßt Nachfrage und Angebot der Arbeitskraft die Menschen auf dem 'Arbeitsmarkt' zwei Klassen, sozusagen zwei Kampffronten bilden; die Auseinandersetzung dieser Arbeitsmarktparteien aber macht den Arbeitsmarkt zum Kampffelde, auf dem die beiden Parteien in heißem Streite miteinander ringen. Die Notwendigkeit schleunigster Abhilfe gegenüber diesem Zustand, der eine Gefährdung der menschlichen Gesellschaft bedeutet, kann niemand verkennen. Durchgreifende Abhilfe aber hat die Ausräumung dieses Gegensatzes zur unerläßlichen Voraussetzung und erscheint kaum anders möglich als dadurch, daß wohlgefügte Glieder des Gesellschaftsorganismus sich bilden, also "Stände", denen man nicht nach der Zugehörigkeit zur einen oder anderen Arbeitsmarktpartei, sondern nach der verschiedenen gesellschaftlichen Funktion des einzelnen angehört" ¹⁾.

Anweisungen zur praktischen Verwirklichung der berufsständischen Ordnung enthält das päpstliche Rundschreiben allerdings nicht.

Obwohl der Begriff "sozialer Katholizismus" ("catholicisme social") ursprünglich als Sammelname für die in Rerum Novarum fixierte katholische Soziallehre diente, möchten wir im folgenden ihn als Bezeichnung für die katholische Sozialbewegung verwenden, die sich an das Lehrschreiben Leos XIII. anschloß ²⁾. Daß es schon vorher in Frankreich eine katholische Sozialbewegung ("mouvement catholique social") gab, eine

1) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 151 f.

2) Giner, Romed, Beiträge der katholischen sozialen Strömungen im Frankreich der Gegenwart zur Lösung der sozialen Frage, Innsbruck 1956, S. 11.

Bewegung, die aus christlichen Ideen im Zusammen-
treffen mit dem Elend der Arbeiter im Anschluß
an die industrielle Revolution entstanden war,
zeigte D u r o s e l l e ¹⁾. Allerdings war
diese Bewegung nur von einer Minderheit getragen
und die Masse der Katholiken nicht interessiert ²⁾.

D a n s e t t e definiert den "sozialen Katholi-
zismus" als die Gesamtheit der Bemühungen des Ka-
tholizismus im Kampf gegen das materielle und mo-
ralische Elend der Arbeiter, in das sie durch die
industrielle Revolution und das Wirtschaftssystem
des Liberalismus gestoßen wurden ³⁾.

Seit 1904 fanden in Frankreich regelmäßig "sozia-
le Wochen" ("semaines sociales") statt. Hier wur-
de die Lehre des sozialen Katholizismus prädiziert ⁴⁾.
Im Jahr 1947 behandelte die Tagung das Thema :
"Der soziale Katholizismus angesichts der großen
Zeitströmungen" ⁵⁾. Am Schluß der Tagung faßte
man die "Botschaft des sozialen Katholizismus"
zusammen. Ziel sei, "das soziale und wirtschaft-
liche Milieu zu vermenschlichen" ⁶⁾. Was darunter
zu verstehen ist, umriß F l o r y , Präsident
der "semaines sociales", in seinem Eröffnungsvor-
trag :

-
- 1) Duroselle, Jean-Baptiste, Les Débuts du Catho-
licisme Social en France, Paris 1951, S. 699.
 - 2) Derselbe, S. 700; einen Überblick über Ursprung
und Entwicklung des "sozialen Katholizismus" in
Frankreich bis zum Ende des Konkordates (1905)
gibt Siefer (vgl. Siefer, Gregor, a.a.O., S. 28).
 - 3) Dansette, Adrien, Histoire Religieuse de la
France Contemporaine sous la Troisième Répu-
blique, Paris 1951, S. 183.
 - 4) Maier, Hans, Revolution und Kirche, Freiburg 1959,
S. 196; vgl. auch Villain, Jean, L'Enseignement
social de l'Eglise, au-delà du Capitalisme,
Paris 1954, S. 182.
 - 5) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1948, S. 39.
 - 6) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1948, S. 45.

"Es sind heute drei Punkte, die die Untersuchungen und Bemühungen des sozialen Katholizismus bestimmen, erstens nämlich die Beseitigung des Proletariats, zweitens die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie und die Beendigung jenes Zustandes, in dem Arbeit und Arbeitsmittel sich in getrennten Händen befinden. Dafür ist es unerlässlich, jene neuen Kräfte, die durch die Gewerkschaftsbewegungen repräsentiert werden, in den Staat einzubeziehen. Drittens ist es eine Aufgabe des sozialen Katholizismus, der Welt die Seele zu geben, die ihr bisher gefehlt hat, denn ohne ein Mindestmaß an gemeinsamen geistigen Grundsätzen ist es den Menschen unmöglich, ihre Einheit wieder zu finden und mit dieser Einheit auch die Herrschaft über die irdischen Güter, die der Auftrag Gottes an die Menschen gewesen ist" ¹⁾.

Zur Erreichung des Zieles wurde empfohlen, von dem Studium der sozialen Milieus und deren Gesetze ausgehend, eine Reform "durch die Mittel des Rechts, besonders durch einen Rückgriff auf den Staat" ²⁾ anzustreben. Auf der sozialen Woche im Jahre 1949, die die Frage "Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt" zum Gegenstande ihrer Untersuchungen gewählt hatte, wurde erkannt :

"Die Wirtschaft muß im Dienst des Menschen stehen. Die berechnete und unerlässlich Entwicklung der Produktion muß dem Gemeinwohl dienen, d.h. der Produzierende darf nicht der Produktion geopfert werden, sondern allen muß ein Minimum von Wohlstand gesichert und die Entfaltung der Persönlichkeit und die Verwirklichung der selbstlosen Ziele der Zivilisation, die den besten Teil des sozialen Fortschritts darstellten, müssen gefördert werden.

Diese Ausrichtung der Wirtschaft auf die menschlichen Ziele ist möglich; denn wenn es im Bereich der Wirtschaft etwas 'Gegebenes' gibt, das nicht von uns abhängt, so gibt es auch etwas 'Konstruiertes', das das Werk der Freiheit des Menschen ist, der das Gegebene zu seinen Zwecken benutzt. In der Tat kann der Mensch in erster Linie schon einmal die Generalstruktur der Wirtschaft bestimmen, die er betreiben will; er kann dann weiter

1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1948, S. 41.

2) Herder-Korrespondenz, 2. Jahrg., 1948, S. 45.

durch nachträgliche Eingriffe in einem gewissen Maße den Gang des wirtschaftlichen Regimes modifizieren" 1).

Dem war der Vortrag F l o r y s vorausgegangen, in dem dieser die "wirtschaftliche Wirklichkeit" Frankreichs wie folgt umschrieb :

"Der Aufschwung der Befreiung hat auch in Frankreich einige tatsächliche Neuerungen in der sozialen Struktur gebracht, die sich heute bewerten lassen, so die Einrichtung der Betriebsräte und eine außerordentliche Erweiterung der Sozialversicherungen und gewisse Nationalisierungen von seiten des Staates.

Von diesen Neuerungen haben die Arbeiter eine Wendung ihres Loses erwartet.

Aber obwohl die Soziale Woche von Toulouse im Jahr 1945 diese Neuordnungen begrüßte als dem christlichen Geiste entgegenkommend, haben doch die sozialen Katholiken von Anfang an diese Maßnahmen nicht überschätzt, weil sie im Widerspruch mit den tatsächlichen Kräften standen. Die Geldabwertung und die Unsicherheit der Löhne und Preise haben bald darauf auch die innere Unsicherheit des gesamten sozialen Zustandes wieder offenbart. Inzwischen sind verschiedene neue Maßnahmen zur Besserung der Wirtschaftslage und Festigung des Geldes mit einem gewissen Erfolg unternommen worden. Sie verlangen verschiedene Zwangsmaßnahmen, die zum Teil bei der Bevölkerung auf hartnäckigen Widerstand stoßen. Zwar sieht das Volk die Notwendigkeit der Maßnahmen im ganzen ein, aber jede Gruppe bemüht sich, die Last auf andere Gruppen abzuschieben" 2).

Es ist interessant, daß auf dieser Tagung auch die Notwendigkeit betont wurde, die "politischen und administrativen Strukturen (des Staates) umzugestalten" 3), denn die Ordnung der Wirtschaft

1) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 572.

2) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 569.

3) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 573.

könne nicht "den Machenschaften von Gruppen überlassen werden, die sich um das Gemeinwohl nicht kümmern" ¹⁾.

Auf den Vorwurf, die Katholiken hätten eine Soziallehre und würden sie nicht in die Praxis umsetzen, entgegnete B a r r è r e im Jahre 1948, daß man im gegenwärtigen Augenblick eine revolutionäre Politik nur durch Anwendung von Gewalt durchsetzen könne, dies aber kein Weg sei für Menschen, die von der christlichen Liebe zur sozialen Tat bewegt würden ²⁾.

4. Ziele und Wirken der Arbeiterpriester im Licht der Soziallehre und des sozialen Katholizismus

Kirchliche Kreise in Rom vertraten die Auffassung, der kirchlichen Soziallehre sei von den Arbeiterpriestern nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden ³⁾. Man sollte nicht nur die Solidarität der Arbeiterschaft im Auge haben, sondern zuerst die christliche Nächstenliebe ⁴⁾.

Die Kirche wehrte sich dagegen, daß der Arbeiterpriester auf sozialem und gewerkschaftlichem Gebiet die Denkweise seiner Arbeitskameraden übernahm und sich ihren Forderungen anschloß.

Im folgenden soll untersucht werden, wie sich das Vorgehen der Arbeiterpriester zu der katholischen Soziallehre verhielt. Es soll daneben kritisch zu der Möglichkeit Stellung genommen werden, aus den Grundprinzipien der Soziallehre ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Programm abzuleiten.

1) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 573.

2) Barrère, Alain, Révision et développement du "Catholicisme social"? in: Etudes, Paris 1948, S. 79.

3) Loew, Jacques, Tagebuch einer Arbeitsmission, 1941-1959, Mainz 1960, S. 188 f.

4) Ebenda.

In dem Kapitel "Die Stellungnahme der Kirche zur sozialen Frage Frankreichs" ¹⁾ zeigten sich bereits Unterschiede zwischen der kirchlichen Haltung und der Einstellung der Arbeiterpriester : Die kirchliche Stellungnahme zur sozialen Frage basierte auf den in dem Kapitel "Die Soziallehre der Kirche als Grundlage des sozialen Katholizismus" ²⁾ dargestellten Grundgedanken der beiden Enzykliken Rerum Novarum und Quadragesimo Anno.

Die von einem Großteil der Arbeiterpriester übernommene marxistische Konzeption des Klassenkampfes wurde bereits in Rerum Novarum verurteilt. Leo XIII. führte dort aus :

"Ein weiterer Grundfehler bei der Behandlung unserer Frage ist die Vorstellung, daß die eine Schicht gleichsam von selbst in einem Gegensatz gegen die andere Schicht sei, gerade so, als ob die Natur die besitzende und die nicht besitzende Klasse zu einem andauernden Zweikampf bestimmt habe. Dies widerspricht ganz und gar jeder Vernunft und Wahrheit. Im Gegenteil : wie im Körper die verschiedenen Glieder zu einem Zustand der Ordnung zusammenwirken - man spricht dann von Symmetrie - so hat die Natur auch das Leben des Staates derart eingerichtet, daß jene zwei Klassen einträchtig zusammenwirken und in ihrer gegenseitigen Entsprechung eine Gleichgewichtslage der Gesellschaft herbeiführen sollen. Die eine bedarf durchaus der anderen; das Kapital bedarf der Arbeit und die Arbeit des Kapitals. Aus der Eintracht entstehen Schönheit und Ordnung der Welt, dagegen kommen aus dem ständigen Kampf Verrohung und Verwirrung. Im Christentum liegen nun aber wunderbare und mannigfache Kräfte, um diesen Kampf zu schlichten, ja sogar seine Wurzel zu beseitigen" ³⁾.

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 93 ff.

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 104 ff.

3) Schasching, Johannes, a.a.O. S. 80 f.

In Rerum Novarum werden Kirche, Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert, zur Lösung der Arbeiterfrage beizutragen ¹⁾.

In Quadragesimo Anno wurde 40 Jahre später von Pius XI. die "berufsständische Ordnung" der verschiedenen Produktionszweige empfohlen. Es sollte damit jener "unnatürlich-gewaltsame Zustand" ²⁾ der Gesellschaft behoben werden, der durch die Gegensätzlichkeit der Interessenlagen der Klassen "allzu leicht in feindseligen Streit ausartet" ³⁾. In dieser Enzyklika wird zwischen Klassenkampf (classium pugna) und Klassenauseinandersetzung (classium disceptatio) unterschieden. "Der Klassenkampf geht auf die Vernichtung der gegnerischen Klasse und zerstört damit die Einheit des Volkes. Die echte, 'vom Gerechtigkeitswillen getragene' Klassenauseinandersetzung, obwohl stets in Gefahr, zum Klassenkampf zu werden, hebt die Volksordnung nicht nur nicht auf, sondern hat sie zum Ziel" ⁴⁾.

Der französische Episkopat richtete im April 1954 die Aufmerksamkeit der Katholiken auf die Gefahr, die für sie in der marxistischen Idee des Klassenkampfes liege. Für einen Marxisten handle es sich nicht nur um einen Kampf für die Befreiung der Arbeiter und auch nicht einfach um den Kampf zur Hebung der Arbeiterschaft. Die Aktien selbst werde zur Schulung, und sie sei das sicherste Mittel, jene, die sich ihr verpflichten, nach und nach zur Annahme der gesamten marxistischen Dialektik zu bringen ⁵⁾.

1) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 90.

2) Derselbe, S. 79.

3) Derselbe, S. 151.

4) Pieper, Josef, a.a.O., S. 11 f.

5) Herder-Korrespondenz, 8. Jhg., 1953/54, S. 427.

Die katholische Soziallehre, die das Prinzip der Solidarität als den Angelpunkt der natürlichen Gesellschaftsordnung betrachtet ¹⁾, lehnt den Klassenkampf ab, denn "Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden unter der Parole des Klassenkampfes einander entgegengesetzt, und damit wurde gerade das Gegenteil von Solidarität erreicht" ²⁾.

Der Kampf der Arbeiterpriester gegen das herrschende politische Regime war, von der Soziallehre her gesehen, ein Verstoß gegen das Prinzip der Autorität, wobei Autorität definiert wird als die Instanz, "die dafür sorgt, daß die Menschen ja sagen zur vorgegebenen Ordnung, und die sogar die Möglichkeit hat, die Menschen, die sich nicht einordnen wollen, zu zwingen, Ordnung zu halten" ³⁾.

Nach M u h l e r kann auch der Staat von der Kirche die Anerkennung seiner Autorität erwarten, denn die Würde des Staates ist die Würde seiner Teilnahme an der Autorität Gottes ⁴⁾.

Die Kirche lehnt als Mittel einer sozialen Reform die soziale Revolution und den Klassenkampf ab ⁵⁾.

Als unbedingte Voraussetzung und Forderung einer geordneten Gesellschaft wird das einvernehmliche Zusammenwirken von Kapital und Arbeit gefordert ⁶⁾.

Der Kirche selbst wird die Aufgabe zugewiesen, durch ihre moralische Autorität auf den Willen aller Beteiligten und Verantwortlichen einzuwirken ⁷⁾.

1) Munler, Emil, a.a.O., S. 170.

2) Derselbe, S. 169.

3) Derselbe, S. 174.

4) Derselbe, S. 126.

5) Papst Pius XII., a.a.O., S. 97.

6) Welty, Eberhard, Die Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII., Freiburg 1961, S. 16.

7) von Nell-Breuning, Oswald, Wirtschaft und Gesellschaft heute, 1. Bd., Freiburg 1960, S. 244.

Im Unterschied zu der Auffassung einzelner Arbeiterpriester sieht die Enzyklika "Quadragesimo Anno" in dem Kapitalismus, verstanden als Wirtschaftssystem, das auf der Trennung von Arbeit und Produktionsmittelbesitz beruht, nicht grundsätzlich ein Hindernis für die Abschaffung des Proletariates ¹⁾.

Das widerspricht nicht der Forderung nach einer Neuordnung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit ²⁾, denn es wird von der Kirche als unzulässig angesehen, die Verfügungsgewalt über Arbeitsmittel dazu zu verwenden, um andere Menschen zu beherrschen und auszunutzen ³⁾.

Nach Kardinal Verdier steht die Kirche aber auf dem Standpunkt, daß die Bevorzugung des Arbeitgebers bei der Ertragsverteilung gar nicht so eigennützig sei, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag, da man ja nicht vergessen dürfe, daß der Arbeiter zwar manchmal am Gewinn, nie aber am Verlust oder Risiko beteiligt sei ⁴⁾.

Der Erzbischof von Aix-en-Provence stellte fest, daß einige der Arbeiterpriester geglaubt hätten, zu einer revolutionären Aktion berufen zu sein. Die Hierarchie habe daher die Pflicht gehabt, sich dem zu widersetzen ⁵⁾.

Auf den "Semaines Sociales" in Paris im Jahr 1947, die unter dem Thema "Der soziale Katholizismus gegenüber den großen zeitgenössischen Strömungen" standen, wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine geistige Befreiung, wie sie der Marxis-

1) Pieper, Josef, a.a.O., S. 36.

2) Verdier, Jean, Die Kirche und die soziale Frage, Zürich-New York 1940, S. 53.

3) Giner, Romed, a.a.O., S. 29; vgl. auch Der Priester, a.a.O., S. 25 f.

4) Verdier, Jean, a.a.O., S. 56.

5) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 170.

mus versteht, die sich in der Zeit durch den sozialen Fortschritt allein verwirklicht, als eine Utopie angesehen werde ¹⁾.

Auch die Vollversammlung der französischen Bischöfe im Jahr 1954 verwarf in ihrer Erklärung den falschen Messianismus der marxistischen Propaganda, die Glück, Frieden und Freiheit verspreche. Indem man sich die marxistische Idee von der mythischen Bedeutung des Proletariats zu eigen mache und sie mit christlichen Werten färbe, verwechsle man die evangelische Armut mit dem Zustand des Proletariats, die evangelische Caritas mit der Solidarität der Arbeiter ²⁾. In dem Kapitel "Die Soziallehre der Kirche als Grundlage des sozialen Katholizismus" ³⁾ wurden Ziele und Richtlinien für das praktische Handeln des sozialen Katholizismus beschrieben. Das aus der kirchlichen Soziallehre abgeleitete Ziel ist "Humanisierung der sozialen Milieus" ⁴⁾. Zur Erreichung des Ziels wurde die Reform durch die Mittel des Rechts und der Rückgriff auf den Staat genannt ⁵⁾. Es wurde die Notwendigkeit erkannt, die politischen und administrativen Strukturen des Staates umzugestalten ⁶⁾. Es wurde ferner die Ansicht vertreten, daß das Ziel des sozialen Katholizismus sich zu jener Zeit (1948) nur durch Anwendung von Gewalt durchsetzen ließe ⁷⁾. Gewaltanwendung sei aber "kein Weg für Menschen, die von der christlichen Liebe zur sozialen Tat bewegt würden" ⁸⁾.

-
- 1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 45.
 - 2) Herder-Korrespondenz, 8. Jhg., 1953/54, S. 427.
 - 3) Vgl. die Ausführungen auf S. 104 ff.
 - 4) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 83.
 - 5) Vgl. die Ausführungen auf S. 112.
 - 6) Vgl. die Ausführungen auf S. 113.
 - 7) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 84.
 - 8) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 84; vgl. auch die Ausführungen auf S. 114.

Was die Tätigkeit der Arbeiterpriester in der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation anbelangt, so war die Kirche der Meinung, daß die christlichen Gewerkschaften für die Katholiken das normale Mittel seien, eine gerechte Verteidigung ihrer Interessen und ihrer Rechte als Arbeiter zu sichern.¹⁾ Nach den Worten des Papstes würden die Gewerkschaften die Erwartungen und Hoffnungen enttäuschen, die jeder ehrliche und gewissenhafte Arbeiter auf sie setzt, sollten sie je die ausschließliche Beherrschung des Staates oder der Gesellschaft erstreben, sollten sie eine absolute Macht über den Arbeiter ausüben, sollten sie den strengen Sinn für Gerechtigkeit und den aufrichtigen Willen zur Zusammenarbeit mit den anderen sozialen Klassen aufgeben.²⁾

Die Arbeiterpriester waren zu dem Schluß gelangt, daß die Lage der französischen Arbeiterschaft sich unter den gegebenen Verhältnissen nur durch eine "revolutionäre Aktion"³⁾ verbessern ließe. Aus dieser Sicht kann man auch verstehen, daß sie schließlich die marxistische Konzeption des Klassenkampfes übernahmen. Die Ansicht, die eigentliche Aufgabe der katholischen Soziallehre bestehe nicht darin, eine "christliche Wirtschaftspolitik"⁴⁾ zu entwickeln, ist ohne Zweifel verantwortlich dafür, daß die Soziallehre für die Arbeiterpriester bis zu einem gewissen Grade zu unbestimmt und zu allgemein sein mußte. In der Soziallehre wird nach W a l l r a f f "die Zuständigkeit für das spezifisch Konkrete einer

-
- 1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 291 f.
 - 2) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 494.
 - 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 170.
 - 4) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 85.

Streitfrage abgelehnt" ¹⁾. Die Soziallehre sei zu verschiedenen Konkretisierungen offen ²⁾. Die Enzykliken heben wiederholt hervor, daß die Fragen "technischer Natur" ³⁾ in die Zuständigkeit der weltlichen Instanzen gehören. W a l l r a f f stellt fest : "Ordnungsidee ist die katholische Soziallehre in der Tat, Totalmodell jedoch ist sie nicht. Scharf hebt sie sich sowohl von den rational konzipierten wie von den dezi- sionistischen Gesamtentwürfen der Gesellschaft und Volkswirtschaft ab. Obschon sie Urteile aus vorgegebenen Prinzipien ableitet bzw. Prinzipien auf reale Sachverhalte anwendet, ist sie nicht in der Lage, auf jede Frage eine Antwort zu geben. Und so oft sich Wahlakte und Entscheide an sie anschließen, ist es nicht sie selbst, die wählt und entscheidet. Sie ist ein weithin offenes System" ⁴⁾. Wir sind mit B a r r è r e der Ansicht, daß die Wirtschaftswissenschaft die kirchliche Soziallehre ergänzen müßte. B a r r è r e führt dazu folgendes aus : "Von der Grundlage seiner Lehre ausgehend, hätte der Katholizismus mit Hilfe der Sozialwis- senschaft, wenn er sie beherrscht hätte, vielleicht manche Probleme lösen können, für die er so nur äußere Abhilfen bereit hatte" ⁵⁾. B a r r è r e nennt als Beispiel "die Hilflosigkeit des Katholi- zismus gegenüber dem Phänomen der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Welt" ⁶⁾.

1) Wallraff, Hermann, Josef, Die katholische Sozial- lehre - ein Gefüge von offenen Sätzen, in : Normen der Gesellschaft (Festgabe f. Oswald von Nell-Breu- ning), hrsg. v. Hans Achinger, Ludwig Preller, Hermann Josef Wallraff, Mannheim 1965, S. 38.

2) Derselbe, S. 36.

3) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 12.

4) Wallraff, Hermann, Josef, a.a.O., S. 29; Wallraff führt in diesem Zusammenhang weiter aus : "Anders als die lückenlosen Gesamtentwürfe der Gesellschaft weisen die offenen Systeme, weist auch die katholi- sche Gesellschaftsethik die weitaus meisten konstruk- tiven Schritte dem Verantwortungsbewußtsein dessen zu, der jeweils zu handeln hat" (S. 47).

5) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 84.

6) Ebenda.

Nach B a r r è r e kann die Wirtschaftswissenschaft dazu beitragen, klarzustellen, wie die christlichen Forderungen an die Ordnung der Gesellschaft in einer gegebenen Situation verwirklicht werden können. Die Argumente, die nach B a r r è r e einer "Neuorientierung des sozialen Katholizismus" ¹⁾ entgegenstehen, sind :

1. die bisherigen Erfolge des sozialen Katholizismus,
2. die Abgeschlossenheit und Vollendung der Soziallehre und
3. das Risiko einer solchen Aufgabe der Neuorientierung ²⁾.

Wir sind der Meinung, daß keines dieser Argumente ein Hindernis sein sollte, sich mit der Wirtschaftstheorie zu befassen. Mit Recht führt B a r r è r e auch aus : "Die Humanisierung des sozialen Milieus setzt eine Theorie der Bedingtheit des menschlichen Lebens durch wirtschaftliche, soziale und politische Strukturen voraus. Diese müssen geändert werden, wenn dem Menschen geholfen werden soll, sein Leben zu vervollkommen. Wie sollte das aber möglich sein, wenn eine Einsicht in das Wesen der Strukturen fehlt ?" ³⁾

Das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform ist unseres Erachtens auch ein Beweis für die Richtigkeit folgender Aussage B a r r è r e s über den sozialen Katholizismus : "Wo er nicht von heute auf morgen die kapitalistische Ordnung durch etwas anderes ersetzen konnte,

1) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 84.

2) Eoenda.

3) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 85.

hat er vorläufig eine moralische Haltung angenommen, und diese ist unerbittlich. Allerdings haben diese reformistischen Methoden oft nicht zum Ziel geführt, sie erwiesen sich als ohnmächtig" ¹⁾.

C) Das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil des Staates

1. Der französische Staat und die Arbeiterschaft

a) Die staatlichen Aufgaben in der französischen Wirtschafts- und Sozialpolitik nach der Libération

F r o d l unterscheidet zwischen dem Staat als Gesellschaftsgebilde und dem Staat als rechtlicher Behörde ²⁾. Wenn wir uns im folgenden an die zweite Definition des Staatsbegriffes halten, so gilt, daß der Staat den Primärträger der Sozialpolitik insofern darstellt, als das Wirken der anderen Träger nur im Rahmen dessen möglich ist, was der Staat zuläßt ³⁾. "Er muß dafür Sorge tragen, daß im einzelnen nichts geschieht, was dem Gesamtwohl schädlich ist oder die Maßnahmen der staatlichen Sozialpolitik durchkreuzt" ⁴⁾.

Der Staat wirkt als Zentrum des Gesetzgebungs- und Verwaltungsapparates durch die Handhabung seiner politischen Macht mittels Setzung und Durchsetzung rechtlicher Normen. Daneben stellt er auch seine wirtschaftliche Macht und die Machtmittel geistiger Art, vor allem durch Beeinflussung des

-
- 1) Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., 1948/49, S. 85.
 - 2) Frodl, Ferdinand, Gesellschaftslehre, Wien 1936, S. 363.
 - 3) Preller, Ludwig, Sozialpolitik, a.a.O., S. 267.
 - 4) Montaner, Antonio, a.a.O., S. 5.

Lehr-, Erziehungs- und Bildungswesens, in den Dienst der Sozialpolitik ¹⁾.

Nach der Befreiung Frankreichs durch die Alliierten wurde am 29. September 1944 durch de Gaulle eine provisorische Regierung gebildet.

General de Gaulle hatte bereits am 1. Mai 1944 erklärt : " ... , für uns, Franzosen, wird es morgen keinen Wohlstand, ja es wird keine Unabhängigkeit geben, wenn die französische Wirtschaft nicht einem strengen Dirigismus unterworfen wird, so daß alle unsere wirtschaftlichen Hilfsquellen ausgeschöpft werden, nicht im Interesse dieser oder jener besonderen Gruppe, sondern zum Nutzen der nationalen Souveränität und Gemeinschaft. - Die Konsequenzen im Hinblick auf die Rechte und Pflichten des Staates, im Hinblick auf die Bestimmung der großen Quellen des gesellschaftlichen Reichtums und im Hinblick auf die öffentliche Kontrolle über diesen oder jenen Sektor der wirtschaftlichen Aktivität, diese Konsequenzen sind uns allen bewußt. - In der französischen Volkswirtschaft, die wir wollen, die wir aufrichten müssen im europäischen und afrikanischen Rahmen und vielleicht, wenn möglich, im internationalen Rahmen, wird der Rolle der organisierten Arbeit die größte Bedeutung zukommen, nicht nur weil die Zahl der Arbeiter sehr beträchtlich ist und sie den ersten Rang einnehmen unter denen, die produzieren und konsumieren, sondern auch weil ihre spezifische Fähigkeit und ihre praktischen Erfahrungen es notwendig machen, sie an der Führung der Unternehmen zu beteiligten" ²⁾. Es galt, "eine

-
- 1) Weddigen, Walter, Art. Sozialpolitik (IV), Träger und Methoden, in : Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 555 f.
 - 2) Ventenat, Marcel, L'Expérience des Nationalisations, Paris 1947, S. 111 f.

echte wirtschaftliche und soziale Demokratie" einzuführen, die "Wirtschafts- und Geldaristokratie" aus ihrer volkswirtschaftlichen Führerstellung zu beseitigen ¹⁾.

Nach Williams kam die Widerstandsbewegung in Frankreich zur Zeit der deutschen Besatzung praktisch einer revolutionären Bewegung gleich ²⁾. Die im "nationalen Widerstandsrat" ("Conseil National de la Résistance") einflußreichen Parteien und Bewegungen erstrebten eine dauernde staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Im Rahmen dieser "strukturellen Reform" ³⁾ waren bessere Arbeitsbedingungen, ein garantierter Lebensstandard und soziale Sicherheit die Ziele der sozialen Reformen ⁴⁾.

Aber im Jahr 1945 betrug die französische Produktion kaum die Hälfte des Wertes, den sie im Jahr 1938 erreicht hatte ⁵⁾. Hinzu kam, daß es bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit und in der Industrieproduktion

-
- 1) Vgl. Fauvet, Jacques, Von de Gaulle, a.a.O., S. 34.
 - 2) Williams, Philip, a.a.O., S. 13; als Beispiel für den revolutionären Wandel nach der Libération nennt Williams den Wechsel in der politischen Führung. Führende Politiker der Dritten Republik wurden entweder für die Ereignisse, die zum Krieg führten, verantwortlich gemacht oder hatten durch ihr Verhalten während der Vichy-Regierung erheblich an Prestige verloren.
 - 3) Pickles, Dorothy, French Politics, London, New York 1953, S. 50.
 - 4) Dieselbe, S. 51. Vgl. unsere Ausführungen auf S. 51.
 - 5) Buquet, Léon, Die Bedeutung der Wirtschaftsplanung und der Privatinitiative für die Produktivitätssteigerung in Frankreich, in : Sozialisierung, Unternehmerinitiative und Produktivität in Europa, Veröffentlichung der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e.V., Darmstadt 1955, S. 48.

mehr als ein Drittel unausgenutzter Kapazitäten gab ¹⁾. "Mit dem Verlust eines großen Teils des französischen Auslandsvermögens schwand eine Voraussetzung, die Frankreich für Jahrzehnte einen Lebensstandard ermöglichte, der über dem lag, den es aus den Erträgen der eigenen wirtschaftlichen Aktivität erzielen konnte" ²⁾. Bedeutende Investitionen wurden nötig, die Einfuhr von Konsumgütern mußte hinter dem Import von Investitionsgütern zurückstehen, die Geburtenzahl stieg ³⁾, und außerdem wollte man wieder aufrüsten. Das sind nach G o g u e l die Faktoren, die das Problem der Verteilung des Sozialproduktes so schwierig machten ⁴⁾. Das Problem sollte in der Folgezeit für die Regierungen der Vierten Republik entscheidende Bedeutung erlangen ⁵⁾, denn seine Lösung konnte man nicht der Entwicklung überlassen. Sie war nur möglich, wenn der Staat eine zureichende Wirtschaftsordnung schaffen konnte. Frankreich brauchte politische Institutionen, die in der Lage waren, eine in sich geschlossene, stabile und starke Regierung zu bilden. Wie G o g u e l ⁶⁾ ausführte, könne nur dadurch verhindert werden, daß halbe Maßnahmen, Kompromisse und Gegensätze zu viele Widersprüche in das Gesamtprogramm bringen. Die Regierung müsse nach einem langfristigen Plan arbeiten können, und die parlamentarische Initiative, die zuweilen von privaten Interessen inspiriert werde, dürfe

1) Müller-Ohlson, Lotte, a.a.O., S. 4.

2) Dieselbe, S. 5.

3) Frankreich wies von 1946 bis 1951 insgesamt einen Überschuß der Geburten über die Todesfälle von etwa 1,9 Millionen aus. Vgl. Müller-Ohlson, Lotte, a.a.O., S. 8.

4) Goguel, François, France under the Fourth Republic, Ithaca, New York 1952, S. 145.

5) Williams, Philip, a.a.O., S. 22 f.

6) Goguel, François, a.a.O., S. 147.

nicht die Initiative der Regierung ersetzen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen ¹⁾, daß die Problematik der Verfassung der Vierten Republik in dem Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative lag. Nach der französischen demokratischen Tradition, wie sie die Dritte Republik darstellte, war die Exekutive eindeutig der Legislative untergeordnet worden. Dafür hatte Frankreich einen hohen Preis in Form mangelnder Stabilität und Schwäche der Regierungen bezahlt ²⁾.

Beispielsweise hatte Frankreich von Februar 1930 bis Februar 1934 vierzehn Regierungen gehabt. Unter solchen Umständen hatten nur wenige Minister Zeit, ihr Ressort kennenzulernen, beziehungsweise genügend Autorität, eine langfristige Politik in die Wege zu leiten. Das Parlament wollte alles selbst entscheiden. Es war aber den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Jahre zwischen den beiden Weltkriegen nicht gewachsen, da sich für Maßnahmen, die bei der Wählerschaft unpopulär waren, keine parlamentarischen Mehrheiten finden ließen. Besonders in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wirkte sich die Uneinigkeit der Parteien aus. Hier ging es nach Williams im Grunde darum, daß die Bauern nicht bereit waren, Steuern zu zahlen, um Reformen zugunsten der Arbeiter zu ermöglichen ³⁾.

General de Gaulle, Frankreichs Staatsoberhaupt unmittelbar nach der Libération, wollte eine Exekutive, die vom Parlament unabhängig ist ⁴⁾.

-
- 1) Vgl. die Ausführungen auf S. 63.
 - 2) Williams, Philip, a.a.O., S. 161.
 - 3) Derselbe, S. 9.
 - 4) Derselbe, S. 161.

Die Kommunisten und Sozialisten wollten alle Macht dem Parlament übertragen ¹⁾. Die Volksrepublikaner, die Konservativen und die Radikalen forderten eine gewisse Unabhängigkeit der Exekutive gegenüber der Legislative ²⁾.

Die Furcht vor einem autoritären Regime und das gegenseitige Mißtrauen der Parteien aber verlangten, daß die Verwaltung unter fester Kontrolle gehalten wurde ³⁾. Die in allgemeinen und direkten Wahlen gewählte Nationalversammlung wurde alleiniger Träger der Macht, indem sie nicht nur ausschließlich für die Gesetzgebung zuständig war, sondern auch die Regierung als bloßes ausführendes Instrument ihres Willens aus sich selbst hervorgehen ließ. Dazu kam das System fast beliebig vieler Parteien, die mit ein paar Prozent Wählerstimmen auch ein paar Prozent der Parlamentssitze erobern konnten ⁴⁾.

Auch nach G o g u e l war es die politische Tradition Frankreichs, die 1946 verhinderte, daß politische Institutionen geschaffen wurden, die den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfordernissen entsprachen ⁵⁾. "Seit es eine Demokratie in Frankreich gibt, sind die Regierungen immer gespalten, unstabil und schwach gewesen" ⁶⁾.

G o g u e l ⁷⁾ trifft zur Erläuterung dieser Feststellung die interessante Unterscheidung zwischen

- 1) Williams, Philip, a.a.O., S. 163 f.
- 2) Derselbe, S. 165.
- 3) Derselbe, S. 168; vgl. auch Pickels, Dorothy, a.a.O., S. 41 ff.
- 4) Stucki, Lorenz, a.a.O., S. 109 f.
- 5) Goguel, François, a.a.O., S. 146 f.
- 6) Derselbe, S. 147.
- 7) Derselbe, S. 154 f.

einem wirtschaftlich und gesellschaftlich "dynamischen Frankreich" und einem "statischen Frankreich". Das statische Frankreich seien die kleinen autarken Produktionsstätten, deren Wohlergehen weit mehr von den persönlichen Fähigkeiten ihrer Leiter abhängen als von den allgemeinen Bedingungen des Marktes oder von der Staatstätigkeit. Es kenne eine Solidarität und könne Krisen überdauern, aber es sei auch unfähig, sich als wesentlicher Bestandteil in ein großes Programm des wirtschaftlichen Wachstums einzuordnen. Die sozialen Gruppen, die aus einem solchen wirtschaftlichen Unterbau hervorgingen, stünden ihrer Natur nach der Leistungsfähigkeit einer Regierung gleichgültig gegenüber. - Das dynamische Frankreich sei das moderne Frankreich, in dem die Techniken der Produktion sich ändern und die gesellschaftliche Struktur im Fluß sei. Es sei das Frankreich der großen Industrien, die in einen komplexen Wirtschaftsprozess eingebettet seien, in dem der Individualismus nicht mehr möglich sei, weil das Versagen eines Produzenten Rückwirkungen auf die anderen habe. Dieses dynamische Frankreich könne auch der staatlichen Aktivität nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Das politische System der Vierten Republik aber war abgestellt auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte des statischen Frankreichs. "Das Kleinbürgertum hatte die Republik gemacht und sie mit Institutionen ausgestattet, die ihre Gegner sowohl auf der Rechten als auch auf der Linken schwächen mußte" ¹⁾. Das ländliche und kleinstädtische Frankreich der "weitgehend autarken Schicht

1) Williams, Philip, a.a.O., S. 397.

der Bauern und Handwerker" ¹⁾ behielt einen unverhältnismäßig großen politischen Einfluß, während das Proletariat nicht stark genug wurde, um die Regierungen zu zwingen, sich seiner Sorgen anzunehmen ²⁾ .

Die Vierte Republik, ursprünglich gedacht als höchst reformistische Ordnungsform, welche die in der Dritten Republik noch immer wirkenden Mächte des 19. Jahrhunderts durch ein lebendigeres Wirksamwerden der Kräfte des 20. Jahrhunderts überwinden sollte, hat sich schließlich zu einer parlamentarischen bürgerlichen Republik entwickelt, die der Dritten zum Verwechseln ähnlich sah, sie an innerer Strukturschwäche aber bei weitem übertraf ³⁾ .

b) Die staatliche Aktivität auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der innenpolitischen Entwicklung

Als Folge des Krieges und der Résistance stand der Beginn der Vierten Republik unter dem Zeichen der Regierungskoalition von Kommunisten, Sozialisten und der Christlich-Demokratischen Partei. Von Anfang an aber gab es keine rechte Harmonie unter diesen drei größten Parteien ⁴⁾ . Die Kommunisten

-
- 1) "Self-sufficient order of peasants and artisans"; vgl. Williams, Philip, a.a.O., S. 396.
 - 2) Derselbe, S. 396 f.
 - 3) Rohden, Peter Richard, und Sieburg, Heinz-Otto, Politische Geschichte Frankreichs, Mannheim 1959, S. 230 f.
 - 4) Goguel, François, a.a.O., S. 9.

versuchten, die Macht zu übernehmen, während ihre Rivalen bestrebt waren, dies zu verhindern ¹⁾.

Der Versuch der Sozialisten und Kommunisten, sich in einer Arbeiterpartei zusammenzuschließen, scheiterte ²⁾. Andererseits erwies es sich für die Sozialisten als praktisch unmöglich, sowohl mit den Kommunisten als auch mit der Christlich-Demokratischen Partei zusammenzuarbeiten ³⁾. Diese politische Situation verhinderte eine systematische Wirtschaftspolitik in den beiden ersten Jahren nach der Befreiung. "Die Regierungen waren Koalitionen rivalisierender Parteien, die ständig sowohl politischem als auch wirtschaftlichem Druck der verschiedenen Schichten der Bevölkerung ausgesetzt waren, deren Wünsche oft gleich dringend, aber gleichzeitig auch vollkommen unvereinbar miteinander waren" ⁴⁾. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien bewirkten, daß "es Frankreich ... an einem radikalen Eingriff zur Bereinigung des während der Kriegsjahre entstandenen Geldüberhangs und zur Neuordnung seiner geld- und finanzwirtschaftlichen Verhältnisse fehlen ließ" ⁵⁾. Die Diskrepanz zwischen der

1) Williams, Philip, a.a.O., S. 381.

2) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 23 ff.

3) Dieselbe, S. 26.

4) Dieselbe, S. 59; die Verfasserin nennt an gleicher Stelle folgendes Beispiel: Die Arbeiter wollten billige Nahrungsmittel, die Bauern aber verlangten Preise, die die Industriearbeiter ohne beträchtliche Aufbesserung ihrer Löhne nicht bezahlen konnten. Die Bauern wollten weiter billige Industrieerzeugnisse. Dies war wiederum nur möglich, wenn die Löhne und Materialkosten niedrig gehalten werden konnten.

5) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 112; die Sozialisten forderten Blockierung eines großen Teils der Banknoten; die Kommunisten waren gegen die Blockierung; der Finanz- und Wirtschaftsminister de Gaulles (Pleven) war der Meinung, daß derart scharfe Maßnahmen das Vertrauen der Produzenten zerstören würden. Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 60.

Geld- und Güterseite des Wirtschaftskreislaufs ¹⁾ mußte sich in steigenden Preisen ausdrücken ²⁾. Zwar wurde die von der Vichy-Regierung im Oktober 1940 eingeführte Preiskontrolle nach der Libération beibehalten. "In der Praxis wurden diese Bestimmungen jedoch nur wenig beachtet" ³⁾. Ab 1946 wurde das Kontroll- und Rationierungssystem insofern gelockert, als die Preise für bestimmte Waren freigegeben wurden, und eine "Marktspaltung in rationierte Mengen mit gebundenen Preisen und unbewirtschaftete Mengen mit freier Preisbildung" ⁴⁾ eintrat. Hinzu kam, daß der öffentliche Haushalt sowohl 1945 als auch 1946 ein Defizit von etwa 200 Milliarden Francs aufwies ⁵⁾. "Die schwierige Lage der französischen Staatsfinanzen nach dem Krieg fand ihren Ausdruck in dem auf drei wichtigen Gebieten gestörten Gleichgewicht : Die Diskrepanz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Staates war beträchtlich, und das Angebot auf dem Kapitalmarkt blieb weit hinter der aus dem Investitionsbedarf für den Wiederaufbau der französischen Wirtschaft resultierenden Nachfrage nach Kapital zurück. Dazu zwang das Defizit der französischen Zahlungsbilanz den französischen Staat nicht nur zur Liquidierung seiner Goldreserven und eines großen Teiles seiner Kapitalanlagen im Ausland, sondern darüber hinaus zur beträchtlichen Verschuldung gegenüber dem Ausland" ⁶⁾.

-
- 1) 1939 betrug der Banknotenumlauf etwas über 100 Milliarden Francs, bei der Befreiung von Paris etwa 600 Milliarden; vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 57.
 - 2) Im Mai 1945 waren die Preise um 40 %, im Mai 1946 bereits um 140 % seit August 1944 gestiegen; vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 58.
 - 3) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 132.
 - 4) Dieselbe, S. 112.
 - 5) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 58.
 - 6) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 116.

Die Löhne wurden nach Kriegsende weiterhin vom Staat festgesetzt. Ein Gesetz vom 23. Dezember 1945 untersagte den Sozialpartnern, über Löhne und ähnliche Entgelte zu verhandeln ¹⁾. Die Angleichung der Löhne an die steigenden Preise geschah in der Weise, daß zunächst nur die niedrigsten Löhne aufgebessert wurden ²⁾, um "der Inflation von der Lohnseite her so wenig Vorschub wie möglich zu leisten" ³⁾. Trotzdem war die Regierung gezwungen, den landwirtschaftlichen Produzenten im August 1945 höhere Preise zu bewilligen ⁴⁾. Da die staatliche Preisüberwachung nicht auf allen Gebieten wirksam wurde, kam es zu "Verzerrungen im Preisgefüge, die sich besonders nachteilig für die Erholung der französischen Wirtschaft auswirkten" ⁵⁾. So wurde zum Beispiel der Gemüsebau ausgedehnt, während die Produktion wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Getreide, Milchprodukte und Kartoffeln, eingeschränkt wurde ⁶⁾.

Die politisch links stehenden Parteien befürworteten Subventionen für die Landwirtschaft, weil sie fürchteten, daß neue Preissteigerungen die vorher gewährten Lohnerhöhungen in ihrer Wirkung wieder aufheben würden ⁷⁾. Für den Staatshaushalt bedeutete das eine zusätzliche Belastung ⁸⁾.

1) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 137.

2) Dieselbe, S. 139; so wurden im August 1944 die Stundenlöhne unter 30 Francs um 50 % und im Juni 1945 die im Juli 1944 gezahlten Monatslöhne unter 25.000 Franc um 66 % erhöht.

3) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S.139.

4) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 61.

5) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 132.

6) Dieselbe, S. 133.

7) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 61.

8) Allein die Subventionen, um die Preise für Brot, Milch, Fleisch und Zucker niedrigzuhalten, betrugen im September 1945 rund 26 Milliarden Francs. Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 62.

Natürlich darf man das Versagen der französischen Regierung auf dem Gebiet der Lohn- und Preispolitik in den beiden ersten Jahren nach der Libération nicht nur auf die politischen Differenzen zwischen den Parteien, die durch die häufigen Wahlen und die Säuberungsaktionen gegen die Kollaborateure verschärft wurden, zurückführen.

Pickles¹⁾ ist der berechtigten Ansicht, daß die Einführung eines geschlossenen Systems von wirtschaftlichen Kontrollen durch eine Regierung mit genügender Autorität immer noch die Frage offen läßt, ob die Verwaltung²⁾ überhaupt in der Lage gewesen wäre, die Kontrollmaßnahmen durchzuführen, und ob das Volk bereit gewesen wäre, den Maßnahmen die notwendige Unterstützung zu gewähren.

Allerdings räumt Pickles mit Recht auch ein, daß die Bereitschaft des französischen Volkes, Regierungsmaßnahmen zu unterstützen, wiederum von der Stärke oder Schwäche der Regierungen abhängig sein könnte³⁾. Auch die vergleichsweise unmoderne Struktur der französischen Wirtschaft⁴⁾ mußte in den Nachkriegsjahren die Regierungen vor außerordentlich schwierige Probleme stellen.

1) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 65.

2) Da die Verwaltung schon vor dem Krieg in ihrer Organisation Mängel zeigte, wurde im September 1945 vom Ministerrat ein Plan verabschiedet, der eine radikale Reorganisation der bestehenden Verwaltung vorsah. Die Ausbildung sollte beispielsweise in Zukunft mehr Gewicht auf die Kenntnis wirtschaftlicher und sozialer Fragen legen. Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 16.

3) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 65.

4) "Die schon seit der Jahrhundertwende relativ geringe Investitionstätigkeit kam vielmehr in den dreißiger Jahren fast völlig ins Stocken. Infolgedessen ging das Land mit einer überalterten wirtschaftlichen Ausrüstung in den Zweiten Weltkrieg. Frankreich wurde zum Schlachtfeld und zum Besatzungsgebiet, konnte so an der durch die Kriegs- und Rüstungskonjunktur sonst allgemein gesteigerten wirtschaftlichen (Forts. auf S. 135)

"Die Finanzierung der Investitionen bereitete insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren außerordentliche Schwierigkeiten, und die hierbei beschrittenen Wege mußten dazu beitragen, den inflationistischen Druck zu erhöhen. Der Kapitalmarkt war wenig leistungsfähig, und die Blockierung der Industriepreise unter dem allgemeinen Preisniveau beschränkt die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Betriebe" ¹⁾.

Im Jahr 1947 schieden die Kommunisten aus der Regierung aus und gerieten in der Folgezeit in eine machtlose Isolierung, denn "seit 1948 zählte die Kommunistische Partei im politischen Leben Frankreichs nur noch als totes Gewicht, das bei jeder Rechnung von vornherein abgezählt werden mußte, und in ihr waren die Wählerstimmen, die Wünsche, die Forderungen und die Unzufriedenheit von fünf Millionen Franzosen sterilisiert.

Die Stimmen von fünf Millionen, ... deren Gewicht in einer gesunden Demokratie für eine wirtschaftliche und soziale Reformpolitik hätte in die Waagschale fallen können, wogen fortan genau so viel, als hätten sie leer eingelegt oder wären der Urne ferngeblieben" ²⁾.

Forts. d. Fußnote 4) v. S. 134:

Aktivität und dem in ihrem Gefolge auftretenden technischen Fortschritt nur bedingt teilnehmen und war daher einem noch schneller als in den vorausgegangenen Jahren fortschreitenden Veralterungsprozeß ausgeliefert. Bei Kriegsende befand sich die außerdem dezimierte industrielle und landwirtschaftliche Ausrüstung daher in beträchtlichem Rückstand gegenüber dem in anderen Ländern festzustellenden Grad der technischen Entwicklung".

Vgl. Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 2.

1) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 126.

2) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 131.

Mit dem Ausscheiden der Kommunisten aus dem "Dreiparteienregime" ("tripartisme") hatte sich die ganze Situation geändert. "Das französische Proletariat sah, daß es praktisch für konstruktive Zwecke ohne Stimmrecht war. Die Sozialisten und die Christlich-Demokratische Partei waren nicht stark genug, ohne die Unterstützung der Radikalen und Konservativen zu regieren, und in der neuen Koalition wurde der Kampf um die politische Vorherrschaft ebenso energisch, wenn auch weniger verbissen als in der Zeit des 'tripartisme', geführt" ¹⁾. Bis Februar 1950 regierte nach dem Ende der Dreiparteien-Regierung eine Koalition aus Sozialisten, dem katholischen MRP und einer Reihe von Persönlichkeiten, die kleineren Gruppen angehörten. Sie wurden zusammengehalten durch ihre Opposition gegen Kommunismus und Neo-Gaullismus ²⁾. Das Band, das die sogenannte Dritte Kraft zusammenhielt, war also negativer Art - es war die Furcht vor einem autoritären oder totalitären Regime, falls eine der Koalitionsparteien in die Opposition gehen sollte ³⁾. Ein negatives Programm des Überlebens trat an die Stelle eines positiven Programms des Wiederaufbaus und der sozialen Gerechtigkeit ⁴⁾. Die politischen Kontroversen drehten sich zwar überwiegend um wirtschaftliche und soziale Fragen, da deren Auswirkungen den französischen Staatsbürger in seinem Alltag auch unmittelbar treffen mußten: das Verhältnis der Preise zu den Löhnen, die Schwäche

-
- 1) Williams, Philip, a.a.O., S. 27; die Kommunisten hatten 183, der MRP 166, die Sozialisten 103 und die Konservativen 74 Sitze im Parlament. Vgl. Williams, Philip, a.a.O., S. 19.
 - 2) Micaud, Charles A., The Third Force Today, in: Modern France, Hrsg. Edward Mead Earle, Princeton 1951, S. 137.
 - 3) Derselbe, S. 141.
 - 4) Derselbe, S. 139.

des Franc, der Wohnungsbau, die Auswirkungen der Sozialversicherung, Erfolg oder Mißerfolg der Verstaatlichungen ¹⁾. Aber die Meinungen der Regierungsparteien gingen in den entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik weit auseinander.

Der Monnet-Bericht für die ersten sechs Monate 1947 nannte die Stabilisierung der Lebenshaltungskosten als Grundvoraussetzung für den Erfolg der Wirtschaftspläne ²⁾. "Die Leistungsfähigkeit des französischen Kapitalmarktes stand jedoch zu dem außerordentlichen Kapitalbedarf der französischen Wirtschaft in krassem Widerspruch. Die private Spartätigkeit und die freiwillige Kapitalbildung reichten weder aus, in den Nachkriegsjahren die Erhaltung der vorhandenen wirtschaftlichen Ausrüstung zu garantieren, noch den für notwendig angesehenen Ausbau des Wirtschaftspotentials zu ermöglichen. Die Auswirkungen der langwierigen Inflation hatten das Vertrauen in die französische Währung so stark erschüttert, daß der Sparwille der Bevölkerung entweder nahezu zunichte gemacht oder auf den Weg der Goldhortung gedrängt wurde" ³⁾.

Setzt man das Jahr 1938 = 100, so betrug im Mai 1947 der Einzelhandelspreisindex 886, im September 1948 bereits 1.783 ⁴⁾. Während dieser Zeit hatten drei Regierungen (Ramadier, Schuman und Marie) vergeblich versucht, ein weiteres Steigen

1) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 241.

2) Im Januar 1946 war ein "Generalkommissariat" ("Commissariat général du plan de modernisation et d'équipement") unter der Leitung von Jean Monnet errichtet worden, das Regierung und Staatsbürger über die wirtschaftliche Situation informieren und Modernisierungs- und Ausrüstungspläne für alle wichtigen Bereiche der französischen Wirtschaft erstellen sollte. Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 67.

3) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 124.

4) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 124.

der Lebenshaltungskosten zu verhindern ¹⁾. "So-
weit der Grund zur Inflation in Frankreich von
dem aus den Kriegsjahren resultierenden Kauf-
kraftüberhang herrührte, hatte die rapide Hausse
der Preise diesen sehr bald eliminiert, ohne je-
doch dadurch schon eine tendenzielle Änderung der
Entwicklung nach sich zu ziehen" ²⁾. Zweifellos
hat Müller-Ohlsen recht, wenn sie
erklärt: "Die Ausgaben für den Wiederaufbau und
die Entwicklung des französischen Wirtschaftsprozes-
ses mußten ... zu hohen Budgetdefiziten führen,
weil es der französischen Regierung weder gelang,
die erforderlichen Einnahmen zu erreichen, noch an-
dere Ausgaben entsprechend zu reduzieren" ³⁾.

Im Mai 1949 betrug das Defizit des französischen
Staatshaushaltes 83 Milliarden Francs. Hier wirk-
ten sich besonders steigende Kosten des Indochina-
Kriegs und das Defizit der verstaatlichten Indu-
strien aus ⁴⁾. Schütze nennt es einen
"Beweis für die Unfähigkeit der Verantwortlichen,
wirkliche Entscheidungen zu treffen" ⁵⁾; daß der
Kampf um die fernöstlichen Positionen überhaupt
siebeneinhalb Jahre (1946 - 1954) dauern konnte.

Die Haltung der Parteien in dem Indochina-Konflikt
wurde von Schütze als ein wichtiger Aspekt
des Indochina-Kriegs ausführlich dargestellt. Wir
sahen ⁶⁾, daß auch Arbeiterpriester sich für ein
Ende dieses Krieges einsetzten. Die Ausführungen ⁷⁾

-
- 1) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 81 ff.
 - 2) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 113.
 - 3) Dieselbe, S. 112.
 - 4) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 109.
 - 5) Vgl. Schütze, Günter, Der schmutzige Krieg,
Frankreichs Kolonialpolitik in Indochina,
München, Wien 1959, S. 59.
 - 6) Vgl. die Ausführungen auf S. 19 f.
 - 7) Vgl. ausführliches Zitat unter 15) im Anhang.

des Historikers S c h ü t z e zeigen nun auch, auf welche Kräfte der öffentlichen Willensbildung die Arbeiterpriester stoßen mußten. Insbesondere die katholischen Volksrepublikaner verfochten eine "bewußt auf die Wahrung des französischen Herrschaftsanspruchs gerichtete Politik" ¹⁾.

Die nach der Libération verstaatlichten Industrien kosteten den französischen Staat im Jahr 1949 rund 190 Milliarden Francs ²⁾, und das Defizit der Sozialversicherung stieg von 8 Milliarden Francs im Jahr 1947 auf 50 Milliarden Francs im Jahr 1950 ³⁾. Paul R e y n a u d hatte 1948 als Finanzminister der Regierung André Marie eine Reorganisation der verstaatlichten Industrien und des Systems der sozialen Sicherheit vorgeschlagen ⁴⁾. Die Sozialisten waren jedoch sowohl zu diesem Zeitpunkt als auch später gegen derartige Reformvorschläge der Rechtsparteien, da sie in diesen Maßnahmen eine Gefährdung der nach der Libération durchgeführten Strukturreformen sahen ⁵⁾. Die Sozialisten forderten Reformen des Steuersystems, denn gegen das geltende Steuersystem sprach insbesondere das geringe Steueraufkommen aus der Landwirtschaft und die Art der Besteuerung des Einzelhandels. Im Jahr 1948 zahlten die Lohn- und Gehaltsempfänger 52 Milliarden Francs, das waren 33 % des Aufkommens an direkten Steuern. Die Landwirtschaft erbrachte 1949,

1) Schütze, Günter, a.a.O., S. 62.

2) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 113.

3) Dieselbe, S. 250.

4) Williams, Philip, a.a.O., S. 34; die Regierung Bidault wollte im darauffolgenden Jahre ein voraussichtliches Budgetdefizit von 500 Milliarden Francs durch höhere Steuern und durch Einsparungen im öffentlichen Dienst und in den verstaatlichten Industrien abdecken. Der Finanzausschuß des Parlaments hatte jedoch die Vorlage der Regierung grundlegend zu ändern, da die Rechtsparteien und die Radikalen gegen Steuererhöhungen und die Linksparteien gegen die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen waren. Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 118.

5) Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 262, Fußnote 1.

einem für die Landwirtschaft guten Jahr, 9 Milliarden Francs ¹⁾. Außerdem war es üblich, daß der kleine Einzelhändler weder seinen Einkauf noch seinen Umsatz oder seine Bestände dem Finanzamt angeben konnte. Daher wurde mit dem Finanzamt zunächst über die angemessene Höhe der Steuerschuld verhandelt, um schließlich über den so festgelegten Gewinn einen theoretischen Umsatz festzustellen ²⁾.

Die Sozialisten waren in den Jahren 1947 bis 1951 zu schwach, um zu verhindern, daß die Regierungen in ihrer Politik immer weiter von den Vorstellungen der Linksparteien abwichen ³⁾. So forderte die Sozialistische Partei in der Regierung Bidault 1950 bis zur Wiedereinführung der freien Lohnbildung die Weiterzahlung eines monatlichen Teuerungszuschlags, die Zahlung eines Zuschlags auch an höhere Einkommensgruppen als die von der Regierung vorgesehenen und einen nationalen Mindestlohn. Die Regierung fürchtete jedoch, daß die Kombination von Mindestlohn und freien Lohnverhandlungen eine größere Lohnbewegung auslösen könnte ⁴⁾. Die Sozialisten standen dabei von zwei Seiten her unter Druck. In ihren eigenen Reihen wurden Stimmen laut, die ein Ausscheiden aus der Regierung forderten. Zum anderen war es für die Partei schwierig, sich den Forderungen aller drei Hauptgewerkschaften der Arbeiter (CGT, FO und CFEC) zu widersetzen ⁵⁾.

Das Ausscheiden der Sozialisten aus der Regierung im Februar 1950 mußte die Position der Rechtspar-

-
- 1) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 247.
 - 2) Dieselbe, S. 248.
 - 3) Williams, Philip, a.a.O., S. 370.
 - 4) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 120.
 - 5) Dieselbe, S. 120. Zu den Gewerkschaftsrichtungen vgl. unsere Ausführungen auf S. 176.

teilen weiter stärken ¹⁾.

Mit dem Erstarken der rechtsgerichteten Parteien nahm gleichzeitig die Stärke der Arbeitgeber zu, die 1945 der Einführung der "Unternehmenskomitees" ("comités d'entreprise") mit Mißtrauen gegenüber standen ²⁾. Bis Ende April 1949 hätten 16.000 Unternehmenskomitees als Vertretung von rund vier Millionen Arbeitern bestehen sollen. Tatsächlich bestanden weniger als 10.000, die etwa zweieinhalb Millionen Arbeiter vertraten ³⁾. Ein Bericht des Arbeitsministeriums stellte 1949 fest, daß in der Regel die erhoffte Verbesserung des "sozialen Klimas" ausgeblieben sei ⁴⁾. Allerdings dürfte dazu neben der Haltung der Unternehmer auch die kommunistische Gewerkschaft (CGT) beigetragen haben, die im März 1949 ihren Mitgliedern empfahl, in den Wahlen für die Unternehmenskomitees denjenigen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die "entschlossen gegen die Unternehmer aufstehen, eine Zusammenarbeit mit den Unternehmern ablehnen und das Unternehmenskomitee zum Schlachtfeld im Klassenkampf machen" ⁵⁾.

Nach den Neuwahlen zur Nationalversammlung im Juni 1951 ermöglichte die Isolierung der Kommunisten den konservativen Gruppen, ihre parlamentarische Position erheblich zu verbessern und sich bald auch eine fast vollständige Kontrolle der Macht und der Politik zu sichern. "Die Radi-

-
- 1) Der Schwerpunkt der Regierungen hatte sich in den Jahren vorher schon dadurch immer weiter zu den Rechtsparteien hin verschoben, daß von sieben Regierungenstürzen bis 1951 sechs durch die Haltung der Sozialisten herbeigeführt worden waren. Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 92.
 - 2) Reynaud, Jean-Daniel, *Les Syndicats en France*, Paris 1963, S. 212.
 - 3) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 257.
 - 4) Dieselbe, S. 258.
 - 5) zitiert nach Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 258.

kalen und Konservativen, die Parteien der Dritten Republik, waren bis Mitte 1953 wieder im Sattel und bestrebt, politisch und wirtschaftlich zu dem Regime zurückzukehren, unter dem sie ihre Blütezeit erlebt hatten" ¹⁾.

Auf diese Weise ergab sich das "Drama der französischen Politik" ²⁾ : Eine zahlenmäßig starke Kommunistische Partei lähmte die französische Linke. Gleichzeitig verlieh sie damit der Rechten vermehrtes Gewicht und stärkte die sozial und wirtschaftlich konservativen Kräfte, ob sie sich nun Gemäßigte, Radikale oder gelegentlich auch christliche Demokraten nannten.

Ein weiteres Ergebnis der Wahlen von 1951 war, daß die Regierungsmehrheit in wirtschaftlichen Fragen noch tiefer gespalten war als vorher. Politisch bedeutete das Abseitsstehen eines Viertels der Bevölkerung eine große Schwäche. Der erste Schritt zur Lösung dieses Problems wäre die Durchführung einer längst überfälligen Einkommensneuverteilung, sozialer Reformen und vor allem eines umfangreichen Wohnungsbauprogramms gewesen. Diese Maßnahmen aber verlangten Opfer, die nur eine starke Regierung erfolgreich auferlegen und gerecht verteilen konnte ³⁾.

Das Fehlen wirkungsvoller Maßnahmen zur Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeiten konnte nur die Spannungen vergrößern und mit ihnen die Versuchung, gegen Mißfallensäußerungen die Apparatur staatlicher Zwangsgewalt einzusetzen ⁴⁾. Die Re-

1) Williams, Philip, a.a.O., S. 27.

2) Fauvet, Jacques, Die unbegreifliche französische Innenpolitik, in : Dokumente, 11. Jhg., 1955, S. 176 ff.

3) Williams, Philip, a.a.O., S. 405.

4) Micaud, Charles, A., a.a.O., S. 143.

gierungen kämpften gegen die Kommunisten, die die Interessen der Arbeiter mit denen des Kommunismus identifizierten, statt die Probleme anzupacken, die den Kommunisten diese Möglichkeit boten. Der Kampf gegen eine Partei wurde auf Kosten der Arbeiterschaft ausgetragen ¹⁾. Das war die Bilanz des Antikommunismus in Frankreich.

2. Der französische Staat und die gewerkschaftspolitische Rolle der Arbeiterpriester

a) Die Zusammenarbeit der Arbeiterpriester mit kommunistischen Organisationen

In dem vorhergehenden Kapitel unserer Untersuchung wurde die Schwäche und, damit zusammenhängend, die wackelnde Autorität des Staates dargelegt. Nachdem die Kommunisten ab 1947 nicht mehr als Regierungspartei auftraten, hatten sie dem Staat gegenüber volle Handlungsfreiheit und versuchten zunehmend, die kommunistische CGT als Instrument ihrer Politik zu aktivieren ²⁾. In den Augen der Arbeiterschaft erschien die CGT als diejenige Gewerkschaftsbewegung, die gegen Staat und Unternehmertum am kompromisslosesten vorgeht und damit ihre Interessen am besten wahrte ³⁾.

Die Arbeiterpriester forderten eine einheitliche Aktion mit den Kommunisten, weil ihrer Meinung nach hinter der Kommunistischen Partei eine "entehrte Volksmasse" ⁴⁾ stand. Es ist erforderlich,

1) Micaud, Charles A., a.a.O., S. 143.

2) Vgl. Siefert, Gregor, a.a.O., S. 83.

3) Vgl. Naef, Eugen, a.a.O., S. 200 f.

4) Barbier-Duval, Yves, a.a.O., S. 208 und Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 182.

sich hier den Charakter der anderen französischen Parteien vor Augen zu führen. Was die anderen französischen Parteien anlangte, so stellte Lavau fest: "Eine französische Partei, immer mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, ist nie die politische Vertretung einer sozialen Gruppe, einer wirtschaftlichen Klasse, eines Glaubens oder einer politischen Doktrin, sie ist weder eine Mischung noch eine Synthese von all dem. Sie ist eine Abstraktion, in der man eine Unzahl ursprünglich ganz bestimmter und nicht zusammenpassender Elemente in abgewandelter und entstellter Form wiederfinden kann" ¹⁾. Die Kommunistische Partei selbst zog eine scharfe Trennungslinie zwischen sich und allen ihren politischen Rivalen: "Wir sind keine Partei wie die anderen !" ("Nous ne sommes pas un parti comme les autres !") ²⁾. Was gab es auch Gemeinsames zwischen einer Partei, wie es viele gab, die ein Verein von Wählern blieb, und der kommunistischen, die eine totale Hingabe ihrer Anhänger verlangte und ihnen dafür eine ganze Weltanschauung ("conception totale du monde") bot ³⁾ ?

Das Interesse der Polizeibehörden an der Zusammenarbeit der Arbeiterpriester mit den Kommunisten wird verständlich, wenn wir uns klarmachen,

-
- 1) Lavau, Georges-Edgard, *Partis Politiques et Réalités Sociales*, Paris 1953, S. 139.
 - 2) Williams, Philip, a.a.O., S. 58.
 - 3) Fauvet, Jacques, *De Thorez à de Gaulle, Les Forces Politiques en France*, Paris 1951, S. 3; Lorwinversuchte 1954, seinen amerikanischen Lesern klarzumachen, warum es für viele französische Arbeiter "natürlich" sei, Kommunist zu sein, kommunistisch zu wählen oder zumindest dem Kommunismus gegenüber Toleranz zu zeigen: "Sie setzen den Marxismus dem Klassenbewußtsein gleich. Sie neigen dazu, den Kommunismus einfach als eine von vielen Abarten des Marxismus zu sehen, oder, einfacher noch, als die am stärksten linksgerichtete Form der Linkspolitik ... Viele kommunistische Wähler sind weit davon entfernt, prosovjietische Überzeugungen zu haben." Vgl. Lorwin, Val. R., *The French Labor*, a.a.O., S. 281.

was das Erstarken der kommunistischen Partei nach der Libération für die politischen Verhältnisse der Vierten Republik bedeutete. Williams spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer "revolutionären Veränderung" ¹⁾. Die Spaltung im politischen Leben sei gegenüber der alten Trennung zwischen Links und Rechts viel fundamentaler gewesen ²⁾. Zwar wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß die Kommunisten bis Mitte 1947 bereit waren, mit den staatlichen Behörden zusammenzuarbeiten. Dabei wird jedoch nicht beachtet, daß schon seit der ersten Regierung de Gaulles nach der Libération die Kommunistische Partei gespalten war zwischen den Anhängern von Thorez, der für eine Beteiligung an der Regierung eintrat, und den Anhängern von Marty, der sich gegen eine Arbeit mit der Regierung aussprach ³⁾. Diese Spaltung wurde 1947 überwunden, als die kommunistischen Minister aus dem Kabinett ausschieden. In den folgenden Jahren konnten die Regierungen häufig nur dadurch vor einem Fall bewahrt werden, daß die Kommunisten heftige Angriffe gegen sie unternahmen und die untereinander zerstrittenen Parteien auf der Grundlage des gemeinsamen Antikommunismus zusammengehalten wurden ⁴⁾.

Da sich aber die anderen Parteien auf kein positives Programm zur Lösung der sozialen Frage einigen konnten, verstärkte "jede parlamentarische Demonstration allgemeiner Gegnerschaft gegen die Kommunisten unter den Arbeitern des Gebrauchs der Isolierung von der Gesellschaft" ⁵⁾. Nach

1) Williams, Philip, a.a.O., S. 233.

2) Derselbe, S. 233.

3) Derselbe, S. 268.

4) Derselbe, S. 56.

5) Ebenda.

Montaner gefährden derartige Klassengegensätze grundsätzlich die innere Ordnung des Staates, "denn sie führen zur Erbitterung der wirtschaftlich Schwächeren, zu Unruhen und letzten Endes vielleicht zum Sturz der bestehenden Staatsgewalt" ¹⁾. Laroque, der nach der Libération das System der sozialen Sicherheit in Frankreich organisierte, mußte daher auch im Jahre 1953 feststellen, daß man nicht mehr vor der Wahl stehe, die soziale Gerechtigkeit herzustellen oder nicht, sondern daß die soziale Ordnung geändert werden müsse, wolle man nicht deren Untergang ("overthrow") herbeiführen ²⁾. Die Ablehnung einer Evolution müsse zur Revolution führen ³⁾. Schon von Zwiedineck-Südenhorst hatte das Problematische der sozialen Frage darin gesehen, daß man zu den Klassengegensätzen entweder mit dem Glauben an die Notwendigkeit "revolutionär-utopischer Zwischenszenen" ⁴⁾ Stellung nehmen oder daß man den Kampf gegen die Klassengegensätze mit dem starken Willen aufnehmen könne, jene Phasen revolutionärer Störungen mit ihren Folgen zu vermeiden, wobei nur bei unablässiger Aktivität der Staatsregierung eine Lage der Dinge zu erwarten sei, die den Voraussetzungen einer friedlichen Herbeiführung notwendiger Reformen entspreche ⁵⁾. Wie wir gezeigt haben, waren gerade diese Voraussetzungen in Frankreich nicht gegeben. Im Hinblick auf die Arbeiterpriester ist die Feststellung von Pickles interessant, daß durch das Versagen der parlamenta-

1) Montaner, Antonio, a.a.O., S. 3.

2) Guigui, Albert, The Social Problem, in: International Labour Review, Vol. LXVII-Nr. 5, Genf, Mai 1953, S. 482.

3) Ebenda.

4) von Zwiedineck-Südenhorst, Otto, Sozialpolitik, Wissenschaft und Symbolik, in: von Zwiedineck-Südenhorst, Otto, Mensch und Gesellschaft, Beiträge zur Sozialpolitik und zu sozialen Fragen, bearbeitet von Otto Neuloh, 1. Bd., Berlin 1961, S. 97 f.

5) Ebenda.

rischen Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg viele jüngere Politiker und Intellektuelle, die in der Résistance mitgekämpft hatten, den Ausweg nur noch in radikaleren Lösungen sahen. Sie schlossen sich entweder den Gaullisten oder den Kommunisten an ¹⁾.

Der Glaube der Arbeiterpriester an die Notwendigkeit einer "antikapitalistischen" Revolution, wie sie die Kommunisten verstanden, die den Wert der traditionellen politischen Institutionen der Demokratie bestreiten ²⁾ und den Staatsapparat erobern wollen, um eine neue Gesellschaft aufzubauen ³⁾, war als Grundlage ihrer Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen zugleich eine Stellungnahme gegen den Staat. Eine Folge war daher, daß die Equipen der Arbeiterpriester, die fast alle Kontakte mit irgendwelchen Kommunisten hatten, als Zentren subversiver Tätigkeiten verdächtigt und zuletzt alle von der Polizei kontrolliert wurden ⁴⁾.

b) Die Teilnahme der Arbeiterpriester an Arbeitskämpfen

In einer Volkswirtschaft, in der in großen Bereichen der Staat die Rolle des Unternehmers und Arbeitgebers übernommen hatte und in der es den Sozialpartnern untersagt war, über Löhne und ähnliche Entgelte zu diskutieren, war jeder Streik, der Lohnerhöhungen zum Ziel hatte, eher gegen den Staat als gegen das Unternehmertum gerichtet ⁵⁾. Das gilt

1) Vgl. Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 287.

2) Coguel, François, a.a.O., S. 147.

3) Dolléans, Edouard et Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 274.

4) Siefer, Gregor, a.a.O., S. 245.

5) Guitton, Henri, Le Paradoxe des Grèves en 1947, in : La Vie Intellectuelle, 15. Jhg., 1947, S. 75.

besonders für die Jahre 1945 bis 1950, Bis 1950 mußten sich die Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen an den Staat wenden. So forderte die CGT im Mai 1947 von der Regierung Ramadier einen Mindestgrundlohn ("minimum vital") von 7.800 Francs im Monat bei einer Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche. Im Herbst 1948 verlangten die Gewerkschaften bereits 13.500 Francs ¹⁾. Auch das Verlangen der drei repräsentativen Gewerkschaften ²⁾ im September 1949 nach Einführung einer gleitenden Lohnskala war an den Staat gerichtet ³⁾. Ebenso verlangten diese drei Gewerkschaften 1948 und 1949 die Wiedereinführung des Systems der Tarifverträge zwischen den Sozialpartnern ⁴⁾, um die Löhne mit den Unternehmern selbst aushandeln zu können.

Da der Staat aber versuchte, der Inflation von der Lohnseite her möglichst wenig Auftrieb zu geben, wirkten die Arbeiterpriester, die die Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen unterstützten, der staatlichen Politik entgegen. Selbst nach 1950 spielte der Staat in der Lohnfrage eine bedeutende Rolle, da er sich einerseits vorbehielt, durch ein Mindestlohngesetz ("salaire minimum national interprofessionnel") die Grundlage für die abzuschließenden Kollektivverträge zu schaffen, und andererseits auch der Forderung der Arbeiter nach einer gleitenden Lohnskala nur durch ein Gesetz nachgekommen werden konnte. Erst mit der Einführung einer gleitenden Lohnskala im Juli 1952 hing die Erhöhung des Mindestlohnes von ganz bestimmten Schwankungen des Lebenshaltungskosten-Indexes ab.

1) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 80.

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 176.

3) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 111.

4) Sellier, François, *Stratégie de la lutte sociale*, France 1936-1960, Paris 1961, S. 91 ff.

Trotzdem richteten sich die großen Streiks im Jahr 1953, an denen auch Arbeiterpriester beteiligt waren, gegen die Regierung. Die gleitende Lohnskala war zu einem Zeitpunkt eingeführt worden, da die Preise fielen. Außerdem hatte die Arbeitslosigkeit Anfang 1953 den höchsten Stand seit Kriegsende erreicht ¹⁾. Das bedeutete, daß eine Lohnerhöhung ²⁾ nur durch Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern herbeigeführt werden konnte. Die Unternehmer lehnten jedoch aufgrund ihrer stärkeren Position Verhandlungen ab. Die Gewerkschaften waren dadurch gezwungen, den Kampf wieder auf politischer Ebene auszutragen, das heißt, über die Parteien zu versuchen, auf die Regierung Einfluß zu nehmen. Sie forderten nun auch von der Regierung die Einberufung der Tarifkommission ("commission supérieure des conventions collectives"), die sich aus fünfzehn Vertretern der Unternehmer, fünfzehn Vertretern der Arbeiterschaft, drei Vertretern der Verbraucher und drei Vertretern der Regierung zusammensetzte ³⁾. Die Regierung lehnte die Einberufung dieser Kommission ab. Die Streiks im Jahre 1953 müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Durch Einberufung des Parlaments sollte über die Parteien ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden ⁴⁾. In diesem Kampf zwischen Unternehmerschaft und Regierung einerseits und Arbeiter-

-
- 1) 1953 betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Frankreich 179.967. Im Vorjahr lag diese Zahl bei 131.799 und im Jahr 1951 bei 120.128. (Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Köln 1954, Internationale Übersichten, S. 30).
 - 2) Von September 1951 bis Februar 1954 hatte die Regierung keine Änderung des Mindestlohnes beschlossen. Vgl. Sellier, François, a.a.O., S. 148.
 - 3) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 220. (Aufgabe dieser Kommission war, sich über die einzelnen Posten eines Familienbudgets und über dessen Höhe zu einigen.)
 - 4) Sellier, François, a.a.O., S. 146 f.

schaft andererseits standen die Arbeiterpriester auf der Seite der Arbeiter, die eine "umfassende Neuplanung der Wirtschafts- und Sozialpolitik forderten" ¹⁾.

Bei den Streiks, an denen Arbeiterpriester teilnahmen, ging es jedoch nicht nur um Lohnfragen. P e r r i n in Isère-Arc war führend an dem Streik vom 16. Januar bis 26. Februar 1952 beteiligt, der seine Ursache im wesentlichen in den Arbeitsbedingungen, den Sicherheitsvorkehrungen und in der Art der Unterbringung der Arbeiter hatte. Ein Vertreter des Ministers für industrielle Produktion informierte sich an Ort und Stelle und versprach seine Unterstützung ²⁾. Die Baustelle von Isère-Arc war zudem ein Projekt der staatlichen Elektrizitätswerke, deren Eintreten zugunsten der streikenden Arbeiter von P e r r i n besonders hervorgehoben wurde ³⁾.

Andere Streiks, an denen Arbeiterpriester teilnahmen, hatten neben wirtschaftlichen Zielen (höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen) auch politische Aspekte, wobei zu beachten ist, daß ein Streik in Frankreich, der eine administrative oder legislative Entscheidung im Zusammenhang mit beruflichen Interessen der Arbeitenden herbeiführen will, nicht als politisch gilt ⁴⁾. So war der Hintergrund der großen Streiks von 1947 eine Reihe nationaler und internationaler Ereignisse politi-

-
- 1) Perrot, J., a.a.O., S. 384; vgl. unsere Ausführungen auf S. 35.
 - 2) Itinéraire, a.a.O., S. 198 ff.
 - 3) Die staatlichen Elektrizitätswerke unterstützten die Arbeiter, indem sie auf die Direktion der mit diesen öffentlichen Arbeiten beauftragten privaten Firma zugunsten der Arbeiter einwirkten, den Arbeitern während des Streiks Informationen zu-leiteten und Lösungsvorschläge für den Konflikt unterbreiteten. Vgl. Itinéraire, a.a.O., S. 298 f.
 - 4) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 145.

scher Art ¹⁾. Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit der Erfolg der Partei de Gaulles in den Gemeindewahlen oder die erste Vorlage des Marshall-Planes im Kongreß der USA die französischen Kommunisten in ihrem Vorgehen bestimmte. Sicher ist aber, daß die Kommunisten in der Streikbewegung auch politische Ziele verfolgten ²⁾. Die kommunistische Partei war gegen den Marshall-Plan eingestellt und wollte der Regierung zeigen, daß ohne die Kommunisten Frankreich nicht regiert werden könne ³⁾.

Nach den Gemeindewahlen im Oktober 1947 wurde der kommunistische Bürgermeister von Marseille durch den Kandidaten der gaullistischen Partei abgelöst. Einige Tage später organisierten die kommunistische Partei und die CGT eine Protestdemonstration gegen die Erhöhung der Trambahntarife durch die neue gaullistische Stadtratsmehrheit ⁴⁾. Bei einer Auseinandersetzung zwischen Gaullisten und Kommunisten auf dem Rathaus wurde ein Kommunist getötet. Dieser Vorfall führte zu Proteststreiks gegen die Ordnungsmaßnahmen der Regierung, und nach etwa einer Woche streikten 40.000 Arbeiter. Die Streiks in den nordfranzösischen Kohlenbergwerken wurden nach P i c k l e s im November 1947 durch die Entlassung des kommunistischen Gewerkschaftssekretärs Delfosse ausgelöst, der als Regierungsvertreter im Verwaltungsrat gegen die Entscheidung der Regierung opponierte, den Kohlepreis zu erhö-

-
- 1) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 120.
 - 2) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 124.
 - 3) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 121.
 - 4) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 83; die Erhöhung der Trambahntarife war von der bisherigen kommunistischen Stadtverwaltung bereits vorgesehen gewesen, aber mit Rücksicht auf die bevorstehenden Gemeindewahlen nicht mehr durchgeführt worden. Vgl. Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 121.

hen 1).

Für die Arbeiterpriester war es schwierig, zwischen wirtschaftlichen und politischen Zielen zu unterscheiden. Wollten die Arbeiterpriester am Existenzkampf der Arbeiter teilnehmen, so mußten sie, ob parteigebunden oder nicht, automatisch in die politische Aktion hineingezogen werden und auf die ökonomischen und politischen Kräfte stoßen, die für die Ursachen der Streiks verantwortlich waren.

Hier liefen die Arbeiterpriester die gleiche Gefahr wie die französischen Arbeiter, deren soziale Lage den Kommunisten die Gelegenheit bot, sie für ihre politischen Ziele einzusetzen. Das bedeutete aber, daß die Arbeiterpriester, vom Standpunkt der französischen Regierungen gesehen, auf seiten der Kommunisten standen.

Daß die Verteidiger des wirtschaftlichen und sozialen Status quo in den Arbeiterpriestern eine Gefahr sahen und sich gegen diese Bedrohung zur Wehr setzten 2), kam in dem starken Interesse zum Ausdruck, das die Polizei für die Tätigkeit der Arbeiterpriester bekundete, indem sie Geheimakten über sie anlegte und einen indirekten Druck auf Vertreter der Kirche ausübte 3). Bei dem nicht unbedeutenden Einfluß der Arbeiterpriester brachte deren Teilnahme an den Arbeitskämpfen nach ihren eigenen Worten die Gefahr mit sich, "daß viele den Entschluß fassen könnten, von nun ab an der Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaft und am Aufbau einer gerechteren Gesellschaft mit-

1) Pickles, Dorothy, a.a.O., S. 83.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 76.

3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 75.

zuwirken" 1).

Wie sehr die Arbeiterpriester zu einer Gefahr der bürgerlichen Politik wurden, zeigte auch ihre Haltung bei der Streikwelle des Jahres 1953. Die Streiks richteten sich gegen die Regierung Laniel und schufen eine fast revolutionäre Situation. Die zwischen der Regierung und den beiden nichtkommunistischen Gewerkschaften erzielte Einigung über die Beilegung der Streiks wurde von den Arbeiterpriestern scharf abgelehnt. Im Gegensatz zu den nichtkommunistischen Gewerkschaftsführern waren sie für eine Fortsetzung des Streiks gewesen, um einen Umschwung der gesamten 1951 von den Rechtsparteien und dem M.R.P. verfolgten Politik herbeizuführen. Das hätte bei Einberufung des Parlaments aber eine Gefährdung der Regierung bedeutet.

Das Urteil des Staates über ihre Tätigkeit faßten die Arbeiterpriester selbst wie folgt zusammen : "Wir werden zurückgestoßen - wie die Arbeiterklasse vom jetzigen Regime zurückgestoßen wird - weil wir uns am Arbeiterkampf aktiv beteiligen" 2).

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 76.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 181.

D) Das Wirken der Arbeiterpriester für Sozialpolitik und Sozialreform im Urteil der Gewerkschaften

1. Zur Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung

Wie Montaner ausführt, war die Gewerkschaft ursprünglich eine Organisation des unmittelbaren Klassenkampfes ¹⁾. Nach Liefmann-Keil sind die modernen Gewerkschaften "in erster Linie Interessenverbände, ebenso wie andere Organisationen von Einkommensempfängern, die eine Änderung der Einkommensverteilung zu ihren Gunsten anstreben. Ihre Aufgaben sind oftmals jedoch weiter gesteckt. Sie sind häufig zugleich politische Vereinigungen" ²⁾.

Dolléans und Dehove weisen in ihrer "Histoire du Travail en France" darauf hin, daß es sich bei den Gewerkschaften um "pressure groups" handele ³⁾, und Baudin erwähnt, daß deren Aufgabe in Frankreich seit dem Jahr 1884 in der Verteidigung der beruflichen Interessen ihrer Mitglieder gesehen wurde, wobei aber nach dem Ersten Weltkrieg sie sich den politischen Parteien näherten und Änderungen in der Volkswirtschaft herbeizuführen suchten ⁴⁾.

Auf einer Jahresversammlung der "Association Catholique de la Jeunesse Française" wurde auf die nach dem Zweiten Weltkrieg sich stellenden

1) Montaner, Antonio, a.a.O., S. 27.

2) Liefmann-Keil, Elisabeth, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin - Göttingen - Heidelberg 1961, S. 268.

3) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 255.

4) Baudin, Louis, La Situation Actuelle du Syndicalisme Ouvrier Français, in : Kyklos, Vol. XV-1962-Fasc. I., S. 207.

Aufgaben hingewiesen, indem erklärt wurde, daß die wirksame Förderung der Arbeiterklasse nicht nur eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedeute, sondern auch die Anerkennung ihrer Stellung im Volk, die ihr lange Zeit vorenthalten war ¹⁾.

Die Aufgabe war in der Tat die Reform der bestehenden Sozialordnung, und die Arbeiterpriester sahen in ihrem Wirken in den Gewerkschaften eine Möglichkeit, "die neuen Formen des Gesellschaftslebens, die überall im Werden sind, zu humanisieren und zu christianisieren" ²⁾. Die "menschliche und geistige Befreiung des Proletariats" ³⁾ brauche in der Gewerkschaft eine Organisation, die sowohl den Arbeitgebern wie der Regierung gegenüber die Arbeiterinteressen in voller Unabhängigkeit vertrete.

Die an verschiedenen Stellen dieser Untersuchung erwähnten Gegensätze in der Arbeit der französischen Gewerkschaften haben ihre Wurzeln in der Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung, in der das Verhältnis zu den politischen Parteien und zum Staat eine entscheidende Rolle spielte.

Im Jahre 1884 wurden "die organisierten Bestrebungen zur Förderung des Arbeiterwohlstandes" ⁴⁾ vom Staat ausdrücklich anerkannt. Die im Jahr 1886 in

-
- 1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 407. Vgl. dazu Ehrmann, Henry W., The Decline of the Socialist Party, in : Modern France, Hrsg. von Edward Mead Earle, Princeton 1951, S. 199.
 - 2) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 156.
 - 3) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 12 f.
 - 4) Naef, Eugen, a.a.O., S. 34.

Lyon gegründete "Nationale Vereinigung der Gewerkschaften" ("Fédération nationale des syndicats et groupes corporatifs") war der erste französische Gewerkschaftsbund auf nationaler Ebene ¹⁾. Er bestand aus "Berufssyndicaten auf territorialer, regionaler, lokaler Basis, mit seitlichen Zusammenschlüssen der verschiedenen Berufssyndikate auf jeder Stufenleiter" ²⁾. Als dann 1892 die "nationale Vereinigung der Arbeiterbörsen" ("Fédération nationale des bourses du travail") gegründet wurde, standen sich in Frankreich zwei große nationale Gewerkschaftsorganisationen gegenüber.

Bei den lokalen zwischenberuflichen Arbeiterbörsen ³⁾ handelte es sich um eine Kombination aus Informationsstellen, die Daten über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sammelten, Arbeiterklub und Gewerkschaft im üblichen Sinn des Wortes ⁴⁾. Im Jahr 1902 kam es zu einer Einigung zwischen der 1895 gegründeten "Confédération générale du travail" (CGT) und den Arbeiterbörsen ⁵⁾. Jedes Gewerkschaftsmitglied mußte von nun an einer nationalen Föderation (Industriesyndikat) und einer lokalen Gewerkschaftsgruppe (Börse oder Union) angehören. "Die regionalen oder departementalen Verbände der Arbeiterbörsen erhielten nun ganz allgemein den Namen Union, während die nationalen Industrie- oder Berufssyndikate als Föderationen ("fédérations") bezeichnet wurden. Die Vertreter der Unionen in den von nun an alle zwei Jahre

-
- 1) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 20.
 - 2) Naef, Eugen, a.a.O., S. 37.
 - 3) Derselbe, S. 38.
 - 4) Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 21 und Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 60.
 - 5) Die 1886 gegründete "Fédération national des syndicats et groupes corporatifs" war 1894 bereits wieder auseinandergefallen.

stattfindenden Kongressen der CGT vertraten also das Interesse von Landesgegenden, während die Vertreter der Föderationen für die Interessen eines Industriezweiges oder eines Berufes eintraten ¹⁾.

Die CGT war aber sowohl ihrer Struktur ²⁾ als auch ihren finanziellen Mitteln ³⁾ nach äußerst schwach. Ihre Aufgabe wurde von P o u g e t wie folgt umschrieben: "Der Gewerkschaftsbund ("confédération") hat keine Leitungsfunktion ("direction"), sondern soll koordinieren und die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse verstärken; er ist also das Gegenteil der demokratischen Institutionen, die durch ihre Zentralisierung und ihren Herrschaftsanspruch die Vitalität der sie tragenden Einheiten ersticken" ⁴⁾.

Die Ideologie der CGT war nach der im Jahr 1906 angenommenen "Charta von Amiens" ⁵⁾ der revolutionäre Syndikalismus. Der politisch-historische Hintergrund der Entstehungszeit des revolutionären Syndikalismus in Frankreich bildete das Zweite Kaiserreich, die Zeit nach der Enttäuschung der französischen Arbeiterschaft durch die Revolution von 1848 ⁶⁾. Die "Syndikalisten" lehnten eine Zusammenarbeit mit Staat und Parlament ab, da sie glaubten, daß nur die Arbeiter sich selbst

- 1) Meer, Eugen, a.a.O., S. 40.
- 2) Das Schwergewicht lag bei den lokalen Gewerkschaftsgruppen. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 42.
- 3) Das Organisationskomitee des CGT-Kongresses erklärte im Jahr 1902: "Hohe Beiträge entsprechen nicht unserem impulsiven und rebellischen Temperament". Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 41.
- 4) Vgl. Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 64.
- 5) Text der Charta abgedruckt bei Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 83.
- 6) Furtwängler, Franz Josef, Die Gewerkschaften, ihre Geschichte und internationale Auswirkung, Hamburg 1956, S. 27.

helfen konnten. Die Parteien aber bestanden aus Leuten aller sozialen Schichten. Die sozialistischen Parteien wurden von Ärzten, Professoren, Juristen und Journalisten geführt ¹⁾. Hinzu kam, daß die Sozialisten sich untereinander nicht einig waren und am Ende des neunzehnten Jahrhunderts fünf verschiedene Parteien bildeten ²⁾. Außerdem kam es in Frankreich nach den Wahlen von 1893 zu keinen grundlegenden sozialen Reformen, obwohl die Sozialisten nach diesen Wahlen eine ernstzunehmende parlamentarische Kraft darstellten ³⁾.

Dagegen gewann der Klassenkampf für die Syndikalistens zentrale Bedeutung ⁴⁾. In der "Charta von Amiens" wurde erklärt: "Im Klassenkampf revolutionieren die Arbeiter gegen jede Form kapitalistischer Ausbeutung und materieller und moralischer Unterdrückung" ⁵⁾. Die Regierung wurde als Werkzeug in der Hand der Unternehmer betrachtet ⁶⁾.

Nach der von den Syndikalisten angestrebten Revolution sollten mit dem Staatsapparat und dem Parlament auch die Parteien verschwinden ⁷⁾. Da jedoch viele Arbeiter politischen Parteien und Gruppen angehörten, wurde in der "Charta von Amiens" dem einzelnen Gewerkschaftsmitglied freigestellt, außerhalb der Gewerkschaft an Bestrebungen teilzunehmen, die seinen philosophischen oder politischen Ansichten entsprechen ⁸⁾.

-
- 1) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 31.
 - 2) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 20.
 - 3) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 27.
 - 4) Furtwängler, Franz Josef, a.a.O., S. 27.
 - 5) Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O., S. 30.
 - 6) Ebenda.
 - 7) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 63.
 - 8) Val. Lorwin, Val. R., The French Labor, a.a.O. S. 30.

In Frankreich wurde der Ausdruck "Syndikat" seit 1839 im Sinne von "Arbeitervereinigung" verwendet ¹⁾. Von "revolutionärem Syndikalismus" ("syndicalisme révolutionnaire") sprach man nach 1906 ²⁾. Sein Endziel bildete die Zerstörung des "kapitalistischen Systems" und die Errichtung der "staatslosen Gesellschaft". Die neue Ordnung auf wirtschaftlicher Basis ³⁾ sollte durch das Mittel der "direkten Aktion" erreicht werden, die sich in Boykott, Streik, Sabotageakte und Generalstreik abstuft und die "parlamentarische Aktion" ⁴⁾ der Politiker ersetzen sollte. Im allgemeinen bedeutete "direkte Aktion" die Ausübung wirtschaftlichen Drucks auf die Unternehmer. In bestimmten Fällen aber sollte auch Druck auf die Regierung ausgeübt werden ⁵⁾. Georges S o r e l , der Haupttheoretiker des revolutionären Syndikalismus, sieht in dem Generalstreik einen "sozialen Mythos" ⁶⁾, der die Menschen zur heroischen Tat treibt, und vergleicht ihn mit dem frühen christlichen Mythos einer baldigen Wiederkehr Christi ⁷⁾.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Frankreichs, die Haltung der Unternehmer und die Struktur der Gewerkschaften trugen zweifellos zu dem Entstehen und der Bedeutung des revolutionä-

1) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 7.

2) Derselbe, S. 59.

3) Vgl. Naef, Eugen, a.a.O., S. 50.

4) Dolléans, Edouard, Le Caractère Religieux du Socialisme, in : Revue d'Economie Politique, 20. Jhg., Paris 1906, S. 444 f.

5) Pouget stellte dazu fest: "Wenn die geforderte Besserstellung von einer Regierungsmaßnahme abhängt, verfolgen die Gewerkschaften ihr Ziel durch Druck der Masse auf den Staat, nicht jedoch dadurch, daß sie versuchen, ihnen geneigte Abgeordnete ins Parlament zu bringen" (Emile Pouget, Le Syndicat, Paris 1905 ? S. 18 f., zitiert nach Lorwin, Val.R., The French Labor, a.a.O., S. 31).

6) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 32.

7) Ebenda.

ren Syndikalismus in Frankreich bei. "Die geringe Wachstumsrate der französischen Wirtschaft, das weiterdauernde Vorherrschen der Kleinbetriebe, der mangelnde Wagemut der Unternehmer ließen in den Arbeitern das Gefühl entstehen, daß sie von einer allmählichen Entwicklung wenig zu erwarten hatten" ¹⁾. Sie konnten sich eine Änderung ihrer Lage durch eine Revolution eher vorstellen als eine schrittweise Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Haltung der Unternehmer den Arbeitern gegenüber drückte sich in strengen und willkürlichen Betriebsregelungen aus ²⁾. Nach L o r w i n sahen die Arbeiter kaum eine Möglichkeit, durch Verhandlungen mit den Unternehmern Reformen herbeizuführen. Hinzu kam, daß den Arbeitern durch den ständigen Wechsel der französischen Regierungsformen im neunzehnten Jahrhundert "eine Revolution fast als der normale Weg erschien, einen politischen und sozialen Wandel herbeizuführen" ³⁾.

Besonders aber entsprach die Ideologie des Syndikalismus auch der Schwäche der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. "Eine kleine und fluktuierende Mitgliederzahl und die Schwierigkeiten vieler lokaler Streikaktionen waren mit ein Grund, daß man einen plötzlichen Sieg durch den Generalstreik erhoffte. Dieser Sieg wäre dann weniger von der Organisation und den finanziellen Mitteln der Gewerkschaften abhängig, als vielmehr von einer durch eine Elite geführten Massenerhebung" ⁴⁾.

1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 36.

2) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 37.

3) Ebenda.

4) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 42.

F u r t w ä n g l e r erklärte dazu : "Welche Lehre könnte anfeuernder sein für eine Bewegung, die ihrer Zahl nach nimmermehr auf einen Sieg mit der Stimmzetteldemokratie rechnen darf ? Was an Masse fehlt, wird durch den Elan ersetzt. In revolutionären Situationen vermehrt sich der Massen- anhang von selbst, wie Le Bon, wiederum ein Franzose, gezeigt hat. Entscheidend ist allein eine allzeit kampfwillige, opferbereite Auslese - die "Elite", die fähig ist, Massensituationen hervor- zurufen oder auszuwerten" ¹⁾.

Die französische Gewerkschaftsbewegung des be- ginnenden 20. Jahrhunderts wurde durch die Gegen- sätze zwischen reformistischem und revolutionärem Syndikalismus geprägt, wenn auch die geistige Li- nie der französischen Gewerkschaftsbewegung sich bis zum Ersten Weltkrieg fast völlig konform dem Gedankengut des revolutionären Syndikalismus prä- sentierte ²⁾.

Der reformistische Syndikalismus ³⁾ beruhte gei- stig auf der positivistischen Philosophie Auguste C o m t e s und wandte sich gegen einen gewalt- samen Umsturz und gegen Anarchie. Nach seinen Vor- stellungen sollten zwischen befreundeten weltan- schaulichen und politischen Parteien vernünftige Beziehungen hergestellt werden. Der Staat sollte nicht bekämpft und zerstört werden, sondern durch fortlaufende Reformen eine innere Entwicklung durchlaufen. Der Streik wurde als letztes Mittel angesehen, nachdem alle anderen Bemühungen, Ver- handlungen, Delegationen, Warnungen, Vermittlung der Parteien und des Staates gescheitert waren.

1) Furtwängler, Franz Josef, a.a.O., S. 27.

2) Naef, Eugen, a.a.O., S. 45.

3) Vgl. Naef, Eugen, a.a.O., S. 71 f.

Die "Charta von Amiens" hatte Teile des reformistischen und des revolutionären Syndikalismus in sich vereinigt, ohne sie vollständig zu verschmelzen und ohne die Extreme der beiden Richtungen außerhalb der Charta in ihrem Weiterbestehen hindern zu können ¹⁾. Politisch blieb die Gewerkschaftsbewegung neutral, gab aber den Mitgliedern die Freiheit, sich außerhalb der Gewerkschaft politisch zu betätigen. Sie anerkannte ausdrücklich, daß auch die politische Betätigung zur sozialen Umwandlung beitragen könne ²⁾.

Während des Ersten Weltkrieges wurde dann bei allem Willen zur politischen Unabhängigkeit versucht, Gemeinsames zwischen Gewerkschaft und Sozialismus zu finden. Bereits bei Kriegsbeginn hatte sich die negative Haltung der CGT gegenüber der Regierung und den Parteien gewandelt. Während des Krieges arbeiteten führende französische Gewerkschaftler mit den Regierungsbehörden zusammen und saßen mit den Unternehmern in gemeinsamen Ausschüssen ³⁾. Die Intervention der Regierung in kriegswichtigen Industrien brachte neben einer Verbesserung der betrieblichen Arbeitsorganisation auch einen besseren Arbeitsschutz und ein größeres Mitspracherecht der Arbeiter im Betrieb ⁴⁾. Die CGT und die sozialistische Partei bildeten ein gemeinsames Aktionskomitee ⁵⁾. Die 1895 gegründete CGT wandelte sich damit nach Naef von der staatsfeindlichen, anarchistischen Organisation zum staatsbejahenden Mitträger der wirtschaftlichen und teilweise auch politischen Ver-

1) Naef, Eugen, a.a.O., S. 76.

2) Derselbe, S. 78.

3) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 49.

4) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 66.

5) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 49.

antwortung ¹⁾. Allerdings darf bei dieser Darstellung, in der es nur um die großen Linien der Entwicklung geht, nicht unerwähnt bleiben, daß die Reformisten in der CGT bereits vor dem Ersten Weltkrieg ebenso zahlreich waren wie die Anhänger der revolutionären Richtung. Eine Reihe von Gewerkschaften, die zur CGT gehörten, waren überwiegend reformistisch eingestellt. Dazu gehörten die Gewerkschaften der Drucker, Textilarbeiter, Eisenbahn- und Bergarbeiter. Überwiegend revolutionär in ihrer Einstellung waren die Gewerkschaften der Bauarbeiter, der Hafen- und der Metallarbeiter. Die Stärke des revolutionären Einflusses innerhalb der CGT hing wesentlich mit deren Struktur zusammen. Die nationalen Büros waren zumeist mit revolutionären Syndikalisten besetzt. Diese hatten zwar keinen großen Einfluß auf das Vorgehen der einzelnen lokalen Gewerkschaften, konnten jedoch ihre Doktrin besser verbreiten ²⁾.

Im Jahr 1914 besaß die CGT etwa 600.000 Mitglieder ³⁾. Nach dem Krieg war die Mitgliederzahl auf 1,5 Millionen angewachsen ⁴⁾. Im Dezember 1918 arbeitete das Nationalkomitee der CGT in Paris

-
- 1) Naef, Eugen, a.a.O., S. 90; eine linke Minderheit innerhalb der CGT hatte sich gegen Ende des Ersten Weltkrieges bemerkbar gemacht. Sie besaß ihre Anhänger besonders unter den Pariser Metallarbeitern, die der CGT-Führung vorwarfen, sie habe falsch gehandelt, als sie die Kriegsbemühungen der französischen Regierung unterstützte. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 51.
 - 2) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 43 f.
 - 3) Naef, Eugen, a.a.O., S. 91.
 - 4) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 52 : Lorwin führt an gleicher Stelle aus, daß einen großen Teil davon ungelernete und angelernte ("semiskilled") Arbeiter bildeten, unter denen sich eine beträchtliche Zahl ausländischer Arbeitskräfte befand.

ein "Mindestprogramm" ("Programme Minimum") aus. In diesem Programm wurden eine soziale Reform des bestehenden Gesellschaftssystems, eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, größeres Mitspracherecht der Arbeiter in der Wirtschaft und internationale Zusammenarbeit gefordert ¹⁾. In den Beziehungen zu Regierung und Unternehmern bedeuteten jedoch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CGT für sie eine Schwächung ihrer Verhandlungsposition. Die Mehrheit auf der Seite von Léon J o u h a u x hatte während des Krieges mit der Regierung zusammengearbeitet, um die Rechte der Arbeiter zu vertreten. Nach 1918 wollte sie diese Zusammenarbeit fortsetzen und weiterte sich, zu der vor dem Krieg bestehenden Isolierung des Syndikalismus zurückzukehren. Mit der russischen Revolution von 1917 begrüßte sie zwar das Ende des Zarismus in Rußland, verhielt sich aber gegenüber der sich daran anschließenden internationalen Bewegung äußerst zurückhaltend ²⁾. Auf der anderen Seite gab es nach R e y n a u d keine in sich geschlossene Minderheit innerhalb der CGT, sondern mehrere Minderheitsgruppen. In ihnen waren insbesondere die Gewerkschaftler vertreten, die als Fortsetzung der russischen Revolution die Weltrevolution erwarteten ³⁾.

Die Mißerfolge der großen Streiks in den Jahren 1919 und 1920 sind primär auf diese Spaltung der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Der Streik der 200.000 Pariser Metallarbeiter im Jahr 1919 hatte sich zunächst gegen die Bedingungen des zwischen Gewerkschaftszentrale und nationaler Unternehmervereinigung abgeschlossenen Vertrags über einen 8-Stundentag gerichtet. Die lokalen Gewerkschaft-

1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 52.

2) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 67.

3) Ebenda.

ten wandten sich damit gegen die Leitung durch die nationale Zentralorganisation, verloren schließlich aber die Kontrolle über die Streiks. Zu den Streiks im Jahr 1920 schrieb Naef: "Mitten in die ... konstruktiven Bemühungen des Bundesbureaus der CGT brachen die zahlreichen Streiks des Jahres 1920, welche zuerst bei den Eisenbahnern ihren Anfang nahmen und sich dann auf die Metall- und Bergwerkarbeiter ausdehnten. Die Streiks waren von der Leitung der CGT nicht gewollt, sondern wurden ihr von den Führern der revolutionären Minderheit aufgezwungen ... Die Hintergründe dieser Streikwellen waren klar. Die gewerkschaftliche Minderheit versuchte nochmals, die Chancen eines Generalstreiks auszunutzen ... Jetzt, nachdem die Streikbewegung gescheitert war, luden sie die Verantwortung auf die Führer der CGT" ¹⁾.

Die Folgen der Streiks waren, daß 20.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren ²⁾ und die Mitgliederzahl der CGT, die Anfang 1920 etwa 2 Millionen betrug, Ende 1920 auf 600.000 fiel ³⁾.

Im Jahr 1922 kam es zu einer Spaltung der CGT. Während die gemäßigte Minderheit mit Jouhaux an der Spitze sich ins Lager des Reformismus und der staatlichen Sozialpolitik begab ⁴⁾, gründete die Mehrheit der alten CGT die "Confédération Générale du Travail Unitaire" (CGTU). Innerhalb der CGTU zeichneten sich jedoch deutlich drei verschiedene Richtungen ab ⁵⁾: Da waren die alten,

1) Naef, Eugen, a.a.O., S. 102.

2) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 55.

3) Ebenda.

4) Furtwängler, Franz Josef, a.a.O., S. 29.

5) Naef, Eugen, a.a.O., S. 107 f.; im Jahre 1926 trennten sich die Anarchisten von der CGTU und gründeten die "Confédération Générale du Travail Syndicaliste Révolutionnaire" (CGTSR). Vgl. Esperet, M., Das französische Gewerkschaftswesen, in: Dokumente (5), Offenburg 1949, S. 504.

rein revolutionären Syndikalisten, die gegen jedes Bündnis mit Staat, Parteien oder anderen Gesellschaftsgruppen waren. Dann gab es die kommunistischen Gewerkschaftler, die zwar aus taktischen Gründen die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung anerkennen, aber die höhere Leitung von kommunistischer Partei und CGTU zusammenlegen wollten. Zwischen beiden standen Gewerkschaftsführer, die zwar die ständige Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei ablehnten, aber doch bereit waren, gelegentlich gemeinsame Aktionen zu unternehmen.

Bereits 1923 war das Vorherrschen des kommunistischen Kurses in der CGTU entschieden. Im Gegensatz dazu war die Unabhängigkeit von jeder politischen Partei weiterhin ein Prinzip der CGT ¹⁾. Ihre Politik fasste J o u h a u x , dem man den Vorwurf machte, die CGT sei zu stark mit dem Staat verbunden ²⁾, in folgendem Satz zusammen : "Wir wollen überall vertreten sein, wo die Interessen der Arbeiter erörtert werden" ³⁾. Diese "Politik der Anwesenheit" ⁴⁾ ("politique de présence") führte zu einem weitgespannten Programm. Angesichts der Spaltung der Arbeiterbewegung wurden aber Verhandlungen mit den Unternehmern immer seltener ⁵⁾. Sowohl die CGT als auch die meisten

-
- 1) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 72. Da die CGT eher Reformen in der Gegenwart als eine in der Zukunft liegende Revolution, eher soziale Gesetzgebung als Wechsel des Wirtschaftssystems anstrebte, stand sie oft "radikalen" Kreisen im Parlament näher als den Sozialisten. Vgl. Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 72.
 - 2) Naef, Eugen, a.a.O., S. 113.
 - 3) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 73.
 - 4) Ebenda. Das Programm umfaßte unter anderem folgende Ziele: betriebliches Mitspracherecht der Arbeiter, Kollektivverträge für die einzelnen Wirtschaftszweige und die Bildung eines nationalen Wirtschaftsrats. Vgl. Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 73.
 - 5) Während im Jahr 1919 noch 557 Kollektivverträge abgeschlossen wurden, waren es von 1921 bis 1925 nur noch durchschnittlich 160 pro Jahr und in den Jahren 1930 bis 1935 durchschnittlich 22 pro Jahr. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 61.

Gewerkschaften der CGTU versuchten zwar, innerhalb des bestehenden "kapitalistischen Systems" ¹⁾ ("capitalistic framework") die Lage der Arbeiter zu verbessern ²⁾. Vielleicht läßt sich aber am Beispiel der Sozialversicherung ³⁾ der weiterhin bestehende Gegensatz zwischen CGT und CGTU am besten demonstrieren. Die CGT sah eine ihrer Hauptaufgaben in dem Bemühen, Einfluß auf das Parlament zu gewinnen. Reynaud zeigt, wie es der CGT 1930 in der Frage der Sozialversicherung darauf ankam, "daß ein erster Schritt getan werde" ⁴⁾.

Die CGTU andererseits lehnte die Sozialversicherung ab. Sie fürchtete, daß durch die Bildung neuer Kapitalien (Versicherungsgelder) direkt oder indirekt das bestehende wirtschaftliche System unterstützt würde. Außerdem forderte sie, daß das gesamte Versicherungssystem zu Lasten der Unternehmer gehen, andererseits aber von den Gewerkschaften verwaltet werden sollte ⁵⁾.

1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 61.

2) Ebenda.

3) Das Gesetz von 1930 lehnte sich an das deutsche Vorbild an. Sozialer Schutz war in folgenden Fällen vorgesehen: Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Alter, Tod und in beschränktem Umfang Arbeitslosigkeit. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 62.

4) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 74.

5) Derselbe, S. 75.

Das Vorgehen der CGT und ihr Verhältnis zum Staat dürfte sich andererseits durch den Umstand erklären lassen, daß 1927 etwa 300.000 Mitglieder der seit 1922 autonomen Staatsbeamten-Gewerkschaft sich wieder der CGT anschlossen ¹⁾. Diese waren an geordneten Verhältnissen in Gesellschaft und Politik und an guten Beziehungen zwischen Regierung und CGT interessiert ²⁾.

In der Volksfrontzeit kam es 1936 zwar unter dem Eindruck einer drohenden rechtsextremen Gefahr wieder zur Einigung von CGT und CGTU. Auch die CGTSR verschwand wieder und setzte ihre Arbeit innerhalb der CGT fort. Die entscheidende Frage blieb aber weiterhin das Verhältnis zu den politischen Parteien. Für die CGT galt: "Trotz ihrer Neutralität gegenüber politischen Parteien kann sie Gefahren, welche die öffentlichen Freiheiten und sozialen Errungenschaften bedrohen, nicht gleichgültig gegenüberstehen" ³⁾.

Die Kommunisten erklärten sich zwar bereit, auf Gruppenbildung innerhalb der CGT zu verzichten, verstärkten aber ihre Aktivität in den Betriebszellen der Partei ⁴⁾. Nach 1936 stieg die Mitgliederzahl der CGT von etwa 1 Million auf über 5 Millionen im Jahre 1937 ⁵⁾. Da die CGT unter einem Mangel an Funktionären litt, gelang es den Kommunisten, in Führungspositionen zu kommen ⁶⁾. Im Jahr 1938 kontrollierten sie bereits die Gewerkschaften der Metallarbeiter, der chemischen Indu-

1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 60.

2) Ebenda.

3) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 70.

4) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 71.

5) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 74.

6) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 75.

strie, der Nahrungsmittelindustrie, der Landwirtschaft, der Lederindustrie, der Elektrizitätswerke und der Bauindustrie ¹⁾. Sie waren auch die Initiatoren des erfolglosen Generalstreiks im Jahr 1938, womit sie versuchten, mit der Macht der CGT die Regierung Daladier zu stürzen ²⁾. Der Mißerfolg dieser Streikbewegung stärkte die Position der Arbeitgeber und führte zu zahlreichen Entlassungen von Arbeitern, die an den Streiks teilgenommen hatten, beziehungsweise gewerkschaftlich tätig waren. Die Regierung Daladier machte bei Kriegsbeginn die von den Arbeitern 1936 erlangten sozialen Errungenschaften praktisch wieder rückgängig ³⁾. "Die Sozialpolitik der Regierung Daladier während des "drôle de guerre" ist wohl das Unerhörteste, was in einem von außen und innen bedrohten Land je an sozialer Instinktlosigkeit geleistet worden ist. Es mag zu ihrer Charakterisierung genügen, daß nicht nur jede legale Begrenzung der Arbeitszeit aufgehoben, die Löhne ohne Rücksicht auf die einsetzende Teuerung blockiert und die bis dahin gültige höhere Bezahlung der Überstunden abgeschafft wurden. Von diesen nun dem normalen Stundenlohn gleichgesetzten Überstundenlöhnen wurde eine Sondersteuer von vierzig Prozent abgezogen, die allein mehr als ein Drittel der für 1940 vorgesehenen direkten Steuern liefern sollte : "Faîtes payer les pauvres !" Die Regierung lehnte, wie übrigens auch

-
- 1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 75.
 - 2) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 83.
 - 3) Dale, Léon Andrew, Marxisme and French Labor, New York 1956, S. 106 und Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 86 f.

das Unternehmertum, jede Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ab und beraubte sie, da die ganze Arbeits- und Lohngesetzgebung durch einfache Dekrete erfolgte, jeder legalen Wirkungsmöglichkeit" ¹⁾.

Nach Abschluß des deutsch-sowjetrussischen Freundschaftspaktes kam es 1939 innerhalb der CGT erneut zum Bruch mit der kommunistischen Minderheit, die aber dieses Mal ²⁾ keine andere zentrale Organisation bildete.

Am 9. November 1940 wurde durch Dekret der Vichy-Regierung die CGT formell aufgelöst. Auch die christliche Gewerkschaft Frankreichs wurde verboten.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung geht auf das Jahr 1887 zurück. Eine Landesorganisation bildete sie aber erst 1919 und zwar unter dem Namen "Confédération Française des Travailleurs Chrétiens" ³⁾ (CFTC). Entstanden ist die christliche Gewerkschaftsbewegung aus der Reaktion gegenüber den sozialistischen und revolutionären Tendenzen der bestehenden Gewerkschaften ⁴⁾. Ideo-

1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 73 f.

2) Chambelland, Colette, a.a.O., S. 81.

3) Esperet, M., a.a.O., S. 503. Konnte man vor 1914 den Pluralismus in der Gewerkschaftsbewegung Frankreichs noch als vorübergehende Erscheinung betrachten, so war mit der Spaltung der CGT und der Entstehung der CFTC ein für die französische Gewerkschaftsbewegung bezeichnender Dauerzustand eingetreten. Die CGT hatte zwar von 1936 bis 1939 und von 1943 bis 1947 ihre jeweils vorhergehenden Spaltungen überwunden. Nach Reynaud handelte es sich in beiden Fällen aber eher um Koalitionen als um Fusionen. Vgl. Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 89.

4) Die geringe Bereitschaft der Unternehmer, selbst mit der CFTC zu verhandeln, führte jedoch in der Folgezeit dazu, daß sie mit der CGT in steigendem Umfang gemeinsame Aktionen unternahm. Vgl. Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 81.

logisch gründete sie sich auf die Soziallehre der Enzyklika Rerum Novarum ¹⁾. Sie suchte daher auch, ausgehend von dem Prinzip der Unabhängigkeit der Gewerkschaften, die Zusammenarbeit mit Unternehmertum und Staat ²⁾.

Nach der staatlich dekretierten Auflösung im Jahr 1940 verfaßte die CFTC zusammen mit der CGT ein Manifest, das - im Gegensatz zur Charta von Amiens, die den Klassenkampf, Generalstreiks, direkte Aktion gegen den Unternehmer und soziale Revolution forderte - Zusammenarbeit der Klassen, Vermittler-tätigkeit des Staates und soziale Evolution wollte ³⁾.

Das Manifest von 1940 war, wie Naef betont, "Ausdruck von verschiedenen Wandlungen der geistigen Grundlagen der CGT, die sich wiederum ganz aus der Politik zurückgezogen und den Staat als oberste Macht kompromißlos anerkennt" ⁴⁾.

Im Jahr 1943 wurden die "Ex-Unitarier" (kommunistische Gewerkschaftler) wieder in die CGT aufge-

- 1) Nach Reynaud soll sie mindestens bis 1936 ihr Programm einer theologischen Kommission zur Kontrolle vorgelegt haben. Vgl. Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 77.
- 2) Goetz-Girey, Robert, La Pensée Syndicale Française, Paris 1948, S. 104 f. Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum hieß jedoch nicht, daß sie den Streik ablehnte. Sie beteiligte sich nach dem Ersten Weltkrieg an Streiks in der Bekleidungsindustrie, im Bankwesen und in der metallurgischen Industrie. Allerdings lehnte sie den Generalstreik im Jahr 1920 als politischen Streik ab. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 65.
- 3) Vgl. Naef, Eugen, a.a.O., S. 156. Text des Dokuments abgedruckt bei Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 108 ff. Es ist unterzeichnet von 9 reformistischen Führern der CGT und 3 Vertretern der CFTC.
- 4) Naef, Eugen, a.a.O., S. 156.

nommen. Gemeinsames Ziel war, das Regime von Vichy und die deutsche Besatzungsmacht zu bekämpfen und einen gewaltsamen Umsturz vorzubereiten ¹⁾.

Wir erwähnten bereits ²⁾, daß die Arbeiterschaft Frankreichs nach der Libération eine in ihrer Geschichte einzigartige Stellung einnahm. Die Zahl der organisierten Arbeiter war nur eines der Zeichen ihrer offensichtlichen Machtstellung. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die bei Ausbruch des Krieges bei etwa 2 Millionen lag, stieg rasch auf 6 Millionen. Die CGT mit etwa 5 Millionen Mitgliedern war die größte und bedeutendste Massenorganisation des Landes ³⁾. Ihre Stellung zur Politik in den ersten Nachkriegsjahren ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die politische Aktion bejahte, ohne eine selbständige politische Fraktion sein zu wollen. Sie betrachtete sich als politischer Inspirator aller Linksparteien "und war deshalb darauf bedacht, in möglichst allen Linksparteien durch ihre militanten Führer zu Wort zu kommen" ⁴⁾.

Durch die Rolle aber, welche die Kommunisten nach der Libération in Frankreich spielten, wobei sie Antikommunismus mit antinationalem und arbeiterfeindlichem Verhalten gleichsetzten ⁵⁾, begann

1) Naef, Eugen, a.a.O., S. 158. Die Gewerkschaftsführung teilten sich 5 Reformisten und 3 Kommunisten. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 93.

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 51.

3) Lorwin, Val R., The Struggle, a.a.O., S. 200.

4) Naef, Eugen, a.a.O., S. 173.

5) Lorwin, Val R., The Struggle, a.a.O., S. 202.

sich im Innern der CGT eine Entwicklung zum Kommunismus anzubahnen ¹⁾.

Nun waren die Kommunisten selbst eine der Regierungsparteien und hatten die Parole ausgegeben, Streiks seien ein Verbrechen an der aufbaubedürftigen Nation ²⁾. Bereits 1946 und Anfang 1947 war jedoch die Begeisterung der Arbeiterschaft für den Wiederaufbau merklich gesunken, da es den Anschein hatte, daß sie die einzige soziale Gruppe war, welche die Kosten zu tragen hatte. Der zunächst nicht von der CGT unterstützte Streik bei Renault und eine Reihe weiterer lokaler Streiks im Frühjahr 1947 zeigten den Kommunisten in der CGT und im Parlament, daß sie Gefahr liefen, trotz ihrer Beherrschung des CGT-Apparates sich die Arbeiterklasse zu entfremden ³⁾. Die Konsequenz war, daß sich die Haltung der nun unter kommunistischer Vorherrschaft stehenden CGT dem Staat gegenüber wandelte. "Der Epoche der Zusammenarbeit mit Staat, Regierung und anderen Wirtschaftsgruppen folgte wieder die alte oppositionelle Haltung" ⁴⁾. Die Kommunisten änderten ihre Haltung gegenüber Lohnforderungen der Arbeiter und Streiks. Die Gewerkschaftszentrale der CGT erließ im Fall des Renault-Streiks an sämtliche Arbeiter den Befehl, die Arbeit einzustellen ⁵⁾. Im Mai 1947 schieden die Kommunisten aus der Regierung aus. Einer der Gründe des Austritts der

1) Naef, Eugen, a.a.O., S. 176.

2) Derselbe, S. 182.

3) Lorwin, Val R., The Struggle, a.a.O., S. 205.

4) Naef, Eugen, a.a.O., S. 180.

5) Fauvet, Jacques, Von de Gaulle, a.a.O., S. 113.

kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier waren Lohnforderungen der Arbeiter, die sie unterstützten ¹⁾.

Die CFTG hatte im September 1945 ein Fusionsangebot der CGT zurückgewiesen ²⁾. Die Führer der CFTC wollten sich keiner Organisation anschließen, die möglicherweise von Kommunisten beherrscht wurde ³⁾.

In der Geschichte der CFTC seit der Libération spielt die Frage einer "Lösung der konfessionellen Bindung" ("déconfessionnalisation") eine beherrschende Rolle. Das Problem tauchte schon zur Zeit der Libération auf, gewann aber im Jahr 1946 besondere Bedeutung, als die Einheit der CGT aufgrund des Gegensatzes zwischen den kommunistischen Ex-Unitariern und den nun zur Minderheit gewordenen Gewerkschaftlern, die jede Unterordnung unter die kommunistische Partei ablehnten, einen äußerst zerbrechlichen Eindruck machte. Man fragte sich innerhalb der CFTC, ob es nicht zweckmäßig wäre, jeden Anschein einer konfessionellen Bindung zu vermeiden, um auf eventuell ausscheidende Mitglieder der CGT eine größere Anziehungskraft auszuüben. Allgemeiner gesprochen, fürchteten diese "Revisionisten" ("révisionnistes") der CFTC, sich die Masse der Arbeiter zu entfremden. Dieser Haltung setzte die Mehrheit die Feststellung entgegen, daß die konfessionelle Bezugnahme genau genommen keine religiöse Bindung impliziere, sondern eine philosophische Stellungnahme sei. Für die Mehrheit der CFTC lag hier keine Unterordnung unter die katholische Kirche vor, sondern nur eine

1) Lorwin, Val R., The Struggle, a.a.O., S. 205.

2) Chambelland, Colette, a.a.O., S. 87.

3) Lorwin, Val R., The Struggle, a.a.O., S. 204.

Bindung an die soziale Moral des Christentums ¹⁾.

Auf dem 23. Kongreß der CFTC, der vom 24. bis 26. Mai 1947 in Paris stattfand, kam es zu einer Änderung der Statuten. Hieß es bisher im 1. Artikel der Statuten, daß die CFTC in ihren Aktionen sich leiten lassen wolle von der Lehre, wie sie in der Enzyklika Rerum Novarum niedergelegt ist, so hieß es nach der redaktionellen Änderung durch den Kongreß, daß die Gewerkschaft sich leiten lassen wolle von den Prinzipien der "sozialen christlichen Moral" ("morale sociale chrétienne") ²⁾.

Die Änderung des Artikels 1 der Statuten der CFTC im Jahre 1947 zeigte auch, daß man nicht nur auf jede Bezugnahme auf die Vereinigungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ("organismes mixtes") verzichtet hatte, sondern daß die CFTC nun auch das Vorhandensein des Klassenkampfes anerkannte, wenn sie auch die Lehre ("le développement systématique des antagonismes de classes") verurteilte. Man war in der CFTC auch weiterhin nicht bereit, den Klassenkampf als Mittel zur Erreichung revolutionärer politischer Ziele anzusehen ³⁾.

Im November 1947 kam es in Frankreich zu ausgedehnten Streiks, die von der CGT geleitet wurden. Die Mehrheit in der CGT hatte kein Interesse mehr, die Unzufriedenheit der Arbeiter einzudämmen ⁴⁾. Die nichtkommunistische Minderheit widersetzte sich jedoch den Streiks und schritt schließlich zur Gründung einer neuen Arbeiterzentrale, die den Namen "Force Ouvrière" (FO) annahm ⁵⁾. Sie warf der

1) Vgl. Dolléans, Edouard und Debove, Gérard, Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 215.

2) Dolléans, Edouard und Debove, Gérard, Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 216. f.

3) Dolléans, Edouard und Debove, Gérard, Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 226.

4) Chambelland, Colette, a.a.O., S. 91.

5) Esperet, M., a.a.O., S. 506.

kommunistischen Mehrheit vor, sie habe die CGT an die kommunistische Partei ausgeliefert, und erklärte in ihren Statuten ihre absolute Unabhängigkeit von Unternehmertum, Regierungen und politischen Parteien. Auf dem ersten Kongreß der FO im Jahr 1948 bekannte man sich vorbehaltlos zur Demokratie, deren Ziel der Sozialstaat sein müsse ¹⁾.

Die Folge der Spaltung der CGT war, daß etwa 2 Millionen Mitglieder die CGT verließen. Die meisten traten aber weder der FO noch der CFTC bei ²⁾.

Nach der Gründung der FO können wir in Frankreich dieselben vier Gewerkschaftsrichtungen wiederfinden, wie sie 1926 existierten, nämlich die kommunistische mit der CGT, die reformistische mit der FO, die anarchistische mit der bereits im Mai 1946 aus der CGT abgespaltenen "Confédération Nationale du Travail" (CNT) und die christliche CFTC ³⁾. Daneben gab es eine Reihe weiterer Richtungen, die alle entstanden waren in Reaktion gegen die Vorherrschaft der Kommunisten in der CGT ⁴⁾.

Die Fähigkeit als Tarifpartner von Kollektivabkommen aber ist 1948 außer der nach der beruflichen Stellung organisierten "Confédération Générale des Cadres" (CGC), einer Gewerkschaft der Techniker, Ingenieure und leitenden Angestellten, nur der CGT, der FO und der CFTC vom Staat zuerkannt worden ⁵⁾.

Genaue Angaben über die Zahl der Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften in dem von uns hier be-

1) Naef, Eugen; a.a.O., S. 187 ff.

2) Lorwin, Val R., The Struggle, a.a.O., S. 207.

3) Esperet, M., a.a.O., S. 506.

4) Marcy, G. Robinot, Les Syndicats Indépendants, in : Revue de l'Action Populaire (81), 1954, S. 798.

5) Piatier, André, a.a.O., S. 107.

trachteten Zeitabschnitt liegen nicht vor ¹⁾. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten soll Ende 1952 etwa 2 Millionen betragen haben, während die Zahl der Lohnempfänger mit 12 Millionen angegeben wird ²⁾. Davon waren allein 6 Millionen in der verarbeitenden Industrie, im Bergbau und im Transportwesen beschäftigt. Einen Rückschluß auf den Einfluß der einzelnen Gewerkschaften unter der französischen Arbeiterschaft lassen die Wahlen für die Arbeitervertreter in den Verwaltungsräten der Sozialversicherung zu :

Gewerkschaft	abgegebene Stimmen	
	1950	1947
CGT	2.392.000	3.280.000
CFTC	1.173.000	1.458.000
FO	833.000	

In diesen Zahlen ³⁾ sind allerdings die Eisenbahner, die Hafenarbeiter und die Bergleute, unter denen die CGT einen noch größeren Vorsprung vor der FO und der CFTC besaß, nicht enthalten.

Wenn auch die CGT unter kommunistischen Einfluß stand, so bedeutete das jedoch nicht, daß alle oder auch nur die Mehrheit ihrer Mitglieder Kommunisten waren ⁴⁾.

1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 177.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

4) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 182. Ein großer Teil der Nichtkommunisten in der CGT waren Gewerkschaftler, die für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung eintraten und sich daher der Gewerkschaft mit den meisten Anhängern unter der Arbeiterschaft anschlossen. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 184 f.

Den größten Einfluß hatte die CGT ebenso wie die kommunistische Partei in den Arbeitervierteln von Paris und insbesondere auch in dem sogenannten "roten Gürtel", den Vororten von Paris mit ihren Automobilwerken, Maschinenfabriken, Gas- und Elektrizitätswerken, chemischen Fabriken und anderen Industrien ¹⁾. Dort war auch die Mehrzahl der Arbeiterpriester beschäftigt.

Die FO nahm in keinem Industriegebiet unter den Arbeitern, die in der Produktion tätig waren, eine führende Rolle ein ²⁾. Die CFTC andererseits hatte in Paris ihre Hauptunterstützung bei den Arbeitnehmern im Bankwesen, bei Versicherungen und Warenhäusern und bei anderen Angestellten im Handel und in der Industrie ³⁾.

Die CGT bemühte sich zwar, eine "Aktionseinheit" ("unité d'action") herzustellen. Dies geschah besonders auf lokaler und betrieblicher Ebene. Dazu wurden Ausschüsse gebildet, die alle Arbeiter, unabhängig von deren Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, umfassen sollten. Doch ließ die CGT auch keinen Zweifel daran, daß sie die gemeinsamen Aktionen mit anderen Gewerkschaften nur als einen ersten Schritt betrachtete und letztlich das Aufgehen der anderen Gewerkschaften in der CGT anstrebte ⁴⁾.

1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 150.

2) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 187.

3) Ebenda.

4) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 201. Ein CGT-Führer äußerte sich dazu eindeutig: "Gemeinsame Aktionskomitees sind in Ordnung, wir müssen sie bilden. Aber sie bedeuten noch keine Einheit, sie bereiten nur die Einheit vor." Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 201.

2. Das Wirken der Arbeiterpriester aus der Sicht der Gewerkschaften

Wenn auch die Führung der französischen Kommunistischen Partei 1952 scharfe Angriffe gegen die Priester der "Mission de Paris" richtete und ihnen "Täuschung der Arbeiterklasse" ¹⁾ vorwarf, so legte man doch bei der CGT besonderen Wert darauf zu betonen, die einzige gewerkschaftliche Organisation zu sein, die Arbeiterpriester unter ihren Gewerkschaftssekretären hatte ²⁾.

Nach L o r w i n mußte es den Kommunisten besonders darauf ankommen, die politische Kontrolle der CGT durch die kommunistische Partei zu verbergen, denn viele Anhänger der CGT betrachteten ihre Mitgliedschaft in dieser Gewerkschaftsbewegung keineswegs auch als eine Entscheidung für die kommunistische Partei ³⁾. Die CGT bemühte sich daher auch, ihre politische Unabhängigkeit damit zu begründen, daß sie unter ihren Mitgliedern viele Nichtkommunisten hatte ⁴⁾. Die Nichtkommunisten und damit auch die Arbeiterpriester konnten geschickt als Aushängeschild benutzt werden. Nach außen hin konnte die Mitgliedschaft der Arbeiterpriester eine Aufwertung der CGT bedeuten im Verhältnis zu den nichtkommunistischen Gewerkschaften. In den Augen der französischen Arbeiterschaft wurde der Eindruck verstärkt, daß Antikommunismus und Feindschaft gegenüber der Arbeiterschaft gleichbedeutend seien.

1) Vgl. Siefert, Gregor, a.a.O., S. 80, Fußnote 217.

2) Dolléans, Edouard und Denove, Gérard, Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 229.

3) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 182. Die CGT behauptete nicht zu Unrecht, mehr Katholiken als die CFTC und mehr Sozialisten als die FO unter ihren Mitgliedern zu haben. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 182.

4) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 284.

Andererseits wurde die CGT von der kommunistischen Partei so gut kontrolliert, daß die Nichtkommunisten in lokalen und departementalen Organisationen der CGT im allgemeinen keine Gefahr für die Politik der kommunistischen Partei darstellten ¹⁾.

Obwohl es innerhalb der beiden nichtkommunistischen Gewerkschaften, der FO und der CFTC, verschiedene Richtungen gab, kann man doch allgemein feststellen, daß die Zielsetzungen eines Teils der Arbeiterpriester sich grundlegend von denen der FO und der CFTC unterschieden. Während die Arbeiterpriester eine revolutionäre Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft anstrebten ²⁾, versuchten sowohl die FO als auch die CFTC, die soziale Frage Frankreichs durch Zusammenwirken mit Staat und Unternehmertum zu lösen ³⁾. Zwar versuchten auch die Arbeiterpriester, wie das Vorgehen P e r r i n s in Isère-Arc zeigte, durch Verhandlungen mit den Unternehmern und staatlichen Stellen soziale Mißstände zu beseitigen. Sie erkannten indes, daß die Interessen der Arbeiter auf Grund der Haltung vieler Unternehmer und der Schwäche der politischen Parteien von einer Organisation wahrgenommen werden mußten, die in voller Unabhängigkeit von Unternehmerschaft und Regierung eine wirksame Opposition darstellte ⁴⁾.

Im Jahr 1952 zeigte sich auf einer Tagung der FO deutlich die Enttäuschung der nichtkommunistischen Gewerkschaften über die Regierungen und die Unter-

-
- 1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 284.
 - 2) Vgl. die Ausführungen auf S. 78.
 - 3) Reynaud, Jean-Daniel, a.a.O., S. 92 ff.
 - 4) Andreu, Pierre, a.a.O., S. 74.

nehmer¹⁾. Die folgende Warnung wurde von der CFTC an die Regierung P i n a y gerichtet : "Der Regierungschef gibt wiederholt zu verstehen, daß bei allem Protest der Gewerkschaftsführer gegen seine Politik die Arbeiter nicht demonstrieren und schließt daraus, daß diese mit seiner Politik einverstanden seien. Diese Argumentation ist wahrscheinlich zu einfach, denn die offensichtliche Müdigkeit der Arbeiterschaft hat viele Ursachen ... Es ist im allgemeinen Interesse, darauf hinzuweisen, daß man nicht mit zuviel Apathie rechnen sollte : das Erwachen könnte schmerzlich sein"²⁾.

Bei ihrer Gründung bereits hatte die FO ihren nichtpolitischen Charakter betont und in der Folge direkte Bindungen an die Regierung oder die sozialistische Partei vermieden. Auch die CFTC wahrte ihre Unabhängigkeit gegenüber dem christlich-demokratischen MRP. Trotzdem wagten beide Gewerkschaften nicht, entschlossen gegen die jeweilige Regierung vorzugehen. Dies zeigte sich besonders deutlich während der großen Streikbewegung³⁾ im Jahr 1953. Die Befürchtung, daß bei einer Fortsetzung der Streiks die CGT und die kommunistische Partei die Führung an sich reißen oder daß sich eine autoritäre Herrschaft bilden könnte, veranlaßte die CFTC und die FO, den Streik abubrechen⁴⁾.

Abgesehen davon, daß die Arbeiterpriester der kommunistischen CGT beitreten mußten, wenn sie sich

1) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 142.

2) zitiert nach Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 142.

3) Vgl. die Ausführungen auf S. 149.

4) Perrot, J., a.a.O., S. 384 f.

in den Betrieben, in denen sie arbeiteten, nicht isolieren wollten, traten sie wohl auch deshalb dieser Gewerkschaft bei, weil nach ihrer Ansicht die Kommunisten für eine "Befreiung des Proletariats" kämpften ¹⁾. Besonders der linke Flügel der CFTC nahm gegen diese Auffassung der Arbeiterpriester in scharfen Worten Stellung: "Die Industrievororte von Paris sind nicht die ganze Welt. Trotz der kommunistischen Vorherrschaft in bestimmten Milieus, in denen die Arbeiterpriester wirken, haben diese nicht das Recht, Kommunismus mit Arbeiterbewegung gleichzusetzen" ²⁾. Die CFTC mußte sich schon aus Gründen der Disziplin in ihren eigenen Reihen gegen die Mitglieder wenden, die durch die Tätigkeit der Arbeiterpriester in der CGT sich beeindruckt ließen und glaubten, von dem Antikommunismus der CFTC abrücken zu können ³⁾. So griff die CFTC auch den Arbeiterpriester B a r r e a u an, der Gewerkschaftssekretär der CGT war ⁴⁾.

Das Urteil der FO über das Wirken der Arbeiterpriester in der CGT ergibt sich bereits aus der Entstehungsgeschichte der FO. Die französischen Arbeiter hätten bei einem Zusammenwirken von FO und CGT die Frage nach der Existenzberechtigung der FO stellen müssen. Daher lehnte die FO auch auf nationaler Ebene jede Zusammenarbeit mit der CGT ab. Minderheiten innerhalb dieser Gewerkschaftsbewegung vertraten allerdings in der Frage der Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaft-

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 86.

2) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 184.

3) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 228 f.

4) Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire, Bd. 2, a.a.O., S. 231.

ten die verschiedensten Standpunkte : die einen wollten ein gemeinsames Vorgehen mit allen Organisationen, also auch mit der CGT ¹⁾; andere strebten eine organische Einheit mit allen Gewerkschaften außer der CGT an; wieder andere schlugen der Regierung vor, der CGT ihren rechtlichen Status als repräsentative Arbeiterorganisation abzuerkennen ²⁾. Perrin berichtete, daß in dem Gewerkschaftsbüro in Isère-Arc, das für alle drei Gewerkschaften eingerichtet wurde, die FO nie erschien ³⁾.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die nicht-kommunistischen Gewerkschaften die sozialpolitischen Initiativen der Arbeiterpriester mit Mißtrauen verfolgen mußten. Die Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung zeigte aber auch, daß die Zersplitterung der Arbeiterbewegung immer wieder den sozialen Fortschritt hemmte. Dies gilt auch für die Jahre nach der Libération, in denen es den Gewerkschaften nicht gelang, eine konstruktive Rolle bei der Lösung der sozialen Frage zu spielen. Dazu mag auch die von der CFTC und der FO vertretene Haltung beigetragen haben, unpolitisch zu sein und sich nicht am politische Alltagskampf zu beteiligen ⁴⁾. Die Arbeiterpriester vertraten aus ihrer praktischen Erfahrung heraus einen anderen Standpunkt. Sie fragten mit Recht :

-
- 1) Lorwin zitiert einen FO-Gewerkschaftsfunktionär der Eisenbahner, der zu Verhandlungen auf nationaler Ebene gefragt wurde, ob auch die CGT daran teilnehme, und der antwortete : "Natürlich, es wäre ja nutzlos, ohne die CGT zu verhandeln. Vgl. Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 202.
 - 2) Lorwin, Val R., The French Labor, a.a.O., S. 169.
 - 3) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 317.
 - 4) o.V., Französische Gewerkschaften am Scheideweg, in : Der Arbeitgeber, 15. Jhg., 20. Januar 1963, S. 33.

"Wie wollen sie hier trennen ? Wie kann man, selbst mit größter Behutsamkeit, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Marcinelle fördern, ohne das finanzielle Gleichgewicht des Bergwerkes mit ins Spiel zu ziehen, ohne daß die Banken, die das Unternehmen finanzieren, und in der Folge die ökonomischen und politischen Mächte, die jenen Zustand spiegeln und ihn im Ganzen befürworten, intervenieren !" 1)

1) Collonge, André, a.a.O., S. 50.

III. Zusammenfassung

Wir sind bei unserer Arbeit von der Überzeugung ausgegangen, daß ein Urteil über das sozialpolitische Wirken der Arbeiterpriester nur dann abgegeben werden kann, wenn man auch die Haltung der Kirche, des Staates und der Gewerkschaften zur sozialen Frage Frankreichs näher untersucht. Das Ergebnis unserer Untersuchung läßt sich wie folgt zusammenfassen :

Das sozialpolitische Verdienst der Arbeiterpriester ist vor allem darin zu sehen, daß sie vom Standpunkt des Arbeiters aus die Mängel der sozialen Ordnung Frankreichs offenlegten : Mit dem Aufzeigen dieser Mängel verbanden die Arbeiterpriester die richtige Erkenntnis, daß nur eine grundlegende Änderung im politischen und wirtschaftlichen Bereich Abhilfe schaffen konnte. Diese richtige Erkenntnis mußte zu der Frage führen, wer eine Verbesserung der sozialen Ordnung Frankreichs bewirken und wie die soziale Lage der Arbeiter geändert werden konnte.

Die Hoffnung der Arbeiterpriester, die sich dabei auf die sozialpolitische Aktivität der Kirche, des Staates und der Gewerkschaften richtete, wurde aus folgenden Gründen weitgehend enttäuscht :

Die Arbeiterpriester mußten feststellen, daß die Kirche zwar die sozialen Mißstände in Frankreich verurteilte, andererseits aber zum Ausdruck brachte, keine gesellschaftspolitische Initiative ergreifen zu können. Es zeigte sich, daß sich aus der Soziallehre in Fragen der Wirtschaftsordnung keine technischen Lösungen ableiten lassen. Auch

die Staatsregierung war gegenüber den sozialpolitischen Aufgaben, die sich ihr stellten, machtlos, was wir auf die politische Tradition Frankreichs zurückführen konnten. Diese verhinderte im Jahr 1946 die Schaffung politischer Institutionen, die den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfordernissen entsprachen. Das Kleinbürgertum des "statischen" Frankreichs behielt einen unverhältnismäßig großen politischen Einfluß. Die Arbeiterpriester mußten auch erkennen, daß der Kampf der französischen Regierungen gegen die kommunistische Partei auf Kosten der Arbeiter ausgetragen wurde. Außer den Kommunisten gab es keine wirksame politische Opposition in Frankreich. Die nichtkommunistischen Gewerkschaften hatten auf Grund der politischen Konstellation zumeist keine andere Wahl, als die Regierungspolitik zu unterstützen bzw. alles zu vermeiden, was den Bestand der Regierungen gefährdet hätte. Das mußte eine Schwächung ihrer Verhandlungsposition gegenüber dem Staat bedeuten. Hinzu kam, daß dadurch unter den Arbeitern der Eindruck verstärkt wurde, allein die Kommunisten seien bereit, die Interessen der Arbeiter sowohl den Arbeitgebern als auch dem Staat gegenüber zu vertreten. Der negative Antikommunismus der französischen politischen Parteien und nichtkommunistischen Gewerkschaften muß als Hauptgrund für die von einem großen Teil der Arbeiterpriester geforderten Zusammenarbeit mit den Kommunisten angesehen werden.

Die Mängel der sozialen Ordnung Frankreichs, die die Arbeiterpriester festgestellt hatten, sind unbestreitbar. Den Arbeiterpriestern kam es aber auch darauf an, diese Mängel zu beseitigen. Da sie die Ursache der sozialen Mißstände in der ka-

pitalistischen Weltordnung schlechthin sahen, werteten sie die Entartungserscheinungen der französischen Wirtschaftsordnung als Eigenschaften des Kapitalismus. Wie Lüthy treffend ausführte, war für den französischen Arbeiter das, was er vor Augen hatte, "der" Kapitalismus (der dem System der liberalen Wirtschaft gleichgesetzt wurde), so daß er naturgemäß das Gegenteil wollte ¹⁾. Auch ein Teil der Arbeiterpriester kam zu dem Schluß, daß die Beseitigung des Kapitalismus die entscheidende Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage sei. Für sie wurde die Arbeiterbewegung zum Motor einer zwangsläufigen geschichtlichen Entwicklung. Sie sahen in der siegreichen Beendigung des Klassenkampfes die Voraussetzung für die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir haben zunächst gezeigt, daß das Bild der Zweiklassengesellschaft, von dem die Arbeiterpriester zumeist ausgingen, nicht der Realität entsprach. Gegen die Vorstellung der Arbeiterpriester, die siegreiche Beendigung des Klassenkampfes werde automatisch die soziale Frage lösen, sprach auch die französische Wirtschaftsstruktur ²⁾. Eine weitere und entscheidende Kritik an den sozialrevolutionären Vorstellungen einzelner Arbeiterpriester ist unseres Erachtens die Erkenntnis der Nationalökonomie, daß eine funktionsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sich nicht automatisch entwickelt, sondern eine wesentliche wirtschaftspolitische Aufgabe des Staates darstellt. Wir führten in unserer Untersuchung aus, daß ein funktionierender Preismechanismus eine entscheidende Voraussetzung einer freien

1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 253.

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 87 ff.

Gesellschaftsordnung darstellt. Die französischen Regierungen der Vierten Republik waren jedoch zu schwach, die Voraussetzungen zu schaffen, die einer friedlichen Herbeiführung notwendiger Reformen entsprochen hätten. Das Wirken der Arbeiterpriester zeigte deutlich, daß die Beseitigung einer proletarischen Gesellschaftsschicht, wie sie Frankreich zu jener Zeit aufwies, nicht im Rahmen der bestehenden Machtverhältnisse im Staat durchgeführt werden konnte. Wir sehen darin eine Bestätigung der These, daß die Einwirkung auf die bestehende Ordnung sich ebenso auf eine Revolution richten kann, wenn "eine unhaltbar gewordene Ordnung anders als auf gewaltsamem Wege nicht geändert und den Lebensnotwendigkeiten eines Volkes angepaßt werden kann" ¹⁾.

Die sozialrevolutionären Äußerungen im Wirken der Arbeiterpriester wurden jedoch von der Kirche verurteilt und mußten den Widerstand der Kräfte hervorrufen, die eine Lösung der sozialen Frage durch eine Reform der bestehenden Ordnung "im Sinne einer evolutionären, die Legalität wahren Umgestaltung" ²⁾ herbeizuführen suchten.

Wir haben gesehen, daß die Regierungen der Vierten Republik von Parteien gebildet wurden, die bei grundlegenden Verschiedenheiten ihrer Programme entschlossen waren, eine Machtergreifung durch die Kommunisten in Frankreich zu verhindern. Daher mußten sie in der Teilnahme der Arbeiterpriester an Arbeitskämpfen eine Bedrohung ihrer Machtpositionen sehen.

1) v. Nell-Breuning, Oswald und Sacher, Hermann, Zur christlichen Staatslehre, in : Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik, Heft II, Freiburg 1948, Sp. 112.

2) Ebenda.

Da die nichtkommunistischen Gewerkschaften ebenso wie die Regierungen sich in Abwehrstellung gegen die Kommunisten befanden, lief das Wirken der Arbeiterpriester innerhalb der kommunistischen CGT ihren Bemühungen um Stärkung der antikommunistischen Kräfte entgegen.

Die Ablehnung, auf die die Arbeiterpriester stießen, ging jedoch von Kräften aus, die andererseits nicht in der Lage waren, einen Ausgleich der bestehenden sozialen Gegensätze herbeizuführen. Weder die Kirche noch die nichtkommunistischen Gewerkschaften konnten bei der gegebenen politischen Konstellation ohne eine gemeinsame konstruktive Wirtschafts- und Sozialpolitik der jeweiligen Regierungsparteien die Voraussetzungen für eine Beseitigung der Notlage bestimmter Arbeiterschichten schaffen.

A n h a n g

1) Zu S. 23, Fußn. 6 :

"Lieber Freund,

angesichts des Verlaufs unseres Streiks beeile ich mich, Ihnen zu schreiben.

Seit dem 22. Februar habe ich mich an diesem Streik aktiv beteiligt und versucht, mir bei den maßgeblichen Stellen ein zutreffendes Bild über die Lage zu verschaffen.

Ich muß Ihnen zunächst sagen, daß ich diesen Streik für tief gerecht und für notwendig halte; es ist ein reiner Lohnstreik, sowohl seinem Anlaß wie seiner Entwicklung nach. Das Gegenteil zu behaupten, muß allen, die sich daran beteiligt haben, entweder als ein Zeichen von Ununterrichtetheit oder von bösem Willen erscheinen.

In diesem Streik sind die Führer der Gewerkschaften vollkommen loyal vorgegangen und verfolgen rein wirtschaftliche Ziele. Von einem politischen Streik zu sprechen, ist eine böswillige Verleumdung.

Schuld an diesem Streik ist das Unternehmertum.

Ich klage es an, im vergangenen Jahr die Senkung der Preise um 10-15 %, die sein Syndikat für möglich und notwendig hielt, verweigert zu haben.

Ich klage es an, vergangenen Herbst eine Lohnerhöhung, die bestimmte Industriesparten bewilligt hatten, hintertrieben zu haben. Ich klage es an, sich nicht für eine freie Lohnpolitik eingesetzt zu haben, sondern sich hinter der Regierung zu verschanzen. Ich klage es an, die Bildung von Betriebsräten verhindert zu haben, die vielleicht noch die Spannung zwischen Unternehmertum und Proletariat hätten verhindern können. Ich klage es an, sich anfangs mehrfach den Unterhandlungen mit der Gewerkschaft

der Metallarbeiter entzogen zu haben, obwohl die Aufwertung der Löhne allen dringend und notwendig schien. Ich beschuldige es der Böswilligkeit in der Verhandlungsführung und des Mißbrauchs seiner Informationen über den Streik. Aus diesen Gründen ist die Haltung der Unternehmer, durch die die Familien der Arbeiter ins Elend gestürzt und sie selbst zur Empörung getrieben werden, für meine Begriffe im eigentlichen Sinn verbrecherisch - ich wäge das Wort genau und wiederhole es : wirklich verbrecherisch.

Unter den gegebenen Umständen bin ich ganz bestürzt über die Haltung einer Regierung, die, statt das Spiel der Kräfte zwischen Proletariat und Unternehmertum, das eine freie Lohnpolitik noch sich zöge, zu achten, sie zum Streikbrecher macht durch die Weisungen und Unterstützungen, die sie den Unternehmern in verschiedenster Weise hat zukommen lassen. Wenn die Regierung befürchtet, daß Mitte März der Streik politisch gegen die Auslieferung amerikanischer Waffen mißbraucht werde, könnte sie leicht den Streik auf einfache Weise vermeiden, indem sie auf die Unternehmer einen gewissen Druck ausübt, einen sofortigen Vergleich auf der Basis von 3.000 Francs abzuschließen, was automatisch die Wiederaufnahme der Arbeit im Gefolge hätte (was immer auch die Unternehmer behaupten). Die Haltung der Regierung verrät eine grobe und beunruhigende Unkenntnis dessen, was in Arbeiterkreisen vor sich geht.

Bitte, verübeln Sie mir diese Stellungnahme nicht, die ich für notwendig halte, und seien Sie trotzdem meiner herzlich versichert.

Henri Perrin
Priester und Metallarbeiter" 1).

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 211 ff.

2) Zu S. 24, Fußn. 1 :

"Der Streik ist gerecht und rechtmäßig. Sachverständige aller Richtungen haben das bestätigt.

Durch die Gleichgültigkeit des Groß-Unternehmertums gegenüber der unbestreitbaren Notlage der Arbeiter, durch die einmütige Verweigerung jeglichen Entgegenkommens, und vor allem durch seine Profitgier, wird ein Konflikt verlängert, der dem Leben unseres Landes beträchtlichen Schaden zufügt.

Die Regierung hat durch ihr Einschreiten gegen einen demokratisch beschlossenen und sachlich durch die Notlage gerechtfertigten Streik schwere Verantwortung auf sich geladen.

Die Benützung des Rundfunks, die Inanspruchnahme großer Bankkredite, der Einsatz der Polizei zugunsten der Unternehmer, gibt diesen einen Rückhalt, der sie in ihrer Unnachgiebigkeit bestärkt" ¹⁾.

2) Zu S. 24, Fußn. 2 :

"Alle können sich das Zeugnis geben, gut gearbeitet zu haben. Sie haben in der Gewerkschaft ihren Mann gestanden, sie haben den Streik vom März 1950 mitgetragen, sie haben vor allem nach der Studententagung von Issy-les-Moulineaux im Februar des Jahres sich für die Beendigung des Krieges in Indochina eingesetzt und für die Entlassung von Henri Martin ²⁾. Sie haben vielfältigen Anteil an der Verbreitung des Aufrufs von Stockholm vom 19. März 1950, der für das Volk so viel bedeutet hatte. Aber abgesehen von dieser 'politischen Betätigung', bei der jeder nach freiem Ermessen handelte, haben sie sich

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 211.

2) Es handelte sich um einen Deckoffizier, der aus kommunistischer Gesinnung heraus Sabotageakte auf einem französischen Kriegsschiff verübt hatte und 1949 zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden war.

vor allem tagtäglich bemüht, den schlimmsten Notständen in ihrem Viertel abzuhelpen. Das Haus Nr. 151 hat ihnen dabei gute Dienste geleistet. Ihre Gemeinschaft ist für sie eine neue Wirklichkeit geworden. Ihr neu erworbenes Gemeinschaftsbewußtsein fordert eine völlige Offenheit im Austausch der Meinungen, weil das Erreichte noch weit hinter dem angestrebten Ziel zurückbleibt" 1).

4) Zu S. 37, Fußn. 9 :

"In dem Augenblick, in dem Millionen von Arbeitern in Frankreich und im Ausland auf dem Wege zu ihrer Einigung sind, um ihr Brot, ihre Freiheit und den Frieden zu verteidigen, - in dem Augenblick, in dem Unternehmertum und Regierung Ausbeutung und Unterdrückung steigern, weil sie um jeden Preis die Fortschritte der Arbeiterklasse hermen und ihre eigenen Vorrechte schützen wollen, - in diesem Augenblick stellen die kirchlichen Autoritäten an die Arbeiterpriester Bedingungen, die einen Verzicht auf ihr Arbeiterleben und eine Verleugnung des Kampfes bedeuten, den sie solidarisch mit allen ihren Kameraden führen.

Die Entscheidung (der Hierarchie) stützt sich auf religiöse Motive. Wir meinen, daß unser Arbeiterleben uns nie gehindert hat, unserem Glauben und unserem Priestertum treu zu bleiben. Und wir können nicht verstehen, wie man im Namen des Evangeliums untersagen kann, die Lebensbedingungen von Millionen unterdrückter Menschen zu teilen und sich solidarisch ihren Kämpfen anzuschließen.

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 213 f.

Aber man darf nicht vergessen, daß die Existenz und die Tätigkeit der Arbeiterpriester auch Verwirrung hervorgerufen hat, und zwar in jenen Kreisen, wo man die Religion in den Dienst der eigenen Interessen und der Klassenvorurteile zu stellen pflegt. Der von diesen Kreisen ausgehende Druck und die Denunziationen aller Art und jeden Ursprungs haben mit den derzeitigen Maßnahmen (gegen die Arbeiterpriester) einiges zu tun.

Wenn diese Maßnahmen aufrecht erhalten werden, so sind sie geeignet, das Gewissen der Christen zu verwirren, die am Kampf der Arbeiterklasse teilnehmen. Es werden gleichzeitig so viele Anstrengungen gemacht, sie dem gemeinsamen Kampf zu entziehen und ihren Glauben in Mißkredit zu bringen. Die Arbeiterpriester beanspruchen für sich und alle Christen das Recht, sich mit den Arbeitern in ihrem gerechten Kampf solidarisch zu erklären.

Die kämpfenden Arbeiter und die Arbeiterklasse vertrauen den Arbeiterpriestern und achten ihr Priestertum. Die Achtung und das Vertrauen, das sie uns auch weiterhin bezeugen, lassen es nicht zu, auf die uns angebotenen Kompromisse einzugehen. Diese Kompromisse bestehen darin, daß man uns zwar gestattet, in der Arbeiterklasse zu bleiben; aber wir dürfen nicht normal arbeiten und nicht die Pflichten und Verantwortungen der Arbeiter teilen. Die Arbeiterklasse braucht keine Leute, die sich 'zu ihrem Elend herablassen', sondern Männer, die an ihren Kämpfen und Hoffnungen teilnehmen.

Schließlich bekräftigen wir, daß unsere Entscheidungen in voller Achtung vor den Arbeitern und ihrem Befreiungskampf getroffen werden" ¹⁾.

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 195 .

5) Zu S. 39, Fußn. 1 :

"Wir waren nicht in die Arbeiterklasse gekommen, um Verantwortungen zu gewinnen. Sie sind uns anvertraut worden, als uns die Arbeiter langsam kennen lernten, nicht als Spione oder Eroberer, sondern als Arbeitskameraden, die eben Priester waren. Der Kampf der Arbeiterklasse ist viel älter als wir. Wir konnten das Vertrauen, mit dem sie uns Verantwortungen übergaben, nur erwidern, indem wir am allgemeinen Kampf teilnahmen. - Zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung war die Kirche bereit, sich mit den Armen und Schwachen zu befassen und zugleich an ihrem Kampf um die Freiheit und menschliche Würde teilzunehmen. - So machten wir Politik der Art, wie sie ein Funktionär der CFTC am 28. Januar letzten Jahres erläuterte: 'Wenn die Verteidigung unserer 25.000 Franken Grundlohn Politik machen heißt, dann werden wir Politik machen.' - Deshalb nehmen wir Partei gegen ein Regime, zu dem (man muß sich klar darüber sein) die Kirche die besten Beziehungen unterhält. Sie deckt mit ihrer geistlichen Autorität eine Ordnung, die sich nur Dank der Ungerechtigkeit und des Elends halten kann" ¹⁾.

6) Zu S. 56, Fußn. 6 :

"Streik beim Tunnel Isère-Arc

Auf der Baustelle B, von der aus in Notre-Dame-de-Briançon und Aiguebelle der Tunnel Isère-Arc gebohrt wird, ist es zu einem Streik gekommen. Mitten im Winter streiken über tausend Arbeiter.

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 205.

Niemand kann dabei gleichgültig bleiben, und wir haben die Pflicht zu erklären, warum diese Arbeiter bereit sind, zu leiden und zu kämpfen, um als Menschen behandelt zu werden.

In wenigen Worten sollen zunächst die Fakten dargestellt werden. Seit Monaten versuchen die Arbeiter, für den unterirdischen Stollen, welcher der größte seiner Art in Europa ist (ohne Fenster), einen Arbeitsvertrag zu bekommen, welcher der Schwere der Arbeit Rechnung trägt. Seit zehn Tagen haben die Arbeitervertreter versucht, endlich eine Lösung herbeizuführen. Am Mittwoch hat die Belegschaft die Arbeit niedergelegt und angesichts der in wesentlichen Punkten unnachgiebigen Haltung des Arbeitgebers sich veranlaßt gesehen, einen Ausstand von 48 Stunden zu beschließen. Am Freitag entschied man sich in Notre-Dame-de-Briançon für einen unbegrenzten Streik; am Samstag ruhte die Arbeit auch in Aiguebelle.

Warum ? Weil die Löhne zu niedrig sind, besonders wenn man die Gefahren der Arbeit am Grund der Höhlung berücksichtigt. Weil die Arbeitsbedingungen, die Unterbringung, die Vorkehrungen für Gesundheit und Sicherheit unzureichend und teilweise menschenunwürdig sind. Weil die Direktion ihre Verpflichtungen mißachtete und die Belegschaft mit von Monat zu Monat verschleppten Versprechungen hinhält.

- Armselige Löhne : Die nur zögernd gewährten Prämien ändern nichts daran, daß die Löhne kein Ausgleich sind für Anstrengung und Gefahr.
- Härte der Arbeit : Tag und Nacht arbeitet man in Nässe, Staub, Gasen und Hitze. Der Schichtarbeiter verläßt seine Baracke um 5 Uhr und kehrt nicht vor 15 Uhr zurück in die Kantine.

- Gefährlichkeit der Arbeit : Gefahren bringt die Arbeit auf den Kipploren, die der Traktor vier Kilometer weit unter das Gebirge bringt, beim Fahren wie beim Entladen, vor dem Einstich wie beim Betonieren. In weniger als einem Jahr sind fünf Menschen auf der Baustelle tödlich verunglückt, von den zahlreichen Verletzungen gar nicht zu reden.
- Ungesunde Arbeit und schlechte Unterbringung : Da sind Stuben, in die fünf Leute hineingepfercht werden, Schlafsäle, die mit 46 Menschen aller Rassen belegt sind, wo man bei dem ständigen Kommen und Gehen der wechselnden Schichten nur wie ein Tier schlafen kann.
- Harte Lebensbedingungen : Alle diese Männer sind fern von ihrer Familie, um für sich und die Ihren den Lebensunterhalt zu verdienen; Ausgesiedelte, Vertriebene, Entwurzelte haben sich in diesem an sich so freundlichen Winkel Frankreichs zusammengefunden. Besonders hart ist das Leben für unsere spanischen, italienischen, nordafrikanischen Kameraden. Hier hat der Arbeiter kein Heimatland; man hat ihm zugesichert, seine Arme gebrauchen zu dürfen (aber zu welchem Preis !), im übrigen findet er nur Unsicherheit und Alleinsein. Wer wird es uns verargen, wenn wir menschliche Verhältnisse fordern, besonders für die Ausländer, die Frankreich aufnimmt ? Wer wird uns das Recht bestreiten, dafür zu kämpfen, daß der Mensch geachtet und nicht zum Söldner oder Sklaven herabgewürdigt wird ?

Aus diesen Gründen fordern wir eine Lohnerhöhung um 20 Prozent, den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen, die uns unsere Arbeit garantieren und eine gleitende Lohnskala, welche die Kauf-

kraft unserer Löhne stabil hält. Wir fordern Unterkünfte, in denen ein Mensch sich wenigstens ausruhen kann, wenn er schon nicht mit seiner Familie zusammenlebt. Wir fordern feste Garantien, die den Gefahren entsprechen, denen wir uns im Dienst der Allgemeinheit aussetzen.

Aus diesen Gründen und weil wir wissen, daß unser Kampf der Kampf aller ist, appellieren wir an die Solidarität aller : der staatlichen und kirchlichen Behörden, der Berufsorganisationen, der Bevölkerung, unter der wir leben, Wir wenden uns an alle : Bauern, Handwerker, Kaufleute, daß sie uns in unserem Kampf unterstützen. Besonders wenden wir uns an unsere Kameraden in den Fabriken und auf den Baustellen, an die Kameraden, die in den verschiedenen Gewerkschaftszentren tätig sind.

Wir bedanken uns im voraus für ihre Hilfe und wünschen, daß durch sie der Konflikt so schnell wie möglich beigelegt wird und daß dadurch Menschen würdig leben und an die Brüderlichkeit, die alle Menschen eint, glauben können.

Das Streikkomitee". 1)

7) Zu S. 62, Fußn. 4 :

"Allein die Inflation ermöglicht es, gleichzeitig Forderungen auf Lohnerhöhungen zu erfüllen, Tarif- und Preissteigerungen zu gewähren (auf dem offiziellen oder dem schwarzen Markt), ja sogar Steuererleichterungen (denn im letzten Finanzgesetz sind erhebliche vorgesehen), und das alles, ohne ernstlich diejenigen zu beunruhigen, die beträcht-

1) Perrin, Henri, Briefe, a.a.O., S. 300 ff.

liche Guthaben angehäuft und versteckt haben und auf die man im Grunde für die Zeichnung künftiger Anleihen rechnet; gleichzeitig macht die Inflation die Spekulanten durch eine stete und sichere Hausse fett ... Ich komme noch einmal darauf zurück : an jedermann Geld austeilten und v o n n i e m a n d e m G e l d z u r ü c k n e h m e n , h e i ß t e i n T r u g b i l d a u f r e c h t e r h a l t e n , ein Trugbild, das jeden zu dem Glauben berechtigt, er werde ebenso gut leben und ebenso große und höhere Gewinne erzielen wie vor dem Krieg; aber die Verwüstungen, die Plünderungen, der Verschleiß an Material und Menschen haben aus Frankreich ein armes Land gemacht, und die nationale Produktion ist auf die Hälfte des Vorkriegsstandes abgesunken. - Das ist die für den Augenblick bequemste Lösung. Es ist eben einfacher, n o m i n a l e als r e a l e Befriedigung der Bedürfnisse zu gewähren ... Aber je mehr nominale Befriedigung gewährt wird, desto weniger kann man reale gewähren. Denn je üppiger man den schwarzen Markt durch Inflation zum Blühen bringt, desto stärker treibt man die Preise in die Höhe und desto eher entschwindet das Trugbild eines 'schwarzen Marktes für alle', umso mehr vergrößert man die Spanne zwischen den Schwarzmarktpreisen und den Richtpreisen und umso weniger Produkte kommen auf den regulären Markt, umso gesicherter erscheint das Privileg der Reichen, und umso ungünstiger werden die Bedingungen für die Armen" ¹⁾.

1) Fauvet, Jacques, Von de Gaulle, a.a.O., S. 369 f.

8) Zu S. 69, Fußn. 3 :

"Das erste Charakteristikum der Baustelle ist das idyllische Chaos der Bau- und Installationshandwerker geblieben, die vielleicht heute und vielleicht auch morgen erscheinen und dann oft unverrichteter Dinge wieder abziehen, weil die Mauer, in die sie ihr Rohr legen sollten, noch nicht fertig ist. Das zweite, das daraus folgt, ist die Langsamkeit : von 220.000 Wohnungen, deren Bau Ende 1951 begonnen war, waren zwei Drittel Anfang 1953 noch nicht beendet. Und auch heute, da nur noch mit Staatssubventionen gebaut wird, baut Frankreich wie im Jahr 1900 : von den 1951 vom Crédit Foncier belehnten Neubauprojekten war die Hälfte ohne Bad und immerhin ein Zehntel ohne Klosett und fließendes Wasser, aber dafür zwei Drittel in Quaderstein und nur ein Drittel in Beton oder Ziegelstein vorgesehen : teuer, unkomfortabel, altmodisch, aber für die Ewigkeit gebaut ! Im gegenwärtigen Zustand hat keiner der Beteiligten, vom Architekten bis zum Rohrleger, das geringste Interesse an modernen Verfahren und rationellerer Organisation. Das französische Baugewerbe hat sich in 30 Jahren minimaler Tätigkeit so vollständig auf das Prinzip des größten Nutzens bei kleinstem Umsatz eingestellt, daß diese Haltung zum Instinkt geworden ist, und alle Kosten müssen so berechnet sein, daß sie einem Bauunternehmen oder Architekturbüro bei jährlich zwei Kanalisationsarbeiten, einer Dachreparatur, einigen Versicherungsexpertisen oder Zwischenhandelsgeschäften im 'Kriegsschädenhandel' eine ausreichende Existenz sichern. In diesem Land, dessen Wohnungsnot zum Himmel schreit, besteht eine beständige Teilarbeitslosigkeit im Baugewerbe, so daß auch die Bauarbeiterorganisationen mitverschworen sind und zum Beispiel ge-

gen die Einwanderung italienischer oder die Ausbildung algerischer Bauarbeiter ihr Veto einlegen" ¹⁾.

9) Zu S. 73, Fußn. 2 :

"Die Arbeiter sind nicht mehr ohne Hoffnung, Sie wissen, daß sie ihre Ketten brechen werden, und sie wissen, wer sie unterdrückt. Sie glauben an eine bessere und gerechtere Zukunft. Sie sind bereit, ihr Wertvollstes, nämlich ihre Arbeit, dem Dienst der menschlichen Gemeinschaft zu widmen. Ihr Klassenbewußtsein ist nicht nur negativ, sondern auch positiv. Es drängt sie, sich zu organisieren, sich Führern und Kämpfern unterzuordnen, die aus ihren eigenen Reihen hervorgegangen sind und von ihnen ausgewählt wurden. Selbst wenn ich in die Elendsquartiere der Enterbten hinabgestiegen bin, habe ich solche Kämpfer, solche Apostel getroffen, deren einziger Lebenszweck es ist, ihre Brüder zu befreien. Neun von zehn sind Kommunisten. Sie werden von der Partei getragen und gelenkt und haben das Bewußtsein, einer mächtigen Organisation anzugehören, die die Welt ändern kann. Von dieser Hoffnung ist ihr ganzes Leben erfüllt. In meiner Sendung als Priester wollte ich an ihrem Hoffen teilnehmen und die Verantwortung mit den Pionieren gemeinsam tragen. So habe ich nicht nur neue Menschen kennengelernt, neue Familien, Gemeinden und Stadtgebiete, sondern auch eine neue Welt. Und ich glaube, daß der Platz meines Priesteramtes in dieser Welt ist, in dieser im Werden begriffenen Welt" ²⁾.

1) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 248 f.

2) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 136.

10) Zu S. 73, Fußn. 3 :-

"So faßte ich den Beschluß, zur Arbeiterklasse und zur Arbeit zurückzugehen. Mein Klassenbewußtsein war wieder erwacht, es war eng verknüpft mit religiösen Gefühlen. Als ich in die Fabrik zurückgekehrt war, begann ich als Tagelöhner zu arbeiten; ich erlebte darin eine religiöse Genugtuung. Später begriff ich, daß man einen richtigen Beruf haben mußte, denn dadurch konnte man sich im Kampf einen besseren Platz schaffen. In der Gefangenschaft hatte unsere Hoffnung darin bestanden, daß Hitler geschlagen würde; wir Arbeiter aber hofften, daß wir eines Tages den Kapitalismus schlagen könnten. Unser Bewußtsein hatte nichts mit Aufruhr zu tun, wir forderten nur unser Recht" ¹⁾.

11) Zu S. 80, Fußn. 2 :-

"Je eingehender die Arbeiter sich darüber Rechenschaft ablegen, daß sie alle dieselbe kapitalistische Ausbeutung erdulden, um so mehr schaffen sie ein Klassenbewußtsein, ein proletarisches Bewußtsein ... Sie entdecken zugleich die Notwendigkeit, sich zu einigen, um sich wirkungsvoll gegen die Unterdrücker zu verteidigen und um ihnen Lohnerhöhungen und die besten Arbeitsbedingungen abzu-zwingen. Aber im Verlauf dieses täglichen Kampfes gegen die Unternehmer stoßen die Arbeiter unum-gänglichlicherweise auf die Mächte des kapitalistischen Staates, der den Unternehmern zu Hilfe kommt. Die Polizei mischt sich selbst bei rein beruflichen Streiks ein. Die Richter sind einseitig gegen die kämpfenden Arbeiter eingestellt ... Da gibt es Ge-

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 139.

setze, die den Grundsätzen der sozialen Sicherheit widersprechen ... Und jedesmal, wenn wieder eine Ungerechtigkeit geschieht, rühren sich die Kameraden und verteidigen sich. - Ihr Kampf nimmt eine politische Form an, weil auch ihre Ausbeuter politische Waffen anwenden. Das geschieht äußerst spontan, als Antwort auf Angriffe, allmählich aber immer zielsicherer. Die Arbeiter werden sich mehr oder weniger dieses politischen Kampfes bewußt, je nach den verschiedenen Formen der Ausbeutung, die sie erdulden, und vor allem je nach dem wie weit ihr proletarisches Bewußtsein noch von bürgerlichen Überbleibseln beeinflusst ist ... - Jedenfalls ist offenbar, daß der politische Kampf der Arbeiterklasse vom wirtschaftlichen Kampf nicht verschieden ist. Es sind nur andere, von den Umständen und den Ereignissen bestimmte Formen desselben Kampfes - eines Kampfes gegen alle, die dazu beitragen, die Arbeiter in ihrem Elend zu halten. Übrigens sind diese beiden Formen des proletarischen Kampfes gegen den Kapitalismus (um vollständig zu sein, muß man noch seine dritte Form einbeziehen - die ideologische) so untrennbar ineinander verflochten, daß die Arbeiterklasse jedesmal Rückschläge erlebt hat, wenn sie diese auseinanderhalten wollte" 1).

12) Zu S. 98, Fußn. 2 :

"Schon mehrmals hat die Kirche durch ihre berufensten Häupter die Aufmerksamkeit der Katholiken auf das Wohnungsproblem hingelenkt.

Papst Leo XIII. hat in seiner Enzyklika über die

1) Die Arbeiterpriester, a.a.O., S. 156 f.

Lage der Arbeiter' 1891 geschrieben : 'Der Staat muß dafür sorgen, daß die Arbeiter einen angemessenen Anteil an den Gütern, die sie der Gesellschaft verschaffen, z.B. an Wohnung und Kleidung, erhalten ... '

Pius XI. zählt in der Enzyklika Quadragesimo Anno die Wohnung zu den heiligsten Rechten, die den Arbeitern auf Grund ihrer Menschen- und Christenwürde zustehen.

In zahlreichen Botschaften sozialen Inhalts hat unser Heiliger Vater Papst Pius XII. immer wieder in nachdrücklichen Worten auf die Frage hingewiesen : 'Wir haben häufig unserer Sorge hinsichtlich der dringenden, besorgniserregenden Notwendigkeit Ausdruck gegeben, Tausenden, ja Millionen von einzelnen und Familien Wohnungen zu verschaffen, die ihnen ein Minimum an Hygiene, Wohlergehen, Würde und Sittlichkeit ermöglichen ... Dies ist ein allen Menschen ohne Unterschied von Einkommen und Rang gemeinsames Bedürfnis ... '

Diese Sorge des Obersten Hirten hat seit 1945 in zwei Erklärungen der Kardinäle und Erzbischöfe sowie in verschiedenen Aufrufen von mehreren französischen Bischöfen Widerhall gefunden. Die Frage der Wohnungen ist also nicht neu. Sehr lobenswerte Anstrengungen, deren Wert zu leugnen Unrecht wäre, sind von verschiedenen Seiten gemacht worden : Initiativen der öffentlichen Stellen, Gesetzestexte, Verwirklichungen von seiten der Gemeinden, der Genossenschaften, gewisser großer Unternehmen, nicht zu vergessen die bescheideneren, doch wirksamen Bemühungen, die bei denen, die sie ins Werk gesetzt haben, neben der persönlichen Arbeit die schönsten Eigenschaften des Herzens in Bewegung gesetzt haben.

Aber während der Wiederaufbau weitere Fortschritte gemacht hat und die Sorge um die Erhaltung des Friedens gleichfalls Hingabe an alle Probleme sozialer Gerechtigkeit mit sich bringt, möchten die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs an die praktischen Forderungen der Moral erinnern, die aus der schmerzlichen und wahrhaft unerträglichen Lage so vieler Familien entspringen.

Es ist gewiß nicht Sache der Kirche, sich in die technischen Einzelheiten und konkreten Dispositionen einzumischen, die außerhalb ihrer Kompetenz und ihrer Mittel liegen. Doch sind die Folgen einer Unterbringung, die nur zu oft mit der menschlichen Würde und dem Familienleben unvereinbar sind, so ernst, daß wir alle Katholiken inständig auffordern, sich aufs neue die Fragen vorzulegen, die bereits ihre Gewissen beunruhigt haben müssen.

Habt ihr euch um die schlecht Untergebrachten gekümmert ? Habt ihr euch gefragt, ob ihr etwas für sie tun könnt ? Habt ihr versucht, ihnen zu helfen, sei es, indem ihr ihnen Räume zur Verfügung stellt, die ihr freimachen konntet, sei es, daß ihr zur Sanierung und zur Einrichtung der schon bestehenden beigetragen habt ?

Es ist nötig, daß alle öffentlichen Stellen und überhaupt alle, die daran arbeiten, das Wohnungsproblem zu lösen, in ihren Bemühungen von den Katholiken unterstützt werden. Es ist ebenso nötig, daß diese letzteren sich hinsichtlich der Gesetze und Verordnungen auf dem laufenden halten, die den Bau und die Einrichtung von Wohnraum fördern. Sie sollen sich derselben bedienen und gern in die verschiedenen Organisationen zur Verwirklichung des Wohnungsbaus eintreten.

Wir können den Mitgliedern der Katholischen Aktion und unserer Sozialwerke nicht genug ans Herz legen, in unermüdlicher Ausdauer und gerechter Achtung vor dem Recht eines jeden darauf hinzuarbeiten, daß ein Zustand verschwindet, der mit den Forderungen der Gerechtigkeit und der christlichen Brüderlichkeit unvereinbar ist" ¹⁾.

13) Zu S. 101, Fußn. 3 :

"Ich will keine Politik machen. Ich habe das niemals getan und will damit nicht in dieser unruhigen Zeit beginnen. Die Politik ist eine Angelegenheit der Laien und nicht eine Angelegenheit der Priester. Aber der Priester muß die Liebe und die Achtung vor dem Rechte predigen. Ich möchte daher die Aufmerksamkeit aller auf eine Tatsache und auf ein Recht lenken.

Die Tatsache ist das Elend der Arbeiterwelt.

Das Recht ist sein Recht, für seine Arbeit einen zum Lebensunterhalt ausreichenden Lohn zu erhalten.

Das Elend der Arbeiterwelt ist größer als man allgemein weiß. Man darf dabei das Elend der alten Leute und das der Kleinrenter nicht vergessen. Es gibt Familienväter, die unter der Last der täglichen Arbeit zusammenbrechen und die niemanden finden, der ihnen hilft. Es gibt augenblicklich alle Arten von Elend. Insbesondere gibt es das Elend der Arbeiter.

Es handelt sich dabei nicht darum, die Arbeiter in Gegensatz zu den Bauern, zu den Mittelklassen oder zum Bürgertum zu bringen. Jesus Christus ist

1) Herder-Korrespondenz, 6. Jhg., 1951/52, S. 102.

gekommen, um eins zu machen und nicht um Gegensätze zu schaffen. Aber ich sage allen, die nicht Arbeiter sind : Gebt acht, vergeßt nicht das Elend der Arbeiter ! Habt ihr die Mietshäuser besucht, in denen sich so viele Unglückliche zusammenballen ? Seid ihr jenen jungen Leuten begegnet, die ein Heim gründen möchten, aber kein Dach finden, unter dem sie aufgenommen werden ? Habt ihr die Arbeitermütter weinen sehen, weil ihre Kinder Hunger hatten und weil sie ihnen nichts zu essen geben konnten ? Habt ihr die Scham der Arbeiter gefühlt, die keine anständigen Kleider oder Schuhe bekommen können ?

Wenn ihr alles das gesehen habt, so habt ihr schon verstanden. Wenn ihr es nicht gesehen habt, glaubt denen, die es gesehen haben.

Es handelt sich bei den Streiks auch um Politik. Das ist nicht zu leugnen. Alle Welt weiß es. Aber es handelt sich auch um etwas anderes.

Die Arbeiter hätten gern gestreikt, um gegen ihre unzureichenden Löhne zu protestieren, und sie haben nicht gestreikt, weil sie sich den Luxus, tagelang nicht zu arbeiten, nicht gestatten konnten. Die Arbeiter sind zum Streik durch eine Art Verzweiflung getrieben worden. Sie wußten, daß sie um so mehr leiden würden, aber das Leiden macht manchmal unvernünftig.

Ich will in keiner Weise die gegenwärtigen Streiks rechtfertigen, aber ich will ein wenig Licht verbreiten.

Ich will auch eine Warnung aussprechen. Wehe denen, die sich in Zeiten der Not bereichern. Wehe denen, die verschwenderisch leben und die alle ihre Wünsche befriedigen, während die heranwachsende Jugend aus Mangel an Brot verkümmert. Wehe denen, die ihr Herz in beruhigtem Egoismus verschließen und Vorwände erfinden, ihr Gewissen zu beruhigen.

Man wundert sich über die Forderungen der Arbeiter. Sie werden manchmal gewalttätig und im Geist des Hasses vorgetragen. Das ist tief bedauerlich. Aber das wäre vielleicht nicht geschehen, wenn man sie besser verstanden hätte.

Oft macht die Politik daraus ein Werkzeug für ihre eigenen Zwecke. Gewisse Leute möchten gerne aus dieser politischen Unsauberkeit Nutzen ziehen, um alle Forderungen zu verwerfen. Sie vergessen, daß die Arbeiter die kommunistische Diktatur nicht angenommen hätten, wenn sie anderswo in genügender Zahl und ausreichend organisierte Menschen gefunden hätten, die wahrhaft entschlossen sind, sie zu verteidigen.

Es gibt zwar alle Arten von Forderungen der Arbeiter, aber es gibt darunter auch solche, die gerecht sind. Auf jeden Fall gibt es eine, die so wichtig ist, daß jeder Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sie vorzubringen. Ich meine den zum Lebensunterhalt ausreichenden Lohn.

Ich weiß nicht, in welcher Höhe dieser zum Lebensunterhalt notwendige Lohn festgesetzt werden sollte, aber das Recht darauf ist ein absolutes Recht. Der Arbeiter kann nicht darauf verzichten. Wenn er durch die Notwendigkeit oder aus Furcht vor einem größeren Übel gezwungen wird, einen niedrigeren Lohn anzunehmen, so ist er Opfer einer ungerechten Ausbeutung. Darüber muß man sich klar sein.

Das ist keine neue Lehre, das ist die Lehre, die Leo XIII. im Jahr 1891 in der Enzyklika Rerum Novarum dargelegt hat. Alle, die Arbeiter beschäftigen, seien es der Staat oder Privatunternehmungen, sind gehalten, ihnen den zum Lebensunterhalt notwendigen Lohn zu geben. Tun sie das nicht, so bestehlen sie

den Arbeiter und sind zur Wiedergutmachung verpflichtet. Der Apostel Jakobus hat darüber gesagt : Siehe, der Lohn der Arbeiter, die eure Felder mähten, den ihr ihnen vorenthalten habt, schreit. Und ihr Geschrei ist dem Herrn der Heerscharen zu Ohren gekommen (Jak. 5,4).

Dieses Recht ist so zwingend, daß gesetzliche Vorschriften, die es beseitigen, vor dem Gewissen nicht verpflichten.

Ich wiederhole : Jeder Arbeitgeber, Staat oder Privatunternehmung, ist verpflichtet, den Arbeitern den zum Lebensunterhalt notwendigen Lohn zu geben. Nur eine absolute Unmöglichkeit könnte davon dispensieren.

Man wird darauf entgegnen : Wenn man die Löhne erhöht, so bewirkt man dadurch, daß die Lebenskosten steigen, und der Arbeiter wird also dabei nichts gewinnen.

Ich sage nicht, daß man die Löhne steigern soll. Ich bin kein Wirtschaftler und kein Finanzpolitiker. Ich sage nur, der Arbeiter muß einen zum Lebensunterhalt ausreichenden Lohn haben.

Man wird mir entgegenhalten : Ihre Erklärungen werden die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufhetzen.

Ich sage nicht, daß die Arbeitgeber schuldig sind. Viele stehen gegen ihren Willen unter einem schrecklichen wirtschaftlichen Druck. Ich will nicht über die Verantwortlichkeit dafür entscheiden.

Aber ich sage : Man darf vor der Ungerechtigkeit nicht tatenlos resignieren. Ein Land, in dem die Arbeiter nicht den zum Lebensunterhalt notwendigen Lohn erhalten, ist im Zustand der Sünde. Das Problem, um das es sich heute handelt, ist nicht nur ein Problem zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das ganze Land muß seine Verantwortlichkeit empfinden, damit die Gerechtigkeit wieder

hergestellt werden kann. Indem ich das ausspreche, mache ich keine Politik, sondern ich mache Moralthologie. Die Moralthologie ist manchmal für die Politiker peinlich. Aber jede Politik, die sich der Moral enthebt, ist zum Untergang verurteilt. Es gibt keinen sozialen Frieden, solange es keine soziale Gerechtigkeit gibt. Pius XII. hat zum Leitwort den Satz genommen : Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit.

Wenn ein Christ die Ereignisse des Tages beurteilen will, so darf er niemals vergessen

die Tatsache des Elends

und das Recht auf einen zum Lebensunterhalt ausreichenden Lohn" ¹⁾.

14) Zu S. 106, Fußn. 7 :

"Endlich können Arbeitgeberschaft und auch die Arbeiter selbst in unserer Frage manches durch gewisse Einrichtungen erreichen, die dann einerseits im Notfall Hilfe bringen und andererseits beide Gruppen einander annähern. Hierunter fallen zunächst die Vereinigungen zur gegenseitigen Unterstützung, z.B. Einrichtungen der privaten Initiative verschiedener Art, teils zu Gunsten des Arbeiters persönlich, teils für den Fall der Verwaisung von Frau und Kind und wenn irgend etwas Unvorhergesehenes sonst hereinbrechen sollte, oder wenn Krankheit und Tod sich einstellen. Endlich rechnen hierunter Einrichtungen zum Schutz der Kinder, der Mädchen, der heranwachsenden Ju-

1) Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 184 f.

gend und auch der Erwachsenen. Aber die erste Stelle nehmen die Korporationen der Gewerbetreibenden ein, die in ihrem Wirkungsbereich fast alle eben genannten Dinge einschließen. Ehedem haben die Handwerkerinnungen zu Zeiten unserer Vorfahren lange Zeit gut gearbeitet. Sie waren nicht nur den Angehörigen des Handwerks von ungemein großem Nutzen, sondern sie haben auch das Handwerk selbst zu Ehren und ständigem Wachstum gebracht, worüber wir sehr viele Belege haben. In einer Zeit nun, die durch eine breitere Schulbildung, durch neue Lebensgewohnheiten und auch durch eine erhöhte Lebenshaltung gekennzeichnet ist, müßten natürlich die Korporationen der Werkstätigen dem Bedürfnis der Gegenwart angepaßt werden. Erfreulicherweise schließt man sich mehr und mehr zu derartigen Vereinigungen zusammen, sei es, daß sie nur aus Arbeitern bestehen, sei es, daß sie paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sind; es bleibt nur zu wünschen, daß diese Vereinigungen an Zahl und tatsächlichem Einfluß wachsen" ¹⁾.

15) Zu S. 132, Fußn. 7 :

"Im Mutterland machte man den Zeitungslesern jahrelang glauben, es handle sich in Indochina um eine 'Polizeiaktion' gegen aufrührerische Banden. Dies mag zum Teil erklären, warum die meisten Franzosen die Schwere des Konflikts erst so spät erkannten. Zum anderen trug das Verhalten der politischen Parteien ganz entschieden dazu bei, die wirkliche Problematik in Indochina zu verschleiern. Die Linksparteien, welche den Kampf gegen den Kolonialismus und für die Emanzipierung der farb-

1) Schasching, Johannes, a.a.O., S. 102 f.

gen Völker auf ihre Fahnen geschrieben hatten, mußten nun die Stellung nehmen. Das Verhalten der Kommunisten war für ihre allgemeine Taktik in den ersten Jahren der Vierten Republik sehr bezeichnend. Als stärkste politische Partei teilten die Kommunisten die Regierungsverantwortung in den ersten Regierungen nach der Befreiung. Ihr Führer Maurice Thorez war stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister in den entscheidenden Monaten 1945/46. Offensichtlich desinteressiert an dem Schicksal Indochinas, unternahmen die Kommunisten noch nicht einmal den Versuch, den Argumenten des Viet-Minh in Frankreich Gehör zu verschaffen. Im Gegenteil, die kommunistischen Sprecher im Parlament machten sich zu Fürsprechern der Interessen der kleinen Siedler, Angestellten und Beamten Frankreichs in Indochina, die unter den Guerilla-Aktionen des Viet-Minh zu leiden hatten. Erst als der Krieg in Indochina im Jahr 1950 vom offiziellen Frankreich zu einem Teilaspekt des Kampfes der freien Welt gegen die sowjetische Expansion erklärt wurde und die Oststaaten eindeutig auf seiten des Viet-Minh traten, entdeckten Maurice Thorez und seine Gefolgschaft, daß Frankreich einen verabscheuungswürdigen Kolonialkrieg in Indochina führte. Verständlicherweise konnte diese Schwenkung bei der Mehrheit der französischen Bevölkerung nicht gerade Sympathien für die nun von den Kommunisten verbreitete Parole 'Frieden für Indochina' erwecken. Eine rechtzeitige Lösung des Konflikts wurde psychologisch nur noch erschwert, da die Befürworter eines friedlichen Ausgleichs mit dem Viet-Minh jetzt von den Rechtskreisen leicht des Zusammengehens mit dem Kommunismus verdächtigt werden konnten - wie dies Mendès-France tatsächlich hat erfahren müssen.

Die Haltung der sozialistischen Partei (SFIO) war nun zwar nicht durch ähnliche Schwenkungen gekennzeichnet wie die der Kommunisten, wohl aber durch eine beunruhigende Ziellosigkeit. Die Mehrheit der sozialistischen Führer und Abgeordneten trat getreu den antikolonialen Parteigrundsätzen für die Beendigung des Krieges ein; doch jedesmal, wenn die Sozialisten an der Regierung beteiligt waren, war von der Durchführung dieses Grundsatzes kaum noch die Rede. Es mußte sich für die nichtkommunistische Linke auf die Dauer verhängnisvoll auswirken, daß sich Vertreter des Sozialismus bereitfanden, die koloniale Politik der Rechten teils selbst zu führen, teils zu decken. ... Die Partei aber, die im eigentlichen Sinn für die praktische Führung der Kolonialpolitik im allgemeinen und die Indochinapolitik im besonderen verantwortlich zeichnete, war die MRP, die katholische volksrepublikanische Bewegung. Aus der Widerstandsbewegung des Krieges hervorgegangen, verfocht sie unter Georges Bidault, dem nationalistischen Politiker par excellence, eine bewußt auf die Wahrung des französischen Herrschaftsanspruchs gerichtete Politik. ... Bidaults stets wiederholte eindringliche Warnung : 'Wenn wir in Indochina nachgeben, werden wir auch Nordafrika verlieren', hat dazu geführt, daß sich die große Mehrheit der Partei auf eine hoffnungslose Festhaltepolitik in Indochina festlegte. ... Verständlich war es, daß die Rechtsparteien die 'Politik der Stärke' in Indochina stützten. Tradition und Wehlerschaft der Rechten machten dies unvermeidlich. Ein Teil der radikal-sozialistischen Mitte teilte diese Ansicht, doch in dem Maße, wie seit 1950 ein mili-

türkischer Sieg immer unwahrscheinlicher wurde, bildete sich um den von Mendès-France geführten Flügel eine Gruppe, welche entschieden für einen Verhandlungsfrieden eintrat" ¹⁾.

1) Schütze, Günter, a.a.O., S. 61 ff.

Literaturverzeichnis

1) Selbständige Bücher und Schriften

- Andreu, Pierre, Grandeurs et Erreurs des Prêtres-Ouvriers, Paris 1955.
- Boettcher, Erik, Sozialpolitik und Sozialreform, Tübingen 1957.
- Bouvier-Ajam, Maurice, L'Economie Française au Milieu du XX^e Siècle, Paris 1955.
- Bureau International du Travail, La participation des organisations professionnelles à la vie économique et sociale en France, Genf 1948.
- Chambelland, Colette, Le Syndicalisme Ouvrier Français, Paris 1956.
- Collinet, Michel, L'Ouvrier Français, Essai sur la Condition Ouvrière (1900-1950), Paris 1951.
- Collonge, André, Die Kirche und das Proletariat, Darmstadt 1958.
- Cristiani, Léon, La Fin d'un Régime, Paris 1946.
- Dale, Léon Andrew, Marxisme and French Labor, New York 1956.
- Dansette, Adrien, Experiment und Tragödie der Arbeiterpriester, Graz, Wien, Köln 1959.
- Derselbe, Histoire Religieuse de la France Contemporaine sous la Troisième République, Paris 1951.
- Der Priester und die soziale Frage, Essen 1961.
- Desroches, Henri-Charles, Signification du Marxisme, Paris 1950.
- Die Arbeiterpriester-Dokumente, Heilbronn 1957.
- Dolléans, Edouard und Dehove, Gérard, Histoire du Travail en France, Bd. 1, Paris 1953 und Bd. 2, Paris 1955.
- Duroselle, Jean-Baptiste, Les Débuts du Catholicisme Social en France, Paris 1951.

- Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik,
1. Aufl., Hamburg 1959.
- Fauvet, Jacques, De Thorez à de Gaulle, Les Forces
Politiques en France, Paris 1951.
(Von Thorez bis de Gaulle, Frankfurt
1953.)
- Derselbe, Von de Gaulle bis de Gaulle, Tübingen
1961.
- Fessard, Gaston, De l'actualité historique, II. Pro-
gressisme chrétien et apostolat
ouvrier, Paris 1960.
- Friedmann, Georges, Zukunft der Arbeit, Köln 1953.
- Frodl, Ferdinand, Gesellschaftslehre, Wien 1936.
- Furtwängler, Franz Josef, Die Gewerkschaften, ihre Geschichte
und internationale Auswirkung,
Hamburg 1956.
- Giner, Romed, Beiträge der katholischen sozialen
Strömungen im Frankreich der Gegen-
wart zur Lösung der sozialen Frage,
Innsbruck 1956.
- Godin, Henri und Daniel, Yvan, La France, Pays de Mission ?,
Paris 1943.
- Goetz-Girey, Robert, La Pensée Syndicale Française,
Paris 1948.
- Goguel, François, France under the Fourth Republic,
Ithaca, New York 1952.
- Guiton, Raymond-Jean, Französische Zustände, München 1953.
- Guitton, Henri, Le Catholicisme Social, Paris 1945.
- Herders Sozialkatechismus, I. Band, Freiburg 1951.
- Hintze, Manfred, Der Binnenhandel in Frankreich,
Hamburg 1963.

- Itinéraire d'Henri Perrin, Prêtre-Ouvrier, 1914-1954,
Paris 1958.
- Jostock, Paul, Grundzüge der Soziallehre und der
Sozialreform, Freiburg 1946.
- Lavau, Georges-Edgard, Partis Politiques et Réalités
Sociales, Paris 1953.
- Lepp, Ignace, Splitter und Balken, Graz - Wien -
Köln 1957.
- Liefmann-Keil, Elisabeth, Ökonomische Theorie der Sozial-
politik, Berlin-Göttingen-Heidel-
berg 1961.
- Loew, Jacques, Berichte aus den Docks, Olten 1960.
- Derselbe, Tagebuch einer Arbeitermission
1941-1959, Mainz 1960 (Journal
d'une Mission Ouvrière 1941-1959,
Paris 1959).
- Löwith, Karl, Weltgeschichte und Heilsgeschehen,
Stuttgart 1953.
- Lorwin, Val R., The French Labor Movement,
Cambridge (Mass.) 1954.
- de Lubac, Henri Vom Erkennen Gottes, Freiburg 1949.
- Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders,
Zürich - Stuttgart - Wien 1954.
- Maier, Hans, Revolution und Kirche, Freiburg 1959.
- Messner, Johannes, Die soziale Frage, Innsbruck 1956.
- Michel, Ernst, Renovatio, Stuttgart 1948.
- Derselbe, Sozialgeschichte der industriellen
Arbeitswelt, Frankfurt 1947.
- Montaner, Antonio, Sozialpolitik, Braunschweig 1957.

- Mounier, Emmanuel, Qu'est-ce que le Personalisme ? , Paris 1946.
- Müller-Ohlsen, Lotte, Strukturwandlungen und Nachkriegs-probleme der Wirtschaft Frankreichs, Kiel 1952.
- Muhler, Emil, Die Soziallehre der Päpste, München 1958.
- Naef, Eugen, Zur Geschichte des französischen Syndikalismus, Zürich 1953.
- Navel, Georges, Werktage, Berlin 1950 (Travaux, Paris 1945).
- von Nell-Breuning, Oswald, Wirtschaft und Gesellschaft heute, 1. Bd., Freiburg 1956 und 2. Bd., Freiburg 1957.
- Papst Pius XII., Die Soziallehre der Kirche, Nürnberg 1947.
- Perrin, Henri, Briefe und Dokumente aus dem Nachlaß, München 1960 (Deutsche Fassung von : Itinéraire d'Henri Perrin, Prêtre-Ouvrier, 1914-1954, Paris 1958).
- Derselbe, Tagebuch eines Arbeiterpriesters, München 1956.
- Pickles, Dorothy, French Politics, London, New York 1953.
- Pieper, Josef, Thesen zur Sozialen Politik, Frankfurt 1947.
- Pouget, Emil, Le Syndicat, Paris 1905 ?
- Preller, Ludwig, Sozialpolitik, Tübingen, Zürich 1962.
- Derselbe, Sozialpolitik - Kernfrage des Aufbaues, Stuttgart 1946.

- Reynaud, Jean-Daniel, Les Syndicats en France, Paris 1963.
- Röpke, Wilhelm, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig ?, Stuttgart, Köln 1950.
- Derselbe, Die Lehre von der Wirtschaft, 8. Aufl., Zürich, Stuttgart 1958.
- Rohden, Peter Richard und Sieburg, Heinz-Otto, Politische Geschichte Frankreichs, Mannheim 1959.
- Rueff, Jacques, Die soziale Ordnung, Bremen 1952.
- Schasching, Johannes, Die Soziale Botschaft der Kirche, Innsbruck, Wien, München 1962.
- Schnabel, Franz, Bürgerlicher Liberalismus und nationale Bewegung, Offenburg 1952.
- Schütze, Günther, Der schmutzige Krieg, Frankreichs Kolonialpolitik in Indochina, München, Wien 1959.
- Sellier, François, Stratégie de la Lutte Sociale, France 1936-1960, Paris 1961.
- Sensoy, Ahmet, Les Mouvements des Nationalisations en France, Genf 1952.
- Sieburg, Friedrich, Im Licht und Schatten der Freiheit, Stuttgart 1961.
- Siefer, Gregor, Die Mission der Arbeiterpriester. Ein Beitrag zum Thema : Kirche und Industriegesellschaft, phil. Diss. Hamburg 1959, Essen 1960.
- Siegfried, André, De la III^e à la IV^e République, Paris 1956.
- Stucki, Lorenz, Gebändigte Macht - gezügelte Freiheit, Bremen 1960.

- Tillich, Paul, Christentum und soziale Gestaltung, Stuttgart 1962.
- Ventenat, Marcel, L'Expérience des Nationalisations, Paris 1947.
- Verdier, Jean, Die Kirche und die soziale Frage, Zürich - New York 1940.
- Villain, Jean, L'Enseignement social de l'église, au-delà du Capitalisme, Paris 1954.
- Welty, Eberhard, Die Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII., Freiburg 1961.
- Wicker, Dietlinde, Die Arbeiterpriester in Frankreich, Diss. Mannheim 1962.
- Williams, Philip, Politics in Post-War France, London, New York, Toronto 1954.

2) Aufsätze aus Zeitschriften und Zeitungen

- Barbier-Duval, Yves, Die "Chrétien Progressistes" in Frankreich, in : Dokumente, 6. Jhg., Offenburg 1950, S. 204 - S. 214.
- Barrère, Alain, Révision et développement du "Catholicisme social"?, in : Etudes, Paris 1948, S. 55 - S. 80.
- Bartoli, Henri, Les Chrétien vers une civilisation du travail, in : Esprit, 20. Jhg., 2. Bd., Paris 1952, S. 1 - S. 25.
- Baudin, Louis, La Situation Actuelle du Syndicalisme Ouvrier Français, in : Kyklos, Vol. XV - 1962 - Fasc. I, S. 207 - S. 215.
- Bigo, P., Le Directoire Pastoral en Matière Social, in : Revue de l'Action Populaire, Paris 1954, S. 835 f.

- Corman, Gilbert Katholische Soziallehre, in :
Menschenwürdige Gesellschaft, Hrsg.
Landesarbeitsgemeinschaft für poli-
sche und soziale Bildung - Arbeit
und Leben - Nordrhein-Westfalen und
Staatsbürgerliche Bildungsstelle des
Landes Nordrhein-Westfalen, Düssel-
dorf 1960, S. 33 ff.
- Desroches, Henri-Charles, Christliche Brüderlichkeit und
Klassenkampf, in : Dokumente,
5. Jhg., Offenburg 1949, S. 408 -
S. 420.
- Dolléans, Edouard, Le Caractère Religieux du Socialisme,
in : Revue d'Economie Politique,
20. Jhg., Paris 1906, S. 444 ff.
- Dombrowski, Erich, Frankreich zwischen Gestern und
Heute, in : Frankfurter Allgemeine
Zeitung, Nr. 199, 28. August 1953,
S. 1.
- Esperet, M., Das französische Gewerkschaftswesen,
in : Dokumente, 5. Jhg., Offenburg
1949, S. 501 - S. 509.
- Fauvet, Jacques, Die unbegreifliche französische
Innenpolitik, in : Dokumente, 11. Jhg.,
München 1955, S. 175 - S. 177.
- Grecques, Yves, L'habitat existant, in : Esprit,
21. Jhg., 2. Bd., Paris 1953, S. 450 -
S. 456.
- Guigui, Albert, The Social Problem, in : International
Labor Review, Vol. LXVII, Nr. 5, Genf
1953, S. 480 - S. 483.
- Guitton, Henri, Le Paradoxe des Grèves en 1947, in :
La Vie Intellectuelle, 15. Jhg.,
Paris 1947, S. 75.
- Heer, Friedrich, Die Arbeiterpriester in Frankreich.
Ursprung und Hintergründe, in :
Hochland, 46. Jhg., 1953/54, S. 326 -
S. 341.

- Herder-Korrespondenz, 2. Jhg. (1947/48), S. 37 ff.,
S. 41, S. 184 f., S. 291 f., S. 317,
S. 406 f., S. 454, S. 494, S. 510 f.,
S. 568 f.
- Herder-Korrespondenz, 3. Jhg. (1948/49), S. 83 ff.,
S. 280, S. 568 f., S. 571 ff.
- Herder-Korrespondenz, 4. Jhg. (1949/50), S. 378.
- Herder-Korrespondenz, 6. Jhg. (1951/52), S. 102.
- Herder-Korrespondenz, 7. Jhg. (1952/53), S. 154, S. 343,
S. 406 f., S. 410.
- Herder-Korrespondenz, 8. Jhg. (1953/54), S. 90, S. 427.
- Herder-Korrespondenz, 9. Jhg. (1954/55), S. 236.
- Hourdin, Georges, Briefe über die Arbeiterpriester,
in : Dokumente, 11. Jhg., München
1955, S. 85 - S. 88.
- Lutz, Burkhardt, Economie et Humanisme, in : Frank-
furter Hefte, 6. Jhg., 1951, S. 202 -
S. 207.
- Marcy, G. Robinot, Les Syndicats Indépendants, in :
Revue de L'Action Populaire, 81.
Jhg., Paris 1954, S. 798 f.
- o.V., France's Economic Ills, in :
The Economist, 168. Jhg., Nr. 5739,
22. August 1953, S. 516 f.
- o.V., Französische Gewerkschaften am
Scheideweg, in : Der Arbeitgeber,
15. Jhg., 20. Januar 1963, S. 33 f.
- o.V., Gerüchte und Wahrheit über die Ar-
beiterpriester, in : Dokumente,
9. Jhg., München 1953, S. 379.
- o.V., Handlanger der Kommunisten, in :
Berliner Tagblatt, 63. Jhg., Nr. 312,
12. November 1950, S. 1.

- o.V., Les "Castors", issue provisoire,
in : Esprit, 21. Jhg., Paris 1953,
S. 522 ff.
- o.V., M. Daniel and the Budget, in :
The Economist, 168. Jhg., Nr. 5733,
11. Juli 1953, S. 164.
- o.V., The Conflict of Powers, in :
The Economist, 168. Jhg., Nr. 5738,
15. August 1953, S. 436.
- Perrot, J., Die Streikbewegung in Frankreich, in :
Dokumente, 9. Jhg., München 1953,
S. 381 - S. 386.
- Plaisant, Robert und Benaerts, Pierre, Die Entwicklung der
Struktur des französischen Handels,
in : Blätter für Genossenschafts-
wesen, Jhg. 1961, Nr. 18/19,
S. 323 ff.
- Rendu, François Gedanken zur kommunikativen Bewegung,
in : Dokumente, 6. Jhg., München
1950, S. 316 - S. 328.
- Röpke, Wilhelm Gedanken eines "Neo-Liberalen" zur
Enzyklika "Quadragesimo anno", in :
Dokumente, 3. Jhg., Offenburg 1947,
S. 425 - S. 432.
- Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesmini-
sterium für Wirtschaft, in :
Bulletin des Presse- und Informa-
tionsamtes der Bundesregierung,
Nr. 161, 31. Aug. 1962, S. 1367.
- Zimmerer, Ludwig, Bei Abbé Depierre in Montreuil, in :
Dokumente, 6. Jhg., München 1950,
S. 257 - S. 260.

3) Artikel aus Nachschlagewerken und
Sammelbänden

- Achinger, Hans, Soziologie und Sozialreform, in :
Soziologie und moderne Gesellschaft,
Verhandlungen des Vierzehnten Deut-
schen Soziologentages, Stuttgart 1959,
Hrsg. Deutsche Gesellschaft für
Soziologie, S. 39 - S. 52.
- Buquet, Léon, Die Bedeutung der Wirtschaftsplanung
und der Privatinitiative für die Pro-
duktivitätssteigerung in Frankreich,
in : Sozialisierung, Unternehmerini-
tiative und Produktivität in Europa,
Veröffentlichung der Deutschen Volks-
wirtschaftlichen Gesellschaft e.V.,
Darmstadt 1955, S. 47 - S. 66.
- Ehrmann, Henry W., The Decline of the Socialist Party,
in : Modern France, Hrsg. Edward Mead
Earle, Princeton 1951, S. 181 -
S. 199.
- Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Länderlexikon, 1. Bd.,
2. Aufl., Hamburg 1962, Sp. 391 f.
- Höfner, Josef, Art. "Sozialreform", in : Staats-
lexikon, Freiburg 1962, Sp. 387 -
Sp. 393.
- Lorwin, Val R., The Struggle for the Control of the
French Trade Union Movement, 1945 -
1949, in : Modern France, Hrsg.
Edward Mead Earle, Princeton 1951,
S. 200 - S. 231.
- Maier, Hans, Politischer Katholizismus, sozialer
Katholizismus, christliche Demokra-
tie, in : Civitas, Jahrbuch für
christliche Gesellschaftsordnung,
1. Bd., Mannheim 1962, S. 9 - S. 27.
- Mensching, Gustav, Art. "Gestaltungsmächte der Gesell-
schaft : 1. Religion", in : Handbuch
der Soziologie, Stuttgart 1956,
S. 841 - S. 874.

- Micaud, Charles, A., The Third Force Today, in : Modern France, Hrsg. Edward Lead Earle, Princeton 1951, S. 137 - S. 152.
- von Nell-Breuning, Oswald und Sacher, Hermann, Zur christlichen Staatslehre, in : Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik, Heft II, Freiburg 1948.
- Ortlieb, Heinz-Dietrich, Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft ?, in : Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. Heinz-Dietrich Ortlieb, 1. Jahr, Tübingen 1956, S. 56 ff.
- Piatier, André, Art. Frankreich, in : Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1962, S. 100 - S. 121.
- Wallraff, Hermann, Josef, Die katholische Soziallehre - ein Gefüge von offenen Sätzen, in : Normen der Gesellschaft (Festgabe f. Oswald v. Nell-Breuning), hrsg. v. Hans Achinger, Ludwig Preller, Hermann, Josef Wallraff, Mannheim 1965, S. 27 - S. 48.
- Weddigen, Walter, Art. "Sozialpolitik (IV), Träger und Methoden", in : Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1956, S. 554 - S. 563.
- v. Zwiedineck-Südenhorst, Otto, Sozialpolitik, Wissenschaft und Symbolik, in : v. Zwiedineck-Südenhorst, Otto, Mensch und Gesellschaft, Beiträge zur Sozialpolitik und zu sozialen Fragen, bearbeitet von Otto Neuloh, 1. Bd., Berlin 1961, S. 172 - S. 185.

4) Gesetze und Kommentare

Code du Travail et de la Prévoyance Sociale, 26. Aufl.,
Paris (Librairie Dalloz) 1952.

Hueck-Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 6. Aufl.,
2. Bd., Berlin 1957.

LEBENS LAUF

Am 18. Dezember 1934 wurde ich in Gernsbach/Baden als Sohn des Mechanikers Friedrich Dingler und seiner Ehefrau Erna Dingler, geb. Schwegler, geboren. Die Volksschule besuchte ich von 1940 bis 1945. Von 1945 bis 1953 war ich Schüler des Max-Planck-Gymnasiums in Lahr/Schwarzwald; hier legte ich 1953 das Abitur ab.

Von 1953 bis 1955 studierte ich 4 Semester am Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz in Gernersheim und bestand am 30. April 1955 das Examen als akademisch geprüfter Auslandskorrespondent. Nach praktischer Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter der Farbwerke Hoechst AG studierte ich seit dem Sommersemester 1957 Wirtschaftswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und bestand dort am 21. Mai 1962 das Diplom-Volkswirt-Examen.

Anschließend war ich bis März 1963 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden beschäftigt. Nach meiner Tätigkeit als Direktionsassistent bis Oktober 1963 arbeitete ich bis März 1966 als Betriebsberater in Hamburg und München.

Die mündliche Doktorprüfung legte ich am 29. Juli 1966 ab.

